

20 Jahre EU-Beitritt

Am ersten Jänner 2015 jährte sich der EU-Beitritt Österreichs zum zwanzigsten Mal. Spezial-Eurobarometer zeigt: ÖsterreicherInnen bewerten EU-Mitgliedschaft positiv und wollen mehr Zusammenarbeit.



Foto: Aus der ORF-Dokumentation »Menschen & Mächte. Der lange Weg nach Europa.« / metafilm

EU-Gipfel Korfu am 24. und 25. Juni 1994: Bundeskanzler Franz Vranitzky (Mitte) und Außenminister Alois Mock (r.) unterschreiben den EU-Beitrittsvertrag; links im Bild: Botschafter Manfred Scheich, Leiter der Verhandlungsdelegation.

In den 1980er Jahren ist in Österreich die Diskussion über einen EG-Beitritt zum zentralen politischen Thema geworden. Davor herrschte jahrzehntelang unter PolitikerInnen und RechtsexpertInnen ein Konsens, daß eine EG-Mitgliedschaft aus außenpolitischen und neutralitätsrechtlichen Gründen unmöglich sei.

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union am 1. Jänner 1995 wurde das für unmöglich Gehaltene möglich. Eine klare Mehrheit der

ÖsterreicherInnen votierte im Juni 1994 in einer Volksabstimmung für die EU-Mitgliedschaft.

Die Verhandlungen über den EU-Beitritt wurden ab 1993 geführt, 1994 abgeschlossen und mit Beginn des Jahres 1995 rechtsgültig. Der Kreis der bis dato 12 EU-Staaten wurde auf 15 Mitgliedsländer erweitert. Weitere Beitrittskandidaten waren Schweden, Finnland und Norwegen. Die NorwegerInnen lehnten jedoch einen EU-Beitritt zum

zweiten Mal nach 1972 ab und traten der EU nicht bei.

Von der österreichischen Öffentlichkeit und den PolitikerInnen der amtierenden SPÖ/ÖVP-Koalition wurde – trotz unterschiedlicher Auffassungen im Zuge der Beitrittsverhandlungen – der EU-Beitritt als wichtigstes politisches Ereignis seit dem österreichischen Staatsvertrag bewertet. Aber nicht alle stimmten in den Chor der EU-BefürworterInnen mit ein... Seite 3 ➤

Die Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

mit großer Freude sehen wir auf unsere Internet-Statistik 2015, die bestätigt: Wir sind angetreten, Sie, also AuslandsösterreicherInnen und an Österreich Interessierte im Ausland, über das Geschehen in Österreich zu informieren. Und die Zahlen zeigen: Rund 40 Prozent von Ihnen besuchen uns regelmäßig aus den USA, gefolgt Deutschland, Frankreich, Österreich (~15 Prozent) und der Schweiz. Der »Rest« kommt aus rund weiteren 95 Ländern... Danke dafür!

Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 139

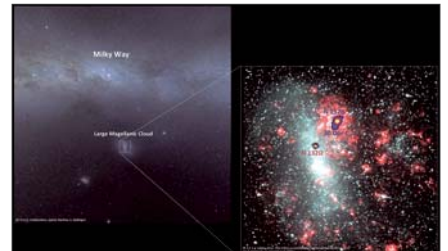
Wie die Jungen Europa sehen	8	Frauenbeschäftigung und Gleichstellung 2015 im Fokus	52
Steiermark feiert 20 Jahre EU-Beitritt mit Festakt	9	Altbischof Iby: Ein Fest zum 80er	53
20 Jahre Wien ... in der EU	10	7 Mio € für Burg Forchtenstein	54
Chronik der europäischen Einigung und des österr. EU-Beitritts	12	-----	
Malmström wirbt für TTIP	14	Aus Südtirol	56
Zukunft kann nur entstehen, wo man aus Vergangenheit lernt	17	EU-Investitionsoffensive	57
SOS-Kinderdorf: Soforthilfe für 4500 Familien	19	Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2019	58
»Haus der Musik« Mexiko eröffnet	22	Österreichs Wirtschaft startet verhalten ins neue Jahr	59
Päpstlicher Gregoriusorden für Landtagspräsident Penz	25	OeNB-Konjunkturindikator 01/2015	60
Mailath ehrt Ari Rath mit Goldenem Ehrenzeichen	26	Immobilienverkäufe in Österreich 2014 auf Rekordniveau	61
Österreich ist beste Urlaubsdestination in Europa	26	Urlaub ist und bleibt für Herrn und Frau Österreicher wichtig	63
Zum Jahresbeginn 2015		Flughafen Wien 2014: Passagierrekord von 22,5 Millionen	63
Neujahrsansprache von Bundespräsident Heinz Fischer	28	Mit Kinderbetreuung zufrieden	64
Silvesteransprache von Kardinal Christoph Schönborn	29	20. Wiener Eistraum	67
Neujahrsansprache von Bischof Bünker	30	Transatlantische Weinverbindung	68
-----		Kammerschauspieler R. Fritsch	70
Direkte Demokratie braucht BürgerInnen und PolitikerInnen	31	Extreme Himmelsobjekte in Nachbargalaxie entdeckt	72
Pensionsantrittsalter 2014	38	Laserpuls wird ganz von selbst kürzer und intensiver	73
Interview mit Bundeskanzler Werner Faymann	40	Aufschluß zur Entstehung chemischer Elemente	74
Justiz: Erfolgreiche Sachpolitik	41	Verbesserte Schnittstelle für Quanten-Internet	76
Niederösterreich führt Vorsitz in LH-Konferenz und Bundesrat	42	Supermikroskop ermöglicht Einblick in Energiehaushalt der Zelle	77
OÖ startet BürgerInnenbegutachtung »Burgenland Journal«	43	Das Gehirn denkt, das Rückenmark lenkt	78
Grundsatzzerklärung 2015	44	Gründungsakt des Kepler Universitätsklinikums in Linz	79
Telekommunikationsunternehmen investieren bis zu 31 Mio. €	45	Degas, Cézanne, Seurat bis 3. Mai 2015 in der Albertina	80
Interesse an politischen und gesellschaftlichen Prozessen steigern	46	MAK zeigt EOOS-Werkschau	84
Burgenländische Wohnbauförderung weiter optimiert	47	Das Fenster zur Welt	
Führend bei »Innovativer Energie«	48	Fernsehen in der Karikatur	87
Beste Wohnbauförderung - niedrigste Mieten	49	150 Jahre Universität Wien	91
LH Niessl kündigt Lehrlingsstiftung im Bereich Tourismus	50	Die Zauberflöte. Eine Oper mit zwei Gesichtern	93
Lebenswelten der älteren Generation	51	Int. Akkordeonfestival 2015	94
		Österreichischer Filmpreis	96
		»Österreicher in Hollywood« - Serie von Rudolf Ulrich. Diesmal: Ilse Lahn-Weizenkorn	98
		Urlaub am Bauernhof in Tirol	99



Internationalen Holocaust-Gedenktag S 17



NÖ führt Vorsitz in LH-Konferenz... S 42



Himmelsobjekte in Nachbargalaxie S 72



Degas, Cézanne, Seurat S 80



Urlaub am Bauernhof in Tirol S 99

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöber-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Jede Art der Veröffentlichung bei Quellenangabe ausdrücklich erlaubt. Fotos: Parlamentsdirektion/Bildagentur Zolles KG/M. Wache; NLK/E. Reinberger; H.E.S.S. Collaboration; Musée d'Orsay, Paris, Dist. RMN-Grand Palais, Martine Beek-Coppola; Tirol Werbung/ Laurin Moser

Österreich, Europa und die Welt

➤ ... die FPÖ versuchte die Gegenstimmen der Volksabstimmung auf ihr Konto zu verbuchen. Die anti-europäische Stimmungsmache, die gegen den Bürokratismus der „Brüsseler Spitzen“, gegen Butterberge und gegen den vermeintlichen Identitätsverlust Österreichs zu Felde zog, versuchte den österreichischen Provinzialismus für sich zu nutzen. Ohne kurzfristigen Erfolg zwar, aber die tief sitzenden Reflexe bei Teilen der Bevölkerung gegen alles, was aus dem „Ausland“, auch aus der EU, kommt, wurden erneut aktiviert.

Auch die Grünen, die unmittelbar nach der erfolgreichen Volksabstimmung ihre Meinung zur EU-Mitgliedschaft Österreichs änderten, und andere Gruppen links der politischen Mitte sprachen sich gegen eine Teilnahme an der Europäischen Union aus. Als Gründe dafür nannten sie, daß die Union lediglich auf die Schaffung eines Wirtschaftsmarktes ausgerichtet und ihre demokratiepolitische Weiterentwicklung nicht deutlich sei bzw. daß sie sich durch eine gemeinsame, restriktive Asyl- und Migrationspolitik gegenüber den armen Teilen der Welt abschotte.

Nach dem EU-Beitritt 1995 hat sich für Österreich viel geändert. Das Land nimmt an der Wirtschafts- und Währungsunion teil, der Schilling wurde vom Euro abgelöst. Österreich übernimmt Funktionen in der Europäischen Union und beteiligt sich an der Diskussion über eine Reform der EU und ihrer Institutionen. Durch die EU-Erweiterung 2004 sind u.a. seine Nachbarn Ungarn, die Tschechische Republik, Slowenien und die Slowakei zu Mitgliedern der Europäischen Union geworden.



Johann Sollgruber, Vertreter der EU-Kommission in Österreich

Nach 20 Jahren EU: Österreicher bewerten EU-Mitgliedschaft positiv

Die ÖsterreicherInnen stehen der EU 20 Jahre nach dem Beitritt mehrheitlich positiv gegenüber. Mehr als die Hälfte geben an, positive Gefühle gegenüber der EU zu haben, wobei das insbesondere bei jungen und älteren Menschen besonders ausgeprägt ist (15-24jährige: 71 %, über 55jährige 61 %). 87 % fühlen sich als Europäer. Zentrale Errungenschaften der EU wie Mobilität, die Stärkung der Rolle des Landes oder der Ausbau der Infrastruktur werden als konkrete positive Auswirkungen der EU-Mitgliedschaft gesehen. 49 % aller Befragten sprechen sich für eine stärkere Zusammenarbeit, wohingegen 18 % für weniger Zusammenarbeit plädieren. Insgesamt sehen 54 % der ÖsterreicherInnen eine positive Zukunft für

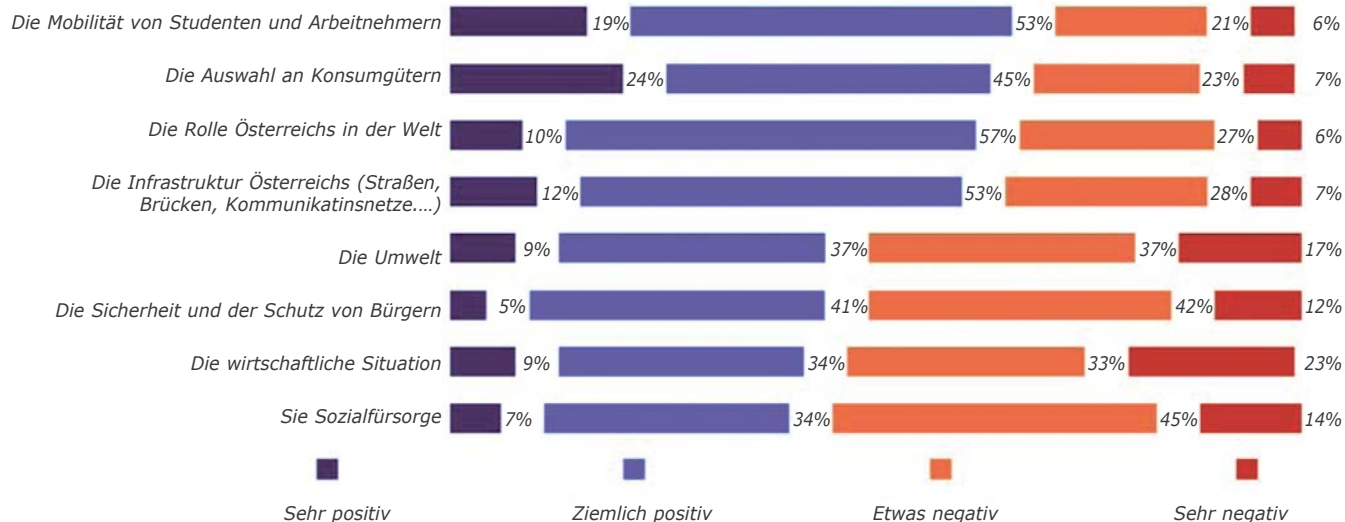
die EU. Dies sind die zentralen Erkenntnisse eines Spezial-Eurobarometers zu 20 Jahren EU-Mitgliedschaft Österreichs, Finnlands und Schwedens (Flash Eurobarometer 407), das am 15. Jänner im Haus der EU in Wien vorgestellt wurde.

„Die Ergebnisse zeigen deutlich, daß die Österreicherinnen und Österreicher die EU deutlich positiver wahrnehmen, als dies oftmals dargestellt wird. Wir nehmen die Erkenntnisse aus dieser Umfrage zum Ansporn, um die Österreicherinnen und Österreicher noch intensiver zur Diskussion über die Errungenschaften der letzten 20 Jahre, aber auch die Herausforderungen und Chancen der nächsten 20 Jahre aufzufordern. Insgesamt zeigt die positive Grundstimmung, daß die EU für Österreich nach 20 Jahren einen Mehrwert gebracht hat, der auch mit ganz konkreten Errungenschaften im Gedächtnis der Menschen verankert ist“, sagte Johann Sollgruber, Vertreter der EU-Kommission in Österreich, bei der Präsentation der Ergebnisse, bei der auch Vertreter der finnischen und schwedischen Botschaft sowie des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) für Fragen zur Verfügung standen.

Spürbare Errungenschaften: Mobilität, Warenangebot und Infrastruktur

Im Detail wird deutlich, daß die Österreicherinnen und Österreicher vor allem konkret spürbare Errungenschaften der EU wie die Mobilität von StudentInnen und ArbeitnehmerInnen (insgesamt positiv 69 %), die Auswahl von Konsumgütern (72 %), die Infrastruktur (67%), aber auch die Stärkung der Rolle Österreichs in der Welt (65 %) als

Bitte geben Sie für jeden der folgenden Bereiche an, ob sich die Mitgliedschaft in der EU positiv oder negativ auf Österreich ausgewirkt hat:



Österreich, Europa und die Welt

positive Errungenschaften der EU-Mitgliedschaft nennen.

Gefragt nach zwei Assoziationen zu „Europa“ nennen die Befragten vor allem „EU“ und den „Euro“, gefolgt von „offene Grenzen“ und „Frieden“. Deutlich seltener wird „Europa“ mit negativen Assoziationen wie „Korruption“, „Regulierung“, „Bürokratie“ oder „teuer“ verbunden. Die Sanktionen gegen Österreich im Jahr 2000 sind nur 29 % der Befragten in Erinnerung, wohingegen sich 91 % sich im Zusammenhang mit 20 Jahren EU-Mitgliedschaft an die „Euro-Einführung“ erinnern.

Österreicher im Vergleich mit Finnland und Schweden integrationsfreundlicher

Im Vergleich zu den Befragten in Finnland und Schweden befürworten mehr ÖsterreicherInnen eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsstaaten der EU (49 %; Finnland: 36 %, Schweden 27 %). Dabei soll die neue EU-Kommission vor allem einen Schwerpunkt auf die Themen Beschäftigung (51 % wichtig), Stabilität des Euro (39 %), Umwelt (33 %) und Sicherheit und Schutz der BürgerInnen (33 %) legen.

Hintergrund

Für das Flash-Eurobarometer wurden vom 24. November bis 3. Dezember 2014 jeweils 1000 Teilnehmer in Österreich, Finnland und Schweden online befragt. Die Befragung wurde auf Initiative der Vertretung der EU-Kommission in Österreich in Zusammenarbeit mit den Vertretungen in Finnland und Schweden exklusiv im Auftrag der EU-Kommission durchgeführt. Neben den zwei Mal jährlich erscheinenden Standard-Eurobarometer Umfragen zur EU-Stimmung haben die Flash-Eurobarometer einen spezifischen thematischen Fokus.

Hahn: Eine Erfolgsgeschichte

„Am ersten Jänner 2015 jährt sich der EU-Beitritt Österreichs zum zwanzigsten Mal. Ohne Zweifel ein Anlaß zum Feiern, denn die EU-Mitgliedschaft Österreichs ist eine einzige Erfolgsgeschichte: alle seriösen Studien bestätigen die wirtschaftlichen Vorteile der Mitgliedschaft, wie zum Beispiel den Zugang zum EU-Binnenmarkt, der zu einer Verdreifachung der Exporte geführt hat“, so Johannes Hahn, gebürtiger Wiener und EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen. „Damit verbunden: Wachstum und Internationalisierung der Wirtschaft sowie neue Arbeitsplätze! Denn mittlerweile ist je-



Johannes Hahn, EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen

der vierte Arbeitsplatz in Österreich vom Export abhängig. Ich möchte im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Vorteilen nur eine einzige beeindruckende Zahl nennen: gemäß einer aktuellen Studie der Wirtschaftskammer Österreich haben sämtliche EU-Integrationsschritte zu einer Erhöhung der Wertschöpfung in Österreich in den letzten 20 Jahren um 63 Mrd Euro geführt. Auch die Tatsache, daß unser Land die Wirtschaftskrise relativ gut überstanden hat, ist auf die erfolgreiche gemeinsame Krisenbewältigung der EU zurückzuführen.“

Aber die EU sei, so Hahn, bei weitem mehr als eine reine Wirtschaftsunion: ein zutiefst politisches Zukunftsprojekt. Die uneingeschränkte Reisefreiheit etwa, sowie die Möglichkeit, in jedem EU-Land zu arbeiten und zu studieren, werde vor allem von der jungen Generation geschätzt. Bisher hätten 75.000 österreichische StudentInnen am Austauschprogramm ERASMUS teilgenommen.

„Darüber hinaus steht die EU global für die Sicherung von Frieden, Rechtsstaatlichkeit und demokratische Standards. Das Jahr 2014 hat mit der Ukraine-Krise sowie weiteren Umbrüchen und Konflikten in unserer unmittelbaren Nachbarschaft gezeigt, wie kostbar aber auch verletzlich der Friede am Europäischen Kontinent ist. In einer globalisierten Welt kann kein Land für sich alleine den Frieden sichern, dies gilt auch für die Länder mit neutralem Status wie Österreich“, so Hahn weiter. „Dasselbe gilt für grenzüberschreitende Probleme wie Migration, Epidemien wie Ebola, Umweltkatastrophen sowie organisierte Kriminalität und die

Zunahme radikaler, fundamentalistischer Bewegungen. Als EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen arbeite ich jeden Tag daran, Stabilität und Frieden in unserer unmittelbaren Nachbarschaft – und damit auch in Europa – zu sichern und die Interessen Europas zu wahren: von der Ukraine bis in den Nahen Osten; am westlichen Balkan ebenso wie in Nordafrika. Österreich leistet mit seiner Diplomatie einen wesentlichen Beitrag dazu, von seinem Engagement im Rahmen der Donaustategie und in den Balkanländern bis zu seiner Rolle bei den Verhandlungen über das Atomprogramm des Iran.“

„Der heutige Tag“, so Hahn am 1. Jänner 2015, „sollte jedoch nicht nur ein Tag der Rückschau auf bereits Erreichtes sein, sondern auch Anlaß zur Reflexion über die zukünftige Rolle Österreichs in der EU. Die Zustimmung zur EU hat sich in vielen Bereichen gebessert und man kann mit Recht sagen, Österreich ist in der EU ‚angekommen‘. EU-Politik wird zunehmend als Innenpolitik wahrgenommen und so schwindet auch die Distanz zwischen Nationalstaat und einem angeblich ‚fernen‘ Brüssel. Das Bewußtsein, daß die Mitgliedsstaaten ein ganz zentraler Baustein des europäischen Hauses sind und die Richtung des ‚Projekts Europa‘ maßgeblich mitbestimmen, wird immer stärker und positiv anerkannt.“

„Damit bin ich schon bei einem Thema, das mir sehr am Herzen liegt und bei dem es sicherlich einiges an Aufholbedarf gibt“, so der EU-Kommissar weiter: „Eines der wesentlichen Vorteile der EU-Mitgliedschaft Österreichs ist es, in allen Politikfeldern mit-

Österreich, Europa und die Welt

bestimmen zu können. Dieses Mitbestimmungsrecht ist eine enorme Chance, die besonderen Stärken, aber auch Anliegen eines Landes und seiner BürgerInnen in die EU einzubringen. Mit anderen Worten: das Projekt EU aktiv mitzugestalten! Hier würde ich mir mehr Engagement wünschen, von allen politischen Verantwortungsträgern, auf nationaler und Landesebene. Die Juncker-Kommission hat die Kommunikation und den Dialog mit den BürgerInnen zu einem wichtigen Schwerpunkt gemacht. Das Arbeitsprogramm der Kommission ist mit Initiativen wie dem Investitionsprogramm, Deregulierung und Verpflichtung zur Transparenz in entscheidenden Punkten den Anliegen der BürgerInnen entgegengekommen. Aber die Kommunikation über diese Zukunftsprojekte muß gemeinsame Sache sein: von den politischen Verantwortungsträgern auf allen Ebenen, bis zu den Interessenvertretern und allen BürgerInnen, die von EU-Projekten profitieren oder denen die EU ein echtes Anliegen ist. Ich hoffe daher sehr, daß diese Amtszeit auch geprägt sein wird von einem intensiven Dialog über die weitere Entwicklung und Gestaltung des gemeinsamen Projektes Europa.“

Österreich sei durch die EU ohne Zweifel weltoffener, internationaler geworden. Die einstige „Insel der Seligen“ sei zu einem



In der Nacht auf den 2. März 1994 gingen die Verhandlungen über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zu Ende. Im Bild – sichtlich erleichtert (v.l.): Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel, Außenminister Alois Mock und Europa-Staatssekretärin Brigitte Ederer

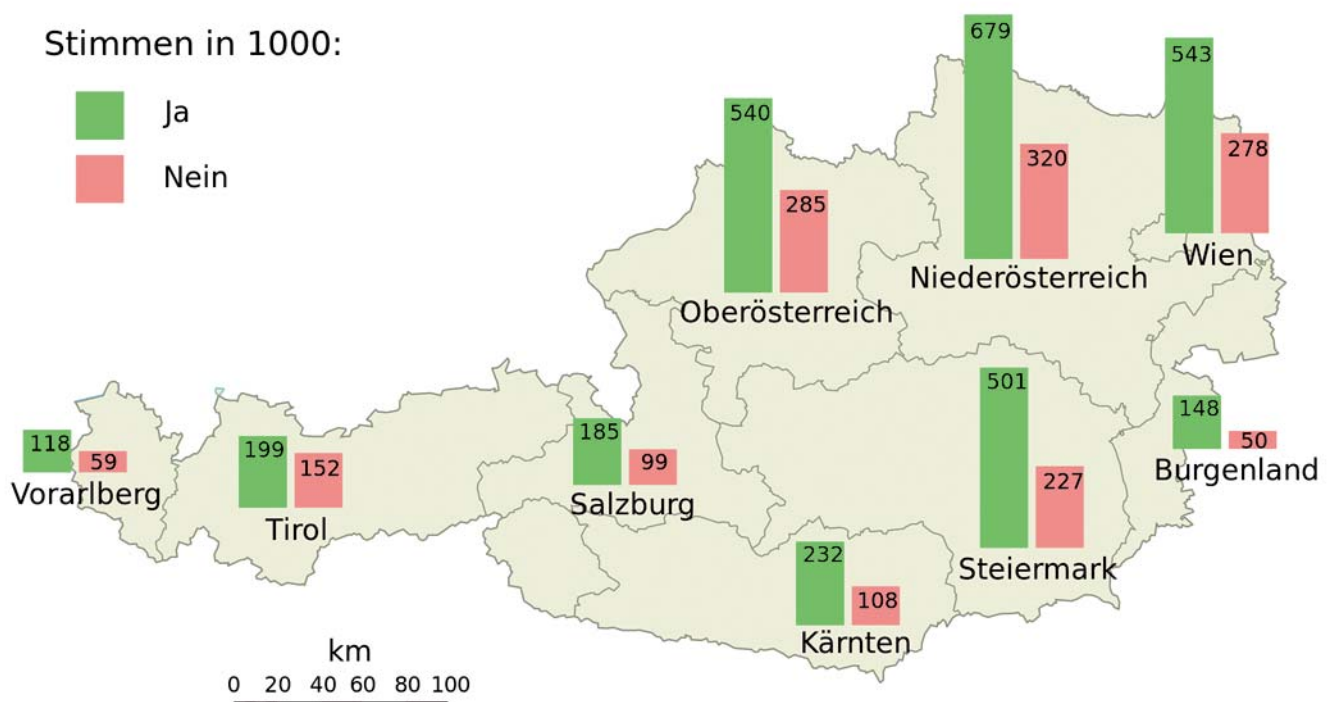
aktiven und respektierten Partner im Verbund der Europäischen Staaten geworden. „Österreichs Stimme zählt in Europa!“, so Hahn. „Gerade die Juncker-Kommission legt Wert auf ein Gleichgewicht zwischen kleinen und großen Staaten. Nicht die Größe ist entscheidend, sondern das aktive Engagement: Länder wie Luxemburg, die baltischen oder Visegrad-Staaten zeigen es vor! In die-

sem Sinne hoffe ich, daß auch die kommenden Jahre eine Erfolgsgeschichte für Österreich – und die EU – bleiben werden. Und daß die Europäische Union als ein Projekt verstanden wird, das für die BürgerInnen Europas gegründet wurde und dessen positive und demokratie-politische Weiterentwicklung zu einem wesentlichen Teil von deren aktivem Engagement abhängt“, schloß Hahn.

Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union am 12. Juni 1994

Stimmen in 1000:

Ja
Nein



Österreich, Europa und die Welt

Faymann: Österreich hat stark von EU profitiert

Anlässlich des 20-Jahr-Jubiläums hat Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) betont, daß „Österreich stark vom gemeinsamen Europa profitiert hat, aber noch viele Herausforderungen zu bewältigen sind“. Insbesondere wirtschaftlich profitiert Österreich von der EU, denn rund 70 Prozent des Außenhandels finden mit anderen EU-Mitgliedsländern statt. Die ökonomischen Vorteile sind evident und durch zahlreiche Studien belegt. „Gleichwohl bleibt die Herausforderung, sich für ein faireres und gerechteres Europa einzusetzen“, betont Faymann, für den es wichtig ist, über die wirtschaftliche Dimension der Europäischen Union hinauszukommen und jetzt auch die soziale Dimension zu stärken, „gerade in einer Zeit, in der es um die Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geht und in der alles für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa getan werden muß“.

„Ein sozial gerechtes Europa, in dem junge Menschen eine Perspektive haben, Armut und Arbeitslosigkeit verhindert werden, in dem es ‚Schutzschirme‘ für die Menschen gibt, die mindestens so stark sind wie die Bankenrettungsschirme, kann nur mit einer gemeinsamen Politik umgesetzt werden“, so Faymann. Der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit in Europa, die weitere Finanzmarktregulierung, der Kampf gegen Steuerbetrug und Spekulation sowie die Stärkung der sozialen Dimension der EU seien derzeit prioritär. „Es ist in Zeiten einer Wirtschaftskrise wichtig, neben notwendigen Sparmaßnahmen klug zu investieren, die Kaufkraft zu stärken und die Wirtschaft anzukurbeln. Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, müssen vom Sparen ausgenommen sein“, unterstrich Faymann, der diese Position auch in den europäischen Gremien vertritt.

Im Kampf gegen die Gesamt- und Jugendarbeitslosigkeit stehe Österreich im Wechsel mit Deutschland stets an der Spitze, so der Kanzler. Die EU-Mitgliedschaft ermöglichte in Österreich die Schaffung von 14.000 neuen Arbeitsplätzen pro Jahr. Die Einführung der Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild wurde bereits von der EU-Kommission empfohlen und für Regionen mit besonders hoher Jugendarbeitslosigkeit finanzielle Mittel dafür zur Verfügung gestellt.

Auch in Sachen Finanzmarktregulierung konnte in jüngerer Vergangenheit schon einiges erreicht werden: Die gemeinsame Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentral-

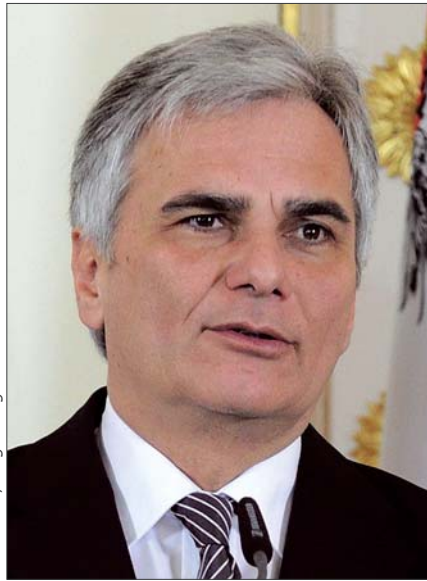


Foto: BKA / Regina Aigner

Werner Faymann
Bundeskanzler

bank, die im November diesen Jahres ihre Arbeit aufgenommen hat und als Teil der Bankenunion systemrelevante Banken der Eurozone kontrolliert, ist ein wichtiges Instrument, um Bankenrisiken schon frühzeitig zu erkennen und abzuwenden. Darüber hinaus sollen Banken in Zukunft für Pleiten selbst bezahlen; ein entsprechender Fonds wird in den kommenden Jahren eingerichtet. Auch die Begrenzung für Bankerboni als Konsequenz aus der Finanzkrise war eine europäische Errungenschaft. Die vier Grundfreiheiten von der Personenfreizügigkeit bis zum freien Warenverkehr seien ebenfalls Meilensteine der europäischen Erfolgsgeschichte, betonte Faymann, der aber mahnt: „Jetzt ist es daran, diese Freiheiten in Handelsab-



Foto: BMWFW / Andreas Wenzel

Reinhold Mitterlehner
Vizekanzler und Wirtschaftsminister

kommen mit anderen Rechtssystemen wie den USA nicht überzustrapazieren und den Freihandel an hohe soziale, arbeitnehmerrechtliche, Umwelt- und Konsumentenschutz-Standards zu koppeln.“

„Es ist auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten und bei allen offenen Baustellen in der EU wichtig, nie zu vergessen, was der Hauptgrund für den Start des gemeinsamen europäischen Projekts war: Es war der Frieden, und dieser Gedanke ist auch heute noch Kern der Europäischen Union. Noch nie hat es eine so lange Zeit des Friedens in Europa gegeben“, betonte Faymann und erinnerte an den Friedensnobelpreis, der der EU im Jahr 2012 verliehen wurde. „Die Bedeutung der EU als Friedenswerk wird uns durch die jüngsten Ereignisse, etwa in der Ukraine, deutlich vor Augen geführt“, betonte Faymann. Umso wichtiger sei es, sich in den Krisengebieten in der Nachbarschaft der Union für politische Lösungen einzusetzen. „Konflikte mit Waffengewalt auszutragen kann keine Lösung sein“, so der Kanzler.

Mitterlehner: Österreich hat Chancen gut genutzt

„Unsere EU-Mitgliedschaft zahlt sich für den Standort Österreich nachhaltig aus, sie ist ein starker Wettbewerbs- und Innovationsmotor für das Land“, zieht Wissenschafts-, Forschungs- und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) eine positive Bilanz. „Als kleine, offene Volkswirtschaft im Herzen Europas hat Österreich vom EU-Beitritt und der folgenden Ostöffnung der Europäischen Union besonders profitiert. So sind wir durch die steigende Internationalisierung zum Land der Exporteure geworden. Das schafft und sichert gut bezahlte Arbeitsplätze in Österreich“, so Mitterlehner.

Die heimischen Gesamtausfuhren haben sich seit dem EU-Beitritt auf knapp 126 Milliarden Euro verdreifacht. Die Exportquote ist von früher 34 auf zuletzt 57,4 Prozent gestiegen. Das strukturelle Außenhandelsdefizit hat sich halbiert. Zudem erhöhte sich der Bestand an Direktinvestitionen in Österreich von rund 16 Milliarden Euro 1995 auf knapp 125 Milliarden Euro im Vorjahr. Im selben Zeitraum sind die heimischen Direktinvestitionen im Ausland von 8,7 auf rund 167 Milliarden Euro gestiegen. „Österreich profitiert dabei nicht nur vom offenen Binnenmarkt, sondern auch vom Euro. Damit sind wir in eine starke Weltwährung eingebettet und besser gegen Währungsrisiken geschützt, wie sich gerade in der Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat“, so Mitterlehner.

Österreich, Europa und die Welt

Die rege Teilnahme an EU-Förderprogrammen hat sich nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für den Hochschul- und Forschungsraum positiv ausgewirkt. „Im Wettbewerb um Exzellenzförderung schneidet Österreich überproportional gut ab. Unsere Forscher sind erfolgreich in Europa engagiert, und davon profitiert die Innovationskraft des gesamten Landes“, sagt Mitterlehner. Im Rahmen der Einwerbung von rund einer Milliarde Euro durch Unternehmen und Institutionen haben zudem bisher 119 Spitzenforscher ein begehrtes ERC-Stipendium erhalten. Zahlreiche neue Chancen eröffnen auch jene EU-Innovationsförderungen, die über das Programm Horizon 2020 verfügbar sind. „Jeder Euro, der hier investiert wird, schafft ein Vielfaches an Wachstum und Arbeitsplätzen in Österreich“, betont Mitterlehner.

Neben der Spitzenforschung profitieren auch immer mehr junge Menschen von den EU-Mobilitätsinitiativen. Seit dem Start des Erasmusprogramms sind über 79.000 heimische Studierende für Studienzwecke ins Ausland gegangen. „Unser Ziel ist es, bis 2018 die 100.000er-Marke zu überschreiten. Denn gerade ERASMUS-Teilnehmer erwerben wichtige Zusatzqualifikationen und gewinnen viel an Lebenserfahrung. Das trifft sowohl für Studierende als auch für Lehrlinge zu, die ein Auslandspraktikum bei einem Unternehmen absolvieren können“, verweist Mitterlehner auf die vielfältigen Chancen Europas, die es in Zukunft noch stärker zu nützen gilt.

Kurz: Österreich hat massiv profitiert

Außenminister Sebastian Kurz erklärte in einem APA-Interview, daß Österreich massiv von der EU profitiert hat. Die EU ist mittlerweile mehr als nur ein Friedensprojekt, sondern es bietet vor allem den jungen Menschen große Chancen. Diese gilt es zu nutzen, ist für Kurz klar. Andererseits ist das Projekt noch nicht fertig, sondern es gibt die Notwendigkeit Fehler und Probleme aufzuzeigen und daran zu arbeiten.

„Wir müssen alles daran setzen, daß Europa nicht nur ein Kontinent mit viel Vergangenheit, sondern auch mit viel Zukunft ist, wo es nach wie vor Chancen für junge Menschen, Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Lebensqualität gibt. Das wird eine Riesenherausforderung für die nächsten Jahrzehnte“, so Kurz, für den das Entscheidende ist, daß die EU nicht fernab von der Bevölkerung agieren darf. In der Vergangenheit sei es oft so gewesen, daß Brüssel ein Stück



Sebastian Kurz, Bundesminister für Europa, Integration und Äußeres

weit fernab von dem agiert habe, was die Bevölkerung wollte. Eine Verbesserung der Situation sieht er in der neuen Kommission. Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker habe von Beginn an klargestellt, daß seine Kommission sehr politisch agieren will.

„Es wird ganz bewußt versucht, Probleme, die da sind, auch politisch anzugehen. Das habe ich versucht, das ganze Jahr zu forcieren. Wenn es Probleme gibt, sie nicht unter den Tisch zu kehren und drüberzufahren, sondern sie anzusprechen“, so Kurz.

Vilimsky: Rekorde bei Arbeitslosigkeit, Armut und Überschuldung

„Die EU-Verklärung durch Außenminister Kurz weist ihn als Hardcore-Apologeten



Harald Vilimsky
FPÖ-Generalsekretär

einer Union aus, die ausschließlich Politik für Banken und Konzerne macht“, reagierte der Delegationsleiter der FPÖ im EU-Parlament und FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky auf die Aussagen des Außenministers. „In Wahrheit finden wir uns 20 Jahre nach dem Beitritt in einer Union, die uns Rekorde in den Bereichen Arbeitslosigkeit, Armut und Überschuldung beschert hat.“

„Der Erhalt des Schillings wurde uns damals versprochen, heute haben wir eine Krisenwährung Euro, die permanent an Wert verliert und mit unseren Steuermilliarden nur notdürftig stabilisiert werden kann“, ergänzt er. Hinzu komme eine permanente Verdrängung heimischer Arbeitnehmer durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Österreichs Rolle als Feinkostladen Europas sei massiv gefährdet durch die drohenden Freihandelsabkommen TTIP und CETA, die erneut nur den Konzernen zugutekämen. Weltpolitisch sei die EU nicht mehr als ein Anhängsel der USA, denen sie vorbehaltlos sämtliche Daten der mittlerweile lückenlos überwachten Bürger ausliefern.

„Angesichts dieser dramatischen Entwicklungen in den letzten 20 Jahren war der österreichische EU-Beitritt ganz klar ein Fehler. Eine positive Zukunft kann diese EU nur dann haben, wenn sie sich zu einer Gemeinschaft souveräner Staaten zurückentwickelt“, so Vilimsky, der Kurz empfiehlt, sein Augenmerk auf Griechenland zu richten: „Hier zeigt sich, daß nicht nur in den Nettozahler-Staaten wie Österreich die Unzufriedenheit mit der EU massiv ansteigt, sondern auch in jenen Ländern, die vorgeblich durch die EU gerettet werden. Denn auch dort ist mittlerweile den meisten Bürgern klar, daß die Milliarden nur den Banken nutzen, während die Menschen leiden müssen.“

Nachbaur: EU darf nicht zu einem Zwangseinheitsbrei werden

„Die Idee ist gut – doch an der Umsetzung muß noch kräftig gearbeitet werden“, so kommentierte Team Stronach-Klubobfrau Kathrin Nachbaur den 20. Jahrestag des österreichischen EU-Beitritts. Der gemeinsame Friedensgedanke sei heute notwendiger denn je, so Nachbaur, dennoch dürfe man keinen „europäischen Zwangseinheitsbrei“ schaffen. Eine Zwangswährung für Volkswirtschaften, die nicht zusammen passen, und die ständig wachsende Überbürokratisierung seien „eine Beleidigung der europäischen Idee“. Jüngstes Beispiel dafür sei der skurrile Kochlöffel-Streit in der Steiermark.

Foto: Team Stronach



Kathrin Nachbaur
Klubobfrau des Team Stronach

Geht es nach der Team Stronach Klubobfrau, müssen das Subsidiaritätsprinzip und „no bail out“ Prinzip wieder eingehalten werden – beide sind fest verankert im EU-Vertrag. „Alles, was bei uns in Österreich geregelt werden kann, soll hier verbleiben und nicht zentralistisch von Brüssel vorge-schrieben werden.“

Das zweite wichtige Thema sei der ESM, so Nachbaur. Dieser dürfe künftig nicht zu einem Selbstbedienungsladen für marode Banken verkommen. „240 Mrd. Euro sind bereits nach Griechenland geflossen – doch das Geld ist nicht bei den armen Griechen sondern bei korrupten Spekulanten angekommen. Das Ergebnis: ein unkontrollierbares Polit-Chaos, wachsender Radikalismus und steigender Völkerhaß – sieht so etwa ein erfolgreiches Rettungspaket aus?“, so die Klubobfrau. „Unsere Politiker hatten doch noch vor kurzem glatt behauptet, daß Griechenland und die Bankenrettung ein großes Geschäft für Österreich werden könnte – aber wenn die Erweiterung des ESM erst einmal beschlossen ist, zahlen erst recht die österreichischen Steuerzahler drauf!“

Anlässlich des Jahrestages sei es jetzt notwendig, sich auf die Grundidee der europäischen Union zu besinnen und die Vielfalt und Buntheit Europas zu feiern, zu der Österreich einen wesentlichen Beitrag leiste, schloß Nachbaur. ■

<http://www.zukunftseuropa.at>

Quellen: EU-Kommission, SPÖ, ÖVP, Team Stronach, demokratiezentrum.org.

Von den Grünen und den NEOS standen uns keine diesbezüglichen Stellungnahmen zur Verfügung. Die Redaktion.

Wie die Jungen Europa sehen

Junge gebildete und politisch interessierte StädterInnen sind in Österreich am meisten von der Idee der europäischen Integration überzeugt. Zu diesem Ergebnis gelangt Christina Ortner, die sich in ihrer Dissertation mit dem Verhältnis von jungen Erwachsenen zur europäischen Union sowie der Rolle der Medien auseinandersetzt. Für ihre Arbeit wurde sie mit dem Senator-Otto-Wittschier-Wissenschaftspreis 2014 ausgezeichnet. Ortner's Arbeit ist am Salzburg Centre of European Union Studies (SCEUS) der Universität Salzburg im Rahmen des von der Humer Stiftung für akademische Talente geförderten Doktorandenprogramms entstanden. Dank finanzieller Unterstützung der Stiftungs- und Förderungsgesellschaft der Universität Salzburg erscheint sie demnächst im Nomos Verlag als Buch.

In ihrer Studie zeichnet Christina Ortner ein vielschichtiges Bild über das Verhältnis der Jungen in Österreich zur EU. Für die Entwicklung ihrer Sichtweisen spielen Informationen aus den Medien eine zentrale Rolle. Auf Basis von Interviews in Form persönlicher Gespräche sowie einer Online-Umfrage kommt Ortner zu dem Ergebnis, daß nur eine kleine Gruppe voll und ganz hinter der EU steht. „Diese Leute interessieren sich insgesamt für Politik und verfolgen die Geschehnisse regelmäßig“, sagt Ortner. Der überwiegende Teil der Befragten äußert jedoch grundsätzliche Bedenken der EU gegenüber. „Ängste gibt es viele, etwa vor dem Verlust nationaler Souveränität“, so Ortner. Durch mangelnde Information und eingeschränkte Mitbestimmungsmöglichkeiten würden sich die jungen Menschen von europäischer Politik oft ausgeschlossen fühlen. Kritikpunkte seien insbesondere die hohen Kosten der EU sowie eine zu geringe Vertretung ihrer Interessen durch die politischen Eliten. Die überwiegende Mehrheit ist jedoch wenig an europäischer Politik interessiert und dementsprechend schlecht informiert.

Den Auswirkungen der EU auf Beschäftigung und Arbeitsbedingungen stehen die Befragten ambivalent gegenüber. Ihr Fazit: Europäische Politik und Integration berge sowohl Chancen als auch Gefahren für Arbeitnehmer in Österreich. Positiv gesehen werden die Auswirkungen der EU auf die Wirtschaft sowie die inter-

ationale Mobilität. Das Wissen über die EU kommt zunächst aus der Familie und der Schule. In der Folge stoßen aber junge Menschen vielfach in Medienberichten auf europäische Politik. Als wichtigste Quellen werden dabei der ORF und die „Kronen-Zeitung“ genannt und etwas seltener die Qualitätspresse.

„Insgesamt haben die Medien bei den Befragten einen hohen Stellenwert, was Wissen und Meinungsbildung zur EU betrifft“, sagt Ortner. „Sie nutzen sie vor allem, um sich über aktuelle Ereignisse zu informieren und gezielt nach Informationen zu suchen.“ Die Befragten sehen die Medien jedoch kritisch und haben den Eindruck, daß die Berichterstattung je nach Ausrichtung einseitig positiv oder negativ über die EU sei.

Damit die Jungen Medieninformationen besser einordnen können seien Lehrende in Schulen aufgerufen, die komplexen Zusammenhänge verständlich aufzubereiten und so das nötige Hintergrundwissen zu vermitteln, so Ortner. Will die EU die Jungen intensiver in die europäische Politik einbinden, rät sie die politische Bildung über die EU in allen Ausbildungsstufen zu forcieren und direkten Kontakt zu suchen.

Christina Ortner wurde gemeinsam mit Clemens Sedmak und Eva Rohn mit dem Senator-Otto-Wittschier-Wissenschaftspreis 2014 ausgezeichnet. Die gleichnamigen Stipendien gingen an Lukas Haigermoser und Dagmara Stryjak. Die Preise und Stipendien werden von der EFS Euro Finanz Service Vermittlungs AG in Gedenken an den Gründer Otto Wittschier gestiftet. Chance auf das Preisgeld haben Arbeiten aus den Bereichen Rechts-, Wirtschafts-, Finanz- und Kultur- und Gesellschaftswissenschaften sowie Wirtschaftsethik- und -psychologie. Die Bewerber sollen außerdem an der Universität Salzburg wissenschaftlich tätig sein.

Der interdisziplinäre Schwerpunkt des Salzburg Centre of European Union Studies setzt sich mit aktuellen Fragen der Europäischen Integration auseinander, die sich gerade hinsichtlich der Konsequenzen der Finanz- und Schuldenkrise und nach Inkrafttreten des Vertrages von Lissabon stellen. ■

<http://www.uni-salzburg.at>

Steiermark feiert 20 Jahre EU-Beitritt mit Festakt

Anlässlich des 20jährigen Jubiläums des österreichischen Beitritts zur Europäischen Union lud Europalandesrat Christian Buchmann am 13. Jänner zu einem Festakt.



© europa.steiermark.at / Foto Fischer (CC BY-SA)

v.l.: LH-Stv. Hermann Schützenhöfer, EU-Kommissar a.D. Franz Fischler, LH Franz Voves, Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky und LR Christian Buchmann bei dem Festakt in Graz

Rund 200 Gäste waren in die „Needle“ im Kunsthaus Graz gekommen, unter ihnen Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky, Österreichs erster EU-Kommissar Franz Fischler, Landeshauptmann Franz Voves und Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer. Landesrat Christian Buchmann: „Die Schüsse von Paris haben uns wieder bewußt gemacht, wofür dieses gemeinsame Europa steht: Eine offene Gesellschaft, die Freiheit und Frieden bringt!“

„In diesen Tagen, in denen wir die unfassbaren Bilder der Terroranschläge von Paris vor Augen haben, müssen wir uns stärker denn je bewußt machen, wofür es das gemeinsame Europa und die EU gibt. Sie ist ein beispielloses, einzigartiges Friedensprojekt und diese Funktion ist nicht hoch genug einzuschätzen“, so der Landesrat. Gleichzeitig müßten die aktuellen Ereignisse auch Anlaß sein, mehr Verantwortung von der muslimischen Gemeinschaft und ihren religiösen Führern einzufordern: „Es reicht nicht, zu sagen, diese ‚Verrückten‘ seien keine echten Muslime. Dieser Wahnsinn muß von der gesamten muslimischen Community entschiedener bekämpft werden“, so Buchmann.

Zu den Auswirkungen des österreichischen EU-Beitritts meinte der Landesrat: „Ohne den EU-Beitritt vor 20 Jahren würde die Steiermark bei weitem nicht so erfolgreich dastehen. Seit damals sind mehr als 2,5 Milliarden Euro an EU-Geldern in unser

Bundesland geflossen. Damit konnten wichtige Projekte in der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Kultur, im Sport und im Sozialbereich umgesetzt werden. Durch diese Projekte konnte der Wohlstand der Steirerinnen und Steirer gesteigert werden“, so Buchmann. Laut einer Studie von Joanneum Research sind seit 1995 fast 80.000 zusätzliche Arbeitsplätze in der Steiermark geschaffen worden. „50.000 dieser Arbeitsplätze sind unmittelbar durch die Mitgliedschaft Österreichs in der EU entstanden“, so Buchmann, der aber auch kritische Worte Richtung Brüssel fand: „Die EU muß laufend daran arbeiten, überbordende bürokratische Hürden abzubauen und die individuellen Freiheitsgrade weiter zu erhöhen!“

Landeshauptmann Franz Voves: „Ich bin glühender Steirer, glühender Österreicher und glühender Europäer. Auch bin ich davon überzeugt, daß wir weiterhin in einer globalen Welt leben werden. Wir haben nur eine Chance, dies in Frieden und Wohlstand zu tun, wenn wir das geeinte Europa in einer politischen Union weiterleben. Dafür müssen wir die jungen Menschen für Europa begeistern und sie vom vereinten Europa überzeugen.“

Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer: „In Summe ist die europäische Gemeinschaft für Österreich und für die Steiermark eine Erfolgsgeschichte geworden. Wir müssen aber auch in Zukunft darauf schauen, daß wir das Miteinander stärken und

viele Fragen müssen mehr zum Thema werden, wie zum Beispiel die Arbeitslosigkeit. Es muß in vielen Bereichen einfach mehr Zusammenhalt unter den stärkeren Ländern geben.“

Bundeskanzler a.D. Franz Vranitzky: „Wir stehen heute vor einer völlig anderen Ausgangslage als vor 20 Jahren. Denken Sie an die digitale Revolution, an die Energiesituation, die Flüchtlings- und Asylantenproblematik – das sind völlig andere Aufgaben. Besonders unsere nachfolgende Generation hat das Recht und den Anspruch, daß die abtretende sie darauf aufmerksam macht, wie groß die Herausforderungen sind, neue Wege einzuschlagen, neue Verständigungen, neue Allianzen und Bündnisse zu schließen. Ich traue ihr zu, daß sie es schafft!“

EU-Kommissar a.D. Franz Fischler: „Österreich hat die Chancen im vereinten Europa sehr gut genutzt. Das hat dazu geführt, daß wir den Deutschen zeitweise sogar voraus waren, was es zuvor nie gegeben hat. Das ist eine Leistung der österreichischen Wirtschaft, vor der wir Respekt haben sollten. Für die Zukunft müssen wir uns in Österreich stärker als bisher – neben der Frage, was bringt die EU – auch die Frage stellen, wie können wir tatsächlich besser zusammen wachsen, als dies bisher der Fall war.“

Nach den Statements diskutierten Vranitzky und Fischler mit VertreterInnen von Sozialpartner-Jugendorganisationen über künftige Herausforderungen für Europa. ■

Österreich, Europa und die Welt

»Wir sind 20«

20 Jahre Wien und Österreich in der EU – Festveranstaltung
in Brüssel mit Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner

Foto: Wien-Haus in Brüssel / Daniel Osorio



Vizebürgermeisterin Renate Brauner (Bildmitte) und Wien-Haus-Chefin Michaela Kauer (zweite von rechts) im Kreis der jungen Mitwirkenden an »Wir sind 20«

Am 1. Jänner 2015 jährte sich der Beitritt Österreichs zur EU zum 20. Mal. Aus diesem Anlaß lud das Verbindungsbüro der Stadt Wien am 22. Jänner zu einer Veranstaltung im Wien-Haus in Brüssel. Im Beisein von Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner und dem Ständigen Vertreter Österreichs bei der EU, Walter Grahammer, wurde die Festschrift der Stadt Wien zu diesem bedeutenden Jubiläum „Wir sind 20 – Turning Twenty“ präsentiert. In dieser Publikation diskutieren zehn junge Erwachsene, die um 1995 geboren wurden, mit zehn Persönlichkeiten aus Politik, Sozialpartnern, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft, die intensiv mit den Beitrittsverhandlungen befaßt waren. Diese Gespräche drehen sich um immer noch aktuelle Themen wie Umweltschutz, Mobilität, Bildung, Arbeit, Wirtschaft, Frieden und vieles Mehr.

Brauner: Europa ist selbstverständlicher Teil unseres Alltags

Wiens Vizebürgermeisterin Renate Brauner sagte in ihrer Ansprache vor den rund 100 Festgästen: „Diese engagierten und international aufgeschlossenen jungen Leute geben wirklich Grund dazu, für die Zukunft

optimistisch zu sein“. Daß Europa von einer ganzen neuen Generation so selbstverständlich gelebt werde, sei wichtig, gerade auch für die Zukunft der Stadt: „Wir profitieren menschlich, wirtschaftlich, in der Wissenschaft, kulturell und auf vielen anderen Gebieten von unserer europäischen und internationalen Orientierung“, so Brauner.

Botschafter Grahammer lobte die Wiener Initiative: „Das Projekt ‚Wir sind 20‘ bringt einen wichtigen Aspekt unserer EU-Mitgliedschaft auf den Punkt: Die EU sind nicht ‚die in Brüssel‘, sondern wir alle. Österreich ist nun schon seit einer Generation ein aktives und erfolgreiches Mitglied der Union. Diese Festschrift zeigt, daß dieses Engagement von der nächsten Generation fortgesetzt wird. Dazu wird die Arbeit der Verbindungsbüros der österreichischen Bundesländer in Brüssel, wie in den letzten 20 Jahren, einen wertvollen Beitrag leisten.“

Junge Mitwirkende an »Wir sind 20« zu Gast in Brüssel

Der Aufenthalt der jungen InterviewpartnerInnen in Brüssel wurde mit einem zweitägigen Rahmenprogramm abgerundet: einem Besuch des Europäischen Parlaments, einem

Programm in der Ständigen Vertretung Österreichs bei der EU und einer Stadtführung. Möglich wurde die Reise durch die Unterstützung des Flughafen Wien und der Magistratsdirektion der Stadt Wien – Geschäftsbereich Europa und Internationales.

Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien AG, unterstrich die Bedeutung dieser Veranstaltung: „Seit 20 Jahren ist Österreich Teil einer internationalen Gemeinschaft und die Vorteile sind in jedem gesellschaftlichen Bereich spürbar. Gerade für Jugendliche bietet diese Internationalität neue Perspektiven und dafür Bewußtsein zu schaffen, ist sehr wichtig“.

Oskar Wawra, Bereichsdirektor für internationale Beziehungen der Stadt Wien, hob die Bedeutung der EU für die Jugend hervor: „20 Jahre in der Europäischen Union ergeben für Wien und Österreich eine positive Bilanz. Gerade für junge Menschen bieten die vielfältigen Programme der EU viele Chancen und Möglichkeiten, die aktiv genutzt werden sollten.“

»Wir sind 20« – »Turning Twenty«

Wien ist sich der Bedeutung des EU-Beitritts Österreichs vor 20 Jahren für die

Österreich, Europa und die Welt

Stadt, für ihre Menschen, für die Wirtschaft und viele andere Bereiche sehr bewußt. Die Rahmenbedingungen sind anders geworden, die Themen, die die Menschen bewegen, sind aber oft die gleichen geblieben. Europa ist in Wien angekommen, und Wien in Europa. Die neue Broschüre „Wir sind 20“, mit der die Stimmung von damals und heute eingefangen wird, wurde in Brüssel präsentiert. Bürgermeister Michael Häupl betonte aus diesem Anlaß: „Es reicht nicht, wegen eines Jahrestages nur Rückschau zu halten – wichtig ist, die jetzige und die nächste Generation bei der Begeisterung und dem Engagement für ein weltoffenes, friedliches Wien, das seine Chancen in der Welt wahrnimmt, zu fördern. Die Festschrift ‚Wir sind 20‘ zeigt dies in einer gelungenen Weise.“

»Wir sind 20« – Die Idee

20 Jahre nach dem Beitritt am 1. Jänner 1995 gibt es bereits eine Generation von jungen, erwachsenen Menschen, welche die Zeit ohne EU nicht mehr erlebt hat, für die Österreich „immer schon“ in der EU war. Gleichzeitig können sich die damals maßgeblich Verantwortlichen als Zeitzeuginnen und Zeitzeugen noch sehr gut an diese Phase erinnern. Aus diesem Gedanken wurde von der Leiterin des Wien-Hauses in Brüssel, Michaela Kauer, eine reizvolle Idee geboren: Zehn junge Erwachsene, die um 1995 geboren wurden, diskutieren mit Persönlichkeiten aus Politik, Sozialpartnern, Verwaltung, Medien und Zivilgesellschaft, die damals intensiv mit den Beitrittsverhandlungen befaßt waren. Diese Gespräche, die sich um immer noch aktuelle Themen wie Umweltschutz, Mobilität, Arbeit, Wirtschaft, Frieden und vieles mehr drehen, wurden in dieser kleinen Festschrift zusammengefaßt. Ein Stakkato an kurzen Fragen und die dazugehörigen kurzen Antworten am Ende jedes Interviews zu Fragen wie „Der Euro“, „Datensicherheit“ oder „Gemeinsame Sprache“ geben sehr schön die EU-Stimmung der Menschen wieder. Vorwörter des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl und des damaligen Bundeskanzlers Franz Vranitzky leiten das Thema ein, und ein Überblick über wichtige europapolitische Entwicklungen für Wien rundet die Broschüre ab.

Das Projektteam: »Wir sind alle EuropäerInnen«

Michaela Kauer, Leiterin des Verbindungsbüros der Stadt Wien zur EU, betonte: „Für mich war es wichtig, in diesem Projekt die Vergangenheit mit der Gegenwart und



Vizebürgermeisterin Renate Brauner (r.) und EU-Botschafter Walter Grahammer schneiden mit Klara Iby und Max Gnesda die Geburtstagstorte an.



Harold Naaijer und Gerda Füricht-Fiegl präsentieren ihre Arbeit an »Wir sind 20«

noch mehr mit der Zukunft zu verbinden, und das ist in diesen Gesprächen sehr schön gelungen. Daß Wien als europäische, weltoffene und international orientierte Stadt in Europa, in der EU anerkannt und respektiert ist, erlebe ich täglich bei der Arbeit in Brüssel, auch das sollte in dieser Festschrift der ein wenig anderen Art spürbar werden.“

Gerda Füricht-Fiegl, langjährige EU-Expertin und Projektleiterin, berichtete über die Entstehung der Broschüre: „Die häufigste Reaktion der Interviewten war ‚Was, schon vorbei? Schade, es hat Spaß gemacht!‘ Durch die Gespräche mit interessanten Menschen ergab sich ein buntes Bild zur EU, das wir in der Publikation einfangen konnten. Und eine Erkenntnis: Keinesfalls

läßt die EU die Menschen kalt. Ganz im Gegenteil!“

Harold Naaijer, Fotograf der Publikation, der die Gespräche an Orten in Wien, die Europa, Weltoffenheit und Internationalität symbolisieren, eingefangen hat, war ebenfalls angetan von „Wir sind 20“: „Die offene und spaßvolle Zusammenarbeit mit meinen österreichischen Kolleginnen und Kollegen genauso wie mit den Interviewten hat mich als Niederländer mit Berufserfahrung in Spanien und Portugal sehr begeistert und gezeigt: Wir sind alle Europäerinnen und Europäer.“

Die kurzweilige Broschüre ist auf Deutsch und Englisch erschienen und auch unter im Netz verfügbar.

<http://www.wirsind20.eu>

Chronik der europäischen Einigung und des österreichischen EU-Beitritts

1949 – 10. Mai: Gründung des Europarats mit dem Ziel, einen engeren Zusammenschluß unter seinen Mitgliedern zu verwirklichen. Der Europarat spielt eine wichtige Rolle bei der Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, hat mit der späteren EU institutionell aber nichts gemeinsam.

1950 – 9. Mai: In seiner Rede stellt der französische Außenminister Robert Schuman den von Jean Monnet entwickelten Plan vor, die Kohle- und Stahlproduktion Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland zusammenzulegen und eine Organisation zu gründen, die den anderen europäischen Ländern zum Beitritt offen stehen soll.

1951 – 18. April: Sechs Länder (BRD, Frankreich, Luxemburg, Niederland, Belgien, Italien) unterzeichnen in Paris den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS).

1956 – 16. April: Österreich tritt nach der Wiederherstellung seiner vollen Souveränität durch den Staatsvertrag (1955) dem Europarat bei.

1957 – 25. März: In Rom werden die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) unterzeichnet.

1958 – 1. Januar: Die Römischen Verträge treten in Kraft; EWG und die EURATOM nehmen ihre Arbeit in Brüssel auf.

1960 – 4. Januar: Auf Initiative des Vereinigten Königreichs wird das Stockholmer Abkommen zur Gründung der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) unterzeichnet. Es erfolgt in Reaktion auf die Bildung der EWG, um eine wirtschaftliche Benachteiligung der Nicht EWG-Staaten zu verhindern. Neben Dänemark, Großbritannien, Norwegen, Portugal, Schweden und der Schweiz ist auch das seit 1955 neutrale Österreich ein Gründungsmitglied. Am 3. Mai tritt das Stockholmer Übereinkommen zur Errichtung der Freihandelszone in Kraft.

1962 – 30. Juli: Die Verordnungen zur Einführung einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) treten in Kraft.

1965 – 8. April: Der Vertrag über die Fusion der Exekutivorgane der drei Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) wird in Brüssel unterzeichnet.

1967 – 1. Juli: Der Fusionsvertrag zur Einsetzung gemeinsamer Exekutivorgane der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, Euratom) tritt in Kraft. Fortan verfügen die Europäischen Gemeinschaften über eine Kommission und einen Rat. Allerdings sind beide weiterhin nach den Regelungen der jeweiligen Gemeinschaft tätig.

1968 – 1. Juli: Die Zollunion tritt in Kraft. Die verbleibenden Zölle im innergemeinschaftlichen Handel werden abgeschafft und die nationalen Zölle im Handel mit Drittländern durch den Gemeinsamen Zolltarif ersetzt.

1972 – 24. April: Die „Währungsschlange“ wird eingeführt: Die sechs Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft vereinbaren, die Bandbreite der Wechselkursschwankungen ihrer Währungen auf 2,25 Prozent zu begrenzen.

1973 – 1. Januar: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich treten den Europäischen Gemeinschaften bei. Die Freihandelsabkommen der Gemeinschaft mit Österreich, der Schweiz, Portugal und Schweden treten in Kraft.

1974 – 9. und 10. Dezember: Auf dem Gipfeltreffen von Paris beschließen die neun Staats- bzw. Regierungschefs, dreimal jährlich im Europäischen Rat zusammenzukommen; sie schlagen die Direktwahl der Europäischen Versammlung vor.

1975 – 10./11. März 1975: Die Staats- bzw. Regierungschefs kommen erstmals als Europäischer Rat in Dublin zusammen.

1978 – 4./5. Dezember: Der Europäische Rat errichtet auf seiner Tagung in Brüssel das Europäische Währungssystem auf der Grundlage einer europäischen Währungseinheit (ECU).

1979 – 13. März: Das Europäische Währungssystem tritt in Kraft.

7. bis 10. Juni: Die erste allgemeine Wahl des Europäischen Parlaments findet statt.

1981 – 1. Januar: Griechenland wird als zehnter Mitgliedsstaat aufgenommen.

1985 – 14. Juni: Das Schengener Abkommen über die Abschaffung der Grenzkontrollen wird von Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden in Schengen (Luxemburg) unterzeichnet.

1986 – 1. Jänner: Spanien und Portugal treten der EG bei, die nunmehr zwölf Mitgliedsstaaten umfaßt.

17. und 28. Februar: In Luxemburg und Den Haag wird die Einheitliche Europäische Akte unterzeichnet.

1987 – 1. Juli: Die Einheitliche Europäische Akte tritt in Kraft. Sie ist die erste umfangreiche inhaltliche Weiterentwicklung der Gründungsverträge. In ihrem Mittelpunkt steht die Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes, der auf den vier Freiheiten (freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr) basiert. Zudem umfaßt sie ein Bekenntnis zur Errichtung einer Wirtschafts- und Währungsunion.

1989 – 17. Juli: Österreich beantragt den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften.

1990 – 20. Juni: Die EWG und die EFTA nehmen offizielle Verhandlungen über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums auf (EWR).

1991 – 31. Juli: Die EG-Kommission verabschiedet eine grundsätzlich positive Stellungnahme zu Österreichs EG-Beitrittsantrag.

1992 – 7. Februar: Der Vertrag über die Europäische Union wird in Maastricht unterzeichnet.

2. Mai: In Porto wird das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) unterzeichnet.

1993 – 1. Jänner: Der Binnenmarkt mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr ist Wirklichkeit.

1. Februar: Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Österreich.

1. November: Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags. Er ist ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der EU. Er legt die Vorschriften für die künftige gemeinsame Währung sowie für die Außen- und Sicherheitspolitik und einer engeren Zusammen-

Österreich, Europa und die Welt

arbeit in den Bereichen Justiz und Inneres fest. Die „Europäische Gemeinschaft“ heißt nun offiziell „Europäische Union“.

13. Dezember: Abschluß des Abkommens über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums.

1994 – 1. Jänner: Das Abkommen über die Schaffung des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) tritt in Kraft.

30. März: Abschluß der Beitrittsverhandlungen mit Österreich in Brüssel.

5. Mai 1994: Der österreichische Nationalrat nimmt das Bundesverfassungsgesetz über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union an, am 7. Mai folgt die Abstimmung im Bundesrat.

12. Juni: In einer Volksabstimmung sprechen sich 66,6 Prozent der ÖsterreicherInnen für den Beitritt zur Europäischen Union aus.

24. und 25. Juni: Tagung des Europäischen Rates in Korfu. Unterzeichnung der Beitrittsakte Österreichs.

1995 – 1. Januar: Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union.

26. März: Das Schengener Übereinkommen zwischen Belgien, Frankreich, Deutschland, Luxemburg, den Niederlanden, Portugal und Spanien tritt in Kraft.

1997 – 2. Oktober: Die Außenminister der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union unterzeichnen den Vertrag von Amsterdam.

1998 – 1. Juli: Beginn der ersten österreichischen EU-Ratspräsidentschaft.

1999 – 1. Januar: Elf Mitgliedsstaaten der Europäischen Union führen den Euro als Buchwährung ein.

1. Mai: Der Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft. Er stützt sich auf den Vertrag von Maastricht und umfaßt Vorhaben zur Reform der EU-Organe, zur Stärkung der Stellung Europas in der Welt und zur Förderung der Beschäftigung und der Bürgerrechte.

2000 – 7. Dezember: Europäischer Rat in Nizza: Der Rat berät u.a. über die Erweiterung der EU, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Koordinierung der Wirtschaftspolitik und die Europäische Sozialagenda, die gebilligt wird. Die Regierungskonferenz endet mit der politischen Einigung über den Vertrag von Nizza. Am Rande des Gipfels proklamieren die Präsidenten des Europäischen Parla-

ments, des Europäischen Rates und der Kommission feierlich die Charta der Grundrechte der Europäischen Union.

2001 – 26. Februar: Der Vertrag von Nizza wird unterzeichnet. Er ändert den Vertrag über die Europäische Union und den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft ab.

15./16. Dezember: Gipfel in Laeken. Die EU-Staats- und Regierungschefs verabschieden eine „Erklärung über die Zukunft der Europäischen Union“ (EU). Sie soll die Grundlage für die nächsten EU-internen Reformen vor der Erweiterung bilden. Erstmals sollen die Reformen nicht mehr ausschließlich von den Regierungen, sondern von einem „Konvent“ vorbereitet werden.

Ziel der Reformdiskussion ist auch eine Verfassung für die Europäische Union.

2002 – 1. Januar: Die Euromünzen und -scheine werden in den zwölf Mitgliedsstaaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien) in Umlauf gebracht.

28. Februar: Die nationalen Münzen und Banknoten verlieren ihre Gültigkeit.

28. Februar: Der EU-Konvent tritt in den Räumen des Europäischen Parlaments in Brüssel zum ersten Mal zusammen.

2003 – 17. Februar: Der Vertrag von Nizza tritt in Kraft.

13. Juni: Der EU-Konvent einigt sich über einen Textentwurf für eine europäische Verfassung.

20. Juni: Beim EU-Gipfel in Porto Carras zeichnet sich ab, daß der Entwurf zur EU-Verfassung von den Regierungschefs grundsätzlich angenommen wird.

12./13. Dezember: Scheitern des Verfassungsgipfels in Brüssel nach der Blockade Polens und Spaniens gegen ein neues Abstimmungssystem im EU-Ministerrat.

2004 – 1. Mai: Die EU bekommt 10 neue Mitgliedsstaaten: Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien.

17./18. Juni 2004: Im Rahmen der Tagung des Europäischen Rates von Brüssel einigen sich die 25 Staats- und Regierungschefs auf einen endgültigen Text der Europäischen Verfassung

29. Oktober: Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union unterzeichnen in Rom die erste europäische Verfas-

sung. Die Verfassung muß aber noch von den Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

2005 – 29. Mai: In Frankreich sprechen sich 54,87 Prozent der WählerInnen beim Referendum gegen die EU-Verfassung aus. 1. Juni: Auch in den Niederlanden wird die EU-Verfassung (mit 61,6 Prozent der WählerInnenstimmen) abgelehnt.

16./17. Juni: Nach den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden beschließt der Rat in Brüssel, vorerst keine weitere Ratifizierung durchzuführen.

3. Oktober: Öffnung der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und Kroatien.

2006 – 1. Jänner: Österreich übernimmt zum zweiten Mal die EU-Ratspräsidentschaft.

2007 – 1. Jänner: Mit Bulgarien und Rumänien erhält die EU zwei neue Mitgliedsstaaten.

18./19. Oktober: Auf dem Gipfel in Lissabon einigen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf den Wortlaut des neuen „Vertrags von Lissabon“

13. Dezember: Der Vertrag von Lissabon wird unterzeichnet. Er ist darauf angelegt, die EU demokratischer, effizienter und transparenter zu machen und außerdem zu befähigen, globale Herausforderungen anzugehen. Bevor der Vertrag in Kraft treten kann, muß er von jedem einzelnen der 27 Mitgliedsstaaten ratifiziert werden.

2009 – 1. Dezember: Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft.

2010 – Im Zuge der Finanzkrise ist die Zustimmung der BürgerInnen zum Projekt Europa auf einem Tiefpunkt angelangt: Nur 49 Prozent der EuropäerInnen halten die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine gute Sache, in Österreich sogar nur 36 Prozent.

2011 – Der von Frankreich und Deutschland forcierte Plan einer stärker europäisch koordinierten Wirtschaftspolitik wird von der EU aufgenommen. Nach einem Sondergipfel erklärt EU-Ratspräsident Rompuy, daß man eine gemeinsame Wirtschaftsregierung auf den Weg bringen wolle. Österreichs Regierung lehnt die Idee ab und kritisiert, daß dies eine Änderung der EU-Verträge erfordern würde.

2013 – Am 1. Juli tritt Kroatien als 28. Mitgliedsstaat der Europäischen Union bei.

Letztes Update: 10/2014

Quelle: <http://www.demokratiezentrum.org>

Malmström wirbt für TTIP

EU-Handelskommissarin erwartet positive Auswirkungen für Österreichs Wirtschaft und Beschäftigung – Abgeordnete skeptisch

Das Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA (TTIP) bleibt weiter umstritten. Dies wurde einmal mehr am 20. Jänner beim Gespräch zwischen der EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mit österreichischen Abgeordneten im Parlament deutlich. Malmström zufolge ist TTIP eine gute Sache für Österreich. Sie erwartet sich vor allem positive Effekte für Wachstum und Beschäftigung und bekannte sich im Übrigen zu größtmöglicher Transparenz über die Verhandlungen. Die VertreterInnen der Fraktionen konnten sich der optimistischen Einschätzung Malmströms nicht ungeteilt anschließen und zeigten vor allem auf, daß in den Bereichen Investorenschutz und Herkunftsbezeichnung für Lebensmittel noch Klärungsbedarf besteht.

Kopf: TTIP muß vom Parlament ratifiziert werden

Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf, der in seiner Funktion als Obmann des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in EU-Angelegenheiten das Treffen leitete, bedauerte, TTIP habe sich zu einem Kommunikationsdesaster entwickelt, begrüßte aber die nunmehr zu Tage tretende neue Offenheit der Europäischen Kommission und ortete zudem ein stärkeres Problembewußtsein Brüssels. Klar war für Kopf, daß es sich bei TTIP um ein sogenanntes gemischtes Abkommen handelt, das demnach auch der Ratifikation durch die nationalen Parlamente bedarf.

Sorge um Lebensmittelstandards und regionale Herkunftsbezeichnungen

Die Abgeordneten konfrontierten Malmström mit jenen Bedenken und Vorbehalten, von denen die österreichische Debatte über TTIP gekennzeichnet ist. So sorgte sich ÖVP-Mandatar Hermann Schultes um die Zukunft der hochwertigen heimischen landwirtschaftlichen Produktion und rief ebenso wie Rainer Hable von den NEOS zum Schutz der regionalen Herkunftsbezeichnungen auf. ÖVP-Bundesrat Martin Preiner wollte die hohen österreichischen Lebensmittelstandards gesichert wissen, während Grünen-Landwirtschaftssprecher Wolfgang Pirkhuber vor Dumping amerikanischer Großkonzerne zu



Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Georg Stefanik

Besuch von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Aussprache mit Mitgliedern des Ständigen Unterausschusses des Hauptausschusses in EU-Angelegenheiten und Mitgliedern des EU-Ausschusses des Bundesrates.

Lasten der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe warnte. Skepsis überwog auch beim außenpolitischen Sprecher der FPÖ, Johannes Hübner, der im Gefolge der Konkurrenz mit der US-Agroindustrie Probleme auf die kleinstrukturierte heimische Landwirtschaft zukommen sah.

Schwere Bedenken gegen Investitionsschutzklauseln

Auch in Sachen Investorenschutz ist für die österreichischen Abgeordneten das letzte

Wort noch nicht gesprochen. Für die SPÖ äußerten Kai Jan Krainer und Christoph Matznetter die Befürchtung, die vorgesehenen Investitionsschutzklauseln könnten zu einem Absenken der hohen europäischen Rechtschutzstandards führen. Werner Kogler erinnerte Malmström seitens der Grünen an die einstimmige Entschließung des Nationalrats, in der eben diese Bedenken formuliert werden. Rouven Ertlschweiger vom Team Stronach brachte seine Kritik am Investorenschutz mit den Worten auf den Punkt, die

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / BKA / Georg Stefanik



v.l.: Nationalratsabgeordneter Wolfgang Pirkhuber (Grüne), EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf (ÖVP), Bundesrat Martin Preiner (ÖVP) und Nationalratsabgeordnete Angelika Winzig (ÖVP)

EU habe sich in diesem Bereich von den USA über den Tisch ziehen lassen.

Wichtig für die Volkspartei war zudem, daß das Abkommen, wie Angelika Winzig und Wolfgang Gerstl betonten, positive Wirkungen auf die KMU entfalte. Namens der Sozialdemokraten stellte Christine Muttonen schließlich klar, TTIP dürfe nicht zu einer Gefährdung der öffentlichen Dienstleistungen im Bereich der Daseinsvorsorge führen.

Malmström: TTIP bringt Österreich Wachstum und Jobs

Gerade ein kleines, exportorientiertes Land wie Österreich werde von TTIP profitieren, zeigte sich Cecilia Malmström überzeugt. Das Abkommen werde Jobs und Investitionen bringen, unterstrich sie und rechnete dabei mit 23.500 zusätzlichen Arbeitsplätzen. Von den neuen Reglementierungen und der Beseitigung der bestehenden Handelschranken werden ihrer Einschätzung nach in besonderem Maß auch die Klein- und Mittelbetriebe profitieren, dies vor allem im ökologischen Bereich sowie in den Sektoren Fahrzeugindustrie und pharmazeutische Produktion.

EU-Kommissarin kündigt Liste regionaler Herkunftsbezeichnungen an

Was nun die Sorge um die Erhaltung der hohen heimischen Standards betrifft, gab Malmström Entwarnung. Bei Gentechnik oder Hormonen im Fleisch werde TTIP nicht in die nationalen Gesetze eingreifen, wie sie versicherte. Die hohen österreichischen Lebensmittelstandards würden ebenso wenig bedroht wie die Leistungen der Daseinsvorsorge, etwa die Wasserversorgung. Die öf-

fentlichen Dienstleistungen seien sogar explizit vom Abkommen ausgenommen. Geplant ist zudem die Erstellung einer Liste von geschützten regionalen Herkunftskennzeichnungen für landwirtschaftliche Produkte. Dadurch soll sichergestellt werden, daß Tiroler Speck nur aus Tirol und Feta-Cheese nur aus Griechenland kommt. Beim Investorenschutz gebe es noch keine endgültige Entscheidung. Unter bestimmten Bedingungen sollte dieser aber Teil des Vertrags werden, meinte Malmström und wies in diesem Zusammenhang auf entsprechende Wünsche der USA hin.

TTIP bedarf der Zustimmung durch die nationalen Parlamente

Die Kommissarin kündigte mit Nachdruck an, die EU werde bei sämtlichen Verhandlungsschritten maximale Transparenz wahren lassen. In diesem Sinn sei auch das aktuelle Treffen zu sehen gewesen. Wichtig erachtete Malmström zudem eine Einbindung der Zivilgesellschaft in den Diskussionsprozeß. Abgeschlossen soll das Vertragswerk noch in der Zeit der Obama-Administration werden. Im Übrigen ging Malmström davon aus, daß TTIP als gemischtes Abkommen der Ratifikation durch die nationalen Parlamente bedarf, meinte aber, eine vorläufige Anwendung wäre möglich und entspräche der auch bei anderen Abkommen geübten Praxis. Das letzte Wort hätten aber auch in diesem Fall die Parlamente.

Faymann: Gegen Aushöhlung unserer hohen Standards und gegen Sonderklagsrechte

Tags darauf, am 21. Jänner, hat Bundeskanzler Werner Faymann in der Aktuellen

Europastunde zum Thema TTIP im Nationalrat betont, daß unsere hohen Standards in Sachen Soziales, Umweltpolitik, Lebensmittelsicherheit und ArbeitnehmerInnenrechte nicht ausgehöhlt werden dürfen. „Man muß nicht darauf warten, daß Konzerne mit millionenschweren Schadenersatzklagen Druck ausüben. Sondern man muß jetzt sagen, daß man ein Freihandelsabkommen will, das sozial, umweltfreundlich und fair ist. Und daß man ein Abkommen nicht unterschreiben wird, das diesen Kriterien nicht genügt – auch die Frage der Sondergerichte ist hier entscheidend“, sagte Faymann. Er sehe es als „persönlichen Auftrag, daß die Freihandelsabkommen CETA und TTIP von den nationalen Parlamenten zu ratifizieren sind“, so Faymann, der sich wünscht, daß das „alle, die Österreich vertreten, auch so sehen“. Den Entschließungsantrag des Parlaments zu TTIP, der sich klar gegen Sonderklagsrechte richtete, teilte der Kanzler „zu hundert Prozent“.

Der Bundeskanzler betonte, daß Handelsabkommen per se nicht falsch seien, die Rahmenbedingungen aber stimmen müssen. In Sachen CETA (Freihandelsabkommen zwischen Kanada und EU) und TTIP müßten die Ergebnisse der Verhandlungen dahingehend streng geprüft werden, ob die sozialen, umwelt- und konsumentenpolitischen Rechte gestärkt und nicht geschwächt werden. Auch die Frage der Sondergerichte sei von entscheidender Bedeutung: „Es geht darum, daß sich Europa positiv weiterentwickelt, anstatt Konzernen Mittel zur Verfügung zu stellen, um mit Millionenklagen Gesetzgeber, sowie Klein- und Mittelbetriebe unter Druck zu setzen.“

Österreich, Europa und die Welt

Für den Bundeskanzler ist auch klar, daß es jetzt gelte, die politische Diskussion zu führen und nicht erst am Schluß. „Ob es Klauseln und Sonderklagsrechte gibt, entscheidet sich jetzt. Jetzt entscheidet sich in der Debatte, ob die nationalen Parlamente das letzte Wort haben. Und es entscheidet sich jetzt auch die Frage, ob die hohen europäischen Qualitätsstandards auch in Zukunft gelten.“ Der Kanzler appellierte daher: „Empören wir uns jetzt und sagen wir klar und deutlich, was wir wollen. Ich werde das tun – und wenn wir das gemeinsam tun, sind wir stärker!“, so der Appell des Bundeskanzlers.

Im Entschließungsantrag des Parlaments zu TTIP sei alles deutlich formuliert – die Fragen von Standards, Transparenz und Ratifizierung genauso wie die Nicht-Erkennbarkeit der Sinnhaftigkeit von Sonderklagsrechten. „Das gilt auch für mich aus heutiger Sicht“, betonte Faymann, der den Antrag an die Präsidenten von EU-Kommission, EU-Rat und EU-Parlament weitergeleitet hat. Der Kanzler betonte auch, daß er sich im letzten EU-Rat klar gegen Investorenschutzklauseln ausgesprochen hat – auch weil die Rechtssysteme in den USA und in der EU stark genug sind.

Mitterlehner: Gut gemachte Handelsabkommen stärken Exportland Österreich

Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hat EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström anlässlich deren Wien-Aufenthalts zu einem Arbeitsgespräch getroffen. „Wir begrüßen, daß der Kontakt mit den Mitgliedsstaaten intensiviert wird, weil bestimmte Probleme wie Transparenz, Standards und Investitionsschutz erkannt wurden. Ein starkes Exportland wie Österreich profitiert von gut gemachten Handelsabkommen, aber die Qualität muß stimmen“, betonte Mitterlehner.

Die Transparenz müsse trotz einiger Fortschritte weiter gestärkt werden. „Wir brauchen auch bei künftigen Verhandlungen mehr Offenheit, um das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zu erhalten“, so Mitterlehner. Auch die Frage der Standards sei in diesem Sinne zu erörtern, obwohl eine Absicherung durch das „right to regulate“ gegeben ist. „Demnach kann jeder Vertragspartner das Schutzniveau selbst festlegen, um zum Beispiel die hohen nationalen Standards bei Lebensmitteln, Umwelt, Konsumentenschutz oder Arbeitsrecht zu sichern“, bekräftigt Mitterlehner die Position Österreichs.

Beim Thema Investitionsschutz informierte Mitterlehner die EU-Kommissarin er-



Foto: BMFWF / Georges Schneider

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und BM Reinhold Mitterlehner

neut über die Bedenken des Nationalrats und sprach sich für eine vertiefte Diskussion dieser Frage sowie neuer Ansätze aus. „Wir werden nur dann Vertrauen für das Abkommen gewinnen, wenn die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation berücksichtigt werden und ein neuer qualitativer Anlauf unternommen wird, der transparent und rechtsstaatlich ausgerichtet ist“, sprach sich Mit-

terlehner für eine qualitative Weiterentwicklung und einen offenen Verhandlungsprozeß aus. Darüber hinaus gehe Österreich nach wie vor davon aus, daß TTIP ein „gemischtes Abkommen sein wird, das sowohl vom EU-Parlament, als auch von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden muß“, so Mitterlehner. ■

Quellen: Parlamentskorrespondenz, SPÖ, BMFWF

Ministerratsbeschluß über Besetzung von Leitungsfunktionen im Ausland

Auf Antrag von Außenminister Sebastian Kurz wurde in der Sitzung des Ministerrates vom 13. Jänner die Neubesetzung von mehreren österreichischen Vertretungsbehörden beschlossen.

Dabei wurde vorgeschlagen, folgende Personen mit Leitungsfunktionen im Ausland zu betrauen:

- Mag. Dr. Andreas Wiedenhoff, Österreichische Botschaft Agram,
- Mag. Dr. Michael Desser, Österreichische Botschaft Amman und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Republik Irak,
- Mag. Andrea Ikic-Böhm, Österreichische Botschaft Athen,
- Mag. Martin Falb, Österreichische Botschaft Bern,
- Mag. Jürgen Meindl, Österreichische Botschaft Brüssel,
- MMag. Gregor Schusterschitz, Österreichische Botschaft Luxemburg,
- Mag. Wolfgang Spadinger, Österreichisches Generalkonsulat Mailand,

- Mag. Gernot Pfandler, Österreichische Botschaft Pristina,
- Dr. Johann Brieger MBA, Österreichische Botschaft Rabat und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter in der Islamischen Republik Mauretanien,
- Mag. Renate Kobler, Österreichische Botschaft Skopje,
- Direktorin Mag. Doris Danler, Österreichische Botschaft Tallinn,
- Mag. Martin Weiss, Österreichische Botschaft Tel Aviv,
- Dr. Michael Schwarzingger, Österreichische Botschaft Valletta,
- Mag. Dr. Wolfgang Waldner, Österreichische Botschaft Washington und Mitakkreditierung als ao. u. bev. Botschafter im Commonwealth der Bahamas.

Die Betrauung mit den genannten Leitungsfunktionen erfolgt nach Einholung des erforderlichen Agréments des Empfangsstaates und nach Ausstellung des Beglaubigungsschreibens durch den Bundespräsidenten. ■

Zukunft kann nur entstehen, wo man aus Vergangenheit lernt

Gespräch zum Internationalen Holocaust-Gedenktage im Parlament

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Markus Wache



Veranstaltung aus Anlaß des Internationalen Holocaust-Gedenktages: ein Blick in den Nationalratssitzungssaal

Nie hätte ich gedacht, im österreichischen Parlament einmal ein solches Gespräch führen zu können“, sagte ein tief bewegter Ari Rath am 27. Jänner im Gespräch mit Moderator Michael Kerbler. Bei der Gedenkveranstaltung im Sitzungssaal des österreichischen Nationalrat anläßlich des Internationalen Holocaust-Gedenktages erörterten Rath und Kerbler die schwierigen Fragen des Erinnerns, des Verzeihens und der Verdrängung und welche Lehren aus der Vergangenheit für das Heute gezogen werden können.

Er habe lange gezögert, die österreichische Staatsbürgerschaft wieder anzunehmen, als ihm dieses Angebot gemacht wurde, berichtete Rath. Grund dafür waren Erfahrungen, die sich tief eingepreßt hatten. Dazu gehört etwa die große Begeisterung, mit der sich nach dem „Anschluß“ viele ÖsterreicherInnen daran machten, ihre jüdischen NachbarInnen auszuplündern und zu demütigen. Nach dem Zweiten Weltkrieg habe es

lange gedauert, bis Österreich bereit war, sich seiner Vergangenheit zu stellen. Dazu bedurfte es erst der so genannten „Waldheim-Affäre“, stellte Rath fest. Er erinnerte in diesem Zusammenhang auch an einen Satz, den Bundeskanzler Franz Vranitzky anlässlich seines Besuchs in der Gedenkstätte Yad Vashem formuliert hatte: „Die Gefahr ist noch nicht gebannt, wir müssen wachsam sein.“ Auch heute gebe es politische Entwicklungen, die ihn mit Sorge erfüllen, stellte Rath fest.

Es sei seine feste Überzeugung, dass man die Geschichte nicht verdrängen dürfe. „Die Wurzeln der Zukunft liegen in der Vergangenheit“, zitierte Rath einen Freund, den amerikanischen Reformrabbiner Herbert A. Friedman. Zukunft könne erst entstehen, wo die Bereitschaft vorhanden ist, aus der Vergangenheit zu lernen. Verzeihen sei eine schwierige Sache, wenn es um eigentlich Unverzeihliches geht, darüber waren sich Rath und Kerbler einig. Sein Zugang sei, daß man sich

mit der nächsten Generation auseinandersetzen müsse, denn hier stehe weniger das Verzeihen im Mittelpunkt als der Versuch, neue Verbindungen zwischen Menschen aufzubauen, sagte Rath.

Aufbruch ins Ungewisse im Jahr 1938

Im Rahmen der Gedenkveranstaltung hatten auch Jugendliche die Gelegenheit, ihre Fragen an Ari Rath zu richten. Bernadette Höbart-Schiessl, Christina Kroiß und Saraya Schwarzenacker, Schülerinnen der BAKIP 7 Marta Salvatoris, interessierten sich dafür, wie Rath die Zeit des Anschlusses und seine Auswanderung erlebt hat und wie ihm im Vergleich dazu Wien heute erscheint.

1925 in Wien als Arnold Rath geboren, wuchs Ari Rath im Wiener Alsergrund auf. Als Schüler war er schon vor 1938 dem Wiener Alltags-Antisemitismus ausgesetzt. Schon 1934 ordnete der damalige Unterrichtsminister Kurt Schuschnigg an, jüdische SchülerInnen nach Möglichkeit in eigenen „Ju-

Österreich, Europa und die Welt

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Markus Wache



Veranstaltung aus Anlaß des Internationalen Holocaust-Gedenktages: Ari Rath im Gespräch mit Michael Kerbler und SchülerInnen – Gruppenfoto mit der teilnehmenden Schulklasse, Nationalratspräsidentin Doris Bures (links neben) und Ari Rath

denklassen" zusammenzufassen, erinnerte sich Rath. Nach dem sogenannten „Anschluß“ war es für ihn die zentrale Erfahrung, „über Nacht vom Menschen zur Unperson geworden zu sein“ und als solche der Willkür und Verfolgung ausgesetzt. Dies änderte die Haltung gegenüber dem Zionismus und Palästina völlig. Bis 1938 habe unter den Wiener JüdInnen und damit auch in seiner Familie die Haltung vorgeherrscht, daß „einem hier nichts passieren könne“.

Er und sein Bruder gelangten über einen Kindertransport nach Palästina. „Es war keine geplante Reise, sondern ein Aufbruch ins Ungewisse“, erzählte Rath. Damals war er erst 13 Jahre alt. Er schreibe es seinem starken Willen zu, daß er sich in den schwierigen Verhältnisse im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina zurechtfinden konnte. Auch dort waren die Verhältnisse alles andere als friedlich. Italienische Bomberflugzeuge aus Rhodos konnten Haifa und Tel Aviv erreichen, und die französischen Truppen in Libanon und Syrien wurden anfänglich von Vichy-treuen Offizieren befehligt und bildeten ebenfalls eine Gefahr.

Wenn er heute durch Wien, vor allem die ehemalige „Mazzesinsel“, den zweiten und zwanzigsten Bezirk, gehe, so sei das immer mit einem gewissen Gefühl der Beklemmung verbunden, sagte Rath. Er fühle sich immer „ein wenig wie auf einem Friedhof“, denn die „Stadt ohne Juden“ sei Wirklichkeit geworden, wenn auch anders, als Hugo Bettauer sich das vorgestellt habe. Das jüdische Leben Wiens, das es heute wieder gebe, sei jedenfalls nicht vergleichbar mit dem, was es vor 1938 war. Rath betonte, es falle

ihm auch heute noch nicht leicht, über diese Vergangenheit zu reden. Aber er sehe es als eine wichtige Aufgabe, als Zeitzeuge für das Gespräch mit Jugendlichen zur Verfügung zu stehen. So lange es ihm noch möglich sei, werde er diese übernehmen.

Ari Rath

wurde am 6. Januar 1925 als Sohn einer jüdischen Familie in Wien geboren, wo er auch seine Bar Mitzwah feierte. Die Mutter starb bereits 1929. Der Einmarsch Hitlers 1938 zwang die Familie dann zur Flucht; der Vater, den er erst nach dem Zweiten Weltkrieg wiedersehen sollte, schaffte es nach New York, Ari selbst kam zusammen mit seinem Bruder Maximilian mit einem Kindertransport nach Israel, wo er der zionistischen Jugendbewegung „Makkabi Hazair“ beitrug und sich in der Kibbuzbewegung engagierte.

Parallel studierte Rath Zeitgeschichte und Volkswirtschaft und wandte sich vermehrt dem Journalismus zu. Er wurde zu einem der renommiertesten Journalisten Israels und Augenzeuge vieler historischer Momente Israels, wie der Zusammenkunft Adenauers und Ben Gurions im New Yorker Hotel Astoria im Jahre 1960. Seit 1975 als Redakteur, später als Chefredakteur und Herausgeber der „Jerusalem Post“, der wichtigsten und angesehensten englischsprachigen Zeitung Israels, vertrat er in seiner Zeitung immer die Linie eines Nahostfriedensprozesses und eines friedlichen Nebeneinanders der beiden Völker. Nach dem Ausscheiden im Jahr 1989 war er freier Publizist und unterrichtete an der Universität Potsdam.

Zu seiner Geburtsstadt Wien hat Ari Rath ein gespaltenes Verhältnis, das sich - wie er auch in seiner Autobiographie mit dem Titel „Ari heißt Löwe“ schildert - erst in den letzten Jahren etwas entspannter gestaltet. Erstmals besuchte er seine ehemalige Wohnung in der Porzellangasse 50 zwar bereits 1948 wieder, aber erst seit den kritischen Gedenkfeiern des Jahres 1988 und seiner Pensionierung besuchte er Wien wieder regelmäßiger, um in den letzten Jahren auch längere Zeit hier zu verbringen. 2005 nahm er die österreichische Staatsbürgerschaft an. Auch Vorträge hielt er bereits öfter in Wien, wie etwa 1992 im Rahmen der Wiener Vorlesungen, als er zu dem Thema „Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft“ als Diskutant eingeladen worden war, oder 2007 in einem Zeitzeugengespräch mit Schülern des Wiener Theresianums. In der Spielzeit 2013/14 wirkte er am Wiener Burgtheater an der Zeitzeugenproduktion „Die letzten Zeugen“ von Doron Rabinovici mit, die sich thematisch mit den Novemberpogromen des Jahres 1938 beschäftigte.

Für seine Verdienste um die israelisch-deutsch/österreichische Verständigung erhielt er zahlreiche Auszeichnungen, u. a. das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse, 2005 das Deutsche Bundesverdienstkreuz, das Goldene Verdienstzeichen des Landes Wien und das Große Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. ■

Lesen Sie auch den Beitrag: „Mailath ehrt Ari Rath mit Goldenem Ehrenzeichen“ auf der Seite 26.

Quellen: Parlaments- und Rathauskorrespondent

Soforthilfe für 4500 Familien

Bilanz des größten Nothilfeprogramms in der Geschichte von SOS-Kinderdorf



Foto: SOS-Kinderdorf / Firoz

Kinder beim Mittagessen im indischen SOS-Kinderdorf Nagapattinam

Am 26. Dezember 2004 wurde die Küstenregion des Indischen Ozeans von einem verheerenden Tsunami getroffen. Die Flutwellen zerstörten ganze Uferstriche und rissen komplette Dörfer mit sich. Es starben 230.000 Menschen in elf Ländern, ein Drittel der Toten, so UNICEF, waren Kinder. Dank ihrer langjährigen Präsenz in den betroffenen Ländern konnte SOS-Kinderdorf schnelle und umfassende Hilfe leisten und startete das größte Nothilfe- und Wiederaufbauprogramm seiner Geschichte. 18 nationale SOS-Kinderdorf-Vereine erhielten dafür 55,3 Mio. Euro an Tsunami-Spenden. Damit konnte SOS-Kinderdorf den Kindern und Familien in den Tsunami-Gebieten nachhaltig helfen – mit Soforthilfe und langfristigen Projekten in Indien, Indonesien, Sri Lanka und Thailand.

8,5 Mio Euro Spenden für die Tsunami Hilfe aus Österreich

Die österreichische Bevölkerung, die Privatwirtschaft und die öffentliche Hand unterstützten die Aufrufe von SOS-Kinder-

dorf Österreich in großartiger Weise: 13.000 Tsunami-Paten, viele Spenderinnen und Spender, Unternehmen und öffentliche Stellen (u.a. die Länder Tirol und Steiermark sowie die Städte Innsbruck und Graz) spendeten 8,5 Mio. Euro für Projekte in Sri Lanka, Indonesien, Indien und Thailand.

Neben rascher Soforthilfe wurde damit der Wiederaufbau zerstörter Fischerdörfer, von Gemeinde- und Sozialzentren sowie Kindergärten unterstützt und der Bau dreier neuer SOS-Kinderdörfer (von insgesamt sechs) mitfinanziert. Am 24. Jänner 2009 wurde das neue SOS-Kinderdorf in Phuket/Thailand eröffnet. „Es ist auch ein Symbol für die internationale Solidarität. Dort, wo neben so vielen Einheimischen auch hundert Touristen in den Fluten umgekommen sind, konnte mit Spenden aus Österreich, Deutschland, Schweden, der Schweiz und Luxemburg ein neues Zuhause für mehrere Generationen von Kindern geschaffen werden“, berichtet Christian Moser, Geschäftsführer von SOS-Kinderdorf Österreich und ergänzt: „Durch gute Planung und Koordination ist

auch die Finanzierung des laufenden Betriebs aller Tsunami-Projekte auf Jahre gesichert, da Spenden für Unterhaltskosten zweckgebunden wurden.“

In Sri Lanka hat SOS-Kinderdorf Österreich den Wiederaufbau zweier völlig zerstörter Fischerdörfer in Kayankerni (264 Häuser) und Komari (677 Häuser) unterstützt. Die Arbeit dort war besonders schwierig: Politische, teils blutige Auseinandersetzungen, Grundstücks- und Interessenskonflikte, sich ständig ändernde gesetzliche Auflagen, haben die Arbeit vor Ort extrem gefährdet und verzögert. Trotzdem konnte SOS-Kinderdorf vielen Familien nachhaltig helfen und leistete neben dem Wiederaufbau der Häuser einen wesentlichen Beitrag zur Wiederherstellung der Infrastruktur (Verkehrswege, Kanalisation, Wasser, Strom). Betroffene bekamen neue Boote, Netze oder finanzielle Starthilfe für den Aufbau einer neuen Existenz. Neun Sozialzentren, sechs Kindertagesstätten und drei Familienstärkungsprogramme mit Fokus auf Ernährung, Gesundheit, Ausbildung und pädagogische Beglei-

Österreich, Europa und die Welt

tung wurden ins Leben gerufen. Das Wiederaufbauprogramm in Kayankerni und Komari wurde mit 31. Dezember 2013 beendet und erfolgreich an die lokalen Gemeinden übergeben.

„Wir haben gehalten, was wir versprochen haben“, sagt Divakar Ratnadurai, stellvertretender Direktor und Nothilfe Koordinator von SOS-Kinderdorf in Sri Lanka. „Man kann den Verlust geliebter Menschen nie wettmachen, aber die materiellen Verluste so gut es geht ersetzen und nachhaltige soziale Projekte anstoßen!“ Und diese Arbeit trägt Früchte: Kinder erhalten nun wieder gute Schulbildung. Mädchen dürfen sich, anstatt im Alter von 14 Jahren verheiratet zu werden, auf die Reifeprüfung vorbereiten. Bildung schützt Mädchen auch vor Mißbrauch, dem sie bisher durch Touristen oft schutzlos ausgeliefert waren. Auch verbesserte Hygienestandards tragen zur positiven Entwicklung bei.

Die Gesamtbilanz zehn Jahre nach dem Tsunami

Sowohl die Soforthilfe als auch die neu ins Leben gerufenen Projekte haben die Regionen nachhaltig geprägt und tragen zur Verbesserung der Lebenssituation vor Ort bei. Kinder haben ein neues Zuhause gefunden und wurden mit Umsicht dabei unterstützt, ihre traumatischen Erlebnisse besser zu verarbeiten. Familien, die auseinandergerissen wurden, können wieder ein eigenständiges Leben führen und sind wieder in der Lage für ihre Familie zu sorgen und sie zu ernähren. Es war ein langer, steiniger Weg durch die letzten zehn Jahre. Auch wenn die Bilder der Verwüstung noch lange in den Köpfen sind, haben inzwischen Hoffnung und Zuversicht wieder ihren Platz gefunden.

SOS-Kinderdorf Soforthilfe

- **Nothilfe-Aktionen:** SOS-MitarbeiterInnen verteilten Nothilfe-Pakete. Familien erhielten Nahrungsmittel, Kleidung, Schulmaterialien und Startgeld zum Wiederaufbau ihrer Existenz. SOS-Kinderdorf erreichte damit 4500 Familien, 23.000 Kinder und Erwachsene und betreute 850 unbegleitete Kinder.
- **Kindertagesstätten:** SOS-Kinderdorf errichtete Trauma-, Schutz- und Aktivitätszentren für Kinder im Katastrophengebiet. In elf Tagesstätten wurden mehr als 1800 Kinder von SOS-MitarbeiterInnen betreut.
- **Fischerboote:** SOS-Kinderdorf hat 343 Fischerboote für 1120 Familien zur Ver-



Das blieb nach dem Tsunami vom 26. Dezember 2004: totale Verwüstung...



Fotos: SOS-Kinderdorf / Viktor Trager

... heute können dort Kinder – zum Beispiel – unbeschwert lernen.

fügung gestellt, wobei sich durchschnittlich vier bis fünf Familien ein Boot teilen.

- **Notunterkünfte** für 274 Familien und rund 1370 Menschen wurden geschaffen.

SOS-Kinderdorf Wiederaufbau

- **Häuser:** SOS-Kinderdorf hat an 15 Standorten 2232 Wohnhäuser für 11.079 Menschen errichtet.
- **Gemeindezentren:** In 18 Gemeindezentren werden Kinderbetreuung, medizinische Versorgung, Erwachsenenbildung und Familienhilfe angeboten. Zudem bieten die Zentren auch in Zukunft

Schutz bei etwaigen Umweltkatastrophen.

- **Schulen:** SOS-Kinderdorf errichtete eine Grundschule in Thailand und unterstützte maßgeblich den Wiederaufbau einer staatlichen Sekundarschule in Sri Lanka.

Neue SOS-Kinderdörfer und SOS-Einrichtungen

- **Sechs neue SOS-Kinderdörfer:** Insgesamt konnten mit den Spendengeldern sechs neue Kinderdörfer errichtet werden: zwei SOS-Kinderdörfer in Indien (Pondicherry, Nagapattinam), drei SOS-Kinderdörfer in Indonesien (Medan,

Österreich, Europa und die Welt

Meulaboh, Banda Aceh), ein SOS-Kinderdorf in Thailand (Phuket). 830 Kinder haben in den sechs SOS-Kinderdörfern ein neues Zuhause. Kindergärten, Jugendeinrichtungen und Berufsbildungszentren gehören zum erweiterten Angebot. Das ursprünglich geplante SOS-Kinderdorf an der Ostküste von Sri Lanka konnte wegen des Bürgerkrieges leider nicht realisiert werden.

- **SOS-Sozialzentren und SOS-Familienhilfe:** In zwei Sozialzentren in Sri Lanka und einem in Indien erhalten Familien nach wie vor Unterstützung in der Erziehung sowie der medizinischen Betreuung ihrer Kinder. In weiteren Angeboten der insgesamt acht Familienstärkungsprogramme (drei davon in Indonesien, drei in Indien und zwei in Sri Lanka) können die betroffenen Familien ebenfalls nachhaltige Hilfe erhalten.

Neues SOS-Kinderdorf für Haiti

Am 10. Jänner wurde in Le Cayes im Südwesten Haitis das dritte SOS-Kinderdorf des Landes feierlich seiner Bestimmung übergeben – fast auf den Tag genau fünf Jahre nach dem Erdbeben vom 12. Jänner 2010. Es war mit 220.000 Toten und 1,5 Millionen Obdachlosen eine schreckliche Katastrophe und immense Belastung für die Menschen in einem der ärmsten Länder der Welt. Die Eröffnung des neuen SOS-Kinderdorfes steht für die Philosophie der Nothilfeprogramme von SOS-Kinderdorf, die nach rascher Soforthilfe in mittelfristige und dauerhafte Projekte übergehen.

Unmittelbar nach dem Beben wurden 400 alleinstehende Kinder ins – dank stabiler Bauweise nur leicht beschädigte – SOS-Kinderdorf Santo nahe der Hauptstadt Port-au-Prince gebracht, darunter auch die 33 von amerikanischen Missionaren „entführten“ Kinder, deren Geschichte für internationales Aufsehen sorgte. Diese und viele andere Kinder konnten wieder mit ihren Familien vereint werden. Von den 106 verbliebenen Kindern wurden 43 auf die zwei bestehenden SOS-Kinderdörfer Santo und Cap-Haitien aufgeteilt, während für die restlichen ein neues SOS-Kinderdorf im Süden des Landes gebaut wurde.

Sieben SOS-Kinderdorf-Familien mit 63 Kindern lebten vorerst in angemieteten Häusern in Santo, später in Les Cayes. Im Oktober letzten Jahres zogen dann die ersten SOS-Kinderdorf-Mütter mit ihren Kindern, alle zwischen neun und 17 Jahren alt, in ihr neues Zuhause ein. Eine von ihnen war Ni-

cole: „Wir freuten uns so sehr darauf, in der Dorfgemeinschaft mit all den anderen SOS-Familien zu leben“, erzählt sie.

Der neunjährige Charles gehört zu Nicoles Familie. Als er vor vier Jahren als Erdbebenweise ins SOS-Kinderdorf kam, brauchte



Foto: SOS Kinderdorf / Danielle Peirera

In vielen neuen SOS-Gemeindezentren erhalten bis zu 3000 Kinder Nahrung, Bildung und medizinische Versorgung als unterstützende, Familien stärkende Programme für sozial schwache und gefährdete Familien.

er lange, um sich an die neue Situation zu gewöhnen. Aufgrund seines Traumas war er in der Schule unkonzentriert und hatte große Probleme. Es war Nicole, die ihm geduldig zur Seite stand, mit ihm übte und sein Selbstbewusstsein stärkte. „Immer und immer wieder sagte ich ihm: ‚Dein Leben ist nicht zu Ende, auch wenn deine Eltern tot sind, du mußt weitermachen!‘“. Heute ist sie sehr stolz auf das, was sie zusammen erreicht haben: Charles ist ein guter Schüler, sein Lieblingsfach ist Geografie.

Idee aus Österreich für die Kinder der Welt

Das SOS-Kinderdorf ist ein privates, weltweites, konfessionell und politisch unabhängiges Sozialwerk – es wurde 1949 von Hermann Gmeiner für sozial benachteiligte und verwaiste Kinder in Innsbruck gegründet und mit dem Bau des ersten SOS-Kinderdorfes in Imst/Tirol in die Tat umgesetzt.

Ziel von SOS-Kinderdorf ist es, Kindern, die ohne Eltern aufwachsen müssen, ein neues langfristiges Zuhause, die Wärme und Geborgenheit einer Familie sowie eine gute Ausbildung zu geben – als Basis für eine

geglückte Kindheit und Jugend mit Perspektiven für eine hoffnungsvolle Zukunft. Die Kinder und Jugendlichen werden bis zur Selbstständigkeit betreut. Zahlreiche neue pädagogisch-therapeutische und präventive Angebote und Programme bieten jungen Menschen und Familien in Krisen auch kurz- und mittelfristig Betreuung und Beratung bzw. Therapie an.

Mutter, Geschwister, Haus, Dorf

Die SOS-Kinderdorf-Idee beruht auf vier einfachen Prinzipien, die bis heute die SOS-Kinderdörfer um die ganze Welt begleiten: „Mutter, Geschwister, Haus, Dorf“. Jedes Kind soll unter einem Dach mit einer Mutter, einem Vater, mit Eltern und Geschwistern in einer Dorfgemeinschaft aufwachsen. Eine Idee, die seit mehr als fünf Jahrzehnten weltweit funktioniert, unabhängig von Gesellschaft, Kultur und Religion.

Derzeit werden in Österreich in elf SOS-Kinderdörfern, 22 Jugend-Wohngemeinschaften, zwei Flüchtlingsprojekten und sechs Nachbetreuungsstellen 1340 junge Menschen betreut. Mehr als 3500 werden kurz-/mittelfristig in neun Kinderwohngruppen (Krisenpflegeplätze), vier Arbeitsprojekten, fünf Beratungsstellen/Ambulatorien, acht Kindergärten und einem medizinischen Zentrum („Bienenhaus“) betreut und unterstützt.

International gelten die SOS-Kinderdörfer als humanitäre Botschafter für die Anliegen der Kinder in der Welt. SOS-Kinderdorf ist heute in 133 Ländern aktiv, es gibt knapp 500 SOS-Kinderdörfer, 1147 SOS-Familien- und Jugendprogramme sowie 1172 begleitende Projekte (Kindergärten, Schulen, Ausbildungs- und Sozialzentren, Medizinische Zentren, Nothilfeprogramme). In den SOS-Kinderdörfern und Jugendeinrichtungen haben über 82.000 Kinder und Jugendliche ein dauerhaftes Zuhause. Von den begleitenden Einrichtungen profitieren jährlich ca. eine Million Kinder und bedürftige Familien.

Als privates Sozialwerk auf Spenden angewiesen

Die Einnahmen von SOS-Kinderdorf in Österreich stammen zu über 50 Prozent aus privaten Beiträgen. Nur dank dieser breiten finanziellen Unterstützung vieler SOS-Kinderdorf-Freunde, Privatpersonen und Unternehmen, können die SOS-Kinderdörfer Notleidenden jungen Menschen wirksam und langfristig helfen. Egal in welcher Höhe und wie oft jemand spendet – jeder Euro hilft! ■

<http://www.sos-kinderdorf.at>

Casa de la Música Viena

»Haus der Musik« in Mexiko eröffnet

Das Haus der Musik, ein Unternehmen der Wien Holding, hat im Jahr 2014 als erstes österreichisches Museum einen internationalen Lizenzvertrag abgeschlossen, der die Realisierung eines interaktiven Musikmuseums nach Wiener Vorbild ermöglicht hat. Das interaktive Musikmuseum „Casa de la Música Viena“ wurde nun feierlich eröffnet. Es befindet sich in der Hauptstadt des mexikanischen Bundesstaates Puebla, zirka 130 km südöstlich von Mexico City.

Internationale musikalische Erfolgsgeschichte

Am 13. Januar fand die offizielle Eröffnung des ersten mexikanischen Klangmuseums statt. Anwesend waren der Gouverneur von Puebla, Rafael Moreno Valle, der mexikanische Kulturminister Rafael Tovar, der Unternehmer Ricardo Salinas Pliego, der mexikanische Außenminister José Antonio Meade und die mexikanische Tourismusministerin Claudia Ruiz Massieu sowie Simon K. Posch, der Lizenzgeber und Direktor des Haus der Musik in Wien. Auch die Österreichische Botschafterin in Mexiko, Frau Eva Hager, der mexikanische Botschafter in Österreich Luis Alfonso de Alba, Konsul Andrés Roemer, Esteban Moctezuma, Präsident der Fundacion Azteca sowie zahlreiche hochrangige Vertreter aus Kunst, Kultur, Politik und Presse nahmen an der feierlichen Eröffnung teil.

„Wir sind stolz darauf, daß die Wien Holding dazu beitragen konnte, das Konzept und Know-how des Haus der Musik nach Mexiko zu transferieren. Die erfolgreiche Eröffnung des ‚Casa de la Música‘ zeigt, daß die Musik aus Wien und das Erleben von Tönen und Klängen etwas ist, das Menschen weltweit begeistert und fasziniert“, so Peter Hanke, Geschäftsführer der Wien Holding.

Begleitet wurde die Eröffnung von einem Konzert der jungen Wiener Pianistin Anna Magdalena Kokits, die auch gemeinsam mit Orchester und Chor der „Orquestas Esperanza Azteca“ spielte. Aus ehemaliger Fabrik wurde „Casa de la Música Viena“. Auf dem Areal von La Constancia Mexicana, der einst größten Textilfabrik südlich der USA mit einer Fläche von rund fünf Hektar, entstand das neue Musikmuseum nach Wiener Vorbild. Die stillgelegte und denkmalgeschützte Fabrik diente bereits seit mehreren



Foto:

Ehren- und Festgäste strömen zur Eröffnung des »Casa de la Musica«.

Jahren als Hauptsitz der Jugendorchester-Initiative „Orquestas Sinfónicas Esperanza Azteca“.

Das Ausstellungskonzept

Das mexikanische Musikmuseum „Casa de la Música“ präsentiert, wie das Haus der Musik Wien, in unterschiedlichen Bereichen Themenschwerpunkte zu Musik und Klang.

Die Form und Präsentation ist dem Haus der Musik Wien sehr ähnlich und erfährt regionaltypische Adaptionen.

In seiner Form einzigartige Installationen wie der Virtuelle Dirigent, das Mozartnamenenspiel „Namadeus“ oder das multimediale Musiktheater „virtu|stage“ wurden, wie das spezifische räumliche Gestaltungskonzept, transferiert und übernommen. Sämt-



Foto: Grupo Salinas

Ein Blick ins Innere des »Casa de la Musica«

Österreich, Europa und die Welt

liche Exponate aus dem Haus der Musik wurden in Mexiko 1:1 nach den genauen Vorgaben anhand von Bauplänen, Detailkonzepten, Fotos und Materialangaben gebaut. Eine wichtige Ergänzung in Mexiko sind Sonderausstellungsflächen, die temporär mit unterschiedlichen musikalischen Inhalten bespielt werden. Hierbei liegt ein immer wiederkehrender Schwerpunkt auf der mexikanischen Musik.

Die Projektpartner

Initiator dieses Projektes war neben dem Haus der Musik Direktor Simon K. Posch der mexikanische Diplomat, Buchautor, Journalist und Intellektuelle Andrés Roemer, dessen Großvater einst im Jahr 1938 Österreich in Richtung Mexiko verlassen mußte und dort eine viel beachtete Karriere als Orchester-Dirigent machte.

Getragen und vor allem finanziert wurde das Projekt „Casa de la Música Viena“ in Mexiko durch ein PPP-Modell. Dies ist der Bundesstaat Puebla, der Bund mit seiner Kulturabteilung Conculta und der private Investor Fundación Azteca, die Stiftung des Unternehmers Ricardo Salinas.

Die Philosophie hinter der Idee

Das übergeordnete Ziel, Kindern und Jugendlichen über die musikalische Ausbildung bessere Möglichkeiten für ihren weiteren Lebensweg zu eröffnen, ist ein wesentliches Anliegen, das die Fundación Azteca der Grupo Salinas und alle involvierten Partner, wie auch das Haus der Musik in Wien, gleichermaßen und aus tiefster Überzeugung verfolgen. In Mexiko wird diesem Projekt, das speziell Kindern und Jugendlichen, aber auch dem Ausbau des kulturtouristischen Angebotes zugutekommen soll, ein großer Stellenwert beigemessen. Für die Zukunft ist auch ein reger bilateraler Austausch zwischen dem Wiener Haus der Musik und seinem mexikanischen Pendant geplant.

„Ziel des Haus der Musik ist es, vor allem Kindern und Jugendlichen Begeisterung, Aufgeschlossenheit und Wissen im Umgang mit Musik zu vermitteln. Die Errichtung des Casa de la Musica in Mexiko ist eine unvergleichliche Chance, diese Idee weiterzutragen. Das Haus der Musik vermittelt eine Botschaft der Kultur, der Lebensfreude und der Menschlichkeit, die weit über Wien hinausstrahlt, und ermöglicht einen Zugang zur Kultur über die Musik, über jede Grenz- und Sprachbarriere hinweg“, so Simon K. Posch, Direktor des Hauses der Musik.

<http://www.hdm.at>



v.l.: Luis Alfonso de Alba (Mexikos Botschafter in Österreich), Simon K. Posch (Direktor Haus der Musik Wien), Ricardo Salinas Pliego (Unternehmer), José Antonio Meade (Außenminister von Mexiko), Rafael Moreno Valle (Gouverneur von Puebla), Eva Hager (Österreichs Botschafterin in Mexiko)



v.l.: Rafael Moreno Valle (Gouverneur von Puebla), Ricardo Salinas Pliego (Unternehmer), Simon K. Posch (Direktor Haus der Musik Wien) und Rafael Tovar (Kulturminister Mexiko)



Das mexikanische Musikmuseum präsentiert, wie das »Haus der Musik Wien«, in unterschiedlichen Bereichen Themenschwerpunkte zu Musik und Klang.

Österreich, Europa und die Welt

Landeshauptmann Pühringer: Arbeit des Konsularischen Korps ist wertvoller Beitrag zur Friedenssicherung im Kleinen

Foto: Land OÖ / Stinglmayr



Auf den hohen Stellenwert der Arbeit des Konsularischen Korps für menschliche Verbundenheit, wies Landeshauptmann Josef Pühringer am 20. Jänner beim traditionellen Neujahrsempfang von Land Oberösterreich und Stadt Linz für das Konsularische Korps hin.

„Honorarkonsulen bauen Brücken zwischen den Ländern, die sie vertreten und Oberösterreich und leisten damit einen wertvollen Beitrag zur Friedenssicherung im Kleinen. Sie stehen damit für eine Welt, die immer enger miteinander verbunden ist. Für eine Welt, in der tagtäglich neue Kontakte über Grenzen hinweg geknüpft werden. Sie stehen aber auch für eine Welt, die weiß, daß man internationale Zusammenarbeit gerade in schwierigen Zeiten besonders braucht. Oberösterreich setzt daher auf Weltoffenheit und auf Völkerverständigung. Daran können auch terroristische Anschläge in Europa nichts ändern.“

Gerade in einem Jahr, in dem wir großer historischer Ereignisse – 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs, Gründung der Zweiten Republik und 60 Jahre Staatsvertrag – gedenken, betonen wir unseren Willen, eine friedliche, weltoffene und tolerante Gesellschaft zu sein und zu bleiben, die sich für das friedliche Miteinander entschieden hat und sich gegen jede Form von Extremismus ausspricht“, so Pühringer.

Der Landeshauptmann und der Linzer Bürgermeister Klaus Luger dankten dem Konsularischen Korps für die Arbeit im abgelaufenen Jahr und dessen Engagement Brücken zwischen den Menschen in vielen Bereichen von der Wirtschaft bis zur Kultur zu bauen.

Insgesamt sind 30 Honorarkonsulen der Einladung von Land Oberösterreich und Stadt Linz zu diesem Neujahrsempfang gefolgt. Unter den Ehrengästen befanden sich Diözesanbischof Ludwig Schwarz und Superintendentialkurator Johannes Eichinger, Landeshauptmann-Stellvertreter Reinhold Entholzer, der Erste und der Dritte Präsident des Landestages Komm.Rat Viktor Sigl und Adalbert Cramer.

Seitens der Stadt Linz sind Vizebürgermeister Bernhard Baier, Vizebürgermeisterin Karin Hörzig, Stadträtin Komm.Rätin Susanne Wegscheider und Stadtrat Stefan Giegler gekommen.

Avusturya! Österreich! 50 Jahre türkische Gastarbeit in Österreich

Nach erfolgreichen Stationen in Wien, Innsbruck und Graz eröffnete der Verein JUKUS am 21. Jänner in Linz zum vierten Mal seine Wanderausstellung „Avusturya! Österreich! 50 Jahre türkische Gastarbeit in Österreich“ – die BesucherInnen bekommen in der Tabakfabrik längst vergessene Aspekte zur Geschichte der Migration zu sehen. Die Ausstellung erzählt eine Geschichte von Erwartungen, Wünschen und Zielen jener GastarbeiterInnen, die ab 1964 nach Österreich kamen.

Seit 2012 recherchierten und interviewten MitarbeiterInnen des Vereins JUKUS türkische und kurdische MigrantInnen der ersten Generation. Dabei wurden über 30 Interviews in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, der Steiermark und Vorarlberg geführt. Die Ausstellung wurde Projektleiter Ali Özbas gemeinsam mit dem Grazer Sozialhistoriker Joachim Hainzl kuratiert und soll einen Eindruck von der Vielfalt der

Tätigkeiten, Alltagskulturen und sozialen Schichten der MigrantInnen zu vermitteln.

Das dabei erarbeitete Datenmaterial ist ein wichtiger Beitrag zur österreichischen Zeitgeschichte in der Ausstellung, die bis 12. Februar 2015 geöffnet ist. Ergänzt werden die allgemeinen Themen mit sehr persönlichen Zitaten der portraitierten ArbeitsmigrantInnen, um die vielen Facetten ihrer gesellschaftlichen Wirklichkeit aufzuzeigen.

An der Eröffnung haben Chris Müller (Direktor der Tabakfabrik), Renate Müller (Integrationsstelle des Landes OÖ) und Johanna Priglinger (Landtagsabgeordnete) teilgenommen.

Ein umfangreicher zweisprachiger Sammelband bietet zudem vertiefende wissenschaftliche Beiträge und ausführliche Interviews mit migrantischen ZeitzeugInnen der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.

<http://www.jukus.at/avusturya>

Österreich, Europa und die Welt

Päpstlicher Gregoriusorden für Landtagspräsident Penz

Landtagspräsident Hans Penz wurde am 15. Jänner mit einem hohen päpstlichen Orden ausgezeichnet. Die Verleihung des „Komturkreuzes des Ordens des Heiligen Gregor des Großen mit Stern“ im Festsaal des Diözesankonservatoriums in St. Pölten nahm Diözesanbischof Klaus Küng vor.

Der Diözesanbischof würdigte das Engagement des Landtagspräsidenten bei der Sanierung und Erhaltung der Wallfahrtskirche Gutenbrunn-Heiligenkreuz. Ohne sein Mitwirken wäre die „unbedingt notwendig gewordene Renovierung des Barockjuwels“ nicht möglich gewesen. „Besonders gefreut hat mich“, so Küng, „mit welcher Umsicht und mit welchem Weitblick der Vorsitzende des Fördervereins das Projekt vorangetrieben und mit welcher Beharrlichkeit er die jährlichen Bautappen einschließlich der Anschaffung eines neuen Altars durchgezogen hat.“

Durch sein außergewöhnliches Engagement habe Pfarre und Förderverein „eine wirklich respektable Summe“ von etwas mehr als 700.000 Euro aufgebracht. „Ich freue mich, daß sich ein Politiker unseres Landes in einem solchen Anliegen so sehr engagiert hat“, sagte der Diözesanbischof. Der Landtagspräsident habe bereits in seiner früheren Funktion als Direktor des NÖ Bauernbundes die Wallfahrt des Bauernbundes nach Maria-



Foto: NÖ Landespressdienst / Filzwieser

Diözesanbischof Klaus Küng bei der Überreichung an Landtagspräsident Hans Penz

zell Jahr für Jahr gut organisiert und hochgehalten.

Landtagspräsident Penz dankte für die große Ehre, die ihm zuteil wurde. Diese Ordensverleihung verstehe er nicht nur als Zeichen der Anerkennung und Wertschätzung, sondern auch als Ansporn und Verpflichtung, „mich weiterhin mit aller Kraft, meinem Wissen und Können für die Kirche und den christlichen Glauben einzusetzen“.

Der Name des Ordens, so Penz, gehe auf eine Persönlichkeit zurück, die vor mehr als

1400 Jahren „Kirchengeschichte geschrieben hat“ und das Weltgeschehen der damaligen Zeit und den folgenden Jahrhunderten „nachhaltig geprägt hat“. Gregor der Große habe es auch verstanden wie kein anderer, die Zeichen seiner Zeit zu deuten. „Seine Spuren erkennen wir noch heute, auf seinen Fundamenten bauen wir noch heute.“ Für den Landtagspräsidenten steht auch außer Frage, daß die Kirche die Geschichte Europas und dieses Landes wesentlich mitgetragen, beeinflusst und gestaltet habe. ■

Bürgerpreis des Europäischen Parlaments verliehen

Am 23. Jänner fand im Haus der Europäischen Union in Wien die Verleihung des Europäischen Bürgerpreises an die drei österreichischen Preisträger statt. „Die Preisträgerinnen und Preisträger erfüllen unser aller Auftrag“, sagte die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Ulrike Lunacek, in ihrer Eröffnungsrede, „denn wo Werte wie Solidarität, Akzeptanz und Respekt ins Wanken geraten, müssen wir gegenlenken und als Bürgerinnen und Bürger etwas ändern“.

Der Bürgerpreis zeichnet seit 2008 außergewöhnliches Engagement für besseres gegenseitiges Verständnis und Integration in der EU aus. Ausgezeichnet werden auch Initiativen für bessere grenzüberschreitende Zusammenarbeit innerhalb Europas und die praktische Anwendung der Werte der EU-Grundrechtscharta (Gastfreundschaft, Toleranz, Solidarität). Der Preis wird heuer europaweit an 47 BürgerInnen, Gruppen, Vereine und Organisationen vergeben, an drei aus Österreich:

Respekt.net ist ein überparteilicher Zusammenschluß von politisch interessierten

BürgerInnen zur Förderung des gesellschaftspolitischen Engagements. Projekte des Vereins sind die Crowdfunding-Plattform Respekt.net, die Transparenz-Plattformen MeineAbgeordneten.at und Steuern-Zahlen.at. Daneben werden Kampagnen organisiert, darunter OrtedesRespekts.at und der jährliche Tag des Respekts im September. „Respekt.net hat es sich zur Aufgabe gemacht aufzuzeigen, wo der Gesellschaft Wunden zugefügt werden und unterstützt Menschen, die sich engagieren“, so der Europaabgeordnete Othmar Karas, der den Verein für den Bürgerpreis vorgeschlagen hatte.

<http://www.respekt.net>

Ebenfalls ausgezeichnet wurde die Wiener Volkshochschule Alsergrund als Trägerin des Projekts „Women on the rise“. Es portraitiert mehr als 100 mutige Frauen, die besondere Leistungen zur Emanzipation der Frauen in verschiedenen Bereichen erbracht haben. „Von diesen Heldinnen des 19. und 20. Jahrhunderts profitieren Frauen und Männer bis heute“, sagte Vizepräsidentin Ul-

rike Lunacek, die „Women on the rise“ vorgeschlagen hatte.

<http://www.vhs.at/9-vhs-alsergrund.html>

Der dritte Preisträger ist das Mauthausen Komitee Österreich (MKÖ). Der überparteiliche, überkonfessionelle Verein pflegt, in enger Zusammenarbeit mit der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und den Vereinigungen der ehemaligen Häftlinge, das Gedenken an die Opfer der Verbrechen des NS-Regimes, insbesondere jener, die im KZ Mauthausen und in den Außenlagern gefangen gehalten wurden. „Das Mauthausen Komitee leistet aber nicht nur Erinnerungsarbeit“, so der Abgeordnete zum Europaparlament Josef Weidenholzer, der auf den Verein aufmerksam gemacht hatte, bei der Preisverleihung, „es bringt die Menschen auch zusammen, unter anderem bei den jährlichen Befreiungsfeiern im Mai, an denen zehntausende Menschen teilnehmen“.

<http://www.mkoe.at/>

Die Ehrung aller PreisträgerInnen findet am 25. und 26. Februar in Brüssel statt. ■

Österreich, Europa und die Welt

Mailath ehrt Ari Rath mit Goldenem Ehrenzeichen

Ari Rath feierte am 6. Jänner seinen 90. Geburtstag. Aus diesem Anlaß lud das „Bruno-Kreisky-Forum für internationalen Dialog“ ihm zu Ehren zu einem Fest. 150 FreundInnen und WeggefährtenInnen aus dem In- und Ausland. folgten dieser Einladung. Auch Bundespräsident Heinz Fischer, Bundeskanzler a. D. Franz Vranitzky und Bundesminister a. D. Rudolf Scholten gratulierten dem Jubilar persönlich. Die würdige Feier wurde von Bela Koreny, Andrea Ecker und Cornelius Obonya künstlerisch begleitet.

Ari Rath ist seiner Geburtsstadt Wien gerade in den letzten Jahren wieder eng verbunden: Er wirkte als Zeitzeuge, hielt zahlreiche Vorträge und war auch bei den Wiener Vorlesungen zu Gast. Vor einigen Jahren hat er Wien wieder zu seinem Lebensmittelpunkt gemacht. Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny überreichte Ari Rath im Rahmen der Feierlichkeiten das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien.

„Ari Rath ist ein leuchtendes Beispiel für Dialog und Verständigung. Als Journalist setzte er sich immer dafür ein, die Sichtweise des anderen zu respektieren. Ari Rath hat damit erkannt, daß Friede und Zusammenleben nur dann möglich sind, wenn man



Foto: PID / C. Jobst

Ari Rath (l.) und Wiens Kulturstadtrat Andreas Mailath-Pokorny

die Absichten seines Gegenübers verstehen lernt. Damit hat Ari Rath einen wichtigen Beitrag zur Verständigung geleistet.“

„In meinen wildesten Träumen hätte ich mir nicht gedacht, daß die Stadt, die mich vertrieben hat, mir so eine große Ehre erweist“, bedankte sich Ari Rath für die Auszeichnung.

Ari Rath wurde am 6. Januar 1925 als Sohn einer jüdischen Familie in Wien geboren. Der Einmarsch Hitlers 1938 zwang die Familie dann zur Flucht; Ari kam zusammen mit seinem Bruder Maximilian mit einem Kindertransport nach Israel, wo er später viele Jahre als Chefredakteur und Herausgeber der „Jerusalem Post“ gewirkt hat. ■

Österreich ist beste Urlaubsdestination in Europa

Die Österreich Werbung Niederlande konnte Mitte Jänner erstmals die Auszeichnung für das Urlaubsland Österreich als „Beste Urlaubsdestination in Europa“, den „Zoover Award“, entgegennehmen. Die Preisverleihung fand im Rahmen der niederländischen Reise- und Tourismusmesse Vakantiebeurs in Utrecht statt. Alfred Cossmann, Marktverantwortlicher der Österreich Werbung in Amsterdam, zur Auszeichnung, die die führende Rolle Österreichs als Reise-destination in den Niederlanden bestätigt: „Wir freuen uns sehr, daß das Urlaubsland Österreich von den niederländischen Urlaubern so gut bewertet wurde. Die Spitzenwerte sind das Resultat der ständigen Qualitätsverbesserung österreichischer Betriebe, der vielfältigen Erlebnisangebote und natürlich der begeisternden Gastgeber in Österreich – vor allem ihnen haben wir diese Auszeichnung zu verdanken. Unsere Aufgabe ist es, diese Stärken auch weiterhin mit innovativen Marketingideen punktgenau an den niederländischen Gast zu kommunizieren.“

Der „Zoover Award“ basiert auf der Analyse von über 300.000 Urlauberbewertungen



Foto: Österreich Werbung

v.l.: Philipp Goos (CEO Zoover), Alfred Cossmann (ÖW Niederlande), Thiebout van den Bergh (ÖW Niederlande), Marthijn Tabak (PR-Manager Zoover)

auf <http://www.zoover.nl> – der populärsten niederländischen Reiseplattform, wo Reisende ihre Urlaubseindrücke festhalten und auf einer zehnstufigen Skala bewerten. Zusammengefaßt werden dabei die Ratings aller Destinationen und Unterkünfte eines Urlaubslandes. Der „Zoover Award“ wurde in insgesamt sieben unterschiedlichen Katego-

rien vergeben. Neben der Auszeichnung als „Beste Urlaubsdestination in Europa“ ging das Urlaubsland Österreich auch in der Kategorie „Beste Campingdestination“ als Sieger hervor. Österreich ist mit einem Marktanteil von über 50 Prozent das Wintersportland Nummer 1 in den Niederlanden. ■

<http://www.austriatourism.com>

Österreich, Europa und die Welt

Fachfrauen aus Armenien besuchen Tiroler Einrichtungen

Drei Mitarbeiterinnen eines Dachverbands armenischer Elternvereine waren in Tirol zu Besuch, um integrative Maßnahmen der Tiroler Behindertenhilfe näher kennenzulernen.

„Ich freue mich sehr, daß durch diesen Studienaufenthalt eine internationale Zusammenarbeit ganz im Sinne der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen möglich ist“, betonte LRin Christine Baur anlässlich eines persönlichen Gesprächs mit den armenischen Kolleginnen. „Durch den internationalen Austausch von Best-Practice-Beispielen können wir ausgezeichnet voneinander lernen.“

Tirol hat in bezug auf die Unterstützung von Kindern und Erwachsenen mit Behinderungen viel zu bieten: Maßnahmen zur Frühförderung und Familienunterstützung sind für Kinder mit verschiedenen Formen von Behinderungen gut ausgebaut, in der Bildung spielt Inklusion eine immer größere Rolle und Maßnahmen für die berufliche Integration werden laufend weiter entwickelt.

Individuelle Unterstützungsmodelle ermöglichen vielen Frauen und Männern mit Behinderungen ein Leben in den eigenen vier Wänden.



Foto: Land Tirol / Reichkender

LRin Christine Baur (Mitte) mit (v.l.) Luisa Sanoyan, Ruzana Hakobyan und Gayene Norikyan sowie Caritas-Projektreferentin Elisabeth Haun

Die Fachfrauen aus Armenien berichteten ihrerseits auch von ihrem Projekt und dessen Erfolgen, z.B. bei Schulungen, wo alle Eltern von SchülerInnen mit und ohne Behinderungen über inklusive Bildung informiert werden. Besonders positiv sind die Erfahrungen mit Unterrichtseinheiten zur Inklusion, wo kooperative Lernmethoden eingesetzt werden.

Der Studienbesuch ist im Rahmen eines Projekts zur Entwicklung inklusiver Schulen der Caritas Tirol Auslandshilfe möglich, das

langfristig die berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen zum Ziel hat.

„Auslandshilfe bedeutet für uns nicht nur Geld nach Armenien, Burkina Faso oder in ein anderes unserer Schwerpunktländer zu schicken. Vielmehr geht es uns um ein Voneinander-Lernen und um ein partnerschaftliches, gemeinsames Arbeiten an besseren Lebensbedingungen für alle Menschen“, so Elisabeth Haun, Caritas-Projektreferentin für Armenien. ■

Österreich und die Slowakei bauen an guter Nachbarschaft

Die am nächsten zueinander gelegenen Hauptstädte in der Europäischen Union sind Wien und Bratislava. Geschichtlich, kulturell und wirtschaftlich haben Österreich und die Slowakei vieles gemeinsam. Seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ im Jahr 1989 erstarben die einstmals traditionell guten Beziehungen über die Grenze hinweg. Gemeinsam mit den beiden Nachbarländern fördert die Europäische Union ein umfangreiches Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Ergebnisse sind ab sofort auch im Internet abrufbar.

Der Osten Österreichs und der Westen der Slowakei wachsen aufgrund intensiver werdender Beziehungen immer mehr zusammen. Dazu liefert das Förderprogramm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit jede Menge Projektbeispiele aus den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur, Umweltschutz und Verkehrsinfrastruktur. Die geförderten Projekte werden in Österreich in den Ländern Burgenland, Niederösterreich und Wien umgesetzt, in der Slowakischen Republik in den Kreisen Bratislava und Trnava.



Foto: Sabine Klimpt

Kinder aus lernen gemeinsam die Sprache des jeweils anderen Nachbarlandes.

Dank Fördermitteln der Europäischen Union entstand etwa die neue Radfahrerbrücke zwischen Bratislavas Stadtteil Devínska Nová Ves und dem barocken Schloßhof auf der österreichischen Seite. Und die Menschen nehmen dieses Bauwerk dankbar an und sind davon begeistert. Das Projekt erreichte beim slowakischen Wettbewerb „Bau des Jahres 2013 – Preis der Öffentlichkeit“

den zweiten Platz. Verständnis wächst durch Bildung, Sprache und Forschung. Gleich mehrere geförderte Projekte eröffnen die Möglichkeit, Kindergarten- und Schulparterschaften über die Grenze hinweg aufzubauen. Österreichische Kinder lernen Slowakisch, slowakische Deutsch. Gegenseitige Besuche und gemeinsame Spiele vertiefen die Beziehung. <http://www.reinventing.eu>

Wir brauchen ein »Projekt Österreich«!

Heinz Fischer appelliert in seiner Neujahrsansprache an die Kräfte des Positiven und der Gemeinsamkeit zur Sicherung der Zukunft. Dabei drängt er auch auf mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft durch eine entsprechende Steuerpolitik.

Am Abend des 31. Jänner hielt Bundespräsident Heinz Fischer seiner routinemäßige Neujahrsansprache, die im Fernsehen übertragen wurde (im Wortlaut):

Guten Abend, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man am Beginn eines neuen Jahres einen kurzen Rückblick versucht und einen Ausblick auf das neue Jahr hinzufügt, dann kann nicht übersehen werden, daß es derzeit in Österreich – und auch in den meisten anderen Ländern Europas – bei vielen Menschen ein beträchtliches Maß an Sorge und Verdrossenheit gibt. Dazu kommt vielfach auch das Gefühl mangelnder Perspektiven für die Zukunft, vor allem bei jungen Leuten.

Das steht in einem gewissen Widerspruch zur Tatsache, daß Österreich auf vielen Gebieten im europäischen Vergleich sehr gut abschneidet.

Wie ist das zu erklären?

Lassen Sie mich eine Antwort versuchen:

Das in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges vorherrschende Gesellschaftsmodell ist die sogenannte Soziale Marktwirtschaft.

Es ist aber ein Faktum, daß jedes Gesellschaftsmodell neuen Entwicklungen angepaßt werden muß und Veränderungsbedarf hat.

Trägt man diesem Veränderungsbedarf nicht oder zu wenig Rechnung, dann entstehen Spannungen und Probleme, die unsere Entwicklungsmöglichkeiten beeinträchtigen.

Auch die Stabilität der Demokratie kann dadurch beeinträchtigt werden. Das dürfen wir nicht zulassen.

Ich persönlich unterscheide in der Entwicklung unserer Zweiten Republik, die übrigens am 27. April 2015 ihren 70. Geburtstag feiern wird, drei Phasen:

Erstens die heroische Phase des Wiederaufbaues nach dem Zweiten Weltkrieg.

Zweitens die lange Phase positiver Entwicklungen und Reformen in Österreich und Europa, einschließlich des Endes der kommunistischen Diktaturen bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise und drittens die



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Heinz Fischer am
Abend des 26. Oktober 2014

Phase seit Beginn dieser Krise, wo die soziale Marktwirtschaft unter verstärkten Druck geraten ist und auch ihren Charakter verändert hat: Verluste aus der Finanzkrise wurden vielfach der Allgemeinheit, also dem Steuerzahler aufgebürdet, während Gewinne aus Finanztransaktionen in ungleich geringerem Maße der Allgemeinheit zu Gute kamen und kommen. Das spüren die Menschen auch in der Brieftasche. Wenn dann noch ein Debakel wie jenes der Hypo Alpe Adria Bank dazukommt, sinkt die Stimmung in den Keller.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat meines Erachtens ihren Tiefpunkt überschritten, aber sie ist noch keineswegs zu Ende. Wir werden im Jahr 2015 nur ein sehr flaches Wirtschaftswachstum haben und

auch in den nachfolgenden Jahren nicht zu den früheren Wachstumsraten zurückkehren.

In einer solchen Situation müssen wir uns auf unsere Werte und auf unsere Stärken besinnen und offen für neue Wege sein.

Zukunftstaugliche Investitionen, die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung, sowie die Ankurbelung des Konsums sind dringend erforderlich.

Auch die Rolle von Kunst und Kultur ist für Österreich und für unser Selbstverständnis von sehr großer Bedeutung.

Das heißt wir brauchen ein gemeinsames, umfassendes „Projekt Österreich“, an dessen Verwirklichung mit vereinten Kräften gearbeitet wird. Ein Projekt, das positive Energien freisetzt und unser Zusammengehörigkeitsgefühl stärkt.

Es wäre in diesem Zusammenhang auch überlegenswert, einen großzügig angelegten „Österreich Fonds“ zu gründen, der wertvolle Beiträge zur Zukunftssicherung leisten könnte.

Um dies finanzieren zu können, ohne die europäischen Kriterien für die Staatsschuldenpolitik nachhaltig zu vernachlässigen, muß unsere Budget- und Steuerpolitik auch Instrument einer gerechten Lastenverteilung sein. Die Rücksichtnahme auf die konkrete Lebenssituation unserer Mitmenschen ist nun einmal eine zentrale Aufgabe der Politik.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich teile die Auffassung, daß die Anerkennung und Förderung von Leistung und auch von Spitzenleistungen für die Konkurrenzfähigkeit unseres Landes enorm wichtig ist, und ich halte das Leistungsprinzip mit dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit für absolut vereinbar. Wir brauchen nämlich beides.

Daher sollten auch Einkommens- und Vermögenszuwächse, denen keine entsprechenden Leistungen gegenüberstehen, in angemessener Weise zur Finanzierung zukunftsichernder Aufgaben unseres Landes herangezogen werden.

Auch ein entschiedener Kampf gegen jede Art von Korruption ist erforderlich.

Zum Jahresbeginn 2015

Österreich muß ein sauberes Land sein. Rechtsstaat und Gerechtigkeit sind Säulen der Demokratie. Pauschale Vorverurteilungen sind jedoch entschieden abzulehnen.

Und ein Letztes: Wenn jene, die in der Politik tätig sind über andere Politiker allzu häufig herabsetzend und verletzend reden, sägen sie den Ast ab, auf dem sie selber sitzen und dürfen sich über Politikverdrossenheit nicht wundern.

Liebe Österreicherinnen und Österreicher!

Unser Land hat genügend Kraft und genügend Talente, um die vor uns liegenden Probleme mit vereinten Anstrengungen zu lösen.

Und das Beste, was jede und jeder Einzelne dazu beitragen kann ist, ihre bzw. seine Aufgaben mit Entschlossenheit und Zuversicht in Angriff zu nehmen.

In diesem Sinn wünsche ich allen Österreicherinnen und Österreichern, auch jenen, die sich derzeit im Ausland befinden sowie allen Menschen, die in unserem Land eine zweite Heimat gefunden haben, ein gutes und friedliches Jahr 2015.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

<http://www.bundespraesident.at>

Lassen wir uns die Hoffnung nicht rauben

Wortlaut der »ORF2«-Silvesteransprache von Kardinal Christoph Schönborn

Kardinal Christoph Schönborn hat in seiner „ORF2“-Silvesteransprache Mut zur Wahrheit gemacht: Es gelte Grenzen in der Wirtschaft und in der Umweltbelastung anzuerkennen, demgegenüber ein Mehr an Nächstenliebe und Solidarität anzustreben – konkret nannte Schönborn dabei heimat suchende Fremde. Die Ansprache im Wortlaut:

Guten Abend!

Lassen wir uns die Hoffnung nicht rauben! Dieses Wort von Papst Franziskus ist für mich so etwas wie ein Leitwort für das kommende Jahr 2015. Lassen wir uns die Hoffnung nicht rauben, denn die Hoffnung ist das Lebenselixier. Ohne Hoffnung gibt es keine Zukunft, gibt es keine Lebensfreude. Deshalb möchte ich ihnen zu diesem Jahreswechsel drei kurze Gedanken sagen, zu dem was uns Hoffnung gibt und was die Hoffnung stärkt.

Der erste Gedanke ist ein ernster: Es gibt keine Hoffnung ohne Wahrheit. Die Wahrheit kann wehtun, aber sie macht frei. Denn Hoffnung ist nicht dasselbe wie Augenauswischerei. Wir brauchen keine Illusionen. Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar, hat Ingeborg Bachmann gesagt. Die Wahrheit ist, daß wir an Grenzen stoßen: An Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, es kann so nicht ständig weiter wachsen. An Grenzen des Schuldenberges, wir dürfen nicht weiter Schulden machen. An Grenzen der Umweltbelastung, sie sind bereits zu groß. Wir stoßen überall an Grenzen und das müssen wir uns eingestehen, auch wenn es wehtut. Die Wahrheit macht frei.

Aber es gibt einen Bereich, in dem das Wachstum keine Grenzen hat: Das ist die



Foto: kathbild

Kardinal Christoph Schönborn,
Erzbischof von Wien

Güte, die Nächstenliebe, die Aufmerksamkeit füreinander, die Solidarität die darf ruhig weiterwachsen im kommenden Jahr. Auch die Aufmerksamkeit für den Fremden, den Menschen, der in unserem schönen, gesegneten Land eine neue Heimat sucht.

Ein zweiter Gedanke: Wenn eine Frau ein Kind erwartet, dann sagen wir, sie sei guter Hoffnung. Schon jetzt möchte ich alle Kinder begrüßen, die in diesem kommenden Jahr zur Welt kommen werden. Sie sind eine Hoffnung nicht nur für ihre Familie, sondern auch für unser Land. Sie sind Hoffnung für

uns Menschen. Und daher meine Einladung, meine Bitte an uns alle: Sagen wir Ja zum Leben, Ja zum Ungeborenen, Ja zum Neugeborenen, Ja zum Leben der alten Menschen, Ja zu Behinderten, zu denen, die durch Krankheit in ihrem Leben beeinträchtigt sind alle sind ein Zeichen der Hoffnung. Und so wünsche ich uns allen, daß wir in diesem Sinne guter Hoffnung sind.

Und ein dritter Gedanke: Wir kommen manchmal auch in hoffnungslose Situationen. Es gibt hoffnungslose Überschuldungen: im persönlichen Bereich, in Familien, in Betrieben. Es gibt die Situation von Sucht, aus der jemand nicht herauskommt: Alkohol, Drogen oder andere Süchte. Wie ist es in diesen Situationen mit der Hoffnung? Gibt es auch da Hoffnung? Menschlich gesehen sind diese Situationen oft schier ausweglos.

Aber für Gott gibt es keinen hoffnungslosen Fall. Für Gott hat jeder Mensch seinen Wert, seine Gültigkeit, seine Zukunft. Und deshalb dürfen wir in diesem neuen Jahr auch darauf setzen, daß es in menschlich gesehen hoffnungslosen Situationen die Vergabung gibt und immer noch eine Chance bei Gott, der uns nicht abgeschrieben hat. Und letztlich ist es eine große Hoffnung über die letzte Grenze hinaus, über die Grenze des Todes: Ich glaube an ein ewiges Leben, ich glaube und ich habe diese Hoffnung –, daß alle Menschen bei Gott einmal ein endgültiges Zuhause haben werden. Und in diesem Sinne bin ich überzeugt, daß die Hoffnung nicht als letzte stirbt, sondern überhaupt nicht stirbt. Und in diesem Sinne wünsche ich ihnen ein gutes, ein gesegnetes, ein hoffnungsvolles Jahr 2015.

<http://www.erzdioezese-wien.at>

Schulsystem zementiert Ungleichheiten

Bischof Bünker in seiner Neujahrsansprache: Bildung öffnet Türen zur Welt

In seiner Neujahrsansprache hat der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker das aktuelle Schulsystem kritisiert. Internationale Vergleiche zeigten, daß Österreich im Bildungsbereich besonders schlecht abschnide. „Nur jeder vierte Heranwachsende schafft es, einen besseren Bildungsabschluß zu erlangen als seine Eltern. Dadurch werden gesellschaftliche Ungleichheiten zementiert, Armut wird vererbt und Inklusion immer schwieriger“, so der Bischof am 1. Jänner 2015 im ORF-Fernsehen. Hiervon seien besonders Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien, von Alleinerziehenden sowie aus Familien mit Migrationshintergrund betroffen, ebenso Kinder und Jugendliche mit Behinderung, die in besonderer Weise pädagogische Förderung brauchen. „Paradoxe Weise steht hier gerade die Schule, wie wir sie heute haben, einer Bildungsgerechtigkeit im Wege.“ Trotz jahrelanger Diskussion sei hier bisher zu wenig passiert, resümierte der Bischof. In diesem Zusammenhang wiederholte Bünker die Forderungen der Diakonie nach menschlicherer Gestaltung der Bildung, verbunden mit einer Frühförderung aller Kinder sowie einer Unterstützung für jene Kinder und Jugendliche, die besondere Lernschwierigkeiten haben.

„Es gibt kein edleres und wertvolleres Werk als die Bildung“, dieses Zitat des Reformators Martin Luther bildete den Leit-



Foto: Evangelischen Presseverband / Uschmann

Hon.-Prof. Michael Bünker, Bischof der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich

gedanken der Neujahrsansprache, die in einer nachgebauten Schulklasse im evangelischen Museum Oberösterreich in Rutzenmoos aufgenommen wurde. „Bildung führt aus der Enge der eigenen Erfahrung hinaus in die Weite und öffnet die Türe zur Welt“, sagte Bünker und erinnerte daran, daß die

Evangelischen Kirchen in Österreich das Jahr 2015 als Schwerpunktjahr der Bildung begehen.

Bünker betonte, daß Bildung nicht nur auf Fähigkeiten und Fertigkeiten reduziert werden dürfe, die aus wirtschaftlicher Sicht notwendig seien. „Bildung meint immer auch den inneren Menschen, sein Gewissen, sein Herz und seinen Glauben. Daran erinnern die Kirchen!“ Mit dem nun beginnenden Schwerpunktjahr, das unter dem biblischen Leitmotiv „Du stellst meine Füße auf weiten Raum“ (Psalm 31,9) steht, soll der enge Zusammenhang zwischen Bildung einerseits und dem evangelischen Verständnis des Menschen und der Welt andererseits aufgezeigt werden. Dies zeige sich etwa auch darin, daß die Reformation immer auch eine Bildungsbewegung gewesen sei. „Gleich neben dem Bethaus in Rutzenmoos wurde auch eine Schule gebaut, weil dies zu einer evangelischen Gemeinde einfach dazugehört hat. Das Ziel war der mündige Mensch und der mündige Christ, der sich sein eigenes Urteil bildet und über die eigene Religion Auskunft geben kann“, erklärte Bünker. Im Zusammenspiel von Religion und Bildung, im „gebildeten Glauben“, sieht der Bischof demnach auch das wirksamste Mittel gegen jegliche Radikalisierung und gegen jeden Fundamentalismus. ■

<http://www.evangel.at>

Das »Österreich Journal«-Team wünscht Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, und Ihren Familien auf diesem Wege alles erdenklich Gute!

Direkte Demokratie braucht BürgerInnen und PolitikerInnen

Im Hohen Haus am Ring fand am 22. Jänner die zweite Sitzung der Enquete-Kommission »Demokratiereform« statt. Fazit: Das Recht geht vom Volk aus.



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Leo Hagen

Das Thema direkte Demokratie stand auch im Mittelpunkt der zweiten Sitzung der Enquete-Kommission des Nationalrats zur Stärkung der Demokratie in Österreich vom 20. Jänner. Dieses Mal ging es um Modelle und Instrumente der Bürgerbeteiligung, die es in den einzelnen Bundesländern und in den Gemeinden gibt. So stellte etwa Manfred Hellrigl das Modell der Vorarlberger Bürgerräte vor, das seiner Meinung nach gut funktioniert. Die partizipative Demokratie würde sich gut mit der direkten und repräsentativen Demokratie ergänzen.

Insgesamt steht den BürgerInnen, wie aus den Expertenreferaten hervorging, ein buntes Potpourri an Möglichkeiten zur Mitsprache auf Länder- und Gemeindeebene zur Verfügung. Ob es auch genutzt wird, blieb allerdings weitgehend offen. So wies etwa Föderalismusexperte Peter Bußjäger darauf hin, daß die seiner Meinung nach erfreuliche Vielfalt der direktdemokratischen Instrumente in Vorarlberg „nicht immer mit einer praktischen Inanspruchnahme korreliert“.

Auch in Kärnten werden die direktdemokratischen Instrumente laut Fachhochschul-Professor Florian Oppitz wenig genutzt. Bußjäger hält es in diesem Sinn für wichtig, sich auch Gedanken darüber zu machen, wie man die BürgerInnen dazu bringen könne, die vorhandenen Instrumentarien zu nutzen.

In den Gemeinden erfolgt Mitbestimmung nach Darstellung des Verfassungsexperten Karim Giese vielfach nicht nach formalen Regeln, so gibt es oft informelle Volksbefragungen außerhalb der Rechtsinstitute der direkten Demokratie.

Geleitet wurde die Sitzung vom Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf, der nochmals an die BürgerInnen appellierte, sich in die Diskussion einzubringen. Jeder habe die Möglichkeit, bis zum Sommer schriftliche Stellungnahmen abzugeben, erinnerte er. Die Erfahrungswerte aus den Bundesländern will Kopf in die Reformüberlegungen auf Bundesebene einfließen lassen.

Die Enquete-Kommission zur Stärkung der Demokratie will sich bis zum Sommer

dieses Jahres intensiv mit der Frage auseinandersetzen, wie die direkte Demokratie in Österreich weiterentwickelt, der Parlamentarismus gestärkt und die parlamentarische Arbeit transparenter gemacht werden kann. „Die stärkere Einbindung der Bevölkerung in demokratische Entscheidungsprozesse soll das Verständnis für die Politik verbessern“, hielt Kopf dazu fest. Nächster Sitzungstermin ist der 18. Februar. Der Enquete-Kommission gehören auch acht BürgerInnen an, die per Los aus 1200 Bewerbungen gezogen wurden.

Alle Bundesländer haben direktdemokratische Instrumente

Michael Mayrhofer vom Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre der Universität Linz gab zunächst einen Überblick über die Bundesländer und wies darauf hin, daß es in jedem der neun Länder das Instrument des Volksbegehrens, der Volksbefragung und der Volksabstimmung gibt, auch wenn diese mit unterschiedlichen

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz



Enquete-Kommission betreffend Stärkung der Demokratie in Österreich – Blick in den Sitzungssaal des Nationalrats

Bezeichnungen bedacht sind und im Inhalt divergieren. Darüber hinaus existieren auch Regelungen über Bürgerpartizipation in den Gemeinden. Manche Bundesländer sehen auch das Instrument der Bürgerbegutachtung von Gesetzentwürfen vor, zudem gebe es überall traditionelle Petitions- und Beschwerderechte.

Die größte Hürde für Volksbegehren, also Initiativen zur Änderung von Landesgesetzen, besteht laut Mayrhofer in Wien, wo 5 Prozent der Wahlberechtigten ein entsprechendes Anliegen unterstützen müssen. Lediglich Tirol liegt mit einem Prozentsatz von 1,4 Prozent unter der Hürde des Bundes. Volksbegehren müssen sich Mayrhofer zufolge aber nicht immer auf Gesetze beziehen, sondern können in Form von „Verwaltungsinitiativen“ auch Verwaltungsakte zum Inhalt haben.

Volksabstimmungen können in manchen Ländern nicht nur vom Landtag beschlossen, sondern auch von einer bestimmten Zahl von BürgerInnen oder auch von einer bestimmten Zahl von Gemeinden erzwungen werden. Eine Besonderheit gibt es außerdem in einigen Bundesländern wie Salzburg, wo ausreichend unterstützte Volksbegehren einer Volksabstimmung unterzogen werden, wenn der Landtag dem Anliegen nicht Rechnung trägt. Ein positiver Entscheid des Volkes

führt aber nicht automatisch zu einem Gesetz, vielmehr muß sich lediglich der jeweilige Landtag neuerlich damit auseinandersetzen.

Volksbefragungen sind in der Regel nicht nur landesweit möglich, sondern könnten auch auf bestimmte Regionen oder Gemeinden beschränkt werden, schilderte Mayrhofer. Sie seien rechtlich unverbindlich, der Landtag müsse sich aber damit befassen und seine Position begründen.

Bußjäger: Direktdemokratische Instrumente werden nicht immer genutzt

In Vorarlberg gebe es eine erfreuliche Vielfalt direktdemokratischer Instrumente, betonte Peter Bußjäger, Direktor des Instituts für Föderalismus und Universitätsprofessor für Öffentliches Recht an der Universität Innsbruck. Diese korreliere aber nicht immer mit einer praktischen Inanspruchnahme, bedauerte er. Seiner Ansicht nach ist es daher auch besonders wichtig, sich darüber Gedanken zu machen, wie man die BürgerInnen dazu bringen könne, von den Instrumenten auch Gebrauch zu machen.

Die Zugangshürde für Volksbegehren liegt in Vorarlberg laut Bußjäger bei 1,9 Prozent der Stimmberechtigten. Wird ein Anliegen von mindestens 10 Prozent unterstützt und kommt der Landtag dem Volks-

begehren nicht nach, ist eine Volksabstimmung abzuhalten. Der Landtag sei nicht verpflichtet, dem Ergebnis der Volksabstimmung Rechnung zu tragen – eine entsprechende Bestimmung wurde vom Verfassungsgerichtshof aufgehoben –, es entstehe aber erheblicher politischer Druck, machte Bußjäger geltend. Um ein Volksbegehren zu unterstützen, müsse die Bevölkerung auch nicht aufs Gemeindeamt gehen, man kann auch auf der Straße Unterschriften sammeln.

Um eine Volksabstimmung über ein Landesgesetz zu erzwingen, muß die Unterstützung von 10.000 Stimmberechtigten vorliegen, führte Bußjäger aus. Bisher hat es hierfür aber nur einen, schon länger zurückliegenden Anwendungsfall gegeben. Auch die Gemeinden haben ein derartiges Recht, hierfür braucht es 10 von 96 Gemeinden. Diese Hürde sei, so Bußjäger, bisher mehrfach knapp verfehlt worden, allerdings hätten die Gemeinden durch diese Bestimmung eine starke Stellung im Gesetzwerdungsprozeß.

Auf Gemeindeebene haben in Vorarlberg bisher rund 30 Volksabstimmungen und Volksbefragungen stattgefunden. So sei in einer Gemeinde etwa der Zusammenschluß zweier Skigebiete abgelehnt worden, berichtete Bußjäger. Zudem verwies er darauf, daß die VorarlbergerInnen zu jeder Regierungsvorlage Stellungnahmen abgeben können,

Innenpolitik

die in zusammengefaßter Form gemeinsam mit dem Gesetzentwurf auch dem Landtag übermittelt werden. Weiters haben 5000 Stimmberechtigte die Möglichkeit zu verlangen, daß der Landesrechnungshof einen bestimmten Verwaltungsakt prüft.

Man dürfe den BürgerInnen einiges zutrauen, folgerte der Experte insgesamt aus den Ergebnissen der Beteiligungsinstrumente.

Steiner: Keine undifferenzierte Übernahme von Instrumenten der Bürgerbeteiligung

Oberösterreich habe seines Erachtens ein adäquates und offenes System der Mitbeteiligung von BürgerInnen an politischen Prozessen auf Landesebene, hielt Landtagsdirektor Wolfgang Steiner fest. Man sei allerdings dabei, das Bürgerrechtegesetz zu adaptieren und die Zahl der notwendigen Stimmberechtigten für Bürgerinitiativen von 3 auf 2 Prozent zu reduzieren. Auch die Hürde für eine nachfolgende Befragung der Bevölkerung über Bürgerinitiativen, denen der Landtag nicht Rechnung getragen hat, soll gesenkt werden.

Inhalt einer Bürgerinitiative kann laut Steiner sowohl die Erlassung oder Aufhebung eines Landesgesetzes sein, es können aber auch Verwaltungsmaßnahmen und andere Beschlüsse des Landtags verlangt werden. Personalfragen, Wahlrechtsfragen oder individuelle Bescheide sind allerdings ausgeschlossen. BürgerInnen würden auch eingeladen, zu bestimmten Gesetzen Stellung zu nehmen, die dann im zuständigen Unterausschuß des Landtags erwogen würden. Das Instrument der Volksbefragung wurde Steiner zufolge bisher erst einmal in Anspruch genommen, in Zusammenhang der Frage der Einrichtung eines Musiktheaters in Linz.

Verstärken will Oberösterreich die Nutzung elektronischer Medien bei der Bürgerbeteiligung. Es wäre sinnvoll, wenn es ein einheitliches elektronisches System für den Bund, die Länder und die Gemeinden gebe, hob Steiner hervor. Allgemein warnte er aber davor, Instrumente der Bürgerbeteiligung von einer Ebene in eine andere undifferenziert zu übernehmen.

Oppitz: Kärnten nutzt direktdemokratische Instrumente eher zurückhaltend

Für das Land Kärnten konstatierte Florian Oppitz, Professor für Öffentliches Recht und Europarecht an der Fachhochschule Kärnten, daß direktdemokratische Instrumente



Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Mike Ranz

Zweiter Nationalratspräsident Karlheinz Kopf eröffnet die Sitzung

eher zurückhaltend genutzt würden. Es gebe mit der Möglichkeit von Volksbegehren, Volksbefragungen und Volksabstimmungen zwar ähnliche Instrumente wie auf Bundesebene, diese seien bisher aber nicht sehr oft eingesetzt worden. So hat es seiner Darstellung nach bisher drei Volksbegehren, etwa zur Ausweitung der Bergbauernförderung, und drei Volksbefragungen, zum Naturschutzgebiet Nockberge, zur Olympiabewerbung und – lokal begrenzt – zur Müllverbrennungsanlage Arnoldstein, gegeben.

Theoretisch könnten Volksbefragungen auch von 15.000 Wahlberechtigten erzwungen werden, informierte Oppitz. Es habe dafür auch zwei Anläufe des damaligen Kärntner Landeshauptmanns Haider als Privatperson gegeben. So seien mehr als 15.000 Unterschriften zur Frage der Ortstafeln und zum EU-Vertrag von Lissabon gesammelt worden. In einem Fall habe die Landeswahlbehörde eine Volksbefragung aber abgelehnt, da Ortstafeln keine Angelegenheit des Landes seien, und vom Verfassungsgerichtshof Recht bekommen, im anderen Fall kam die Ratifizierung des Nationalrats dem Antrag auf Volksbefragung zuvor. Volksabstimmung gab es bislang in Kärnten noch keine in der Zweiten Republik, zweimal ist die Bevölkerung informell per Brief befragt worden.

Auch Salzburger Landtag hat Enquetekommission zur Demokratiereform

Josef Hörmandinger, Leiter des Rechts- und Informationsdienstes der Salzburger Landtagsdirektion, berichtete den Abgeordneten, daß auch der Salzburger Landtag eine

Enquetekommission zur Demokratiereform eingerichtet hat. Die im Herbst 2013 gebildete Kommission befaßt sich unter anderem mit einer Reform des Vorzugsstimmensystems, der Einführung von Bürgerräten nach Vorarlberger Vorbild und der Frage, wie der Frauenanteil in politischen Gremien erhöht werden kann.

Er stellte außerdem das neue dreistufige Bürgerbeteiligungs-Modell der Stadt Salzburg vor, das derzeit im Landtag verhandelt wird und klar regelt, wie mit Bürgeranliegen umzugehen ist. Unterstützen rund 1200 bis 1300 BürgerInnen, die Stimmenanzahl, die für ein Gemeinderatsmandat notwendig ist, eine Initiative, muß sie demnach von der Stadt Salzburg in Verhandlung genommen werden. Wird dem Anliegen nicht Rechnung getragen, ist in Stufe zwei, im Falle doppelt so vieler Unterschriften, eine öffentliche Bürgerversammlung zur Erörterung des Begehrens vorgesehen. Fruchten auch weitere Verhandlungen nicht, ist bei weiteren 1200 bis 1300 Unterschriften, also dem Stimmengegenwert von insgesamt drei Gemeinderatsmandaten, eine Bürger-Abstimmung durchzuführen. Das Ergebnis ist für den Gemeinderat grundsätzlich bindend, er kann nur dann mit einer qualifizierten Gemeinderatsmehrheit davon abweichen, wenn die Beteiligung bei der Abstimmung unter 25 Prozent lag oder wenn damit Kosten von mehr als 15 Mio. Euro verbunden sind.

Mitbestimmung in Gemeinden hat oft weniger formalen Charakter

Die Gemeinde-Inputs aus dem Expertenhearing kamen von Karim Giese von der

Innenpolitik

Universität Salzburg, von Martin Floss vom Städtebund sowie von Nicolaus Drimmel als Vertreter des Gemeindebunds.

Geht es nach Giese, scheint der bundesverfassungsrechtliche Rahmen für landespolitische Anliegen inzwischen zu eng geworden zu sein, obwohl die Rechtsentwicklungen in den Bundesländern ein permanentes Reformbemühen zur Stärkung der direkten Demokratie erkennen lassen, wie der Experte erläuterte. Kann auf Reformwünsche nicht rechtzeitig reagiert werden, würden sich direktdemokratisch gesinnte Gemeinden Lösungen im Schatten des Gemeindeorganisationsrechts suchen. Das würden bereits erste Tendenzen in der Praxis zeigen, sagte Giese. So würde es etwa eine wesentliche Erleichterung der direktdemokratischen Mitwirkung darstellen, wenn die Stimmabgabe nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem bestimmten Ort erfolgen müsse. Da die elektronische Stimmabgabe verfassungsrechtlich unzulässig sei, würden viele Gemeinden immer öfter die gesetzlichen Schranken umgehen und informelle Volksbefragungen außerhalb der Rechtsinstitute der direkten Demokratie durchführen, informierte Giese. Außerdem bemängelte er, daß derzeit nur ÖsterreicherInnen und EU-BürgerInnen direktdemokratische Rechte auf Gemeindeebene zukommen. Das Fehlen eines Stimmrechts für Drittstaatsangehörige werde in einzelnen Bundesländern als Demokratiedefizit wahrgenommen.

Für die Verknüpfung direktdemokratischer und repräsentativer Prozesse stand der Magistratsdirektor der Stadt Salzburg Martin Floss ein. Diese Ergänzung leiste das Salzburger Modell, das sich zur Zeit in der Endphase der legislativen Umsetzung befinde. Begegnet werden sollte damit der sinkenden Wahlbeteiligung und der immer weniger werdenden Beteiligung direktdemokratischer Instrumente. Wesentlich beim Modell ist seiner Ansicht nach, daß bereits bei seiner Entwicklung BürgerInnen massiv miteingebunden wurden. Verhandelt wurde zwei Jahre, wobei es sich beim Ergebnis des dreistufigen Modells um einen Kompromiß handle, wie Floss sagte. Ein weiterer wichtiger Faktor des Modells sei, daß in jeder Stufe eine Verhandlungsphase zwischen den BürgervertreterInnen und der Politik vorgesehen ist. Mit dem Modell werde es den BürgerInnen ermöglicht, von sich aus verbindliche Entscheidungen herbeizuführen.

Drimmel stand aus Sicht der kleinen und ländlichen Gemeinden dafür ein, daß die Beteiligungsinstrumente der direkten Demo-

kratie repräsentative Prozesse „nicht vom Tisch wischen dürfen“. Es gehe um ein Zusammenwirken der Wählerschaft mit den repräsentativen Organen. „Repräsentation ist nicht passé“, sagte er, gerade in den Gemeinden habe man die Erfahrung gemacht, daß Persönlichkeitswahlen die Legitimation eines Amtsträgers durchaus stärken könne. Demokratie sei zudem keine Einbahnstraße, repräsentative Demokratie verlange das freie Mandat, die Verantwortung des Einzelnen, aber auch eine demokratiepolitisch wünschenswerte Kultur des Miteinanders und des Austauschs, eine Kultur der Kooperation und der Beteiligung, stand für Drimmel fest. Diese Kultur gebe es in den österreichischen Gemeinden, gerade dort werde die Tradition des Miteinanders gepflegt.

Was den Vorwurf betrifft, wonach direktdemokratische Instrumente in Gemeinden zu wenig gehandhabt würden, meinte Drimmel, daß vieles an demokratischer Mitbestimmung einen weniger formalen Charakter habe. Grund dafür sei mitunter die Größe von Gemeinden oder, mit welcher Legitimation Gemeindefunktionäre in ein Amt gewählt wurden. Demokratiepiloten dürfe sich auf jeden Fall nicht nur damit begnügen, den Menschen das Abgeben einer Stimme zu erleichtern oder formale Voraussetzungen zu schaffen, sie müsse den Menschen auch bei der Gestaltung ihrer Lebensverhältnisse begleiten.

Hellrigl: Mit Bürgerräten erreicht man schweigende Mehrheit

Als ein sehr positiv bewertetes Instrument der direkten Beteiligung und Mitgestaltung von BürgerInnen in den Bundesländern gilt das Modell der Vorarlberger Bürgerräte. Eingeführt wurde es als Antwort auf die steigende Vielfalt von Meinungen innerhalb der Bevölkerung, was wiederum eine sinkende Akzeptanz gegenüber politischen Entscheidungen bedeutete, wie Manfred Hellrigl vom Amt der Vorarlberger Landesregierung erklärte. So habe man bereits Ende der 1990er Jahre damit begonnen, die Selbstorganisation in den Gemeinden zu fördern und BürgerInnen motiviert, selbst aktiv zu werden.

Beim Bürgerräte-Modell werden für zirka eineinhalb Tage nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Personen einberufen, um über Fragen zu beraten. Vorteil dieses Verfahrens sei, daß man auch an die schweigende Mehrheit herankommt, sagte Hellrigl. Entscheidungsvorbereitend können Bürgerräte über vorgegebene oder selbst ausgewählte Themen reflektieren, die Ergebnisse

werden in einer gemeinsamen Erklärung öffentlich kundgemacht, in weiterer Folge kann politisch darüber entschieden werden. „Dort findet Meinungsbildung statt“, so Hellrigl. Seit 2006 ist das Bürgerräte-Modell österreichweit 55 Mal umgesetzt worden, generell stehe man aber am Anfang, sagte Hellrigl. Geht es nach ihm, gibt es noch viel Entwicklungspotential, etwa in Richtung Jugendräte. Auf Bundesebene äußerte er leichte Bedenken, ob das Modell eins zu eins umgesetzt werden kann. Auch Hellrigl betonte zudem, daß direkte, repräsentative und partizipative Demokratie nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. „Sie ergänzen sich ganz hervorragend“, sagte er.

Daß auf der Regierungsbank eine rein männliche Expertenrunde Platz genommen hat, wurde übrigens auf Twitter mit dem Hinweis kommentiert, daß es bereits seit 1918 ein Wahlrecht für Frauen gebe.

Fazit: Das Recht geht vom Volk aus

Im zweiten Teil der Enquete-Kommission kamen wieder die acht gelosten BürgerInnen zu Wort, außerdem Experten sowie VertreterInnen von Ländern und Gemeinden.

„Wenn Sie wirklich Mitbestimmung durch BürgerInnen wünschen, dann geben Sie uns das Werkzeug dazu“, wendete sich Medizintechniker Harald Petz an die anwesenden Politiker. So wollen BürgerInnen als „Hauptsponsoren“ selbstverständlich bei Themen wie Steuern und Banken mitbestimmen. Aus seinem Umfeld höre er oft: „Wir würden uns ja gerne beteiligen, aber die machen ohnehin was sie wollen.“ Daher habe er das Gefühl, direkte Demokratie funktioniere derzeit nicht wirklich. Auch, weil die Kluft zwischen Politikern und Bürgern immer größer werde.

Petz' Befürchtung, die Enquete-Kommission könnte unter Umständen nicht viel bringen, versuchte ihm später Abgeordnete Daniela Musiol von den Grünen zu nehmen: „Die Kommission soll nicht als Kosmetik verwendet werden – und das wird auch nicht so sein.“

Elektronische Möglichkeiten ausschöpfen

Pensionist Heinz Emhofer hofft auf große Veränderungen für die Demokratie. Das Volk wähle nicht Abgeordnete, sondern Parteien, letztlich dienten die Abgeordneten daher dem Parlamentsklub und nicht dem Volk. Auch im „Hick-Hack“ innerhalb der Parteien sehe er eine Mitschuld daran, daß das Volk nicht interessiert sei. Häufig fehlten

Innenpolitik



Begrüßung durch Parlamentsdirektor Harald Dossi

auch Ehrlichkeit und Transparenz. Und es gebe zu viele Zugangshürden. Weshalb ist es nicht möglich, etwa die E-Card beziehungsweise Bürgerkarte auch bei Abstimmungen einzusetzen, fragte er – und war damit nicht der einzige.

Bei der elektronischen Abstimmung sei man noch eher zurückhaltend, da man Datenmißbrauch befürchte, erklärte Harald Stefan von der FPÖ. In seinem Wortbeitrag zeigte er allerdings ein anderes Problem auf: „Es ist eine Katastrophe, wenn Ergebnisse aus Abstimmungen oder Befragungen nicht ernst genommen werden. Das führt zu noch viel größerer Frustration.“ Volksabstimmungen müßten in der Regel verbindlich sein. Gerade auf Bundesebene müsse man sich jetzt trauen, weitere Schritte zu setzen.

Für mehr Volksabstimmungen nach dem Schweizer Vorbild sprachen sich sowohl Michelle Missbauer (derzeit in Ausbildung) als auch Marlen Ondrejka (kaufmännische Angestellte) aus. Ob Mietpreise, Arbeitsplätze oder Politikergehälter – als Bürgerinnen würden sie gerne in viel mehr Entscheidungen miteinbezogen werden, sagten beide. Missbauer: „Warum keine Volksabstimmung alle zwei oder drei Jahre?“ Ondrejka: „Man sollte uns mehr zutrauen!“ Harald Stefans Einwand, die elektronische Bürgerbeteiligung könnte Datenmißbrauch Tür und Tor öffnen, sei für sie kein Argument, so Ondrejka: Mißbrauch könne immer passieren.

Manipulationen einen Riegel vorschieben

PR-Beraterin Barbara Ruhsmann sieht bei Instrumenten wie der Volksbefragung

Verbesserungsbedarf. Denn das Gefühl der Manipulation bei gewissen Fragestellungen habe mit direkter Demokratie wenig zu tun. Darüber hinaus seien in Wien seit 1973 sieben Volksbefragungen durchgeführt worden, von denen nur zwei durch Bürger initiiert wurden. „Ich erwarte mir mehr Respekt und Sensibilisierung, dafür weniger Parteikälte“, wandte sich Ruhsmann an das Plenum.

„Was ist notwendig, damit Frustration wie die von Frau Ruhsmann nicht entstehen kann?“ Das müsse man sich ernsthaft fragen, meinte ÖVP-Abgeordneter Wolfgang Gerstl. Er sei dankbar, daß zu einer parlamentarischen Enquete erstmals auch Bürger eingeladen wurden.

Klarere Regeln für Abstimmungen

Für den Grazer Universitätsprofessor Klaus Poier, der von der ÖVP nominiert wurde, sind die Länder Vorreiter in Sachen direkter Demokratie und Bürgerpartizipation. Allerdings sei der direktdemokratische Spielraum in den Gemeinden zu klein. Besonders schwierig werde es, wenn Abstimmungen quasi im „rechtsfreien Raum“ stattfinden. Das schaffe Mißtrauen.

Auch der Wiener Stadtrat Manfred Juracka von der ÖVP sprach wie zuvor schon Poier von der Abstimmung über die Fußgängerzone Mariahilfer Straße als Abstimmung „ohne rechtliche Grundlage“. Ebenso sei schon die Art der Fragestellung bei Volksbefragungen kritisch, bekräftigte er seine Vordnerin Ruhsmann. „Man wird es nie allen rechtmachen können, aber wir brauchen klare Regeln – und zwar auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene“, sagte er.

Zum parteipolitischen Mißbrauch von Fragestellungen warf Dieter Brosz von den Grünen ein, daß dies natürlich vorkommen könne, aber Manipulation auch bei anderen Initiativen passiere. Hier sei es schwierig, „Gut und Böse“ zu unterscheiden. Die Frage dürfe daher nicht einfach nur lauten: „Wollen Sie, daß die Mehrwertsteuer um fünf Prozent gesenkt wird?“ Gleichzeitig müsse man auch aufzeigen, welche Konsequenzen das hätte.

BürgerInnen entscheiden nicht klüger, aber auch nicht dümmer als ihre RepräsentantInnen

„Wenn wir aufhören, die Demokratie zu entwickeln, fängt die Demokratie an aufzu-



Fotos: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Leo Hagen

v.l.: Universität Wien Clemens Jabloner, Moderator Theo Öhlinger, Universität Salzburg Tamara Ehs (am Wort) und Universität Innsbruck Peter Bußjäger

Innenpolitik



Präsident des Verwaltungsgerichtshofes a.D.; Inhaber der Hans Kelsen Professur am Institut für Rechtsphilosophie, Kultur- und Religionsrecht, Universität Wien, Clemens Jabloner

hören“, zitierte Claudine Nierth, Bundesvorstandssprecherin von „Mehr Demokratie Deutschland“ für die Grünen. Ihrer Einschätzung nach bringen verbindliche Abstimmungen mehr Ernsthaftigkeit in Debatten, weil das Parlament den Blick auf die BürgerInnen richte. Im Gegensatz zu den üblichen Personendebatten vor Wahlen sei dies eine echte Chance. In Deutschland etwa habe direkte Demokratie die Staatlichkeit und das Parlament gestärkt, so Nierth. Angst vor Entscheidungen müsse man ohnehin nicht haben: „BürgerInnen entscheiden nicht klüger, aber auch nicht dümmer als ihre RepräsentantInnen.“

Für eine Weiterentwicklung der bestehenden Instrumentarien wie zum Beispiel der Volksbefragung sprach sich der Wiener Gemeinderat Kurt Stürzenbecher (SPÖ) aus. Das sei innvoller, als neue zu entwickeln. Unbedingt müsse direkte Demokratie von unten nach oben wachsen, davon brauche es viel mehr – allerdings stets mit Verantwortungsbewußtsein, Leidenschaft und Augenmaß. Außerdem warf der Gemeinderat ein: „Wir müssen vom Sieger-Verlierer-Denken wegkommen. Es ist immer ein Sieg für die Demokratie!“

Keine Angst vor BürgerInnenentscheidungen

Eine gewisse Angst der Politik, BürgerInnen Entscheidungen einzuräumen, sieht Christoph Starzer (Salzburger Gemeinderatsklubobmann, NEOS) tatsächlich. Darum sei es an der Zeit, hier einen großen qua-

litativen Sprung zu machen: „BürgerInnen muß eine Teilhabe zugestanden werden, denn sie zahlen am Ende die Zeche.“

Man dürfe nicht einfach die Hürden für Volksbefragungen und -abstimmungen hinaufsetzen, weil den Regierenden ein Ergebnis nicht gepaßt hat, betonte Rechtsanwältin Susanne Fürst stellvertretend für die FPÖ. Das sei zum Beispiel in Oberösterreich passiert und werde nun im Herbst wieder korrigiert. Politiker sollten vielmehr auf Wünsche der Bevölkerung eingehen und die Ergebnisse sportlich nehmen. Immerhin: „Das

Recht geht vom Volk aus.“ Das war übrigens der meistzitierte Satz in dieser Debatte.

Mitbestimmung braucht Transparenz und Informationsfreiheit

Werden direktdemokratische Mittel nicht umgesetzt, führe das zu Frustration, warnte Abgeordneter Nikolaus Scherak von den NEOS. Die Bevölkerung sollte nicht nur viel mehr Rechte haben, etwas zu initiieren, sondern sie müsse auch darauf vertrauen können, daß Ergebnisse umgesetzt werden. „Und vor allem braucht Mitbestimmung auch Transparenz und Informationsfreiheit“, betonte Scherak.

Darin, den WählerInnen zu sagen, ihre Meinung sei gefragt, es dann aber doch anders zu machen, sieht auch Bundesrat Werner Herbert von der FPÖ eine Gefahr. Das sei ignorant und frustrierend. Daher müsse sich die Politik folgende Fragen stellen: „Welche Erwartungshaltungen haben die WählerInnen und wie erfülle ich diese beziehungsweise wie gehe ich damit um?“

Salzburg geht mit BürgerInnenrat gegen Politikverdrossenheit vor

Der vielzitierten Politikverdrossenheit entgegenzuwirken, war einer der Gründe, weshalb in Salzburg nicht nur ebenfalls eine Enquete-Kommission eingerichtet wurde, sondern auch ein BürgerInnenrat. Die Landtagsabgeordnete und zweite Landtagspräsidentin in Salzburg, Gudrun Mosler-Törnström (SPÖ), findet: „Interesse kann man am besten unten erwecken, also auf Gemeinde-



Moderator und Autor, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Wien, Theo Öhlinger

Innenpolitik

Foto: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Leo Hagen



v.l.: Autor Theo Öhlinger, Parlamentsdirektor Harald Dossi, Clemens Jabloner (Universität Wien), Tamara Ehs (Universität Salzburg), Peter Bußjäger (Universität Innsbruck) und Autor Klaus Poier

ebene.“ Wer Mitglied dieses BürgerInnenrats ist, sei gleich umso mehr interessiert und darüber hinaus seien diese Menschen wiederum Multiplikatoren. „Wenn wir diesen Weg gehen, sind wir ein ganzes Stück weiter“, so Mosler-Törnström.

Für sie sei die Politikverdrossenheit nur ein Nebenaspekt, sagte später die Wiener Gemeinderätin Jennifer Kickert (Grüne). Am wichtigsten sei es, zu besseren beziehungsweise besser begründeten Entscheidungen zu kommen. Bei direktdemokratischen Methoden wünscht sie sich mehr Mut zum Experiment, man sollte dies und das einfach ausprobieren.

MandatarInnen sollen mehr Mut zeigen

Gemeinsam statt gegeneinander müssen ParlamentarierInnen und BürgerInnen arbeiten, man dürfe die beiden nicht gegeneinander ausspielen, sagte Rouven Ertlschweiger vom Team Stronach. Jedoch brauche es von Seiten der MandatarInnen viel mehr Mut. Ergebnisse aus Befragungen usw. könne man als solides Fundament hernehmen und darauf aufbauen.

„Wir leisten einen Eid, indem wir uns der Bevölkerung verpflichten“, erinnerte der steirische Landtagsabgeordnete Peter Samt von der FPÖ. Eine Aufgabe von Politik und Gesetzgebung sei es, darauf zu achten, daß die Rahmenbedingungen eingehalten werden. Auf Gemeindeebene etwa sei das aber

Fotos: Parlamentsdirektion / Bildagentur Zolles KG / Christian Hofer

sehr problematisch. So wurden bei der Gemeindeumstrukturierung in der Steiermark Abstimmungsergebnisse ignoriert, daher habe die Bevölkerung das Gefühl, „man sei über sie drübergefahren“.

Ein Eindruck, den Otmar Hiebaum, Bürgermeister der Gemeinde Markt Hartmannsdorf und Vertreter der Steirischen Gemeindeinitiative (Grüne) teilt. „Die steirische Regierung war nicht bereit, direktdemokratische Mittel zuzulassen“, bedauerte er. Die Meinung der Bevölkerung dürfe man aber nicht einfach ignorieren.

Das Schlußwort dieser Debatte blieb Bürgervertreter Heinz Emhofer. Von der Politik wünsche er sich, daß diese Enquete-Kommission ernst genommen wird: „Macht keine Nägel mit Köpfen, sondern einen Nagel mit einem Kopf!“

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Parlamentarische Enquete-Kommission zum Thema »Würde am Ende des Lebens«



In der Ausgabe 137 unseres „Österreich Journal“ pdf-Magazins vom 1. Dezember 2014 haben wir über die erste öffentliche Sitzung der parlamentarischen Enquete-Kommission zum Thema „Würde am Ende des Lebens“ berichtet, in der auf die komplexe inhaltliche Dimension dieser Fragestellung eingegangen wurde.

Unter dem Titel „Hospiz- und Palliativversorgung: ExpertInnen für Rechtsanspruch“ finden Sie die Fortsetzung zu diesem überaus interessanten Thema, das wir

aus Platzgründen nicht hier aufnehmen konnten, in unserem online-Angebot unter der Adresse

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles/12014/1214/W3/41712pkHospiz.htm>

Unter dem Titel „Patientenverfügung auf dem Prüfstand der Enquete-Kommission“ finden Sie eine Zusammenfassung der letzten Runde der öffentlichen Anhörung im Parlament in unserem online-Angebot unter der Adresse

<http://www.oe-journal.at/Aktuelles/12015/0115/W3/12601pkAnhoerung.htm>

Pensionsantrittsalter

Hundstorfer: Pensionsantrittsalter 2014 um 13 Monate gestiegen – Pensionsreformen wirken – Sowohl Zahl der Anträge wie auch Zuerkennungen deutlich gesunken – Rückgänge v.a. bei Langzeitversicherten-Regelung und I-Pensionen

Das Pensionsantrittsalter ist 2014 mit 13 Monaten deutlich gestiegen. Wir haben nun ein durchschnittliches Antrittsalter von 59 Jahren und sieben Monaten. Damit sind wir sehr gut unterwegs und werden den im Regierungsprogramm vorgegebenen Pfad ganz sicher erfüllen.“ Mit diesen Worten präsentierte Sozialminister Rudolf Hundstorfer am 19. Jänner die aktuellen Pensionszahlen für das Jahr 2014. Dieser deutliche Anstieg beim Antrittsalter sei eine direkte Folge der Pensionsreformen der vergangenen Jahre, die nun voll zu wirken beginnen. So sind die Anträge zur Langzeitversicherten-Regelung von 2013 auf 2014 um 42,4 Prozent gesunken. Statt 27.583 Personen im Jahr 2013 haben 2014 nur noch 15.868 Menschen um diese Regelung angesucht. „Ähnlich verhält es sich bei der Invaliditätspension, da sind die Anträge um 15,3 Prozent zurückgegangen“, so Hundstorfer.

Die Summe der Pensionsanträge ist von 140.169 (2013) auf 118.503 im vergangenen Jahr um 15,5 Prozent zurückgegangen. Die Zuerkennungen sind von 93.658 auf 81.417 gesunken. „Wir sind damit auf einem guten Weg unser Ziel, daß die Menschen länger im Erwerbsprozess bleiben, zu erreichen“, sagte der Minister. Zur Erinnerung: im Regierungsprogramm ist vereinbart, daß bis 2018 das durchschnittliche Antrittsalter 60,1 Jahre betragen soll. Besonders erfreulich ist, daß die Anträge zur Invaliditätspension (enthält auch Anträge zum Rehabilitationsgeld) von 61.787 auf 52.326 gesunken sind. „Unsere Maßnahmen – die Gesundheitsstraße oder Fit2Work u.a. – haben hier diesen Rückgang bewirkt. Zudem findet ein Mentalitätswandel statt, da klar ist, daß es auch bei schlechter gesundheitlicher Verfassung aufgrund der intensivierten Reha-Maßnahmen ein Weg zurück zum Erwerbsleben gefunden werden kann“, erläuterte Hundstorfer.

Die Zuerkennungen zur Invaliditätspension sind ebenfalls deutlich gesunken – nämlich von 24.116 auf 19.980 – das bedeutet einen Rückgang von immerhin 17,2 Prozent. Bei allen Invaliditätspensionen stieg 2014 das Antrittsalter um 31,2 Monate und beträgt nun 54 Jahre und acht Monate. Aber auch bei den Alterspensionen ist das Antrittsalter um

4,8 Monate gestiegen und liegt nun bei 61 Jahren und zweieinhalb Monaten, so der Minister. Einen signifikanten Anstieg der Zuerkennungen gab es hingegen bei der Schwerarbeitspension, da haben sich die Zuerkennungen mit 97,4 Prozent beinahe verdoppelt. In Absolutzahlen sind 2014 2754 Menschen in die Schwerarbeitspension gegangen anstatt 1.395 im Jahr 2013. „Damit liegen wir deutlich unter den Schätzungen, als die Schwerarbeitspension 2004 beschlossen wur-



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Schwerarbeitspension können künftig nur Menschen bekommen, die in den letzten 20 Jahren zehn Jahre tatsächlich Schwerarbeit verrichtet haben.

de. Damals ging man davon aus, daß rund 5000 Menschen pro Jahr diese Regelung in Anspruch nehmen. Davon sind wir weit entfernt. Die Schwerarbeitspension wird daher keine ‚neue Hacklerregelung‘ werden. In diese Pensionsart können nur Menschen, die in den letzten 20 Jahren zehn Jahre tatsächlich Schwerarbeit verrichtet haben“, unterstrich Hundstorfer.

Die Korridor pension verzeichnet ebenfalls einen leichten Zuwachs in der Höhe von 7,6 Prozent. Diese Pensionsform nützten 2014 6321 Menschen; 2013 waren es 5877. Einen deutlichen Rückgang gab es hingegen bei der Frühpension aufgrund von langer Versicherungsdauer – 2013 waren es noch 5401 Menschen, die diese Möglichkeit in Anspruch nahmen, 2014 waren es um 23,1 Prozent weniger, nämlich 4154.

„Wir sind auf einem guten Weg. Wir werden auch in Zukunft nicht locker lassen, damit die Menschen länger und gesund im Erwerbsprozeß bleiben können“, schloß Hundstorfer.

Neubauer: Hundstorfers Jubel über steigendes Pensionsantrittsalter unangebracht

Als völlig unangebracht bezeichnet der freiheitliche Seniorensprecher Werner Neubauer die Jubelmeldung von Sozialminister Hundstorfer darüber, daß das faktische Pensionsantrittsalter gegenüber dem Vorjahr um 13 Monate gestiegen ist: „So freut sich Hundstorfer, daß seine Maßnahmen wirken, was aber ein reiner ‚No-Na-Effekt‘ ist, denn der Großteil dieser 12.241 ‚Leider-nein-Pensionisten‘ findet sich – no na – unter anderem Titel in anderen Statistiken wieder.“

Daß weniger Anträge aufliegen, wenn die Betroffenen wissen, daß sie unter den neuen Voraussetzungen keine Chance auf eine Zuerkennung haben, sollte nicht weiter verwundern. „Daß einen großen Teil des Minus, die Hacklerpensionen (-8572) ausmachen, ist auch nicht weiter verwunderlich, fielen doch mit 1. Jänner 2014 gleich zwei Jahrgänge aus, die diese Möglichkeit nun nicht mehr in Anspruch nehmen können“, sagte Neubauer.

Mit der Neuregelung der Invaliditätspension 2014 finden sich jene Betroffenen, die befristet arbeitsunfähig sind und ein sogenanntes Reha-Geld erhalten, in der Arbeitslosenstatistik wieder. Selbstverständlich sind alle Initiativen, diese Menschen durch gesundheitsfördernde Maßnahmen wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern, zu begrüßen, doch sollte dies nicht zu einer Schönfärberei der Statistik führen.

Als Hinweis, wo akuter Handlungsbedarf für Pensionsreformen besteht, sei aktuell an 51 Wiener Beamte erinnert, die durchschnittlich mit knapp 56 Jahren kürzlich in die Frühpension geschickt wurden. Hier sollten dringendst die Ursachen aufgeklärt werden. „Um gerechte Pensionen für die Zukunft zu sichern, muß daher unbedingt das gesamte System reformiert werden: ein System nach ASVG, welches ohne Privilegien für alle Gültigkeit hat“, so Neubauer.

Innenpolitik

Blecha: Pensions-Monitorings-Zahlen beweisen richtigen Weg bei Pensionen

„Die heute präsentierten Zahlen des Pensions-Monitorings beweisen, daß die letzten Maßnahmen im Pensionsrecht greifen: das Pensionsantrittsalter steigt, und zwar nennenswert um 13,2 Monate. Innerhalb kürzester Zeit ist das Pensionsantrittsalter um über ein Jahr gestiegen! Die Zahl der Pensionsanträge ist massiv zurück gegangen, ebenfalls ein Zeichen dafür, daß die begleitenden Pensionsmaßnahmen wie fit2work und Gesundheitsstraße greifen“, erklärte Pensionistenverbands-Präsident Karl Blecha in einer Reaktion auf die veröffentlichten Zahlen. „Damit werden alle jene zurückgewiesen, die ständig unser Pensionssystem krankjammern, ständig den Menschen unzumutbare Verschlechterungen und Kürzungen verordnen wollen!“

Blecha bekannte sich zu „sinnvollen Anpassungen“ im Pensionssystem, sinnlose wie z.B. der Pensionsautomatik erteilte er neuerlich eine Absage.

„Schwerpunkt muß jetzt sein, daß der Arbeitsmarkt altersgerechter wird, mit altersgerechten Jobs, der dringend notwendigen Einführung des Bonus-Malus-Systems für Unternehmen und ein Beschäftigungs-Programm ‚50-plus‘, um gerade für diese Zielgruppe gezielt Jobmaßnahmen zu setzen!“ erklärte Blecha abschließend.

Khol: Dringend vereinbarte Pensions-Neuregelungen umsetzen!

Zu der von Sozialminister Hundstorfer bekanntgegebenen erfreulichen Entwicklung der Pensionsantritte 2014 hält Univ.-Prof. Andreas Khol, Bundesobmann des Österreichischen Senioren Bundes und Präsident des Österreichischen Seniorenrates, fest: „Die 2012 beschlossenen Reformen wirken erfreulich gut. Die seit 2014 geltenden versicherungsmathematischen Abschläge zeigen insbesondere bei den Antritten zur so genannten ‚Hackler‘-Regelung ihre Wirkung. Jetzt gilt es, auch beim Bonus für freiwilliges Arbeiten nach 60/65 endlich wie vereinbart die versicherungsmathematische Erhöhung auf de facto 10 Prozent mehr Pension pro länger gearbeitetem Jahr umzusetzen. Mit der vereinbarten Einführung der Teilpension soll endlich gegen das ‚Alles-oder-Nichts‘-Prinzip bei vorzeitigen Pensionsantritten wirken. Bei beiden Punkten darf man die Betroffenen älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht länger warten lassen!“

Khol weiter: „Zudem ist das Frühpensionsmonitoring zu verbessern und aktuali-

siert vorzulegen: besonders die starken regionalen Unterschiede bei I-Pensionen und die stark steigenden Zahlen psychischer Gründe für I-Pensionen sind zu klären und gefundene Schlupflöcher zu schließen. Zudem darf die so genannte Schwerarbeitspension kein neues Schlupfloch in die Frühpension werden. Auch bei der Stadt Wien ist endlich der Reformstift anzusetzen: deren weitere Verweigerung der Anpassung ihrer Landesbeamten an die Regelungen der Bundesbeamten ist keinen Tag länger zu akzeptieren!“

Achitz: Pensionsantrittsalter weiter gestiegen

Das faktische Pensionsantrittsalter ist von 2013 auf 2014 um 13,2 Monate gestiegen. „Das zeigt, daß wir auf dem richtigen Weg zur Sicherung des solidarischen Pensionssystems sind“, sagt Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB: „Alle Alarmrufe, wonach die Pensionen bald nicht mehr finanzierbar wären, entbehren jeder seriösen Grundlage. Sie haben offensichtlich einen einzigen Zweck: Die ArbeitnehmerInnen sollen in die Arme der privaten Versicherungswirtschaft mit ihren unsicheren Vorsorgeprodukten getrieben werden.“

Es herrscht Konsens darüber, daß die Menschen länger arbeiten und später in Pension gehen sollen. Offensichtlich sind die bisher vom Sozialministerium getroffenen Einzelmaßnahmen, um dorthin zu gelangen, erfolgreich: In den vergangenen Jahren sind bereits weitreichende Maßnahmen in Kraft getreten, die dafür gesorgt haben, daß das tatsächliche Antrittsalter gestiegen ist. Achitz: „Allerdings darf man keinesfalls nur beim Pensionssystem ansetzen, wenn man das faktische Pensionsalter weiter in die Höhe bringen will. Wesentlicher ist: Wir müssen dafür sorgen, daß die Menschen länger gesund und arbeitsfähig bleiben. Und damit sie auch länger einen Arbeitsplatz haben, muß das im Regierungsprogramm vorgesehene Bonus-Malus-Programm endlich Wirklichkeit werden.“

Kundtner: Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionssystems greifen

„Die Maßnahmen zur Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters greifen“, kommentiert Alice Kundtner, stellvertretende Direktorin der AK Wien, die Jahresstatistik des Hauptverbandes für das abgelaufene Jahr. Die Zahl der Pensionsanträge ist massiv zurückgegangen und auch die Verschärfungen bei Sperrfrist und Pensionsvorschuß,

aber auch die Schaffung der Gesundheitsstraße bei der Pensionsversicherungsanstalt zeigen die gewünschte Wirkung. Das faktische Pensionsantrittsalter ist 2014 gegenüber 2013 um 13,2 Monate gestiegen. „Wir sind auch ohne Pensionsautomatik auf dem richtigen Weg“, sagt Kundtner. Die Menschen können nicht mehr in Pension gehen, aber auf der anderen Seite steigt die Arbeitslosigkeit bei den Älteren. Kundtner: „Wir brauchen daher dringend Maßnahmen zur Förderung und Stabilisierung der Beschäftigung. Ganz wichtig sind altersgerechte Arbeitsplätze, damit die Menschen auch länger arbeiten können. Dafür ist ein wirksames Bonus-Malus-System unabdingbar, denn zu viele Betriebe – auch größere – beschäftigen kaum oder zu wenig ältere Menschen.“

Gleitsmann: Situation ist und bleibt armarmierend

Die von Bundesminister Rudolf Hundstorfer veröffentlichten Zahlen zum Pensionsantrittsalter stellen nur auf den ersten Blick eine positive Entwicklung dar. Schaut man genauer hin, ist die vermeintliche Erhöhung des faktischen Antrittsalters mit einem statistischen Trick erklärbar. „Rein formell sind Bezieher von Rehabilitations- und Umschulungsgeld nach der Reform der Invaliditätspension keine Pensionisten mehr. Dennoch gehören sie bei einer korrekten Betrachtung miteinbezogen, denn sie belasten auch das Pensionsbudget. Bezieht man diese große Gruppe in die Berechnung des Antrittsalters also mit ein, stagniert das tatsächliche Antrittsalter auf dem seit Jahren niedrigen Niveau“, so Martin Gleitsmann, Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Gesundheit der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ).

Das aktuelle Gutachten der Pensionskommission spiegle die alarmierende langfristige Entwicklung wider. Die Bundesmittel in der gesetzlichen Pensionsversicherung werden sich von 9,2 Mrd. Euro (2,9 % des BIP) im Jahr 2014 auf 35 Mrd. Euro (5,7 % des BIP) im Jahr 2060 fast verdoppeln. Noch dramatischer ist die kurzfristige Entwicklung: Die Bundesmittel steigen von 9,7 Mrd. Euro (3,15 % des BIP) 2013 auf 13,5 Mrd. Euro (3,72 % des BIP) im Jahr 2019.

Trotz der seit 2014 gesetzten Maßnahmen steigen die budgetären Belastungen im Pensionsbereich laut Strategiebericht der Bundesregierung bis 2018 um fast 4,2 Milliarden Euro weiter dramatisch an. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum sollen die Bildungsausgaben um 125 Millionen Euro sinken. ■

Weniger oft den kleinsten gemeinsamen Nenner verkündigen

Bundeskanzler Werner Faymann in einer großen Interviewrunde mit den Chefredakteuren mehrerer österreichischer Tageszeitungen.

Tageszeitungen: Österreich steht bei der Steuerreform vor der Entscheidung, in vielen Bereichen wird ein Reformstau beklagt. Was tun Sie?

Bundeskanzler Werner Faymann: Ich sehe eine historische Chance, unsere Schwächen auszubessern. Das sind neben der Frage der Gerechtigkeit vor allem Schule und Bildung. Arbeit ist zu hoch besteuert. Ich nehme Analysen von internationalen Instituten und Wirtschaftsexperten sehr ernst. Wenn aber im Bildungssystem gravierende Schwächen beim Lesen, Schreiben und Rechnen bemängelt werden, dann liegt auf dem Tisch, was zu tun ist. Leicht gesagt und schwer getan.

Tageszeitungen: Wo ist die größte Schwierigkeit bei der Steuerreform?

Faymann: Wir wollen fünf bis sechs Milliarden Euro investieren. Entscheidend ist aber: Wo soll das Geld dafür herkommen? In unserem Konzept stehen zwei Mrd. Euro aus dem vermögensbezogenen Bereich, da muß auch woanders Geld gesucht werden. Von den Steuereinnahmen gehen 40 Prozent automatisch an Länder und Gemeinden. Das heißt, wir brauchen eine Effizienzverbesserung im Rahmen von Steuerreform und Finanzausgleich. Es stellt sich die Frage: Wo sparen Länder und Gemeinden? Die öffentliche Verwaltung muß insgesamt billiger werden.

Tageszeitungen: Zuletzt hieß es, daß Stiftungen höher besteuert werden und Erbschafts- und Schenkungssteuer kommen könnten. Dafür verzichtet die SPÖ auf klassische Vermögensteuern.

Faymann: Am Schluß brauchen wir einen Kompromiss, die Menschen haben uns für Ergebnisse gewählt. Aber der Kompromiß muß Sinn ergeben. Es ist noch unklar, wo das Geld herkommt, die Kleinigkeit von fünf bis sechs Milliarden Euro muß auf den Tisch. Ich frage aber auch: Was ist mit der Transparenzdatenbank? Was wir in der Regierung auch brauchen, ist Mut zur Wahrheit. Man muß mehr durchsetzen und weni-



Foto: BKA / Andy Wenzel

Am 24. Jänner 2015 besuchte Bundeskanzler Werner Faymann die Weltcup-Abfahrt der Herren in Kitzbühel. Bei dieser Gelegenheit gab er dieses Interview.

ger kleinste gemeinsame Nenner verkündigen.

Tageszeitungen: Klingt nach härterem Kurs.

Faymann: Das Problem in einer Koalition ist: Ein Nein ist stark, ein Ja hingegen meist schwer zu erreichen. Ein anderes Wahlrecht wäre eine Alternative. Wenn ein Läufer auf der Streif auch nur eine Hundertstelsekunde vorn ist, dann hat er gewonnen. Im Sport ist das eindeutig, und ich könnte einer Veränderung auch in der Politik persönlich etwas abgewinnen. Die Opposition will bisher aber nicht. Wenn eine Wahlrechtsreform in Richtung Mehrheitswahlrecht weiter undurchsetzbar bleibt, wovon ich ausgehe, so muß eben Druck erzeugt werden, indem Konflikte ausgetragen werden. Das ist ja auch im Privaten oft besser. Es bringt nichts, die Existenz der Unterschiede zu leugnen, und es ist keine Schande, wenn es wie beim Handelsabkommen TTIP Unterschiede gibt. Konflikte sollen offen ausgetragen werden, Wadlbeißereien braucht kein Mensch.

Tageszeitungen: Wie sehen Sie den Zustand der Koalition mit der personell neu aufgestellten ÖVP?

Faymann: Manches ist leichter geworden, etwa bei den Diskussionen in der Bildung. Da merke ich den Unterschied, die Schnittmenge ist größer geworden, nicht aber bei anderen Fragen wie jüngst etwa bei Versetzungen beim Bundesheer. Wir müssen jetzt vieles weiterbringen, sonst wäre es absurd, bei der nächsten Wahl wieder die Große Koalition für die Erledigung großer Themen anzupreisen.

Tageszeitungen: Neben den Steuern ist die Bildung eine zentrale Frage, bei der sich herausstellen wird, ob Worten auch Taten folgen.

Faymann: Die Verkrampfung der Positionen ist gelöst, etwa in der Frage Gymnasium und Neue Mittelschule sowie bei der Ganztagschule. Ich bin auch nicht dafür, daß Kinder da hingehen müssen, ich will den Eltern aber sagen können, wo die nächste Schule ist. Verallgemeinerung ist zuweilen ein Problem. Ich brauche nicht überall mehr Lehrer oder Sprachtrainer, deshalb muß ich das ja nicht überall tun, sondern nur, wo es notwendig ist. In der Neuen Mittelschule brauche ich vielleicht nicht überall zwei Lehrer, sondern oft nur einen und bei Bedarf

auch drei. Und Schulautonomie kann ja nicht heißen, daß sich der Direktor nur die besten Schülerinnen und Schüler aussucht, sondern er müßte sich die Lehrer aussuchen können. Dafür bräuchte es einen Pool und eine bessere Versetzbarkeit. Lehrer sind laut Rechnungshof 100 Stunden zu wenig in der Klasse. Das kann ich lösen, wenn ich das nicht will, kann ich auch noch 50 Stunden weglassen. Es kostet halt viel. Die Zeit ist gut für Reformen, weil es aus der Bevölkerung einen gewissen Rückenwind gibt.

Tageszeitungen: Sie haben jüngst beim SPÖ-Parteitag nur knapp 84 Prozent der Stimmen erhalten, worauf eine Diskussion über einen Nachfolger ÖBB-Chef Christian Kern einsetzte. Waren in der Zwischenzeit Parteigranden bei Ihnen, die Ihnen zusagten, daß es einen Führungswechsel nicht geben wird?

Faymann: Reiche werden immer reicher und Arme ärmer, die Mittelschicht zerreißt es, für uns in der SPÖ ist das ein Albtraum. Den Parteitag habe ich nicht negativ empfunden. Es gab kein Ergebnis wie einst bei Bruno Kreisky oder Franz Vranitzky, aber es ist ein gutes Zeichen, wenn weit über drei Viertel auch in schwierigen Zeiten sagen, man solle weiter Verantwortung tragen statt von der reinen Lehre in der Opposition zu träumen. Die SPÖ kenne ich genau, auch alle möglichen internen Diskussionen. Von Christian Kern habe ich in der Partei nichts gehört, obwohl ich sehr gute Ohren habe. Das sehe ich als reine Mediendiskussion.

Tageszeitungen: Die SPÖ-Landeshauptleute Voves und Niessl (Franz Voves, Steiermark, Hans Niessl, Burgenland Anm.) haben gefordert, daß die Nichtbereitschaft zur Integration strafbar sein soll. Auch Ihre Ansicht?

Faymann: Daß es heißt, man solle sich in Österreich an Gesetze halten, finde ich noch nicht spektakulär. Die Frage ist, muß ich Gesetze weiter ändern? Wir haben ja auch eine ganze Liste an Anti-Terror Regelungen beschlossen. Die Frage ist nicht so kontroversiell, wie es scheint. Auf den Terror muß ich reagieren, indem ich der Polizei bessere Ausrüstung gebe, ich brauche aber gleichzeitig soziale Maßnahmen bei Jugendlichen. Es geht nur mit einer Kombination aus Strafe und Hilfe. ■

Dieses Interview mit dem Bundeskanzler wurde in Kitzbühel von den Chefredakteuren der Bundesländer-Zeitungen und „Die Presse“ geführt.

Erfolgreiche Sachpolitik

Jahreswechsel brachte Verbesserungen für BürgerInnen im Zivil- und Strafrechtsbereich

Mit 1. Jänner traten sieben Reformvorhaben von Justizminister Wolfgang Brandstetter im Straf- und Zivilrecht in Kraft. Unter anderem bringt etwa die Umsetzung des StPO-Pakets zukünftig schnellere Strafverfahren; die Wohnrechtsnovelle schafft noch mehr Rechtssicherheit für Wohnungseigentümer. „Neuerungen wie diese zeigen, daß sich konstruktive Sachpolitik lohnt. Es freut mich, daß die Bürgerinnen und Bürger direkt von diesen Verbesserungen im Straf- und Zivilbereich profitieren“, so der Justizminister.

Strafrecht: Schnellere Verfahren und weitere Stärkung des Opferschutzes

Im Strafrechtsbereich bringen vor allem die Reform der Strafprozeßordnung und die Stärkung des Opferschutzes wichtige Verbesserungen. So schafft das StPO-Paket schnellere Strafverfahren und einen noch besseren Rechtsschutz. Unter anderem sind mit 1. Jänner folgende Neuerungen wirksam: ein dreijähriges Zeitlimit für staatsanwaltliche Ermittlungen (mit gerichtlicher Verlängerungsmöglichkeit; die Möglichkeit eines kurzen Mandatsverfahrens bei kleineren Delikten, der Einsatz eines zweiten Berufsrichters bei komplexen Schöffverfahren, sowie eine klare Abgrenzung zwischen dem Verdächtigen- und Beschuldigtenbegriff.

Mit der Novelle des EU-JZG wird mit 1. Jänner 2015 die justizielle Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten in Strafsachen erweitert – damit wird insbesondere der Opferschutz noch weiter gestärkt. Darüber hinaus werden mit der Novelle im Bereich des Völkerstrafrechts weitere Straftatbestände gegen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Verschwindenlassen von Personen im österreichischen Strafrecht eingeführt.

Zivilrecht: Mehr Rechtssicherheit für Wohnungseigentümer

Im Zivilrechtsbereich beseitigt die Wohnrechtsnovelle einen Graubereich und schafft so mehr Rechtssicherheit für Wohnungseigentümer. Die wirksame Eigentumsbegründung an Zusatzräumen wird mit 1. Jänner 2015 (auch rückwirkend) ohne eine zusätzliche Eintragung ins Grundbuch möglich.

Durch Inkrafttreten der Reform des Rechts der Gesellschaft bürgerlichen Rechts gibt es auch für Unternehmer Verbesserungen. Zusätzliche Neuerungen gibt es im Bereich der Gerichtsorganisation und der Streitwertgrenzen im Zivilverfahren. Weitere Reformen, die 2015 umgesetzt werden, sind unter anderem die Modernisierung des Fortpflanzungsmedizingesetzes, eine Entlastung für Familien durch die Senkung der Gerichtsgebühren in familienrechtlichen Verfahren, weitere Entlastungen für Unternehmen durch die Umsetzung des Rechnungslegungsänderungsgesetzes, sowie die Reorganisation des Straf- und Maßnahmenvollzugs.

Weiterer Ausbau der Servicecenter

Am 29. Jänner wurde mit dem Servicecenter des Landesgerichts St. Pölten das 26. Servicecenter eröffnet. Damit verfügen schon 44 Gerichte und Staatsanwaltschaften über diese bürgerfreundliche Einrichtung. „Bürgerfreundlichkeit hat für die Justiz Priorität. Die Servicecenter bieten eine wichtige Anlaufstelle für die rechtsuchende Bevölkerung, deshalb ist mir der Ausbau dieser Einrichtungen ein wichtiges Anliegen“, so Brandstetter.

Leistungen der Servicecenter

Die Servicecenter stehen als zentrale Anlaufstelle für die Anliegen der rechtssuchenden Bevölkerung zur Verfügung. Sie bieten Hilfe bei der Orientierung im Justizbetrieb und sind so konzipiert, daß die am häufigsten nachgefragten Leistungen zentral und sofort erledigt werden können. So können beim Servicecenter z.B. einfache Anträge zu Protokoll gegeben werden, es werden Auskünfte zum Verfahrenstand und Ablauf eines Verfahrens erteilt, Grund- und Firmenbuchauszüge erstellt, Beglaubigungen vorgenommen, Formulare ausgegeben und fachliche Hilfestellung beim Ausfüllen angeboten.

Der bürgerorientierte „Front-office“-Bereich wurde damit aus den übrigen Organisationseinheiten herausgelöst. Dadurch können einfache Auskünfte, Ansuchen und Eingaben der BürgerInnen im Servicecenter durch dafür speziell geschulte MitarbeiterInnen rasch erledigt werden, während gleichzeitig der „Back-office“-Bereich von Anfragen entlastet wird. ■

<http://www.bmj.gv.at>

Niederösterreich führt Vorsitz in LH-Konferenz und Bundesrat

LH Kaiser: Asyl und Bildung waren große Schwerpunkte – Kärnten präsentierte sich als offenes, zukunftsorientiertes Land – LH Pröll: Steuerreform, Asyl und Bildung als zentrale Themen



Foto: NLK / Ernst Reinberger

Übergabe im Palais Niederösterreich (v.l.): Landeshauptmann Peter Kaiser, die ehemalige Präsidentin des Bundesrates Ana Blatnik (beide Kärnten), die neue Präsidentin des Bundesrates Sonja Zwagl und der neue Vorsitzende der Landeshauptleute-Konferenz Landeshauptmann Erwin Pröll (beide Niederösterreich)

Mit dem 1. Jänner dieses Jahres übernahm das Bundesland Niederösterreich den Vorsitz in der Landeshauptleute-Konferenz und im Bundesrat. Aus diesem Anlaß fand am 9. Jänner im Palais Niederösterreich in der Wiener Herrengasse ein großer Festakt statt. Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll übernahm dabei offiziell den Vorsitz der Landeshauptleute-Konferenz vom Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser, die niederösterreichische Bundesrätin KommR Sonja Zwagl übernahm die Bundesratspräsidentschaft von ihrer Kärntner Kollegin Ana Blatnik.

Die Wahl des Palais Niederösterreich als Veranstaltungsort sei „kein Zufall“ gewesen, betonte Landeshauptmann Pröll in seiner Festrede: „Dieses Haus stellt ein Stück niederösterreichische Geschichte und ein Stück

österreichische Geschichte dar.“ Hier an diesem Ort sei auch spürbar, „daß wir eine gemeinsame Aufgabe, Verantwortung und Verpflichtung für unsere Republik haben“, so Pröll. Als Vorsitzland wolle man sich „voll und ganz zum Geist des Miteinanders bekennen“, denn „das Miteinander der Körperschaften ist eine demokratische Tradition in unserem Land und ein Auftrag am Weg in die Zukunft.“

Als ein zentrales Anliegen nannte Pröll zunächst die Finanz- und Steuerpolitik, wo man sich im Spannungsfeld zwischen einer hohen Steuerbelastung auf der einen Seite und einem hohen Schuldenstand auf der anderen Seite bewege. Aufgabe sei es aber auch, „nicht durch leichtfertige Diskussionen den Standort Österreich zu irritieren“. Im Zusammenhang mit der Weiterentwick-

lung des Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei er überzeugt, „daß der gute Geist des Miteinanders die Oberhand behalten kann“.

Eine der aktuellsten Fragen in der Republik sei das Asylwesen, sprach der niederösterreichische Landeshauptmann ein weiteres Thema an. Eine menschenwürdige Unterkunft sei „eine wesentliche humanitäre Aufgabe“. Auf Dauer dürfe es aber nicht sein, daß Österreich und einige wenige europäische Staaten die Hauptlast tragen: „Es muß eine europäische Lösung geben.“

Im Zusammenhang mit der Bildungsreform seien die Frauenkirchner Beschlüsse eine gute Grundlage für Gespräche mit dem Bund, ging Pröll auf ein weiteres Thema ein: „Der Bund soll die Bildungsinhalte und Bildungsziele vorgeben, die Länder sollen

Innenpolitik

sich mehr in die Bildungsverwaltung einbringen. Das bringt mehr Bürgernähe und mehr Effizienz.“

Abschließend warnte Pröll davor, „den Föderalismus zu diffamieren oder zu attackieren“, denn dieser sei „wichtig und notwendig“ sowie „eine wesentliche Grundlage für das Werden und Wachsen der Republik“. Eine verantwortungsvolle Politik für den Bürger sei „nicht ausschließlich mit dem ökonomischen Summenstrich“ zu machen, sondern bedeute „gute Versorgung der Menschen mit den Dienstleistungen des Alltags“. Föderalismus sei „der Mittelweg zwischen finanziellen Zwängen und bürgerlichen Bedürfnissen“, betonte er.

Der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser überreichte einen Taktstock an seinen Nachfolger als Vorsitzenden der Landeshauptleute-Konferenz: Mit Erwin Pröll übernehme „ein Erfahrener, der diese Funktion mit Routine ausfüllt und der es versteht, die Anliegen der Länder zu vertreten“.

Und Kaiser unterstrich nochmals das zukunftsweisende Motto der bisherigen Landeshauptleutenkonferenz, das „Starke Länder für ein soziales Österreich in einem gemeinsamen Europa“ lautete. In seinem Fazit wies er auf die Schwerpunkte Asylpolitik und Bildungspolitik hin. Es habe drei Tagungen der Flüchtlingsreferenten gegeben und es sei gelungen, die Flüchtlingsproblematik politisch außer Streit zu stellen. Kärnten selbst bemühe sich intensiv, die vereinbarte Quote zu erfüllen. Dies sei angesichts der steigenden Flüchtlingszahlen auch immer schwieriger. Immer sei aber darauf zu achten, daß es sich um Menschen handle, die auf der Flucht und in Not seien, und daß es eine Frage der Humanität sei, ihnen zu helfen.

Die Bildungspolitik skizzierte Kaiser als große Chance für Österreich. Es müssten die Weichenstellungen erfolgen, um geistige, soziale, manuelle Intelligenz in den Mittelpunkt zu stellen. Er wünsche sich mehr Konzentration auf die Elementarpädagogik und ihre enorme Bedeutung. Klar sei auch, daß jeder investierte Euro in die Bildung einen achtfachen Nutzen erzeuge. Zur Bildung erwarte er sich auch von der Reformkommission, der er auch selbst angehöre, wesentliche Fortschritte. Es müssten Ziele außer Streit gestellt werden, insgesamt müsse ein Ruck durch die Bildungspolitik gehen.

Zudem sprach Kaiser auch noch das wichtige Thema Steuerreform an. Hier seien sich alle Landeshauptleute einig, daß es zu einer steuerlichen Entlastung und Kaufkraftstärkung kommen müsse. Er sei optimi-

stisch, daß derzeit noch Trennendes überwunden werden könne.

In Kärnten habe es während seines Vorsitzes im letzten Halbjahr viele Tagungen gegeben, das Land habe sich geöffnet und sich als Land mit offenen Menschen präsentiert. Es sei auch ein Land, das aus der Vergangenheit gelernt habe und zukunftsorientiert sei, so Kaiser.

Die neue Präsidentin des Bundesrates, Sonja Zwazl, sagte, der Bundesrat sei eine Klammer zwischen Landtag und Nationalrat. Sie wolle in ihrer Tätigkeit einen Schwerpunkt auf die duale Ausbildung legen, meinte Zwazl, die auch Präsidentin der niederösterreichischen Wirtschaftskammer ist. Wichtig sei ihr auch die Funktion des Bundesrates als „Stimme der Regionen“.

OÖ startet BürgerInnenbegutachtung

Nachdem im Verfassungs-Ausschuß des NÖ. Landtages ein Bürgerrechtspaket mit Zugangserleichterungen zu den Instrumenten der direkten Demokratie beschlossen wurde, werden nun alle BürgerInnen eingeladen, ihre Meinung zur vorliegenden Novellierung der Bürgerrechte auf Landes- und Kommunalebene einzubringen. Darauf haben sich die Klubobleute aller vier Landtagsparteien (ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne) am 15. Jänner verständigt.

„Das Mitmachen und Mitentscheiden der Bürgerinnen und Bürger bei politischen Entscheidungen in den Städten, Gemeinden und im Land wird zukünftig leichter zugänglich sein. Zusätzlich wollen wir beginnend bei diesem Gesetzespaket das Instrument der Bürgerbegutachtung verstärkt anbieten“, sagt OÖVP-Klubobmann Thomas Stelzer.

„Natürlich braucht ein Bürgerrechtsgesetz eine Bürgerbegutachtung. Das darf jedoch keine Alibi-Aktion werden, sondern die Stellungnahmen der Bürger/innen müssen dann auch ins Gesetz bestmöglich eingearbeitet werden“, stellt SPÖ-Klubvorsitzender Christian Makor klar. Eine ernsthafte Bürgerbegutachtung erfordere also die Bereitschaft aller Landtagsfraktionen den bisherigen Gesetzesentwurf im Sinne der Stellungnahmen aus der Bevölkerung abzuändern.

„Man muß das Ohr immer bei den Bürgerinnen und Bürgern haben. Die FPÖ ist daher gerne bereit, diesen Vorschlag aufzugreifen und das Bürgerrechtspaket den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern zur Begutachtung vorzulegen. Die Zeit bis zum

Die scheidende Bundesratspräsidentin Ana Blatnik betonte, sie habe wertvolle Erfahrungen gesammelt. Für sie sei stets im Vordergrund gestanden, „Brücken zu bauen“, sagte sie: „Brücken zwischen den Parteien, aber auch Brücken zwischen der älteren Generation und der Jugend.“ Eine internationale Konferenz unter ihrer Führung widmete sich dem Thema „Balkan als Chance“.

Als Ehrengäste wohnten u. a. auch Vizekanzler Reinhold Mitterlehner, Bundesminister Wolfgang Brandstetter, Wiener Bürgermeister Michael Häupl sowie zahlreiche Vertreter des diplomatischen Corps und der gesetzgebenden Körperschaften der Festveranstaltung im Palais Niederösterreich bei. ■

<http://www.ktn.gv.at>

<http://www.noel.gv.at>

geplanten Inkrafttreten des Gesetzes reicht jedenfalls aus, um allfällige Änderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge der Bürgerinnen und Bürger beraten und in die Novelle entsprechend einfließen lassen zu können“, betont FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner.

„Wir haben gerade mit den anderen Parteien nach intensiven Verhandlungen ein gutes BürgerInnenrechtspaket geschnürt, das Hürden jeder Art und auf allen Ebenen senkt. Bei einer Novelle des Oö. BürgerInnenrechtsgesetzes ist es sicher konsequent, eine BürgerInnen-Begutachtungsverfahren durchzuführen“, so Klubobmann der Grünen, Gottfried Hirz.

Am Tag der nächsten Landtagssitzung, dem 29. Jänner 2015, soll im Ausschuß ein Beschluß gefaßt werden, daß alle OberösterreicherInnen eingeladen werden, ihre Anmerkungen zum Entwurf des neuen BürgerInnenrechtsgesetzes zu übermitteln. Nach einer Frist von sechs Wochen wollen die Landtagsfraktionen die erhaltenen Rückmeldungen aus der Bevölkerung diskutieren und beraten. In dieser Legislaturperiode wurde die BürgerInnenbegutachtung bisher bei der Oö. Bauordnungs-Novelle 2012, der Oö. Bautechnikgesetz-Novelle 2012 und der Oö. Jugendschutzgesetz-Novelle 2012 angewandt.

Das gesamte Demokratiepaket inkl. Stärkung der Bürgerrechte solle dann nach der Begutachtungsfrist rasch und endgültig beschlossen werden, um zum Start der neuen Landtagsperiode im Herbst 2015 in Kraft treten zu können, versichern die vier Klubleute. ■

Grundsatzerklärung 2015

Landeshauptmann Hans Niessl erklärte 2015 zum »Jahr der Beschäftigung«



Foto: Bgld. Landesmedienervice

v.l.: Der Präsident des Wirtschaftsverbandes KommR Oswald Hackl mit LR Helmut Bieler, Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser, Landeshauptmann Hans Niessl, LRin Verena Dunst, LR Peter Rezar und AK-Präsident Alfred Schreiner

Unter dem Motto „Vollbeschäftigung im Burgenland bis 2020“ ließ Landeshauptmann Hans Niessl im Rahmen seiner Grundsatzrede im Kultur- und Kongreßzentrum in Eisenstadt das Jahr 2014 vor zahlreichen Fest- und Ehrengästen, mit Drin Sabine Oberhauser, Bundesministerin für Gesundheit, an der Spitze, Revue passieren und gab gleichzeitig einen Ausblick auf die Aktivitäten im Jahr 2015, das er zum „Jahr der Beschäftigung“ erklärte.

„Als Landeshauptmann des Burgenlandes setze ich jedes Jahr besondere Schwerpunkte, um der aktuellen gesellschaftlichen Situation Rechnung zu tragen. Nach dem „Jahr der Sicherheit“ (2012), dem „Jahr der Energiewende“ (2013) und dem „Jahr der Jugend“ (2014) stehe nunmehr das Jahr 2015 ganz im Zeichen des Themas Beschäftigung. Für Niessl heißt das: „Volle Anstrengung, um mehr Menschen im Burgenland in Beschäftigung zu bringen! Mein Ziel ist klar: Jedes Jahr 1000 Menschen mehr in Beschäftigung und bis 2020 Vollbeschäftigung im Burgenland!“

Das Burgenland habe 2014 – trotz einer nach wie vor europaweit krisenhaften Situation – den erfolgreichen Weg prolongieren können. Niessl dazu: „Das Burgenland, einst Schlußlicht, heute in vielen Bereichen Modellregion, ist Österreich-Meister bei Bil-

dung und Ausbildung, Europa-Meister bei der Nutzung erneuerbarer Energien, hat die stärksten Zuwächse bei den Exporten, bei Kaufkraft und Einkommen und ist Österreich-Meister bei Wachstum und Beschäftigung.

Das Burgenland erzielte zwei Mal in Folge das höchste Wirtschaftswachstum aller Bundesländer. Auch beim Zuwachs der Beschäftigten ist das Burgenland in Österreich top. Das ist das pannonische Wirtschaftswunder. 100.000 Beschäftigte – das sind doppelt so viele wie im Jahr 1973 und um fast 20.000 mehr als vor 15 Jahren. Die Burgenländerinnen und Burgenländer haben viel erreicht. Dieser Aufstieg soll auch 2015 und in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Mit bester Bildung und Ausbildung für die Jugend, Fairness am Arbeitsmarkt und mehr Beschäftigung für Burgenländerinnen und Burgenländer!“

Ziele und Schwerpunkte würden nicht gesetzt, weil es gut klinge, sondern um die vorherrschenden Probleme für die Menschen gezielt anzugehen. „Wir lassen uns gerne an Daten und Fakten messen. Ich bin mir sicher, daß wir auch die derzeitigen Probleme im Bereich der Beschäftigung für die Menschen im Land gut lösen werden. Das heißt: Volle Anstrengung, um wieder mehr Menschen im Burgenland in Beschäftigung zu bringen!

Mein Ziel ist klar: Jedes Jahr 1000 Menschen mehr in Beschäftigung und bis 2020 Vollbeschäftigung im Burgenland! Daher erkläre ich das Jahr 2015 zum ‚Jahr der Beschäftigung‘!“, so der Landeshauptmann.

Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket will Niessl die Trendumkehr am Arbeitsmarkt und gleichzeitig Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen im Burgenland einen sicheren Arbeitsplatz haben. „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist im Jahr 2015 schwieriger denn je. Das ist uns auch bewußt. Daher müssen wir diesen Kampf mit beispielloser Konsequenz führen! Die Basis für die Bewältigung dieser Herausforderungen bildet der Burgenland-Bonus, das sind unsere Burgenländerinnen und Burgenländer. Zusammen mit den 750 Millionen Euro an Förderungen, die dem Burgenland bis zum Jahr 2020 zur Verfügung stehen, ist das die beste Kombination, die kein anderes Bundesland hat“, so Niessl, der sich auch nachdrücklich für einen Schuttschirm für ältere ArbeitnehmerInnen aussprach. Immer stärkere Bedeutung komme der Ausbildung der Jugendlichen durch die öffentliche Hand zu; das Land investiere dafür jährlich hohe Summen – mit Erfolg: Die Jugendarbeitslosigkeit im Jahresschnitt 2014 sei um vier Prozent, in den letzten vier Monaten sogar monatlich um sieben Prozent gesunken.

»Burgenland Journal«

„Das zeigt, wenn man Geld investiert, erzielt man auch Erfolge“.

Der Landeshauptmann nahm auch Bezug auf die Anschläge in Frankreich und die europaweite Terrorbedrohung und betonte erneut seine Forderung im Bereich der Sicherheit: „Gerade jetzt müssen wir noch stärker auf die Sicherheit achten.“

Niessl sprach sich auch entschieden für eine Reform des Bildungssystems aus. Er kündigte für das Frühjahr die größte Elternbefragung an, die jemals im Burgenland stattgefunden habe: 30.000 Eltern sollen befragt werden, die Ergebnisse sollen die Grundlage für die burgenländische Bildungspolitik bilden. Eine Bestandsgarantie gab Niessl für die fünf Krankenhäuser im Burgenland ab; das Burgenland als Land der kleinen Einheiten brauche wohnortnahe medizinische Versorgung. Im Sinne der Erhaltung der kleinen Einheiten gelte dies ebenso für den Bildungs- und Verwaltungsbereich.

Er sei stolz, wie sich das Burgenland entwickelt habe und sei zuversichtlich, daß durch den Fleiß und das Engagement der



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Niessl mit Gesundheitsministerin Sabine Oberhauser

BurgenländerInnen dieser Weg fortgesetzt werde. „Entscheidend ist, daß sich unser Heimatland Burgenland weiterhin erfolgreich entwickeln kann. Entscheidend ist, daß

das Burgenland Heimat bleibt, daß die Menschen, daß die Jugend in unserem Land eine gute Zukunft haben“, so der Landeshauptmann abschließend. ■

Telekommunikationsunternehmen investieren bis zu 31 Mio. €

Auf Initiative der „Internetoffensive Österreich“ unterzeichneten Landeshauptmann Hans Niessl und Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl mit den Vertretern der drei führenden Telekommunikationsanbietern Österreichs, A1, T-Mobile und Drei, am 22. Dezember den Burgenland-Breitband-Pakt. Durch diesen hat das Burgenland bis 2019 eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 100 MBit/s im gesamten Landesgebiet sichergestellt. Von den Betreibern werden bis zu 31 Millionen Euro in den Breitbandausbau investiert. „Eine funktionierende Breitbandinfrastruktur bildet das Fundament einer modernen Wissensgesellschaft und ist unverzichtbar für die Nutzung von wirtschaftlichen Chancen und Perspektiven im digitalen Zeitalter. Eine soziale Herausforderung der Gesellschaft ist es, die Chancengleichheit hinsichtlich der Verfügbarkeit von Breitbandinternet für alle Bürgerinnen und Bürger in einer digitalen Welt zu sichern. Eine zukunftsorientierte Breitbandinfrastruktur ist hierfür die Voraussetzung, denn Breitbandinternet steht für mehr Chancengerechtigkeit! Zudem ist eine rasche operative Umsetzung Zielvorgabe, denn Stillstand bedeutet Rückschritt“, betonte Landeshauptmann Hans Niessl.

Die „Internetoffensive Österreich“ (IOÖ) versteht sich als Interessenvertretung aller



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Hannes Ametsreiter, CEO A1 Telekom Austria und IOÖ-Vizepräsident, Landeshauptmann Hans Niessl, Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Steindl, Andreas Bierwirth, CEO T-Mobile Austria und IOÖ-Vizepräsident, und DI Jan Trionow, CEO Hutchison Drei Austria und IOÖ-Vorstand, unterzeichneten den Breitband-Pakt.

Stakeholder im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT). Durch ihren Status als beratendes Organ im Kompetenzzentrum Internetgesellschaft (KIG) der österreichischen Bundesregierung kann sie direkt und unmittelbar IKT-Projekten zur Umsetzung verhelfen.

„Wir blicken jetzt bereits, sowohl im Fest- als auch im Mobilfunknetz, auf um-

fangreiche Ausbauprogramme zurück. Für die kommenden Jahre planen wir eine massive Steigerung der Bauvorhaben sowie die deutliche Erhöhung der derzeit angebotenen Bandbreiten. Wir begrüßen daher die gemeinsame Initiative im Burgenland, die einen beschleunigten Ausbau unterstützt“, so Hannes Ametsreiter, CEO A1 und Vizepräsident des IOÖ. ■

Interesse an politischen und gesellschaftlichen Prozessen steigern

Landtagspräsident Gerhard Steier zieht Bilanz über die Arbeit des Landtages 2014 und nennt wichtige Vorhaben für 2015.



Foto: Bgld. Landesmedien service

Zogen Bilanz und skizzierten die Schwerpunkte für 2015: LT-Präsident Gerhard Steier mit Landtagsdirektor WHR Engelbert Rauchbauer und dem Büroleiter der Landtagsdirektion, Manfred Riegler.

Die Bilanz von zwölf Monaten intensiver und erfolgreicher Arbeit präsentierte der Landtagspräsident des burgenländischen Landtags, Gerhard Steier, am 9. Jänner. Als Schwerpunkte für das Jahr 2015, das bis Ende Mai ganz im Zeichen der Landtagswahl am 31. Mai steht, nannte Steier neben der gesetzgebenden Tätigkeit des Landtags die Forcierung des Angebotes bei der politischen Bildung, vor allem im Bereich der Jugend, aber auch die Modernisierung des Auftritts des Burgenländischen Landtages nach außen mit dem Ziel, die Öffentlichkeit verstärkt in das Geschehen des Landtages einzubinden.

Reges Interesse der BurgenländerInnen an der Landtagsarbeit

Als besonders erfreulich bezeichnet Steier das bereits bestehende rege Interesse der BurgenländerInnen, aber auch zahlreicher

hochrangiger Delegationen und Gästegruppen an der Arbeit des Landtags. Im Jahr 2014 wurden rund 3.500 Besucher begrüßt. Dabei handelte es sich vor allem um Schulklassen aller Altersstufen.

Intensive und erfolgreiche Arbeit im Jahr 2014

2014 hat der Burgenländische Landtag in zwölf Sitzungen 124 Tagesordnungspunkte behandelt; in zehn Fragestunden wurden von den Regierungsmitgliedern insgesamt 45 mündliche Anfragen der Abgeordneten beantwortet.

Außerdem wurden 38 Gesetzesanträge – davon acht selbständige Anträge – abschließend behandelt; davon wurden 25 einstimmig und 13 mehrheitlich angenommen. „Das ist eine sehr schöne Quote und zeigt, daß auch die Opposition in der Regel mitstimmt“, so Steier. Hervorzuheben seien die

Änderung der Burgenländischen Landesverfassung, die Geschäftsordnung des Landtages, das Burgenländische Landes-Rechnungshofgesetz oder die Burgenländische Landtagswahlordnung sowie das Volksbegehrensgesetz. Die Diskussionen um die Abschaffung des Proporz, den Steier als demokratiepolitischen Meilenstein sieht, hätten das Jahr 2014 geprägt. Ein „Meilenstein“ sei auch die Einigung darauf, daß der Landesrechnungshof pro Jahr zehn Gemeinden einer Prüfung unterziehen kann.

16 Beschlüsse wurden gefaßt, diese beinhalten Berichte der Volksanwaltschaft ebenso, wie den Grünen Bericht, den Sportbericht, die neue Gesamtverkehrsstrategie, die Wirtschaftsförderung des Landes, EU-Umsetzungsberichte, Berichte der Kinder- und Jugendanwaltschaft sowie der Behinderten- und Patientenwaltschaft und nicht zuletzt das Budget 2015, den Rechnungsabschluß

2013 und den Nachtragsvoranschlag 2014. Weiters wurden 37 selbständige Anträge auf Fassung einer Entschließung abgehandelt, vier 15a-Vereinbarungen nahm der Landtag zur Kenntnis bzw. stimmte diesen zu. Von vier Berichten des Landesrechnungshofes wurden drei einstimmig zur Kenntnis genommen, einer mehrheitlich. Darüber hinaus wurden zehn Berichte des Rechnungshofes einstimmig zur Kenntnis genommen.

Bis zum 9. Jänner sind 14 Petitionen eingelangt, „die meisten davon sind durch Antwortschreiben schon abgeschlossen“, so Steier.

Politischen Bildung: Fortbildungsprogramm und Demokratie-App geplant

Einrichtungen wie der Burgenländische Landtag sind unabdingbar für die Demokratie. Einen hohen Stellenwert nimmt auch die Politische Bildung ein. „Interesse an politischen und gesellschaftlichen Prozessen sind unbezahlbare Erfahrungen und aus demokratiepolitischer Sicht enorm wichtig – gerade vor dem Hintergrund der schrecklichen Ereignisse dieser Tage in Frankreich“, so Steier. Noch vor der Wahl sind in Kooperation mit der FH Burgenland, der Forschung Burgenland sowie der Akademie Burgenland und dem Institut für Strategieanalysen zwei Projekte im Bereich der Politischen Bildung geplant, die sich in erster Linie an Jugendliche richten.

Zum einen das Fortbildungsprogramm „Politische Bildung für Multiplikatoren in der Jugendarbeit“ mit dem Ziel, das durch vorhandene Politikinteresse junger Menschen zu fördern und so das Demokratiebewußtsein zu stärken. Die Seminare richten sich speziell an Personen, die im Rahmen ihrer Arbeit laufend mit Jugendlichen zu tun haben. „Für die inhaltliche Konzipierung konnten wir den renommierten österreichischen Politikwissenschaftler Dr. Peter Filzmeier gewinnen“, freut sich Steier.

Das zweite Projekt, die sogenannte Demokratie-App, richtet sich direkt an Jugendliche und soll diesen auf spielerische Art und Weise politische Inhalte vermitteln. Die App wird als Online-Quiz für Smartphones und Tablets konzipiert und soll bis Ende März zu Verfügung stehen.

„Ein ebenso wichtiges Ziel ist es, die Öffentlichkeit verstärkt in das Geschehen des Landtages einzubinden. Dazu sollen die Landtagssitzungen per Livestream übertragen werden“, so Steier. Damit starten wolle man mit Beginn der neuen Gesetzgebungsperiode. Ebenso wurde die Homepage

des Burgenländischen Landtages adaptiert und Smartphone-tauglich gemacht.

Bis zur Landtagswahl am 31. Mai 2015 sieht der Terminplan des Landtages noch drei reguläre Sitzungen vor. Danach beginnt der Intensivwahlkampf. „Als Neuerung bei der kommenden Wahl ist sicher hervorzuheben, daß es erstmals einen 2. Wahltag geben wird“, betont Steier. Dieser wird am neunten Tag vor dem eigentlichen Wahltag abgehalten, im konkreten Fall also am Freitag, dem

22. Mai. „Nach der Wahl hat der Präsident des Landtages acht, statt wie bisher vier Wochen Zeit, um zur Konstituierung des neuen Landtages einzuladen. Diese Zeit muß aber nicht unbedingt ausgeschöpft werden“, sagt Steier. Die Verlängerung der Frist sei notwendig geworden, weil die Regierungsverhandlungen unter den Parteien nach Abschaffung des Proporztes länger als bisher dauern könnten. ■

<http://www.bgld-landtag.at>

Burgenländische Wohnbauförderung weiter optimiert

Landeshauptmann Hans Niessl
präsentierte »Sanierungsoffensive 2015«

Die burgenländische Wohnbauförderung, die beste Wohnbauförderung aller Bundesländer, ist mit einem finanziellen Volumen von 124 Millionen Euro für 2015 ein Garant für leistbares Wohnen und gilt gleichzeitig als Konjunkturmotor für die heimische Wirtschaft. „Das Burgenland setzt seit vielen Jahren auf die Ökologisierung beim Wohnbau und hat auch die Wohnbauförderung dahingehend ausgebaut. Wir sind bemüht, die entsprechenden Rahmenbedingungen laufend zu verbessern. So haben wir etwa Anfang Dezember 2014 die Photovoltaikförderung des Landes ausgebaut. Es werden nun Anlagen bis zu einer Leistung von 5 kWp gefördert. Ganz neu ist dabei die Förderung von Stromspeicheranlagen mit einer förderbaren Höchstleistung von 5 kWp. Hausbesitzer können dabei zwischen einem Barzuschuß oder einem Darlehen wählen. Die maximale Förderhöhe beträgt 2.750 Euro“, so Landeshauptmann Hans Niessl in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem neuen Wohnbausprecher der Sozialdemokraten im Landtag, LAbg. Kurt Maczek und Johann Binder, Geschäftsführer der Burgenländischen Energie Agentur.

Neu ist auch eine „Sanierungsoffensive“, die mit Anfang 2015 gestartet wurde. Mit dieser Richtlinie, so Niessl, wollen wir Anreize für die Durchführung von Sanierungsmaßnahmen schaffen. Es ist vorgesehen, daß alternativ zu möglichen Darlehen für einzelne und umfassende Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden und Heizungsanlagen im Eigenheimbereich für alle ab dem 1. Jänner 2015 anhängigen Förderanträgen nicht rückzahlbare Zuschüsse gewährt werden können. Der nicht rückzahlbare Zuschuß kann –

ebenso wie ein Sanierungsdarlehen – nur einmalig innerhalb von 20 Jahren gewährt werden. Zu beachten ist dabei, daß die Baubewilligung des sanierten Objektes mindestens 20 Jahre zurück liegen muß.

Angeboten werden im Rahmen der „Sanierungsoffensive 2015“ Förderungsdarlehen von maximal 10.000 Euro ohne grundbücherliche Sicherstellung oder 1000 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuß, Förderungsdarlehen von maximal 25.000 Euro oder 5000 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuß sowie Förderungsdarlehen von maximal 45.000 Euro oder 13.000 Euro als nicht rückzahlbarer Zuschuß.

Für alle Sanierer interessant ist auch die neue Förderung von Pufferspeichern. Wenn ein Gebäude – beispielsweise im Rahmen einer Sanierungsoffensive – gut gedämmt wird, kommt es oftmals vor, daß der Heizkessel überdimensioniert ist und nicht mehr effizient arbeitet. Niessl dazu: „Aus diesem Grund fördern wir ab 2015 auch die Installation eines Pufferspeichers sowie der dazugehörigen Regelung mit einem Barzuschuß von maximal 500 Euro, denn mit der burgenländischen Wohnbauförderung wollen wir leistbares Wohnen garantieren. Dies machen wir einmal mehr auch mit unserer Niedrigzinsgarantie. Eine Vielzahl an Wohnbauförderungs-Darlehensnehmern wären ab heuer durch einen vertraglich festgelegten Zinssprung von derzeit 1,5 Prozent auf 3 Prozent betroffen gewesen. Um das am Kapitalmarkt herrschende niedrige Zinsniveau an die Mieter sowie Häuslbauer weiterzugeben, habe ich mich entschlossen, den Zinssatz für die nächsten 3 Jahre nicht anzuhängen.“ ■

Burgenland führend bei »Innovativer Energie«

Die von der Regionalmanagement Burgenland GmbH (RMB) beauftragte Studie zur Energiesituation im Burgenland belegt die Führungsposition des Burgenlands in Sachen »Innovative Energie«.



Foto: Bgld. Landesmedien service

v.l. Studienautor Andreas Kreutzer, Landeshauptmann Hans Niessl und RMB-GF Harald Horvath

Bei Strom aus Windkraft liegt das Burgenland im EU-Vergleich an der Spitze“, zeigt sich Landeshauptmann Hans Niessl von den Ergebnissen der Studie beeindruckt. Demnach befinden sich 46 Prozent der in Österreich installierten Windkraftleistung im Burgenland und decke damit den gesamten Strombedarf aller privaten Haushalte ab. Besonders freut sich der aus Zurndorf stammende Niessl über die Tatsache, daß diese herausragende Marktposition u.a. einem dort ansässigen burgenländischen Unternehmen zu verdanken sei.

Die Studie zeige weiters eine im österreichischen Vergleich überdurchschnittliche Nutzung von Wärmepumpen, die mit Strom aus Windkraft betrieben werden. „Dieser positive Trend sollte unbedingt beibehalten werden“, so Niessl. Im privaten Bereich sei die Nachfrage aufgrund attraktiver Fördermöglichkeiten doppelt so hoch wie im bundesweiten Durchschnitt, dennoch solle der Ausbau auch künftig stark forciert werden.

Nachholbedarf bei Photovoltaik und Solarthermie

Studienautor Andreas Kreutzer, geschäftsführender Gesellschafter der Kreutzer Fi-



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Windräder im Burgenland

scher & Partner Consulting GmbH, rät zu einer Solaroffensive: „Das sonnenreichste Bundesland ist geradezu prädestiniert für den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen“, weshalb dieses bisher unausgeschöpfte Potential sowohl im privaten (Ein- und Zweifamilienhäuser) als auch im Bereich der Objektgebäude angehoben werden sollte. Auch bei der Wärmeerzeugung aus Solarthermie seien die Möglichkeiten laut Kreutzer bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Dies treffe vor

allem auf Gebäude mit konstant hohem Warmwasserverbrauch wie etwa Heime, Geschößwohnbauten und Tourismusbetriebe zu. „Bei Ein- und Zweifamilienhäusern sollten zur Verfügung stehende Flächen jedoch eher zugunsten der Photovoltaik genutzt werden“, so Kreutzer.

Was ist »Innovative Energie«?

Unter dem Begriff „Innovative Energie“ werden Technologien subsumiert, die – im Gegensatz zu tradierten Energiegewinnungsformen wie Wasserkraft oder Biomasse – erst in den letzten Jahrzehnten Marktreife erlangten. Trotz des bereits hohen Niveaus „Innovativer Energien“ im Burgenland ist ein genereller Ausbau aller Formen von Strom- und Wärmegewinnung essentiell. Österreich verzeichnet im EU-Vergleich einen höheren Energieverbrauch und im Burgenland ist der Bedarf aufgrund großer Wohnflächen und der hohen Pendlerquote sogar noch etwas höher.

EU-Förderungen in der Höhe von 107 Millionen Euro

Harald Horvath, Geschäftsführer der RMB, berichtet, daß seit 1995 insgesamt 336

Millionen Euro in den Ausbau innovativer Energiegewinnung investiert wurden. „107 Millionen Euro davon stammen aus EU-Förderprogrammen, die durch das Regionalmanagement Burgenland koordiniert werden.“ Das wichtigste Programm ist die Phasing Out-Förderung. Die finanziellen Mittel dafür kommen zum überwiegenden Teil aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) bzw. des Europäischen Sozialfonds (ESF). Ziel der Phasing Out-Förderung ist eine Stärkung des Standortes Burgenland, wie beispielsweise durch die Erhöhung der technologieorientierten Wirtschaftsleistung, die Verringerung des Entwicklungsrückstandes, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und eine bessere Qualifizierung von Arbeitskräften. Auch die vorliegende Studie zur Energiesituation wurde aus diesen Mitteln finanziert.

Ein Gewinn für Wirtschaft und Umwelt

Die Studie zeige beeindruckende wirtschaftliche und umweltrelevante Auswirkungen durch den Einsatz „Innovativer Energien“, rechnet Horvath vor: „1,1 Mrd. Tonnen CO₂, also 42 Prozent des gesamten CO₂-Ausstoßes des Burgenlandes konnten so bereits eingespart werden.“

Niessl: „Politik und Wirtschaft haben – neben den klimatischen und topographischen Vorzügen des Burgenlands – gemeinsam zu diesen erfreulichen Ergebnissen beigetragen.“ Nun gehe es darum, die Machbarkeit der Handlungsempfehlungen genau zu evaluieren, um diese Erfolgsgeschichte weiterzuschreiben, so Niessl abschließend.

Die Regionalmanagement Burgenland GmbH (RMB) wurde im April 1995 gegründet und ist im Auftrag des Landes Burgenland Ansprechpartner für die EU-Förderpolitik im Burgenland. Als Beratungsstelle für EU-Fragen und EU-Förderprogramme ist die RMB in Eisenstadt und Pinkafeld vertreten. Zu deren Aufgaben zählen die Koordination der EU-Regionalförderung, der Aufbau regionaler Kooperationen, die Erstellung von Studien und Planungsunterlagen, Impuls- und Pilotprojekte, Monitoring und Evaluierung von EU-Projekten sowie Öffentlichkeitsarbeit und Europainformation.

Die Zielgruppen der RMB GmbH sind potentielle ProjektträgerInnen (Klein- und Mittelbetriebe, GründerInnen, Vereine), MeinungsbildnerInnen, RegionalpolitikerInnen, Gemeinden, Schulen/Fachhochschulen, EU-Interessierte sowie die gesamte burgenländische Bevölkerung. ■

<http://www.rmb.co.at>

Beste Wohnbauförderung – niedrigste Mieten



Foto: Bild. Landesmedienservice

Wohnbaureferent Landeshauptmann Hans Niessl mit Claudia Pingitzer, Leiterin Wohnbauförderung im Amt der Burgenländischen Landesregierung

435 Mio. Euro für Einfamilienhäuser, 138 Sanierungsdarlehen in Höhe von 4,46 Mio. Euro, Darlehen für 1.260 Wohneinheiten im Blockbau in Höhe von 61,34 Mio. und 533 Wohnbeihilfen in Höhe von 671.720 Euro wurden, neben zahlreichen weiteren Maßnahmen, im Jahr 2014 aus Mitteln der Wohnbauförderung des Burgenlandes bewilligt. Ein Rekordbudget von insgesamt 122 Millionen Euro stand dafür zur Verfügung – das Burgenland ist Musterland in Sachen Wohnbauförderung. „Laut Statistik Austria hat das Burgenland die niedrigsten Mieten im Bundesländervergleich. Zusammen mit der besten Wohnbauförderung Österreichs sorgen wir damit für leistbares Wohnen, wovon vor allem auch junge Burgenländerinnen und Burgenländer profitieren. Wir sichern und schaffen aber auch, nicht zuletzt durch die Initiative ‚Wir bauen burgenländisch‘, Arbeitsplätze im Land“, betont Wohnbaureferent Landeshauptmann Hans Niessl, der erst vor Ende Dezember eine Niedrigzinsgarantie für die BurgenländerInnen angekündigt hatte: Der Zinssatz für die Rückzahlung von Wohnbauförderungs-Darlehen soll nicht wie vertraglich vorgesehen ab 2015 für die nächsten drei Jahre von 1,5 auf 3 Prozent angehoben und so das aktuell niedrige Zinsniveau an die Darlehensnehmer weitergegeben werden.

Wohnbauförderung Hebel aktiver Klimaschutzpolitik

Unterstützt werden durch die Wohnbauförderung (WBF) nicht nur der Bau und die Sanierung oder der Ankauf von Häusern oder

Wohnungen, sondern auch Maßnahmen im Hinblick auf die Sicherung von Objekten – auch in Form von nichtrückzahlbaren Zuschüssen – oder Maßnahmen ökologischer Natur, wie etwa effiziente Wärmedämmung und die Umrüstung auf Heizsysteme auf Basis erneuerbarer Energie. „Ich sehe die Wohnbauförderung als Hebel einer aktiven Klimaschutzpolitik. Den erfolgreichen Weg als internationaler Vorreiter bei der Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie wollen wir auch beim Wohnbau im Burgenland konsequent gehen: Die Nutzung erneuerbarer Energie im Sinne der Erhaltung einer intakten Natur für nachkommende Generationen weiter vorantreiben, den Burgenländerinnen und Burgenländern damit helfen, Kosten zu sparen, leistbares Wohnen auf hohem Niveau bieten und die Schaffung von green jobs forcieren“, so Niessl.

Starke Allianz für den regionalen Bau

Ganz im Sinne der Wohnbauförderung steht auch die Anfang 2014 von Landeshauptmann Niessl initiierte Initiative „Wir bauen burgenländisch“. Dabei verpflichten sich die Partner – Gemeinnützige Bauvereinigungen, BELIG und VAMED, Partner aus der Privatwirtschaft, aber auch private Bauherren –, Bauaufträge vorzugsweise an burgenländische Unternehmen oder burgenländische Subunternehmen zu vergeben. Damit werden nicht nur Arbeitsplätze im Land gesichert und geschaffen und heimische Qualität garantiert, es wird damit auch Lohn- und Sozialdumping vorgebeugt. „Wertschöpfung, Arbeit und Geld sollen im eigenen Land bleiben“, erklärte Niessl. ■

Lehrlingsstiftung

LH Niessl kündigt Lehrlingsstiftung im Bereich Tourismus an und zieht positive Bilanz

Landeshauptmann Hans Niessl kündigte heute gemeinsam mit Vertretern burgenländischer Tourismusbetriebe die Einrichtung einer Lehrlingsstiftung an. „Wir wollen den Tourismus stärken und mehr Lehrlinge in die heimischen Tourismusbetriebe bringen“, so Niessl. Eine positive Bilanz zogen Niessl und Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier für das Jahr 2014. Um für künftige Herausforderungen gewappnet zu sein, hat der Landtag Ende Oktober des Vorjahres das neue Tourismusgesetz beschlossen. Das neue Gesetz – das seit Jahresbeginn in Kraft ist – bringt klare Strukturen und Kompetenzaufteilungen sowie die Dachmarke Burgenland. Durch die Bündelung der Mittel und die daraus resultierende Steigerung der Effizienz sowie eine Verwendung der Mittel ausschließlich für touristische Zwecke setzt das Gesetz neue Impulse auf dem Weg des Burgenlands zu einer schlagkräftigen touristischen Ganzjahresdestination mit Blick auf die Internationalisierung.

Von den Tourismusbetrieben wird die Initiative zur Gründung einer Lehrlingsstiftung grundsätzlich begrüßt. „Man muß die Tourismusbetriebe, die das Know-how zum Ausbilden haben, unterstützen. Wir müssen junge Menschen für Berufe im Tourismus begeistern. Wenn uns das nicht gelingt, haben wir ohnehin ein Problem“, erklärt Bert Jandl, Geschäftsführer der VILA VITA Pannonia. Noch gibt es einige Details zur geplanten Stiftung zu klären: eine Arbeitsgruppe unter Einbeziehung des für die Ausbildung zuständigen Regierungsmitglieds Peter Rezar und Vertretern von Tourismusunternehmen sei damit beschäftigt, so der Landeshauptmann, der erklärt: „Ich kann mir vorstellen, daß junge Burgenländerinnen und Burgenländer, die für eine Ausbildung im Tourismus Interesse zeigen, im Rahmen der Stiftung die Grundkenntnisse, das Rüstzeug vermittelt bekommen. Danach könnten die Betriebe die Lehrlinge übernehmen.“ Entscheidend sei die gute Ausbildung, pflichtet Helmut Krutzler, Inhaber des Genußgasthofes und Hotel „Zum Krutzler“ in Heiligenbrunn, bei.

Erst Mitte Dezember starteten Land und landesnahe Betriebe eine neue Offensive zur Aufnahme von Lehrlingen im Land und in landesnahen Betrieben. Zurzeit wird das Potential an Lehrstellen erhoben. Die ersten



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v.l.: Bert Jandl, Geschäftsführer der VILA VITA Pannonia, Burgenland-Tourismus Direktor Mario Baier, Landeshauptmann Hans Niessl und Helmut Krutzler, Genußgasthof und Hotel »Zum Krutzler« in Heiligenbrunn

Einstellungen sind für März bzw. April geplant. Mit der am 21. Jänner angekündigten Lehrlingsstiftung verstärkt das Land seine Aktivitäten in diesem Bereich weiter. Ein Blick zurück ins Jahr 2014 zeigt, daß mit gezielten Maßnahmen viel erreicht werden kann und, daß der Einsatz des Landes für mehr Beschäftigung bereits Früchte trägt. So ist die Jugendarbeitslosigkeit im Jahreschnitt 2014 um vier Prozent gesunken, in den letzten vier Monaten sogar monatlich um sieben Prozent.

Neues Tourismusgesetz seit Jahresbeginn in Kraft

„Das neue Tourismusgesetz ermöglicht uns einen effizienten Mitteleinsatz, um mehr Geld ins Marketing anstatt in die Verwaltung zu stecken. Dadurch können wir unsere Potentiale noch besser nutzen und die Zukunft des heimischen Tourismus erfolgreich gestalten“, so der geschäftsführende Präsident des Burgenland Tourismus Landeshauptmann Hans Niessl. So können die Internationalisierung weiter forciert und mehr internationale Gäste ins Burgenland gebracht werden. „Man spürt: Es herrscht Aufbruchsstimmung. Nun geht es darum, wie wir das modernste Tourismusgesetz Österreichs optimal nutzen können.“

„Mit dem neuen Tourismusgesetz wurde ein Meilenstein gesetzt. Synergien werden geschaffen, Kräfte gebündelt und Strukturen

vereinfacht. Wir wollen das Burgenland unter einer Dachmarke vermarkten. Um unser Ziel, die Internationalisierung, zu erreichen, müssen die Strukturen passen“, erklärt der Burgenland Tourismus Direktor Mario Baier. Das neue Gesetz habe schon eine Aufbruchsstimmung von Süd bis Nord bewirkt. „Die Neustrukturierung ist im Gang, dazu haben wir alle Tourismus-Player mit ins Boot geholt“, sagt Baier. Derzeit gibt es im Burgenland 125 örtliche Tourismusverbände. „20 bis 25 Verbände wären eine vernünftige Größenordnung.“

Zuwächse im Tourismus im Jahr 2014

Anlaß zur Freude geben die Tourismuszahlen für das Jahr 2014. „Von Jänner bis November gab es bei den Ankünften ein Plus von 4,2 Prozent, bei den Übernachtungen ein Plus von 1,6 Prozent“, bilanziert Niessl.

Die Jahresbilanz 2014 wird derzeit noch erarbeitet – für eine genaue Berechnung fehlen noch Informationen aus einigen Gemeinden sowie die Dezemberstatistik. Fest steht aber, daß der Dezember überaus positiv ausgefallen ist. Niessl: „Es sind Zuwächse im zweistelligen Bereich zu erwarten. Für das Jahr 2014 können wir mit einem Plus von voraussichtlich 2 Prozent bei den Übernachtungen rechnen. Im Klartext: es sind über 2,9 Mio. Nächtigungen erreicht worden“, betont der Landeshauptmann.

<http://www.burgenland.info>

Lebenswelten der älteren Generation

Soziallandesrat Peter Rezar: Bestandsaufnahme und Handlungsoptionen hinsichtlich Pflege- und Betreuungsprävention im Vordergrund

Derzeit beziehen 17.900 BurgenländerInnen Pflegegeld und benötigen Pflege und/oder Betreuung. Diese Zahl wird infolge der demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung in den nächsten Jahren zunehmen. Angesichts dieser Tatsachen muß der Dialog über die Zukunft der Pflege in Österreich forciert werden, um auch in Zukunft durch soziale Innovationen und Forschung die nötige Unterstützung zu gewährleisten.

Die Forschung Burgenland GmbH führt deshalb in enger Kooperation mit dem Department Soziales der Fachhochschule Burgenland eine Bestandsaufnahme der wissenschaftlichen Analyse der Lebensräume der älteren Generation im Burgenland durch. „Für die Planung der Zukunft muß das Land Burgenland wissen, welche kommunalen Wertschöpfungsketten und Ressourcen es im Kontext der Pflege- und Betreuungsprävention im Burgenland gibt. Anders formuliert: Was steht den älteren Burgenländerinnen und Burgenländern jenseits der bekannten Angebote, wie stationäre Pflege, Hauskrankenpflege usw. zur Verfügung? Es soll eine Bestandsaufnahme gemacht und Handlungsoptionen herausgearbeitet werden“, erläuterte Gesundheits- Soziallandesrat Peter Rezar in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit WHRin Elvira Waniek-Kain von der Abteilung 6/Hauptreferatsleiterin Sozialwesen beim Amt der Burgenländischen Landesregierung, und Projektleiter Prof. (FH) Roland Fürst die Intention des Auftraggebers.

Im Budgetjahr 2015 wendet das Land Burgenland für Pflege und Betreuung 78,5 Millionen Euro, für die stationäre Pflege 65,05 Millionen Euro, für die Hauskrankenpflege inklusive Hospiz- Palliativbetreuung 10,2 Millionen Euro, für die SeniorInnentagesbetreuung 600.000 Euro, für Betreutes Wohnen 200.000 Euro und für die 24 Stunden Betreuung 2,4 Millionen Euro auf. „Das ist sehr viel Geld, das aber einer sehr großen Gruppe nicht zu Gute kommt: nämlich jener Gruppe älterer Menschen, die keine pflegerische Unterstützung benötigt, aber trotzdem auf Unterstützung angewiesen ist, um den Alltag zu bewältigen“, ergänzte Rezar.



WHRin Elvira Waniek-Kain, Gesundheits- und Soziallandesrat Peter Rezar und Projektleiter Prof. (FH) Roland Fürst

Angesichts der stark steigenden Anzahl von Pflegebedürftigen ist das Ziel des gegenständlichen Forschungsprojektes die Ressourcenmobilisierung, sprich Nachbarschaftshilfe, und gleichzeitige Pflegevorsorge im Zusammenhang mit dem aktiven Altern. „Ältere Menschen können als ExpertInnen ihrer Lebenswelt wertvolle Hinweise zur sinnvollen Gestaltung ihres Lebensumfeldes geben. Das Forschungsprojekt setzt daher sehr stark auf die Beteiligung der älteren Generation, um so Ressourcen im Nachbarschaftskontext zu identifizieren. Damit sollen Alternativen zur institutionellen Pflege und Unterstützung über lokale und kommunale Netzwerke aufgezeigt werden“, erklärte dazu der wissenschaftliche Leiter des Projektes, Prof. (FH) Roland Fürst, Departmentleiter Soziales an der FH Burgenland. Im skandinavischen Raum, aber auch in den Niederlanden konnten mit innovativen Maßnahmen, wie Pflegegenossenschaften, Alters-Wohngemeinschaften usw. mehrere Ziele erreicht werden. Einerseits wurde die Lebensqualität der älteren Generation erhöht, andererseits konnten sinnvolle ökonomische Einsparungen erzielt werden.

Welche (in-)formellen, sozialräumlichen und persönlichen Ressourcen können im Wohnumfeld älterer Menschen identifiziert und für deren Aktivierung genutzt werden?

Wie können diese Ressourcen strukturiert und institutionalisiert werden, um den Eintritt ins klassische Pflegesystem zu verzögern? Welcher individuelle psychosoziale sowie kollektive ökonomische Nutzen entsteht? Diese drei handlungsleitenden Fragen wurden für das Forschungsprojekt entwickelt. Um diese Fragestellung im Sinne eines partizipativen Forschungsansatzes umsetzen zu können und auch die regionalspezifischen Lebenswelten zu berücksichtigen, sind Workshops in allen sieben Bezirken des Burgenlandes geplant. In der Phase der Bedarfserhebung wird die Zielgruppe mittels Methoden der empirischen Sozialforschung, wie biografischen Interviews und Netzwerkanalysen, mit den zentralen Fragestellungen konfrontiert. Natürlich werden auch ExpertInnen aus Pflegeorganisationen, Gemeinden und SeniorInnenzentren befragt. Pro Workshop sind rund 20 BurgenländerInnen beteiligt, landesweit also insgesamt an die 120 Personen. Die dabei erzielten Erkenntnisse werden mit statistischen Daten im Sinne einer Sekundäranalyse ergänzt. Für diese Untersuchung wurden Wohnen und Wohnumfeld, Infrastruktur und Versorgung, Gesundheit, Pflege und Soziales, Freizeit und Kultur, Information und Beratung sowie Partizipation und Kommunikation als Dimensionen definiert. ■

Frauenbeschäftigung und Gleichstellung 2015 im Fokus

LR Dunst präsentiert Projekte für Frauen im »Jahr der Beschäftigung«

Ein Ausblick auf die Aktivitäten des Referats für Frauenangelegenheiten in diesem Jahr gab Frauenlandesrätin Verena Dunst am 21. Jänner. Beschäftigungsprojekte und weitere Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind die Schwerpunkte im »Jahr der Beschäftigung«. „Die Frauenbeschäftigung konnte in den letzten Jahren deutlich erhöht werden, und auch die Einkommensschere schließt sich langsam. Dennoch haben Frauen am Arbeitsmarkt mit vielen Problemen zu kämpfen, vor allem, was die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit betrifft. Diesen Themen werden wir uns heuer verstärkt widmen“, kündigte Dunst an. Für die laufende EU-Förderperiode 2015 bis 2020 stehen für Frauenprojekte insgesamt 2,7 Millionen Euro zur Verfügung.

Kinderbetreuung: bedarfsorientiert und flexibel

Noch 1995 waren knapp 33.000 Frauen im Burgenland unselbstständig beschäftigt, 2013 waren es bereits mehr als 46.000, verweist Dunst auf eine konstant positive Entwicklung. Auch die Einkommensschere schließt sich langsam: „Im Jahr 2004 lag sie im Burgenland noch bei 28,1 %, österreichweit bei 27,3 Prozent. 2014 lag sie nur mehr bei 22, österreichweit bei 22,7 Prozent. Wir sind aber noch nicht zufrieden, die Schere muß sich weiter schließen“, fordert die Frauenlandesrätin. Eine Voraussetzung sei die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. „Wir haben ein sehr gutes Kinderbetreuungsangebot im Burgenland, dennoch wollen wir dieses weiter ausbauen. Das Motto lautet: ‚bedarfsorientiert und flexibel‘.“

44 Prozent der Frauen arbeiten Teilzeit, Kampagne soll sensibilisieren

Beschäftigungsprojekte hätten 2015 Priorität, mit ESF-Fördergeldern sollen diese umgesetzt werden. „Wir haben dafür in der laufenden Förderperiode 2,7 Millionen Euro zur Verfügung, um eine Million mehr als in der abgelaufenen“. Förderungen seien an eine Vermittlungsquote von 20 Prozent gebunden, diese würde im Burgenland locker übertroffen: „Wir haben bei unseren Beschäftigungsinitiativen Vermittlungsquoten von



Foto: Landesmedienservice Burgenland

LR Verena Dunst (l.) und Karina Ringhofer, Leiterin des Referats für Frauenangelegenheiten im Burgenland, präsentieren Aktivitäten für 2015

teilweise bis zu 80 Prozent.“ Ein Dorn im Auge ist Dunst, trotz gestiegener Beschäftigungszahlen, daß 44 Prozent der Frauen im Burgenland teilzeitbeschäftigt sind. „Ein Drittel der so beschäftigten Frauen will das gar nicht, weil es deutlich weniger Einkommen bedeutet“. Gerade im Tourismus und im Handel seien jedoch Beschäftigungsverhältnisse genau darauf angelegt, kritisiert Dunst. „Wir wollen mit einer Kampagne die Frauen dafür sensibilisieren und jenen den Rücken stärken, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten.“

Frauengesundheitsmesse zum Internationalen Tag der Frau

„Der März ist der Frauenmonat“. Dunst will dann mit dem Thema „Frauenbeschäftigung“ durch die Bezirke touren, um die Sorgen, Anliegen und Ideen der Frauen persönlich zu erfahren. Und am 6. März, im Vorfeld des Internationalen Frauentages am 8. März, lädt die Frauenlandesrätin gemeinsam mit Landesrat Peter Rezar wieder bei freiem Eintritt ins KUZ Eisenstadt zur Frauengesundheitsmesse; 20 Aussteller sind vor Ort und bieten viele Informationen und einen Gratis-Gesundheitscheck. Speziell für Mädchen

wird es am 23. April wieder den „Girls‘ Day“ geben – diesmal mit dem Schwerpunkt „Sicherheit“, und auch das MonA-Mobil geht im April wieder auf Tour. Auch für das erfolgreiche Projekt „Mädchen Chancen geben“ gibt es 2015 eine Neuauflage.

Dacapo für Frauen-kunsthandwerksmarkt

Die erfolgreiche Premiere des 1. Frauenkunsthandwerksmarktes „Unbeschreiblich weiblich“ im Vorjahr mit mehr als 1500 BesucherInnen findet 2015 eine zweifache Fortsetzung – am 3. Mai im Süden – voraussichtlich im Kastell Stegersbach – und am 14. und 15. November in der Orangerie Eisenstadt. Zu einem tollen Event hat sich auch der Burgenländische Frauenlauf entwickelt; Ende September werden sich dabei zum dritten Mal Hunderte Frauen zum gemeinsamen Laufen zusammenfinden. Weitere Aktivitäten in der zweiten Jahreshälfte: die BIBI-Messe vom 6. bis 8. Oktober, die Verleihung des Rosa Jochmann-Preises ebenfalls im Oktober und die Aktion „16 Tage gegen Gewalt“ vom 25. November bis 10. Dezember. ■

Ein Fest zum 80er

Altbischof Paul Iby feierte mit Gläubigen und Priestern der Diözese seinen runden Geburtstag – Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics würdigte den Jubilar.

Ein ganz besonderes „Triduum“, bestehend aus Geburtstag, Bischofsweihtag und Namenstag, feierte Altbischof Paul Iby in den vergangenen Tagen. Für den Jubilar selbst standen diese Tage besonders unter dem Aspekt der Danksagung für 80 Lebensjahre. Für die Diözese Eisenstadt waren sie besonderer Anlaß, dem emeritierten Diözesanbischof für sein langes Wirken in der katholischen Kirche im Burgenland Dank zu sagen.

Eine Messe, um Gott zu danken

Zahlreiche Menschen waren am 25. Jänner zum Dankgottesdienst in den Martinsdom zu Eisenstadt gekommen, um mit dem Jubilar zu feiern: Priester, Ordenschristen, MitarbeiterInnen sowie Gläubige der Diözese. Die Predigt im Gottesdienst, dem Bischof Iby persönlich vorstand, hielt Wilhelm Ringhofer, Propst- und Stadtpfarrer von Eisenstadt. Ihm hatte einst bei seiner Primiz Bischof Iby die Predigt gehalten – mit der nunmehrigen Festpredigt des Stadtpfarrers für den Jubilar schloß sich ein Kreis langer geistlicher Freundschaft. Iby habe mit grosser Menschlichkeit im Weinberg des Herrn gearbeitet, so Ringhofer in seiner Predigt. Als zweiter Bischof der Diözese konnte er so die Aufbauarbeit seines Vorgängers Stefan László weiterführen. Dabei habe er stets versucht, gemäß seinem Wahlspruch „Alles in Liebe“ zu handeln.

Bischof Zsifkovics: Du hast immer die Hände zu den Menschen ausgestreckt!

Der amtierende Bischof der Diözese würdigte den Jubilar für seinen Dienst an der Kirche im Burgenland durch viele Jahre. Als Zeichen des Dankes überreichte Bischof Zsifkovics stellvertretend für die ganze Diözese ein Bild des Künstlers Heinz Ebner, dem Bischof Iby ebenfalls seit langem verbunden ist. Anhand der bildlichen Darstellung, die den heiligen Martin im Ensemble von burgenländischen Kirchen mit besonderem Bezug zu Bischof Iby zeigt, entfaltete Bischof Zsifkovics seine Dankes- und Gratulationsworte: „Der Bischof in der Mitte, die eine Hand zum Himmel, die andere zur Erde ausgestreckt – das ist nicht nur ein schönes Bild für den Dienst des Priesters



Zelebrierten den Gottesdienst (v.l.): Diözesanbischof Ägidius Zsifkovics, Altbischof Paul Iby und Wilhelm Ringhofer, Propst- und Stadtpfarrer von Eisenstadt.



Bildliche Darstellung des Künstlers Heinz Ebner, die den heiligen Martin im Ensemble von burgenländischen Kirchen mit besonderem Bezug zu Bischof Iby zeigt.

und Bischofs. Es ist für mich auch die beste Zusammenfassung Deines Lebens“, so Zsifkovics wörtlich. Wie der heilige Martin habe auch Bischof Iby immer die Hände zu den Menschen ausgestreckt. Er sei aber auch, wie sein Namenspatron, der heilige Paulus, vom Evangelium ergriffen und lebe es bescheiden und glaubwürdig vor.

Das ganze Burgenland gratuliert

Die anschließende Agape im Dompfarrzentrum bot zahlreichen Gratulanten aus

Kirche, Gesellschaft und Politik Gelegenheit, Worte der Anerkennung und des Dankes zum Ausdruck zu bringen. Bürgermeister Thomas Steiner für die Stadt Eisenstadt, Landtagspräsident Karl Steier für das Land Burgenland, Superintendent Manfred Koch für die evangelischen Christen des Landes sowie ehemalige Weggefährten des Jubilars waren nur einige, die das gemütliche Beisammensein im Martinussaal nutzten, um Paul Iby zu gratulieren. ■

<http://www.martinus.at>

7 Mio € für Burg Forchtenstein

Verein Burg Forchtenstein Fantastisch und Privatstiftung Esterhazy planen Zukunft des beliebten Familienformates FORFEL – Neubau Burg Restaurant als wichtiger touristischer Impuls für die Region

Die Burgmaus FORFEL lädt Kinder und Familien im heurigen Juli nun schon das 19. Mal erfolgreich zu „Burg Forchtenstein Fantastisch“ ein. Im Durchschnitt hat das beliebte Festival jährlich rund 21.000 Besucher; in der Saison 2014 konnte nach 18 Jahren der insgesamt 400.000 Besucher begrüßt werden. Gemeinsam mit der Esterhazy Privatstiftung plant der Verein „Burg Forchtenstein Fantastisch“ jetzt die Zukunft des beliebten Familienformates. Im Jänner wurde von beiden Seiten die Veranstaltungsvereinbarung für drei weitere Saisons bis 2017 unterzeichnet. FORFEL wird 2015 von 11. Juli bis 2. August wieder an den Wochenenden auf der Burg Einzug halten. Neu in dieser Saison ist die Ausweitung des Spielplans auf zwei Freitage (17. und 24. Juli) – bislang fand das Festival ausschließlich an Samstagen und Sonntagen statt. Zusätzlich wird zu Halloween am 31. Oktober ein gemeinsames Kinderprogramm stattfinden.

Neubau des Burg-Restaurants – touristischer Impuls für die Region

Der gestiegene Qualitätsanspruch der Gäste aus dem In- und Ausland hat bereits vor drei bis vier Jahren gezeigt, daß ein Neubau des Restaurants auf der Burg notwendig ist. Mehrere Planungen wurden beauftragt, die am Ende die untere oder so genannte Rote Bastei als idealen Standort ergaben, wo sich schon in den 90er-Jahren eine einfache Taverne befand. 2014 konnte die Burg mit rund 85.000 Besuchern ein absolutes Spitzenresultat erzielen – eine Steigerung von mehr als 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In der unteren Bastei wurde daher im Herbst des Vorjahres mit dem großzügigen Bau des modern ausgestatteten Restaurants in die historische Bastei-Anlage begonnen. Teile der Stahlkonstruktion sind bereits fertiggestellt, der Dachstuhl der historischen Bausubstanz wurde erneuert und eingedeckt, die Rohinstallationen für Elektrik, Heizung und Sanitäranlagen können laut Bauzeitplan bereits im Frühjahr erfolgen. Für den Bau sind aufgrund der historischen Bausubstanz und der heiklen statischen und bautechnischen Bedingungen gesamt 2,3 Millionen Euro budgetiert. In dieses Projekt, das einen wichtigen



Creative Commons Attribution-Share Alike 3.0 Austria license / Häferl

Die Burg Forchtenstein ist eines der bedeutendsten Wahrzeichen des Burgenlandes.

touristischen Impuls und neue Arbeitsplätze für die strukturschwache Region rund um die Rosalia bedeutet, investiert Esterhazy 1,9 Millionen Euro. Die restlichen 400.000 Euro können über bereits zugesagte EU-Fördergelder aus dem Fond für regionale Entwicklung (EFRE) und einer noch ausstehenden Landesförderung finanziert werden. Insgesamt 100.000 Euro vom Land Burgenland werden benötigt, um die bislang ungenutzten EU-Fördermittel auszulösen. EU, Bund und sämtliche Tourismusexperten stehen hinter diesem „beispielhaften und sehr förderwürdigen Projekt“ – so die Förderstelle des Bundes. Wenn nun auch die Förderzusage des Landes fristgerecht eintrifft, ist mit der Fertigstellung des Restaurants im Juni 2015 zu rechnen.

Mit Gründung der Esterhazy Privatstiftung vor 20 Jahren begannen umfassende Sanierungen und Aufwertungen der Burg Forchtenstein – Esterhazy hat insgesamt über 7 Millionen Euro in die Anlage und die Einrichtungen der Burg Forchtenstein investiert. Im Jahr 2000 wurde die Burgkapelle generalsaniert; sie ist heute prächtiger Schauplatz

für Trauungen. Die barocken Wandmalereien des Innenhofes wurden 2006 nach langwieriger Freilegung, Sicherung und behutsamer Restaurierung erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Der innerste Burghof präsentiert sich nun auch inhaltlich als Zentrum des Bollwerks, dessen ausgedehnte Wandmalereien nördlich der Alpen kunst- und kulturhistorisch bemerkenswert sind. Die bisher letzte große Maßnahme betraf den 800 Jahre alten Bergfried-Turm, mit über 50 Metern einen der höchsten Bergfriede Europas. Zur langfristigen Erhaltung der Substanz waren 2013/2014 die umfassende Sanierung des Bergfriedes und des Turmhelms notwendig – auch der Turmschmuck, der Erzengel Michael, wurde restauriert und teilweise neu vergoldet.

Die Rolle der Esterhazy Privatstiftung, die als privater Träger eines der bedeutendsten Wahrzeichen des Burgenlandes nahezu ohne staatliche Mittel erhält und für die Menschen und die Wirtschaft der Region laufend aufwertet, ist einmalig für Österreich.

<http://esterhazy.at/de/burgforchtenstein>

Eisenstadt: Neujahrsempfang war ein voller Erfolg

Im Rathaus ging am Abend des 8. Jänner die 42. Auflage des Eisenstädter Neujahrsempfangs über die Bühne. Rund 500 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, und Gesellschaft sowie Vertreter der Eisenstädter Vereine und Institutionen folgten der Einladung von Bürgermeister Thomas Steiner.

Jährlich lädt der Bürgermeister der burgenländischen Landeshauptstadt am zweiten Donnerstag im neuen Jahr zum traditionellen Neujahrsempfang. Für den passenden musikalischen Rahmen sorgte das Bläserensemble der Stadt- und Feuerwehrkapelle Eisenstadt.

Bürgermeister Steiner bot in seiner Rede einen Rückblick auf das ereignisreiche vergangene Jahr und präsentierte seine Pläne für 2015: „Stand das Jahr 2014 mit der Erstellung des neuen Stadtentwicklungsplanes, des Personalentwicklungsplanes sowie dem Start der Initiative ‚Barrierefreies Eisenstadt‘ ganz im Zeichen der Planung, so ist 2015 das Jahr diese Pläne umzusetzen. Ein Projekt, das aus dem STEP heraus in die Umsetzungsphase geht, ist ein Mikro-ÖV-System, das unser bewährtes City-Taxi



Foto: Magistrat der Stadt Eisenstadt

Bürgermeister Thomas Steiner (Mitte) im Kreise hochrangiger Vertreter aus Politik Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft beim Neujahrsempfang im Eisenstädter Rathaus

ergänzen soll. Weiters wird heuer ein besonderer Augenmerk auf den Oberberg und das ehemalige jüdische Viertel gelegt.“

Wie auch in den letzten Jahren war der Neujahrsempfang gleichzeitig ein Charity-Fest. Gesammelt wurden bis zu diesem Abend insgesamt 4.168 Euro. Die Summe wird sich erfahrungsgemäß in den nächsten

Wochen noch erhöhen, da viele Gäste erst nach der eigentlichen Veranstaltung Spenden mittels Zahlschein überweisen.

Nutznießer der Charity-Aktion war heuer SOS Kinderdorf. Die Spendengelder sollen der Angebotserweiterung in Eisenstadt dienen.

<http://eisenstadt.gv.at/>

Kultur- und Veranstaltungshaus Bauermühle 2015

Im Jahr 2014 hatten wir 60 Veranstaltungen für Erwachsene mit insgesamt ca. 10.000 Gästen. Zum Kinderprogramm ‚Willi Wulkafrosch 2014‘ durften wir rund 4000 Gäste begrüßen“, zieht Mattersburgs Bürgermeisterin Ingrid Salomon zufrieden Bilanz. „Zu den langfristigen Mietern, die in unserem Haus über das ganze Jahr verteilt immer wieder Weiterbildungskurse und -seminare anbieten, kamen im Jahr 2014 einige neue dazu. Darunter zum Beispiel auch die ‚Weight Watchers‘. Zusätzliche Veranstaltungstage mit ca. 3500 Gästen konnten wir außerdem durch das Kooperationsprojekt ‚Mühlenheuriger‘ mit dem Team SAVIO verbuchen“, so die Bürgermeisterin.

Im 6. Veranstaltungsjahr gilt es, die stetig ansteigenden Veranstaltungen weiterhin professionell und mit dem von Kunden geschätzten, persönlichen Einsatz, umzusetzen. Seit Herbst 2014 ist ein bedeutender Zuwachs festzustellen.

Die Vorzüge eines Ballsaales mit Parkettboden konnten Gäste beispielsweise am 24. Jänner beim Ball der Arminia Redoute und die ausgezeichnete Akustik im Rahmen des Konzertes des Salon-Orchesters am 30. Jänner genießen.



Foto: Stadtgemeinde Mattersburg

Mattersburgs Bürgermeisterin Ingrid Salomon (Mitte) zieht zufrieden Bilanz.

Ab September 2014 geben sich Brautleute aus dem ganzen Bezirk entweder im romantischen Innenhof, in der neu adaptierten Dachgalerie oder im Festsaal der Bauermühle das Ja-Wort. Letzterer bietet auch die entsprechende Infrastruktur für ein anschließendes Hochzeitsfest.

Wie auch in den vergangenen Jahren finden die Räumlichkeiten der Bauermühle großen Zuspruch für Weiter- und Ausbildungsseminare, Kurse und Messen.

Auch für Vorträge, Podiumsdiskussionen und Präsentationen wird die Infrastruktur der Bauermühle vermehrt genutzt.

Der Frühling bringt Natur in die Bauermühle: Für themenspezifische Vorträge konnten heuer der „Natur im Garten“-Gärtner Karl Ploberger und der Obmann für Effektive Mikroorganismen, Martin Lassnig, gewonnen werden.

<http://www.mattersburg.gv.at>

<http://www.bauermuehle.at>

Entlastungen als Impuls für Arbeitsmarkt

Die 88 Millionen Euro, die Südtiroler Unternehmen 2015 weniger an Wertschöpfungssteuer IRAP zahlen werden, werden zwar als Mindereinnahmen verbucht, Kürzungen in anderen Bereichen sind deshalb allerdings nicht zu fürchten.

Ein durchschnittlicher Südtiroler Handwerksbetrieb mit vier Mitarbeitern wird 2015 mehr als 5000 Euro weniger an Wertschöpfungssteuer IRAP zahlen als noch im Vorjahr. „Diese Entlastung gibt es automatisch und ohne bürokratischen Aufwand und ihre Bedeutung wird umso anschaulicher, wenn man bedenkt, daß rund 40 Prozent aller Landesbeiträge unter 2000 Euro liegen“, so Kompatscher.

Gründe für die Entlastung gibt es zwei: zum einen das staatliche Stabilitätsgesetz, mit dem die Bemessungsgrundlage für die Wertschöpfungssteuer IRAP herabgesetzt wird. Künftig können Unternehmen demnach die Kosten für unbefristet Angestellte von dieser Bemessungsgrundlage abziehen. Der zweite Grund ist der heute von der Landesregierung entschiedene Verzicht darauf, im Gegenzug zur Senkung der IRAP-Bemessungsgrundlage die Steuersätze anzuheben. „Damit geben wir die Entlastung in Höhe von rund 88 Millionen Euro zur Gänze an die Betriebe weiter“, so der Landeshauptmann, der betont, daß diese Entscheidung im Einklang mit der grundlegenden Ausrichtung der Landesregierung stehe, BürgerInnen und Unternehmen steuerlich zu entlasten.

2015 sinkt also der „normale“ IRAP-Satz wie vorgesehen auf 2,68 Prozent. Damit zahlen Südtiroler Unternehmen auch in diesem Jahr weiterhin viel niedrigere IRAP-Sätze, als im restlichen Staatsgebiet zur Anwendung kommen. Dazu kommt das Herabsetzen der Bemessungsgrundlage durch den Abzug der Kosten jener MitarbeiterInnen, die über einen unbefristeten Vertrag verfügen. „Wir belohnen damit all jene Unternehmen, die MitarbeiterInnen unbefristet einstellen“, so Kompatscher, der die Maßnahme deshalb auch als Impuls für den Arbeitsmarkt sieht.

Der Landeshauptmann konnte auch all jene beruhigen, die mit Kürzungen in anderen Bereichen gerechnet haben, mit denen die Mindereinnahmen aus der IRAP abgefördert werden sollten. „Wir haben mit dieser staatlichen Maßnahme gerechnet und deshalb den Reservefonds besonders hoch



Foto: LPA / ohn

Landeshauptmann Arno Kompatscher erklärt die IRAP-Neuerungen

dotiert“, so Kompatscher. Aus diesem könnten die Mindereinnahmen finanziert werden,

ohne deshalb anderswo Mittel kürzen zu müssen. ■

Südtirol mit Rating A3

Mit Genugtuung hat Landeshauptmann Arno Kompatscher das Rating der Agentur Moody's für das Land Südtirol aufgenommen: „Das Rating zeigt, daß wir uns mit einigem Erfolg gegen die Krise gestemmt haben“, so Kompatscher. „Es ist Beleg für die positive Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre und zeigt, daß wir mit den Maßnahmen zugunsten des Wirtschaftsstandorts Südtirol auf dem richtigen Weg sind.“

Mit dem Rating A3 hat Moody's die Kreditwürdigkeit des Landes Südtirol bewertet, was nicht nur einer Einstufung entspricht, die zwei Stufen oberhalb jener des Staates liegt, sondern auch den ersten Platz unter den Regionen und Autonomen Provinzen bedeutet. „Das Rating könnte zwar noch besser sein, aber Südtirol wird nun einmal im gesamtstaatlichen Kontext bewertet“, so der Landeshauptmann. Positiv hervorgehoben hat Moody's vor allem die Möglichkeiten, die die Autonomie biete, das gesunde

Wirtschaftsfundament und die guten Haushalts-Ergebnisse des Landes.

„Die Bewertung, vor allem aber der Vergleich zu anderen Regionen zeigt, daß wir die Krise nicht nur auszusitzen probiert, sondern aktiv gegengesteuert haben“, so der Landeshauptmann, der eine ganze Reihe von Maßnahmen nennt, mit denen der Standort Südtirol gestärkt worden sei. „Der allerwichtigste ist dabei eine Entlastung von Bürgern und Unternehmen, und zwar auch und vor allem steuerlich“, so Kompatscher. So sei die No-Tax-Area für den Zuschlag auf die Einkommenssteuer IRPEF geschaffen worden, in Sachen Immobiliensteuer GIS und Wertschöpfungssteuer IRAP sei man den Unternehmen möglichst weit entgegen gekommen.

Doch nicht nur steuerlich hat die Landesregierung neue Weichen gestellt: „Wir stellen auch den gesamten Bereich der Wirtschaftsförderung auf neue Beine, um die Gießkanne endgültig zu verabschieden und noch gezielter zu fördern“, so Kompatscher. ■

EU-Investitionsoffensive

Die Europäische Kommission startete in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank (EIB) den Fi-Compass, einen neuen Beratungsdienst über die Finanzinstrumente im Rahmen der europäischen Struktur- und Investitionsfonds.

Dieser Dienst ist Teil der zentralen Beratungsplattform, die einen wichtigen Teil des neuen Investitionsprogramms der EU darstellt. Die Umsetzung des Investitionsprogramms schreitet schnell voran. Nur 50 Tage, nachdem Präsident Juncker Pläne für eine EU-Investitionsoffensive vorgestellt hatte, hat die Kommission am 19. Jänner bereits einen Legislativvorschlag für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) vorgelegt, der in der gesamten Europäischen Union mindestens 315 Mrd. Euro an privaten und öffentlichen Investitionen mobilisieren soll. Mit dem Fi-Compass gehen Kommission und EIB nun in rascher Folge die zweite Komponente des Investitionsprogramms an, um sicherzustellen, daß tatsächlich Investitionen in die Wirtschaft fließen. Dieser Beratungsdienst soll die technische Unterstützung verbessern (mit einer zentralen Beratungsplattform, über die öffentliche und private Projektträger jede erforderliche Unterstützung finanzieller und technischer Natur erhalten); außerdem soll den Investoren mehr Transparenz geboten werden. Im Laufe des Jahres soll zusammen mit der EIB eine „Pipeline“ tragfähiger Projekte eingerichtet werden.

Die neue Fi-Compass-Plattform wird auf einer zweitägigen Konferenz vorgestellt, an der auch Jyrki Katainen, Vizepräsident der Europäischen Kommission und Kommissar für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit, Corina Cretu, Kommissarin für Regionalpolitik, und Wilhelm Molterer, Vizepräsident der EIB, teilnehmen werden. Auf der hochrangig besetzten Konferenz werden sie mit Vertretern der Mitgliedsstaaten und Regionen zusammentreffen und Erfahrungen und bewährte Verfahren in Bezug auf die Konzeption und Verwendung dieser Instrumente austauschen.

Vor der öffentlichen Präsentation sagte Vizepräsident Jyrki Katainen: „Das Geld ist da, aber wir hören von den Investoren, daß sie gut strukturierte Projekte und Zugang zu klaren Informationen brauchen, um die Investitionsmittel in vertrauenswürdige Projekte zu lenken. Wir möchten den Aufbau der Plattform für technische Unterstützung beschleunigen, damit potentielle Investoren über eine



Foto: European Union, 2015

EIB-Vizepräsident Wilhelm Molterer (Österreichs Vizekanzler a.D.)

zentrale Anlaufstelle für Beratung und Unterstützung verfügen. Der Fi-Compass ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.“

Corina Cretu, Kommissarin für Regionalpolitik, kommentierte: „Ich begrüße den Start des Fi-Compass. Auf dieser Plattform können wir unsere Kenntnisse bündeln und damit ihre Wirkung vor Ort optimieren. Es gibt ausgezeichnete Beispiele, die als Anregung für andere Länder dienen können, insbesondere für diejenigen, die Schwierigkeiten haben, EU-Mittel abzurufen und deren wirksamen Einsatz zu gewährleisten. Ich möchte die Mitgliedsstaaten dazu aufrufen, die Investitionen, die über die Finanzinstrumente gelenkt werden, im neuen Programmzeitraum zu verdoppeln.“

EIB-Vizepräsident Wilhelm Molterer fügte hinzu: „Die EIB mit ihrer technischen, branchenbezogenen und länderspezifischen Erfahrung hat das Potential, eine ausgedehntere Nutzung von Finanzinstrumenten zu fördern. Sowohl die Kommission als auch die Mitgliedsstaaten erkennen diese Erfahrung an; wir werden sie nutzen, um die Empfänger von EU-Mitteln bei der Auswahl von Projekten mit hoher wirtschaftlicher Tragfähigkeit zu unterstützen.“

Das Investitionsprogramm zielt auf eine Verdoppelung des Einsatzes der Finanzinstrumente im Zeitraum 2014–2020 ab; ihre

Verwendung steigert die Rentabilität jedes in den Mitgliedsstaaten investierten Euros. Die von der Europäischen Kommission und der EIB eingerichtete Plattform Fi-Compass soll die Programm-Verwaltungsbehörden und Interessenträger besser auf die Nutzung dieser Finanzinstrumente vorbereiten und ihr Wissen in diesem Bereich vergrößern.

Zu den Finanzinstrumenten zählen Darlehen, Garantien, Kapitalbeteiligungen, Risikokapital und sonstige risikobehaftete Instrumente, unter Umständen in Kombination mit Zinsvergünstigungen oder Beiträgen zu Prämien für Bürgschaften. Sie stellen eine ressourceneffiziente Verwendung der EU-Haushaltsmittel zur Ankurbelung von Investitionen in die Wirtschaft dar.

Die Konferenz ist die erste einer Reihe von Maßnahmen im Rahmen der Vereinbarung, die die Kommission und die EIB sieben Jahre bindet. Die Beratungsplattform Fi-Compass wird den Mitgliedsstaaten und ihren Programm-Verwaltungsbehörden, aber auch Mikrokreditgebern Unterstützung bei der Entwicklung von Finanzinstrumenten sowie diesbezügliche Schulungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Sie wird im Laufe des Jahres durch eine Initiative für multiregionale Unterstützung ergänzt werden.

<http://www.fi-compass.eu>

Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2019

Verschuldungs- und Entschuldungsprozesse prägen weltweite Konjunkturaussichten

Der markante Rückgang der Rohölpreise stärkt die Konjunktur im Euro-Raum etwas. Mittelfristig wird sie aber von Nachfragemangel und schwacher Preisentwicklung dominiert; auch das Fehlen von Auf- und Abwertungsmöglichkeiten, insbesondere die relative Unterbewertung für Deutschland, hemmt die Wachstumsaussichten. Für die USA ist der Konjunkturausblick sehr günstig, da der Privatschuldenüberhang dank rascher Insolvenzen und großzügiger öffentlicher Budgetdefizite nach der Finanzmarktkrise rasch abgebaut wurde. In China nimmt der Wohlstand stark zu, aber auch die Verschuldung. In Japan sollte der Entschuldungsprozeß der Unternehmen in den nächsten Jahren abgeschlossen sein. In Rußland droht – trotz der mäßigen Auslandsverschuldung – eine neue Finanzmarktkrise.

Seit Mitte 2014 ist der Rohölpreis um knapp die Hälfte gesunken; Ende 2014 lag er unter 60 \$ je Barrel. Die Ausweitung des Angebotes in den USA und die Abnahme der Nachfrage in China und Teilen Europas ermöglichten diese Entwicklung. Die Vehemenz des Preisrückganges ergibt sich durch selbstverstärkende Spekulationseffekte anlässlich der Rußland-Krise. Da Preisspekulation stets mit erhöhter Volatilität einhergeht (Überschießen), dürfte der Rohölpreis schon 2015 wieder leicht nach oben korrigieren (auf 75 \$ je Barrel im Jahresdurchschnitt). Bis 2019 unterstellt die vorliegende Prognose einen Anstieg auf 105 \$; somit ist der Durchschnittspreis um rund 15 \$ niedriger als in der mittelfristigen WIFO-Prognose 2013.

Dies stärkt die Konjunktur im Euro-Raum etwas. Der anhaltend hohe Schuldenüberhang im privaten Sektor verringert die Konsum- und Investitionsmöglichkeiten aber nach wie vor. Die Nachfragestützung der öffentlichen Hand ist in weiten Teilen des Euro-Raumes zu gering, um eine Entschuldung des privaten Sektors zu ermöglichen. Zudem wächst die deutsche Wirtschaft – die größte Europas – über hohe Leistungsbilanzüberschüsse zulasten ihrer Handelspartner, statt die günstige Finanzierungslage für expansive Fiskalpolitik zu nutzen. Die vielfach mit der Euro-Finanzmarktkrise erhöhten Risikoaufschläge drücken die zu geringe private

Nachfrage zusätzlich. Dies dämpft wiederum die Inflation, was den Schuldenabbau weiter erschwert und die Realzinssätze erhöht. Neben der schwachen Preisentwicklung wird in den kommenden Jahren auch die Verschärfung der Fiskalregeln die Konjunktur belasten, da die hohe Liquiditätsbeschränkung im privaten Sektor expansive rickardianische Effekte (Mehrausgaben in der Gegenwart in Antizipation künftiger Steuerenkungen) nicht zuläßt. Der neue Investitionsplan der Europäischen Kommission sieht vor allem Bürgschaften für private Investitionen vor; die Ursache der Investitionsschwäche, mangelnde Absatzperspektiven wegen zu geringer Einkommenszuwächse, wird dadurch nicht behoben. Staatsanleihenkäufe der EZB werden die Zinsstrukturkurve abflachen und die Staatshaushalte entlasten. Zudem würden sie Finanzmarktstreß unterbinden, falls weitere Turbulenzen im Euro-Raum auftreten, etwa ein Austritt Griechenlands. Die reale Wachstumsrate beträgt im Euro-Raum mittelfristig 1,3 %.

Deutschlands durch Lohnzurückhaltung generierter Leistungsbilanzüberschuß bleibt auch mittelfristig hoch, da eine Aufwertung nicht möglich ist (der Euro wird wegen der weiteren geldpolitischen Lockerung eher abwerten). Die deutschen Exporte leiden aber unter dem Rückgang der Nachfrage aus Schwellenländern (insb. aus China); hingegen treten die Nachteile der impliziten Unterbewertung der Währung (Mangel an Importnachfrage gegenüber anderen engen Handelspartnern wie Frankreich und damit Schwächung von deren Konjunktur) immer stärker zutage. Daher hemmt der Währungsverbund die Konjunktur in den kommenden Jahren.

Auf Österreichs zweitwichtigstem Exportmarkt, Italien, wird die Wirtschaftsleistung neben der Nachfrageschwäche mittelfristig auch durch mangelhafte ordnungspolitische Rahmenbedingungen gestört. Bei der Durchsetzung vertraglicher Ansprüche ist die Justiz in Italien laut dem Doing-Business-Bericht der Weltbank (2014) äußerst ineffizient. Der administrative Aufwand von Unternehmen für die Steuerabfuhr ist in Italien bei Weitem der höchste innerhalb der EU.

Wie schon in der mittelfristigen WIFO-

Prognose 2013 ist der Konjunkturausblick für die USA weltweit am günstigsten. Eine schuldenfreundliche Insolvenzgesetzgebung sorgte für einen raschen Abbau des Privatschuldenüberhangs nach der Finanzmarktkrise. Darüber hinaus stützt ein großzügiges öffentliches Budgetdefizit die Konjunktur. Die Staatschuldenquote nimmt mittelfristig nicht zu – anders als im Euro-Raum, wo zwar die Neuverschuldung der öffentlichen Hand viel geringer ist, aber auch das Wirtschaftswachstum und die Inflation. Die reale Wachstumsrate beträgt in den USA mittelfristig 2,8 %.

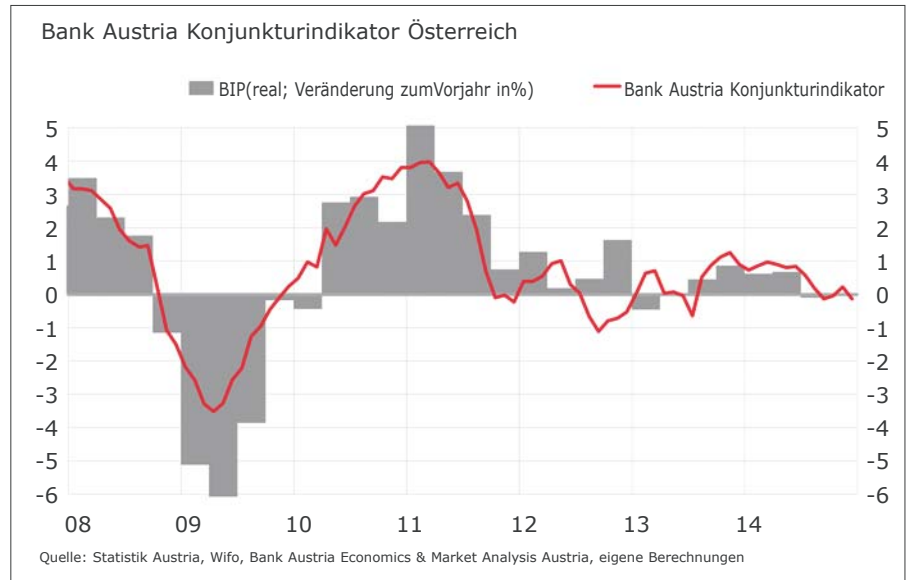
China dürfte auf Basis der Neuberechneten internationalen Kaufkraftparitäten die USA 2014 als weltgrößte Volkswirtschaft abgelöst haben. Das Wachstum verliert zwar weiter an Dynamik, bleibt weltweit aber am höchsten. Die in letzten Jahren markant gestiegenen Einkommen erhöhen Kaufkraft und Wohlstand, die Währung wertet weiter auf. Allerdings belasten die staatlich geförderte exzessive Investitionstätigkeit und die damit verbundenen Fehlallokationen die Wachstumsaussichten zunehmend. Die erheblich ausgeweiteten Schulden wurden in wenig transparente Zweckgesellschaften ausgelagert („Schattenbanken“) und bedrohen daher die Finanzmarktstabilität. Die reale Wachstumsrate beträgt in China mittelfristig 6 1/2 %. In Japan könnte die jahrelange Bilanzrezession überwunden werden, da die Entschuldung der Unternehmen abgeschlossen ist. Dadurch fällt die Einschränkung der Investitionstätigkeit von dieser Seite her weg. Die Wirtschaftspolitik wirkt insgesamt akkommodierend, die für 2017 geplante zweite Stufe der Mehrwertsteuererhöhung bleibt aber ein Risiko für die Konjunktur. In Rußland wird die Wirtschaft 2015 wegen des Rohölpreisverfalls schrumpfen. Die Abwertung des Rubel wirkt inflationstreibend, erhöht die Zahlungsausfälle im Bereich der Fremdwährungsschulden und belastet damit die in Rußland tätigen Banken. Sie mildert aber die negativen Effekte des Rohölpreisverfalls auf die Exporterlöse und den Staatshaushalt. Auch mittelfristig bleibt der Ausblick für die russische Wirtschaft getrübt, da die hohen Rohstoffpreise in der Vergangenheit – ähnlich wie in Brasilien – Defizite der Wirtschaftsstruktur überlagerten. ■

Österreichs Wirtschaft startet verhalten ins neue Jahr

Schwache Industriestimmung im europäischen Einklang aber nur in Österreich Konsumentenstimmung schlechter als im Vorjahr

Die zaghafte Konjunkturerholung zu Beginn hat sich im weiteren Jahresverlauf 2014 nicht mehr fortgesetzt. Seit Mitte 2014 fehlt es der österreichischen Wirtschaft an Schwung. „Der Bank Austria Konjunkturindikator ist im Dezember auf minus 0,1 Punkte gesunken. Damit ergibt sich für das Schlußquartal 2014 ein durchschnittlicher Indikatorwert von Null. Das läßt darauf schließen, daß die österreichische Wirtschaft auch im vierten Quartal nicht gewachsen ist“, meint Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer. Angesichts der schwachen zweiten Jahreshälfte hat das Wirtschaftswachstum im Gesamtjahr 2014 nur geschätzte 0,2 Prozent betragen, unverändert gegenüber 2013.

„Der erneute Rückgang des Bank Austria Konjunkturindikators in den Minusbereich im Dezember war von einer generellen Stimmungseintrübung in der heimischen Wirtschaft bestimmt, die vom allgemeinen Trend in Europa zum Teil abweicht“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Die Stimmung unter den heimischen Konsumenten sank im Dezember auf den Jahrestiefststand und von allen EU-Ländern hat sich einzig in Österreich die Verbraucherstimmung gegenüber 2013 verschlechtert.“ Nur noch während der Wirtschaftskrise 2009 war der Pessimismus unter den österreichischen Konsumenten größer, was mit der negativen Entwicklung am Arbeitsmarkt, angesichts der im europäischen Vergleich weiterhin weit günstigeren Lage in



Österreich nur unzureichend erklärt werden kann. Auch die heimischen Sachgütererzeuger schätzen die Geschäftslage etwas skeptischer als vor einem Monat ein, aber ebenso wie in der Industrie der wichtigsten europäischen Abnehmerländer, war die Stimmung 2014 insgesamt günstiger als im Jahr davor.

Verbesserte Rahmenbedingungen zeigen ab Frühjahr Wirkung

Zu Beginn des Jahres 2015 ist nach Einschätzung der Ökonomen der Bank Austria noch keine spürbare Konjunkturauffrischung zu erwarten. „Nach der Stagnation zu Ende

2014 sollte die österreichische Wirtschaft im ersten Quartal 2015 unterstützt durch den Außenhandel leicht expandieren. Mit bis zu 0,2 Prozent zum Vorquartal wird das Wirtschaftswachstum zu Jahresbeginn aber sehr bescheiden bleiben“, meint Bruckbauer.

Nach dem Winter besteht die Aussicht auf ein moderates Frühlingserwachen. „Die Rahmenbedingungen für die österreichische Wirtschaft haben sich in den vergangenen Wochen zu verbessern begonnen. Damit besteht die Chance, daß sich die derzeit skeptische Stimmung zu drehen beginnt. Insbesondere zwei Faktoren sollten der österreichi-

Österreich Konjunkturprognose					Schätzung	Prognose	
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,9	3,1	0,9	0,2	0,2	0,7	1,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,5	0,7	0,6	-0,1	0,3	0,6	0,9
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	1,5	0,7	0,6	-0,1	0,3	0,6	0,9
Inflationsrate (Vdg. z. Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,6	1,3	1,9
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	8,6	8,4
Beschäftigung (Vdg. z. Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	0,8	1,0
Öffentlicher Haushaltssaldo (in % des BIP)	-4,5	-2,6	-2,3	-1,5	-2,8	-1,9	-1,3

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen
Quelle: Bank Austria Economics & Market Analysis Austria

Wirtschaft

schen Wirtschaft ab dem Frühjahr zu mehr Schwung verhelfen: Der schwächere Euro und das billigere Öl“, so Bruckbauer. Der Euro hat seit Beginn des Herbsts 2014 gegenüber dem US-Dollar um rund 10 Prozent an Wert verloren. Das stützt die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft, wenn auch rund zwei Drittel des Außenhandels innerhalb der EU abgewickelt werden und von Wechselkursschwankungen unberührt bleiben. Der Ölpreis hat sich selbst gemessen in Euro innerhalb weniger Monate halbiert, ein Kostenvorteil für die österreichischen Produktionsbetriebe und ein Kaufkraftgewinn für die Konsumenten. „Der schwächere Euro und das billigere Öl werden ab dem Frühjahr ihre positive Wirkung auf die Konjunktur in Österreich voll entfalten können. Wir rechnen daher im Verlauf des Jahres mit einer Beschleunigung des Wirtschaftswachstums. Allein die Abschwächung des Euros wird das Wirtschaftswachstum in Österreich 2015 insgesamt um rund 0,3 Prozentpunkte heben und der Preisverfall des Erdöls wird zumindest 0,2 Prozentpunkte zusätzliches Wachstum ermöglichen“, so Bruckbauer. Nach dem Stillstand zu Jahresbeginn wird das Wirtschaftswachstum gegen Ende 2015 bis zu 1,5 Prozent im Jahresabstand erreichen. Im Jahresdurchschnitt ist ein Wirtschaftswachstum von 0,7 Prozent zu erwarten, daß sich 2016 weiter auf 1,5 Prozent erhöhen sollte.

Weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote 2015

In den nächsten Monaten werden die Impulse aus Europa, etwa durch die nachlassenden fiskalischen Zwänge sowie in geringem Ausmaß auch durch geldpolitische Anreize durch weitere unkonventionelle Maßnahmen der EZB die Erholung der österreichischen Wirtschaft festigen. Dennoch ist davon auszugehen, daß die Konjunktur zu schwach bleibt, um spürbare Wirkung am Arbeitsmarkt zu zeigen. „Für 2015 erwarten wir einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 5,1 Prozent bzw. gemäß der nationalen Berechnungsmethode auf 8,6 Prozent. Wir sind optimistisch, daß im Jahresverlauf 2015 eine Trendwende einsetzen wird, dazu muß sich jedoch der Anstieg des Arbeitskräftepotentials verlangsamen und die Konjunktur tatsächlich spürbar an Schwung gewinnen“, so Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Inflation sinkt dank Ölpreis

Der starke Preisverfall von Rohöl dämpft die Teuerung in Österreich mittlerweile

spürbar. Im Dezember ist die Inflationsrate in Richtung 1 Prozent-Marke gerutscht. „Im Jahresdurchschnitt 2014 betrug der Anstieg der Verbraucherpreise geschätzte 1,6 Prozent bzw. auf harmonisierter Basis 1,5 Prozent. Österreich hat damit 2014 erstmals überhaupt seit Berechnung des Preisindex Mitte der 1990er-Jahre und zudem mit klarem Abstand die höchste Inflationsrate aller Länder des Euroraums ausgewiesen“, meint Pudschedl. Im Euroraum betrug die durchschnittliche Inflation 2014 nur 0,4 Prozent. Die höhere Teuerung in Österreich hat klare hausgemachte Gründe. Dazu zählen Steuer- und Gebührenanhebungen oder auch steigende Arbeitskosten, die sich auf die Preise von Dienstleistungen auswirken und in einigen Branchen ein geringer Wettbewerb. Die

heimische Inflationsentwicklung wird in der ersten Jahreshälfte 2015 vom niedrigen Ölpreis stark gedämpft werden und zum Teil unter die Marke von 1 Prozent im Jahresvergleich sinken. Im zweiten Halbjahr wird der Ölpreiseffekt langsam auslaufen und es ist auch nachfragebedingt wieder mit einem leichten Anziehen der Inflation zu rechnen. „Mit höchstens 1,3 Prozent wird der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2015 unter dem Vorjahreswert bleiben. Österreich wird damit weiterhin einen Inflationsaufschlag gegenüber dem Euroraum aufweisen“, prognostiziert Pudschedl. In den vergangenen fünf Jahren sind in Österreich die Preise insgesamt um mehr als 3 Prozentpunkte stärker gestiegen als im Euroraum oder im Nachbarland Deutschland. ■

OeNB-Konjunkturindikator 1/2015

Das Wirtschaftswachstum in Österreich fiel im Lauf des Jahres 2014 enttäuschend aus. Die sich in der ersten Jahreshälfte abzeichnende Erholung realisierte sich aufgrund der geopolitischen Spannungen und einer Abschwächung der internationalen Konjunktur nicht. Nach einem Wachstum von 0,1 % in den beiden ersten Quartalen 2014 (jeweils zum Vorquartal) schrumpfte die österreichische Wirtschaft im dritten Quartal leicht (-0,1 %). Die Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom Jänner signalisieren für das vierte Quartal 2014 ein Wachstum um 0,1 % gegenüber dem Vorquartal. Ein Abgleiten in eine technische Rezession mit einer sinkenden Wirtschaftsleistung in zwei aufeinander folgenden Quartalen zeichnet sich damit nicht ab, ist aber nicht gänzlich auszuschließen. Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich damit ein Wachstum von +0,5 %. Für das erste Quartal 2015 wird nicht zuletzt aufgrund der niedrigen Rohölpreise und dem schwachen Eurowechselkurs eine leichte Beschleunigung auf +0,3 % erwartet.

Zahlreiche Faktoren bremsen zuletzt die österreichische Konjunktur: Exporteure sind vor allem durch die schwache Nachfrage der europäischen Handelspartner betroffen. So wurden in den ersten zehn Monaten 2014 nach Frankreich (-6,1 %), Italien (-0,7 %) und Deutschland (-0,1 %) weniger Güter geliefert. Darüber hinaus dämpfte der Rückgang der Ausfuhren nach Rußland (-7,7 %) die gesamte Exportaktivität. Für die Monate November (+1,7 %) und Dezember (+2,3 %) deutet der OeNB-Exportindikator auf eine leichte Beschleunigung des Exportwachstums

hin. Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich damit ein Wachstum der nominellen Güterexporte um 0,8 %. Der Wertverlust des Euro hat schon in den ersten zehn Monaten des Jahres 2014 zum deutlichen Plus der Ausfuhren in die USA (+7,9 %) und das Vereinigte Königreich (+6,7 %) beigetragen. Dieser positive Impuls für die österreichische Exportwirtschaft sollte auch in den kommenden Monaten bestehen.

Insgesamt sind die Absatzerwartungen aber weiterhin von einer hohen Unsicherheit geprägt. Die österreichischen Unternehmen sind daher sehr zurückhaltend bei ihrer Investitionstätigkeit. Die seit Jahresmitte 2014 langsam anziehende Kreditvergabe an Unternehmen und der wieder steigende Import von Vorleistungsgütern wie Maschinen und Fahrzeuge sind erste Zeichen für eine mögliche Erholung der Investitionstätigkeit. Von der derzeit schrumpfenden Bauwirtschaft geht kein Konjunkturimpuls aus.

Die Beschäftigung entwickelt sich derzeit trotz der schwachen Konjunktur erstaunlich robust. Nachdem der Beschäftigungszuwachs im dritten Quartal zum Stillstand gekommen war, haben die österreichischen Unternehmen im vierten Quartal wieder mehr Personen beschäftigt. Gleichzeitig steigt jedoch die Arbeitslosigkeit weiter an. Der private Konsum hat sich im Jahr 2014 nur sehr verhalten entwickelt. Die Kaufkraft der Haushalte profitiert derzeit jedoch vom starken Rückgang der Erdölpreise. Alleine der Rückgang der Erdölpreise in den letzten beiden Monaten erhöht das real verfügbare Haushaltseinkommen im Jahr 2015 um 0,8 %. ■

Immobilienverkäufe in Österreich 2014 auf Rekordniveau

Immobilienmarkt 2014 im Hoch: mehr Verkäufe als 2013 –
Mehr Angebot wirkt sich positiv für Käufer und Mieter aus

Mit einem Plus von über 15 % im Jahr 2014 kann man durchaus von einem boomenden Immobilienmarkt sprechen: Wesentlich mehr Verkäufe und damit mehr Verbücherungen verzeichnet das Grundbuch. RE/MAX, die Nummer 1 in der Immobilienvermittlung in Österreich, konnte die vorherrschende Marktsituation optimal nutzen und das Umsatz-Ergebnis des Vorjahres um +17 % übertreffen.

Immobilienmarkt 2014 im Hoch: mehr Verkäufe als 2013

Das Jahr 2014 brachte einen spürbaren Anstieg an Immobilienverkäufen. Die endgültigen Zahlen wird der RE/MAX Immo Spiegel im März 2015 offenbaren. Mehr als 15 % Plus ergeben derzeit die Hochrechnungen. „Der Immobilienmarkt ist 2014 auch mengenmäßig wieder gut in Schwung gekommen. Die Angebotssituation führte in vielen Regionen zu Preiskorrekturen. Ein größeres Objektangebot war im Vergleich zu 2013 in allen Bundesländern zu verzeichnen. Auch 2015 ist weiter mit einem leicht steigenden Immobilienangebot zu rechnen. Dies führt dazu, daß auch im kommenden Jahr kaum Preisanstiege zu erwarten sind, im Gegenteil, in vielen Regionen ist mit weiteren – wenn auch moderaten – Preisrückgängen zu rechnen“, so Bernhard Reikersdorfer, Geschäftsführer von RE/MAX Austria.

2015: Mehr Angebot wirkt sich positiv für Käufer und Mieter aus

Die prognostizierte Stimmung am Immobilienmarkt für 2015 in Österreich spricht für die Immobilienkäufer und Mieter: Die Nachfrage nach Häusern, Wohnungen und Grundstücken bleibt nahezu unverändert (-0,1 %), das Angebot an Immobilien steigt deutlicher als im Vorjahr, nämlich um +2,4 % und der Preis sinkt um -2,3 %. „Die Immobilien-Großwetterlage für 2015 lautet wie bereits 2014: Das Immobilien-Angebot wird steigen und bei einer insgesamt gleichbleibenden bis leicht rückläufigen Immobilien-Nachfrage werden generell die Immobilienpreise eher sinken. Das sagt die Summe der Erwartungen der 500 RE/MAX-Immo-

bilien-Experten für 2015. Je nach Immobilientyp, Preissegment, Lage und Bundesland gibt es natürlich erhebliche Unterschiede. Darum haben wir heuer wieder die 17 wichtigsten Kombinationen aus Lage und Immobilien-Typ separat nach Angebot, Nachfrage, Preis und Bundesland analysiert“, erklärt Anton E. Nenning, RE/MAX Managing Director.

Trends differieren in unterschiedlichen Preissegmenten

Im oberen Preissegment sinkt die Immobilien-Nachfrage um -4,9 %, das Angebot steigt leicht mit +0,8 % und der Immobilien-Preis sinkt um -3,8 %. „Diese Nachfrage- und Preis-Prognose für die gehobene Preisklasse ist für 2015 wiederum deutlich pessimistischer als für 2014 – und die war schon pessimistischer als für 2013. Jahr für Jahr sinken die Nachfrage- und Preiserwartungen um jeweils minus 2 Prozentpunkte, allerdings sind die Erwartungen jetzt schon wieder besser als im Sommer 2014“, erläutert Nenning.

Im mittleren Preissegment bleibt die Immobilien-Nachfrage mit -0,1 % beinahe konstant und ist damit um -0,5 % unter der Vorjahreserwartung. Das Immobilien-Angebot im mittelpreisigen Segment steigt um +1,9 % und liegt damit um +1,1 % über der Vorjahreserwartung. Die Preise im mittleren Segment werden um -1,8 % nachgeben. Die Prognosen sind insgesamt also um rund einen Prozentpunkt pessimistischer als für 2014, aber die Veränderungen nach unten sind insgesamt nur ein Drittel derer von 2013 auf 2014.

Im unteren Immobilien-Preissegment zieht die Nachfrage um +5,8 % an. Das ist um +0,6 % mehr als noch 2014, aber in etwa gleichauf mit 2013 und um -1,4 % geringer als für 2012. Das Angebot im unteren Segment soll um +1,9 % steigen. Die Preiserwartungen liegen damit nur um +0,3 % über dem Jahr 2014 und damit nur bei einem Drittel der Preissteigerungsprognose für 2014.

„Die Immobilien-Preisformel für 2015 wird lauten: Hochpreisige Immobilien haben mit einer Preiskorrektur von rund -4 % nach

unten zu rechnen, mittelpreisige mit einem Minus von knapp zwei Prozentpunkten und im günstigen Segment werden die Preise nur in der Größenordnung der Sparbuchzinsen, also unmerklich, anziehen“, meint Nenning.

Die Lage und der Objekttyp entscheiden...

Mietwohnungen in Top-Lagen: größte Nachfrage, aber schwächer als zuvor

Für 2015 erwarten die RE/MAX-Immobilien-Experten die größte Nachfrage – wie in den Vorjahren – bei den Mietwohnungen in zentraler Lage mit +6,8 %. Das ist mehr als bei allen anderen Immobilientypen, aber weniger als in den Vorjahren.

Das Mietwohnungs-Angebot wird in zentralen Lagen um +1,8 % und die frei zu vereinbarenden Mietzinse um +3,1 % steigen, immerhin um einen Prozentpunkt weniger als 2014 (+4,1 %).

Der Mietzins in zentralen Lagen wird zwar stärker steigen als alle anderen Immobilienpreise, aber doch nur mehr halb so schnell wie 2012. Also selbst in Top-Lagen nähert man sich der Normalität.

Eigentumswohnungen in Top-Lagen: weniger Zuwachs

Bei Eigentumswohnungen in zentralen Lagen steigt die Nachfrage zwar um +4,5 %, dies ist allerdings um mehr als ein Drittel weniger als noch 2013 (damals +7,0 %). Das Angebot zentral gelegener Eigentumswohnungen wächst um +1,1 %. Das ist zwar weniger, als nachgefragt wird, aber doch um +0,8 % mehr als 2014. Damit fällt die Erwartung eines Preisanstieges für Eigentumswohnungen in bester Lage mit +2,5 % deutlich geringer aus als noch für 2014 (+3,8 %) und nur mehr halb so hoch wie noch für das Jahr 2013 (+5,9 %).

Mietwohnungen am Stadtrand im Plus und am Land im Minus

Mietwohnungen am Stadtrand liegen noch im Aufwärtstrend. Sie werden um +1,6 % geringfügig stärker nachgefragt als 2014. Auch das Angebot an Mietwohnungen wächst am Stadtrand um +1,6 % und damit soll der Mietzins für frei zu vereinbarenden Mieten

Wirtschaft

moderat um +0,4 % steigen. Dies ist nur mehr halb so stark wie für 2013 oder ein Viertel von 2012. Mietwohnungen in Landgemeinden kämpfen unentwegt mit einer schwächeren Nachfrage (-2,5 %), mehr Angebot (+1,0 %) und bieten aber dafür mit -2,6 % fallende Mietpreise.

Eigentumswohnungen am Stadtrand und am Land: billiger

Für Eigentumswohnungen am Stadtrand wird noch eine leicht steigende Nachfrage von +0,6 % erwartet. Das Wohnungsangebot für Eigentum wächst 2015 am Stadtrand um +1,8 %, der Preis für Eigentumswohnungen soll folgerichtig um -0,9 % sinken. Eigentumswohnungen in Landgemeinden werden 2015 weiter mit weniger Nachfrage (-3,5 %) zu kämpfen haben. Beim Angebot ist mit einem Plus von +0,7 % zu rechnen und der Eigentumswohnungspreis am Land wird dementsprechend um -3,9 % sinken. „Der Traum der eigenen Wohnung lässt sich am günstigsten in den Landgemeinden verwirklichen. Dies ist für Wohnungs-Suchende sicherlich eine durchaus interessante und überlegenswerte Option“, meint Nenning.

Penthouses, Lofts und Maisonetten: weniger hipp als zuvor

Penthouses, Lofts und Maisonetten, die trendigen Luxus-Wohnformen der Stadt, werden nach Meinung der RE/MAX-Immobilien-Experten eher an Interessenten verlieren: Eine sinkende Nachfrage von -2,5 %, ein konstantes Angebot +/- 0 % und ein Minus von -1,9 % beim Preis werden in dieser Objektkategorie erwartet.

Einfamilienhäuser: wie gehabt

Die Wunschimmobilie der Österreicherinnen und Österreicher ist am Stadtrand und am Land definitiv das Einfamilienhaus. Die Einfamilienhaus-Nachfrage wird mit +1,4 % weiter gut bleiben und das Angebot leicht steigen (+1,1 %). Damit sollte der Preis für Einfamilienhäuser theoretisch konstant bleiben oder minimal anziehen, die Erwartungshaltung der Experten liegt jedoch exakt wie vor einem Jahr bei einem leichten Preisrückgang von -0,4 %. Dazu Nenning: „Der Markt für Einfamilienhäuser entwickelt sich im Großen und Ganzen konstant, eine gute Nachfrage von Eigennutzern ist weiterhin gegeben.“

Baugrundstücke: sehr positiv

Baugrundstücke sind eine der wenigen Immobilientypen mit positiver Tendenz: Sie dürfen 2015 auf eine leichte Verstärkung der

Nachfrage hoffen (+1,3 %) und mit einem leicht sinkenden Angebot (-1,1 %) rechnen. Damit ist mit einem Preisanstieg für Baugrundstücke von +1,9 %, also über der wahrscheinlichen Inflationsrate, zu rechnen. „Speziell Baugrundstücke ohne Bauverpflichtung sind weiterhin sehr begehrt“, so Nenning.

Land- und forstwirtschaftliche Flächen: moderat im Plus

Auch für land- und forstwirtschaftliche Flächen, also Wiesen, Ackerland, Wald und Weingärten, stehen die Zeichen günstiger als vor einem Jahr: Einer konstanten Nachfrage von +/- 0 % steht ein eingeschränkteres Angebot von -2,3 % gegenüber. Die Preise für land- und forstwirtschaftliche Flächen werden voraussichtlich mit +0,5 % moderat steigen.

Wohnobjekte in Einzellagen und Wochenendhäuser: nur an Piste oder See

Geringe Bewegungen sind bei Wohnobjekten in Einzellage zu erwarten: -0,5 % bei der Nachfrage, +0,4 % beim Angebot und beim Preis für Einzellagen-Immobilien ein leichtes Minus von -1,3 %.

Ebenfalls konstant, nämlich konstant wenig begehrt, sind Wochenendhäuser: Minus -6,0 % in der Nachfrage und ein Angebot von +1,2 % führen zu einer Preiserwartung für Wochenendhäuser von -5,4 %. „Von diesem schwachen Markt ausgenommen sind natürlich Wochenend-Domizile in begehrten Skiregionen bzw. Seeliegenschaften mit schönem Ausblick oder gar in der ersten Reihe“, meint Nenning.

Stadt- und Zinshäuser: pessimistischer

Auch die klassischen Anlage-Immobilien im großen Stil, die Stadt- und Zinshäuser, erwarten für 2015 keine besonderen Highlights, sondern ein schwächeres Szenario als in den Jahren zuvor: Die Zinshaus-Nachfrage wird um -1,0 % und das Angebot um -1,6 % nachgeben. Das wird der Zinshauspreis mit -1,9 % spüren. Die Preiserwartung für Zinshäuser 2015 ist um -1,1 % pessimistischer als noch für das Jahr 2014.

Gewerbeimmobilien: gedämpfte Nachfrage

Der Gewerbe-Immobilienmarkt erholt sich auch im Jahr 2015 nicht wirklich: Die Nachfrage-Erwartungen für Gewerbeimmobilien bleiben weiterhin gering: Sie liegen für 2015 noch tiefer als schon für 2014, nämlich zwischen -5,4 % und -7,1 %!

Betriebsgrundstücke

Das Angebot wird um +0,5 % leicht steigen und der Preis für Bauland-Betriebsgebiet um -4,7 % nachgeben. Betriebsgebäude: Das Angebot wird um +2,3 % steigen und der Preis um -4,7 % sinken.

Geschäftslokale und Handelsflächen

kämpfen mit einem steigenden Angebot von +3,7 % und einem Preisrückgang von -5,7 % (dies trifft vor allem die Randlagen, Ausnahmen sind natürlich die Top-Einkaufstraßen und die Shopping-Center).

Für freie Büroflächen wird das Angebot um +3,0 % zunehmen. Dies soll wie bereits im Jahr zuvor eine Preiskorrektur von -5,2 % nach sich ziehen. „Während es bei neuen, modernen Neubau-Bürogebäuden zumindest vereinzelt positive Signale gibt, sind vor allem ältere Büroflächen ohne hochwertige Ausstattung und einer entsprechenden Infrastruktur schwer vermietbar“, so Nenning.

RE/MAX-Empfehlung für 2015 lauten ähnlich wie für 2014

2015 wird ein gutes Jahr für Immobilienkäufer und Mieter werden, da das Immobilien-Angebot weiter steigt und Preissteigerungen – mit wenigen Ausnahmen – nicht zu erwarten sind. Das historisch niedrige Zinsniveau spricht für die Devise: „Kaufen statt mieten, lieber Darlehensrückzahlung als ewige Mietenzahlung.“

RE/MAX: Erfolgreichstes Jahr seit Bestehen und neue Pläne

Der RE/MAX-Organisation in Österreich ist es gelungen, das exzellente Ergebnis des Vorjahres deutlich zu übertreffen. „Ein Umsatzplus von +17 % ist in diesen Zeiten nicht selbstverständlich. Das gute Service der hervorragend ausgebildeten Netzwerk-Partner, die starke Marke und das flächendeckende Netzwerk sind wohl die Gründe für dieses tolle Ergebnis“, freut Bernhard Reikersdorfer, Geschäftsführer von RE/MAX Austria, über den Ausbau der Marktführerschaft in der heimischen Immobilienbranche.

Für das Jahr 2015 sind die Ziele wieder ambitioniert: „Neben der Steigerung der Marktanteile ist vor allem die Verdichtung des RE/MAX-Netzwerks zum Wohle der Kunden von großer Bedeutung“, so Reikersdorfer. Standorte in Linz, Schwaz in Tirol, Villach, Graz und in Wien 5, 6, 11 und 20 haben soeben eröffnet bzw. werden in den ersten Monaten des Jahres 2015 eröffnen. ■

<http://www.remax.at>

Wirtschaft

Urlaub ist und bleibt für Herrn und Frau Österreicher wichtig

Trotz der trüben wirtschaftlichen Stimmung und der gedämpften Konsumlust planen Herr und Frau Österreicher 2015 in vielen Bereichen des täglichen Lebens höhere Ausgaben als im Vorjahr. Das geht aus der alljährlich zum Jahreswechsel veröffentlichten Studie des Versicherungsunternehmens Generali Österreich hervor. Die Top-Positionen bei den geplanten Mehrausgaben belegen demnach die Bereiche Wohnen mit 19 %, Urlaub mit 18 % und Ernährung bzw. ex æquo Gesundheit mit 17 %. Die größten Einsparungsmöglichkeiten sehen die Österreicherinnen und Österreicher 2015 bei Mode mit 15 %, beim Urlaub mit 14 % und bei der Sparfreude mit 14 %.

Rainer Ribing, Geschäftsführer der Bundespartei Tourismus und Freizeitwirtschaft in der Wirtschaftskammer Österreich: „Auch wenn die Prozentzahlen von Jahr zu Jahr etwas schwanken, so hält sich der Bereich ‚Urlaub‘ konstant unter den Top-3-Nennungen bei den geplanten Mehrausgaben für das jeweils Neue Jahr. Das belegt den unverändert hohen Stellenwert des Urlaubes für Herrn und Frau Österreicher.“



Foto: <http://www.bilderbox.com>

Daß der Wert für Urlaub von 24 auf 18 % gesunken ist, ist für Ribing – gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Unsicherheit – nicht überraschend: „Der längerfristige Vergleich der Generali-Studien zeigt immer wieder geringe Schwankungen bei den Präferenzen: Entfielen auf den Urlaub in der Befragung für 2012 18 % (Platz 2), so waren

es für 2013 22 % (Platz 2) und genau vor einem Jahr 24 % (Platz 1). Jetzt liegt der Wert wieder bei 18 % und auf Platz 2.“ Umgekehrt wollen aktuell 14 % der Österreicher 2015 für Urlaub weniger ausgeben (Platz 3). Dieser Wert liegt geringer als vergleichsweise für 2014 mit 16 % (Platz 3) oder für 2012 mit 17 % (Platz 1). ■

Flughafen Wien 2014: Passagierrekord von 22,5 Millionen

Das Jahr 2014 ist trotz krisen- und streikbedingter Herausforderungen für den Flughafen Wien gut verlaufen. Drei neue Langstrecken, sechs neue Airlines und Erweiterungen bei Frequenzen und Destinationen brachten einen Passagierzuwachs von 2,2 % auf 22,5 Mio. Passagiere. Nach einem zu erwartenden Passagierminus im ersten Quartal des Jahres 2015 erwartet die Flughafen Wien AG für das Gesamtjahr bei anhaltend schwierigem Marktumfeld eine Passagierentwicklung von 0 bis plus 2 %, sowie Steigerungen bei Umsatz, EBITDA und Nettoergebnis.

Erfolgreiches Verkehrsjahr 2014

„Neue Airlinekunden und Flugangebote für den Standort Wien zu gewinnen ist unser klares strategisches Ziel und hier konnten wir 2014 gemeinsam mit unseren Partnern vor allem auf der Langstrecke und bei neuen Destinationen gute Erfolge verzeichnen. Auch bei der Servicequalität wurde viel erreicht, über 120 Einzelmaßnahmen haben wir bereits umgesetzt und mit dem neu gestalteten Pier West wurde ein neuer Benchmark am Flughafen Wien geschaffen“, erläutert Julian Jäger, Vorstand der Flughafen Wien

AG. Und weiter: „Dennoch sind die Auswirkungen der Krisensituationen in Rußland und der Ukraine sowie im Nahen und Mittleren Osten wie auch die streikbedingten Flugausfälle und die allgemein verhaltene Konjunkturlage auch am Flughafen Wien spürbar. Daher rechnen wir zwar im ersten Quartal 2015 mit einem Passagierrückgang, für das Gesamtjahr 2015 erwarten wir aber eine leicht steigende Passagierentwicklung zwischen 0 und plus 2 %.“

Der Passagierverkehr nach Nordamerika nahm mit 27,8 % Wachstum gegenüber dem Vorjahr stark zu, was vor allem auf die neue Streckenaufnahme nach Newark und die Aufstockung nach Chicago durch Austrian Airlines zurückzuführen ist. Auch nach Westeuropa hat sich der Verkehr gut entwickelt, hier stiegen die Passagierzahlen im Jahr 2014 um 3,0 % an. Auch in den Nahen und Mittleren Osten verzeichnete der Flughafen Wien ein Verkehrswachstum von 3,1 %. Nach Osteuropa wirkte sich vor allem die Krisensituation in Rußland und der Ukraine aus, hier ging das Verkehrsaufkommen um 6,5 % zurück.

Das höchste Passagieraufkommen verzeichnete die Destination Frankfurt mit

680.895 Passagieren, gefolgt von Zürich mit 476.290 und London mit 461.630 Passagieren. In der Region Osteuropa war Moskau mit 329.513 Passagieren die Destination mit dem höchsten Passagieraufkommen vor Bukarest mit 201.929 und Sofia mit 162.265 Fluggästen. In der Region Naher und Mittlerer Osten liegt Dubai mit 232.128 Passagieren vor Tel Aviv mit 157.155 und Doha mit 48.069 Reisenden. Die meisten Passagiere auf der Langstrecke konnte Bangkok mit 115.726 Fluggästen verbuchen, gefolgt von New York mit 86.284 Fluggästen und Tokio mit 73.715 Fluggästen.

Im Ranking der Airlines gemessen am Passagieranteil führt die Austrian Airlines Group mit 47,7 %, vor NIKI mit 11,0 %, airberlin mit 6,2 % und Lufthansa mit 4,8 %. Unter den Top-Ten-Airlines Wien liegen ausserdem germanwings mit einem Anteil von 3,2 % am Gesamtpassagieraufkommen, sowie Turkish Airlines mit 2,2 %, British Airways mit 1,8 %, SWISS mit 1,7 %, Emirates mit 1,6 % und KLM mit 1,4 % Passagieranteil. In diesem Ranking verzeichneten die Fluglinien Vueling, TAP Portugal und Alitalia die stärksten Zuwächse. ■

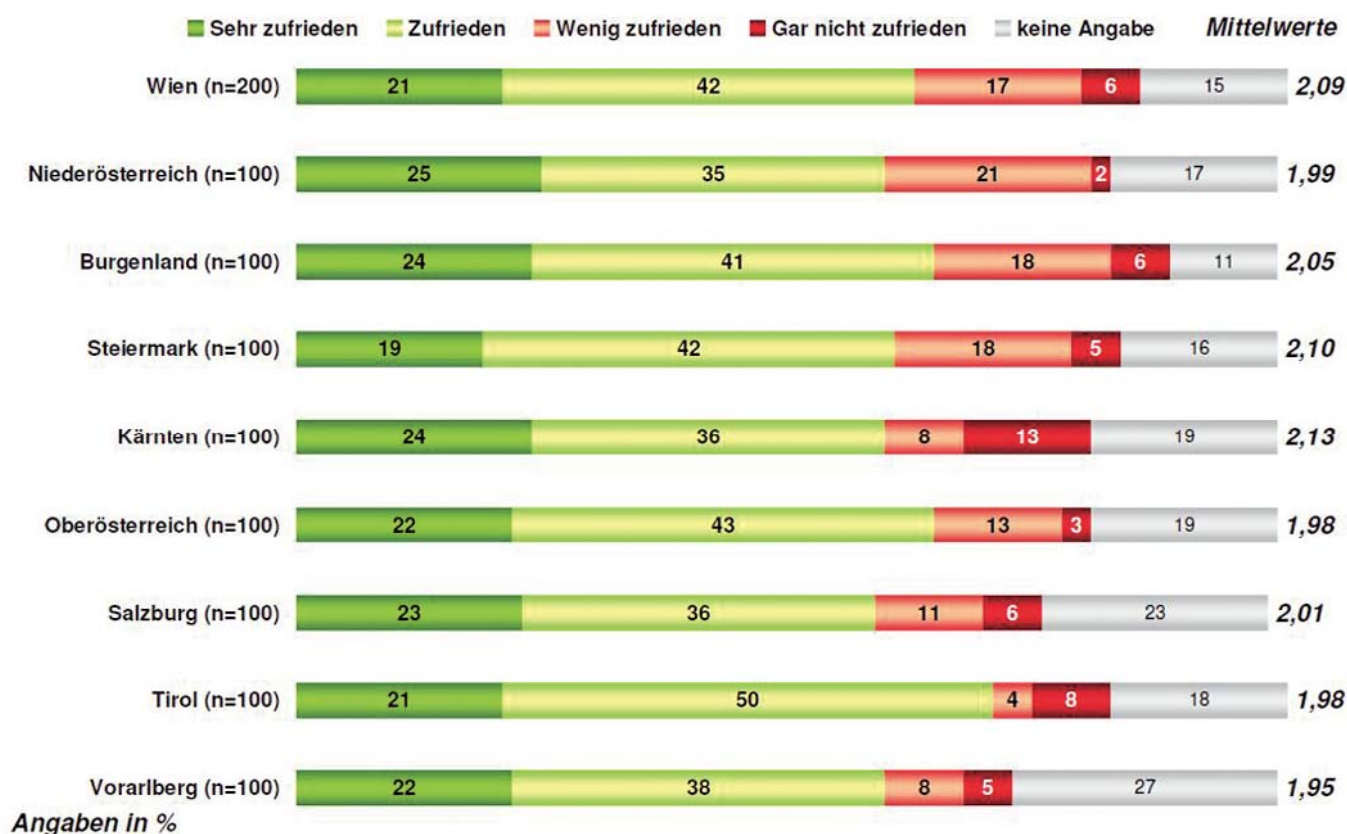
<http://www.viennaairport.com>

Mit Kinderbetreuung zufrieden

Der Gemeindebund wollte über Zahlengrundlagen hinaus wissen, wie gut oder schlecht die Kinderbetreuungseinrichtungen in der Wahrnehmung der betroffenen Eltern sind – Grundsätzlich gutes Zeugnis für die Arbeit der Gemeinden

das
österreichische
Gallup Institut

Zufriedenheit mit der Betreuung für 6 bis 14jährige Kinder nach Bundesland



Die Kinderbetreuung ist immer wieder im Zentrum der Kritik. Bei einer Umfrage wurden nun die Eltern mit Kindern unter 14 Jahren befragt und stellen der Arbeit der Gemeinden grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus. „Für uns als größte Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen ist es wichtig, von Zeit zu Zeit zu erheben, ob wir aus Sicht der Menschen auch die richtigen Angebote machen“, so Prof. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebunds. „Jede/r Bürgermeister/in kennt zwar die Bedürfnisse in der eigenen Gemeinde sehr genau, ein gesamtösterreichischer Überblick hat bislang aber gefehlt.“ Die Zahlen wurden nun im Zuge einer Pressekonzferenz am 14. Jänner in Wien präsentiert.

Zahlen, Fakten zur Kinderbetreuung in Österreich

In Österreich gibt es 4999 öffentliche Kinderbetreuungseinrichtungen. Davon stehen 4934 in Trägerschaft der Gemeinden, 32 erhält der Bund, 33 die Bundesländer. Diese kommunalen Betreuungseinrichtungen teilen sich in 606 Kinderkrippen, 3375 Kindergärten, 620 Horteinrichtungen und 333 altersgemischte Betreuungseinrichtungen auf. Dazu kommen noch 3336 privat geführte Einrichtungen, die von Vereinen, Glaubensgemeinschaften oder Privatpersonen betrieben werden.

Die Betreuungsquote bei 0- bis 2-jährigen lag 2013 im österreichischen Durchschnitt bei 23 Prozent, bei 3- bis 5-jährigen Kindern bei 90,9 Prozent. Rund 333.000 Kinder be-

suchen eine Betreuungseinrichtung, davon rund 211.000 einen Kindergarten, ca. 28.000 eine Kinderkrippe, 55.000 eine Hortgruppe und 39.000 Kinder eine altersgemischte Einrichtung. Insgesamt bestehen 17.899 Gruppen, der Personalstand liegt bei 53.000 Personen, wenn man private und öffentliche Einrichtungen zusammenzählt. 176.000 Kinder werden von den Gemeinden in Kindergärten oder Krippen betreut (ohne Wien).

Gemeinden lassen sich Kinderbetreuung was kosten

Für diesen Bereich (vorschulische Erziehung) wendet eine Gemeinde durchschnittlich 5.682 Euro pro Kind und Jahr auf, in Summe also mehr als eine Milliarde Euro (ohne Wien).

Chronik

Große Umfrage im Auftrag des Gemeindebundes

„Der Gemeindebund wollte über diese Zahlengrundlagen hinaus wissen, wie gut oder schlecht die Kinderbetreuungseinrichtungen in der Wahrnehmung der betroffenen Eltern sind. Wir haben daher gemeinsam mit Gallup eine repräsentative Befragung durchgeführt und 1000 Menschen mit Kindern unter 14 Jahren zu verschiedenen Aspekten der Kinderbetreuung befragt. Für uns als größte Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen ist es wichtig, von Zeit zu Zeit zu erheben, ob wir aus Sicht der Menschen auch die richtigen Angebote machen“, so Mödlhammer. „Jede/r Bürgermeister/in kennt zwar die Bedürfnisse in der eigenen Gemeinde sehr genau, ein gesamtösterreichischer Überblick hat bislang aber gefehlt.“

Zufriedenheit bei Kindergärten am höchsten

„Auf Basis dieser Befragung läßt sich die Debatte darüber, welche Notwendigkeiten im Ausbau bestehen, auch sachlicher führen“, so Mödlhammer. „Wir waren zuletzt ja



Foto: Österreichischer Gemeindebund

Prof. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

auch immer wieder mit Forderungen diverser Lobbies nach höheren Ausbildungsgraden konfrontiert, jetzt haben wir eine empirische Grundlage, die diesen Forderungen eine Meinungslage der betroffenen Eltern gegenüber stellt.“

Insgesamt, so Mödlhammer, seien die Ergebnisse durchwegs sehr erfreulich. „Die

Zufriedenheit mit unseren Leistungen ist durchwegs hoch. Dort, wo die öffentliche Diskussion am lautesten ist – nämlich bei den Kindergärten – ist die Zufriedenheit am höchsten. Im Bereich der Kleinkind-Betreuung haben wir aber einen Ausbaubedarf, ebenso wie in der schulischen Nachmittagsbetreuung.“

Die Ergebnisse der Gallup-Befragung im Detail

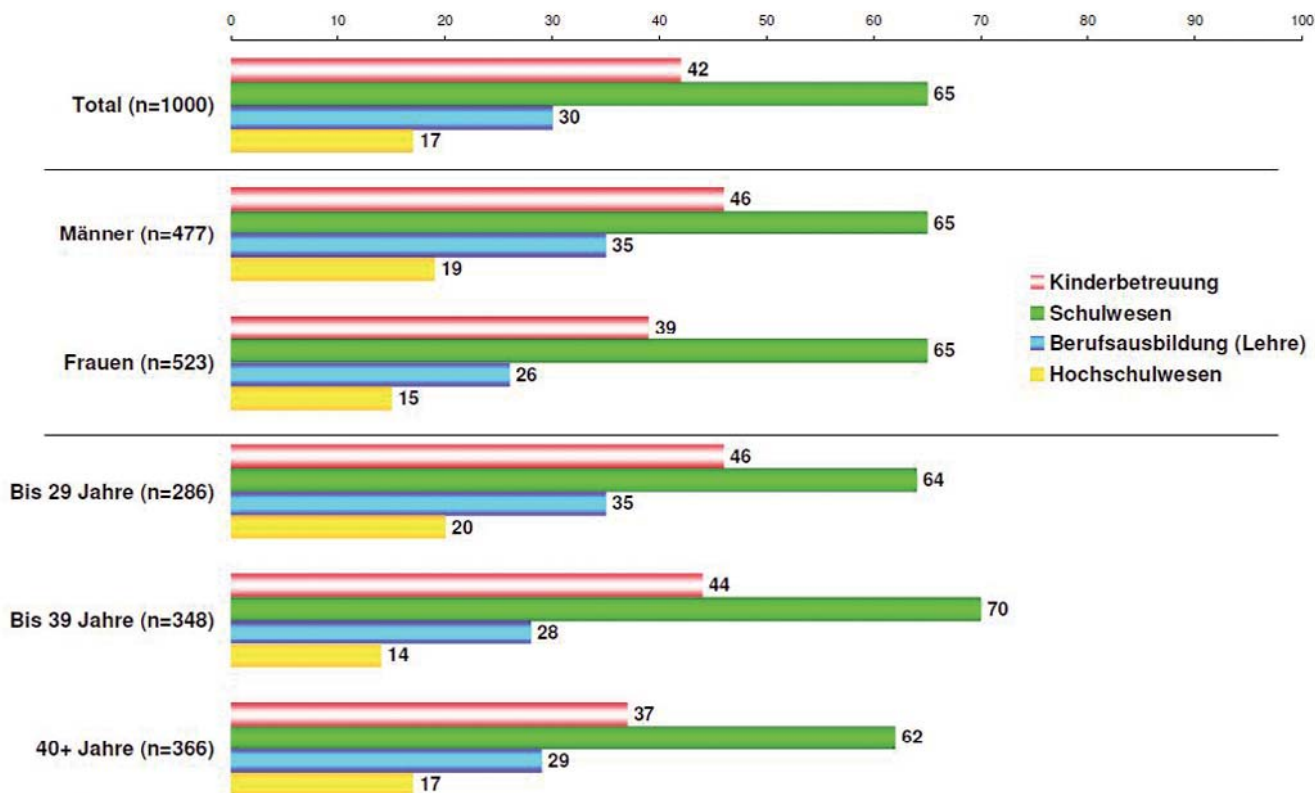
Wenn man jeweils die Werte für „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ zusammenzählt, dann liegt die Zufriedenheit mit den Betreuungseinrichtungen für 0- bis 2,5jährige bei 52 Prozent. Mit der Betreuung in Kindergärten (2,5 bis 6 Jahre) sind 69 Prozent zufrieden, bei der schulischen Nachmittagsbetreuung geben 63 Prozent ihre Zufriedenheit zu Protokoll.

„Für die Kindergärten verzeichnen wir also sehr, sehr gute Werte. Auch die Qualität der schulischen Nachmittagsbetreuung ist im Grunde in Ordnung, wenn man bedenkt, daß hier noch viel zu tun ist und diese Betreuungsform noch nicht in jeder Schule verfü-

das
österreichische
Gallup Institut

In welchen Bereichen sollte künftig mehr investiert werden?

Total sowie nach Geschlecht und Alter der RespondentInnen



Angaben in %

Mehrfachnennungen

Chronik

bar ist.“ Handlungsbedarf sieht Mödlhammer beim Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder. „Hier haben wir sicherlich noch Aufholbedarf.“ Interessant ist hier auch ein Blick auf die Bundesländer, in denen es zum Teil durchaus merkbare Abweichungen gibt. Insgesamt habe sich – wie eine weitere Frage zeigt – das Angebot in der Kinderbetreuung in den letzten Jahren merkbar verbessert, 62 Prozent der befragten Eltern sehen das so.

Wer finanziert Kinderbetreuung?

Eine nur zum Teil realistische Einschätzung besteht bei den Befragten auch darüber, wer denn die Kinderbetreuung in der Hauptsache finanziert. 47 Prozent geben die Gemeinden als Hauptfinanzierer an, 26 Prozent glauben, daß die Bundesländer den größten Anteil tragen, immerhin zehn Prozent sind der Meinung, daß der Bund die Kinderbetreuung finanziert.

Größter Reformbedarf nicht bei Kinderbetreuung, sondern im Schulwesen

„Sehr interessante, wenn auch für mich nicht überraschende, Ergebnisse bringt die Frage, wo die Menschen den größten Reformbedarf sehen“, berichtet Mödlhammer. „55 Prozent sagen: Im Schulwesen muß endlich etwas geschehen. Das bestätigt unsere Einschätzung, daß die Kinderbetreuung in Österreich in wesentlichen Teil gut funktioniert und auch geschätzt wird. Die Großbaustelle ist eindeutig der Schulbereich. Auch hier sind wir in den Gemeinden als Schulerhalter aller Pflichtschulen sehr an Reformen interessiert. Das Bildungswesen braucht diesen Reformschub ganz dringend, in vielerlei Hinsicht“, so Mödlhammer.

Ausbildung der KindergartenpädagogInnen entspricht Erwartungen

Mit der Ausbildung der MitarbeiterInnen in den Kindergärten sind die Menschen mit sehr großer Mehrheit zufrieden. 79 Prozent geben hier an, daß sie mit dem Ausbildungsstand sehr zufrieden sind. Nur zehn Prozent halten eine verpflichtende Akademisierung der KindergärtnerInnen für unbedingt notwendig, weitere 29 Prozent können sich das vorstellen. „Das ist für uns ein wichtiges Ergebnis, weil die Lobby jener, die auf diese Akademisierung drängen, zwar nicht besonders groß, aber in der Öffentlichkeit dafür umso lauter ist. Tatsache ist, daß unsere Ausbildungsstandards in weiten Teilen jenen entsprechen, die international als akademisch gelten“, so Mödlhammer. „Ich glaube

daher nicht, daß wir hier den größten Handlungsbedarf haben.“

Was ist in der Kinderbetreuung nun zu tun?

Auf Basis der Befragungsergebnisse sieht Mödlhammer mehrere Aufgaben, die im Bereich der Kinderbetreuung auf die Gemeinden, aber auch auf Bund und Länder zukommen.

Ausbau der Kleinkindbetreuung

Das muß ein Schwerpunkt in den kommenden Jahren sein. Die Arbeitsverhältnisse der Menschen verlangen, daß wir in den Gemeinden ein Angebot an Betreuung für 0- bis 2,5jährige bereitstellen. Der Ausbau von Kinderkrippen ist notwendig, daran führt sicherlich kein Weg vorbei. Da geht es einerseits um die Schaffung von Räumlichkeiten, andererseits natürlich auch ums Personal. Beide Aufgaben werden wir allein finanziell nicht stemmen können, hier brauchen wir eine Offensive, die von Bund und Bundesländern mitgetragen wird und sie auch an der Finanzierung beteiligt.

Neuordnung der Zuständigkeiten

Derzeit sind vier Ministerien, neun Bundesländer und mehr als 2000 Gemeinden für die Organisation der Kinderbetreuung zuständig. Im Zuge einer Aufgabenreform sollte man diesen Wirrwarr entflechten und die Zuständigkeit den Gemeinden übertragen. Der Bund soll Rahmenrichtlinien über Minimalstandards erarbeiten, die den Gemeinden die nötige Flexibilität lassen, um für die beste Kinderbetreuung zu sorgen. Dabei muß auch darauf Rücksicht genommen werden, daß es große regionale Unterschiede geben kann. Die Kinderbetreuung in einer Gegend mit hohem Migrantenanteil ist sicherlich anders zu organisieren, als in einem Bergdorf.

Verkleinerung der Gruppen

„Die Gruppen sind sicherlich zum Teil immer noch zu groß“, glaubt Mödlhammer. „Hier werden wir uns mit Experten zusammensetzen und diskutieren, ob Verkleinerungen sinnvoll sind und in welchem Ausmaß.“

Ausbau der schulischen Nachmittagsbetreuung

„In diesem Bereich ist in den letzten Jahren am meisten passiert. Der Bedarf steigt aber immer weiter an. Hier stehen wir einerseits vor einem räumlichen Problem, das wir lösen müssen. Ein nicht adaptierter Klassenraum ist für Nachmittagsbetreuung

oft nicht geeignet. Zum anderen brauchen wir hier eine durchdachte Lösung, wie wir diese Aufgabe personell lösen. Derzeit wird das zum Teil von den LehrerInnen gemacht, zum Teil von Personal, das die Gemeinde anstellt. Das ist schwer zu administrieren, ich würde mir hier eine einfachere Lösung wünschen.“

Aus- und Weiterbildung

„Ich bin sehr dafür, daß wir die Aus- und Weiterbildung beim Personal in der Kinderbetreuung weiter forcieren. Ich fände die akademische Ausbildung für Führungsfunktionen in Kindergartenpädagogik auch sinnvoll, ich halte nur nichts davon, daß jede Pädagogin einen Hochschulabschluß haben muß. Die Befragungsergebnisse zeigen sehr deutlich, daß die Menschen mit der Ausbildungsqualität höchst zufrieden sind. Unsere Ausbildungsstätten haben in jeder Hinsicht das Niveau, das in anderen Ländern als akademische Ausbildung gilt. Die weiterführenden Kollegs, die es jetzt schon gibt, oder die ergänzende akademische Ausbildung für Führungskräfte sind sicherlich ein guter Weg.“

Besoldungsreform

„Wir sind auch bereit über eine Reform der Besoldung zu sprechen“, so Mödlhammer. „Und dabei geht es nicht nur um die KindergartenpädagogInnen, sondern natürlich auch um die HelferInnen in den Betreuungseinrichtungen. Wir brauchen ein zeitgemäßes und faires Besoldungsschema, das den heutigen Arbeitsanforderungen entspricht“, so Mödlhammer.

Dennoch sieht Mödlhammer klar auf der Hand liegende Notwendigkeiten in der Kinderbetreuung. „Wir haben zum einen die Kleinkind-Betreuung weiter auszubauen“, so der Gemeindebund-Chef. „Die Arbeitsverhältnisse der Menschen verlangen das, daher werden wir das weiterhin forcieren.“

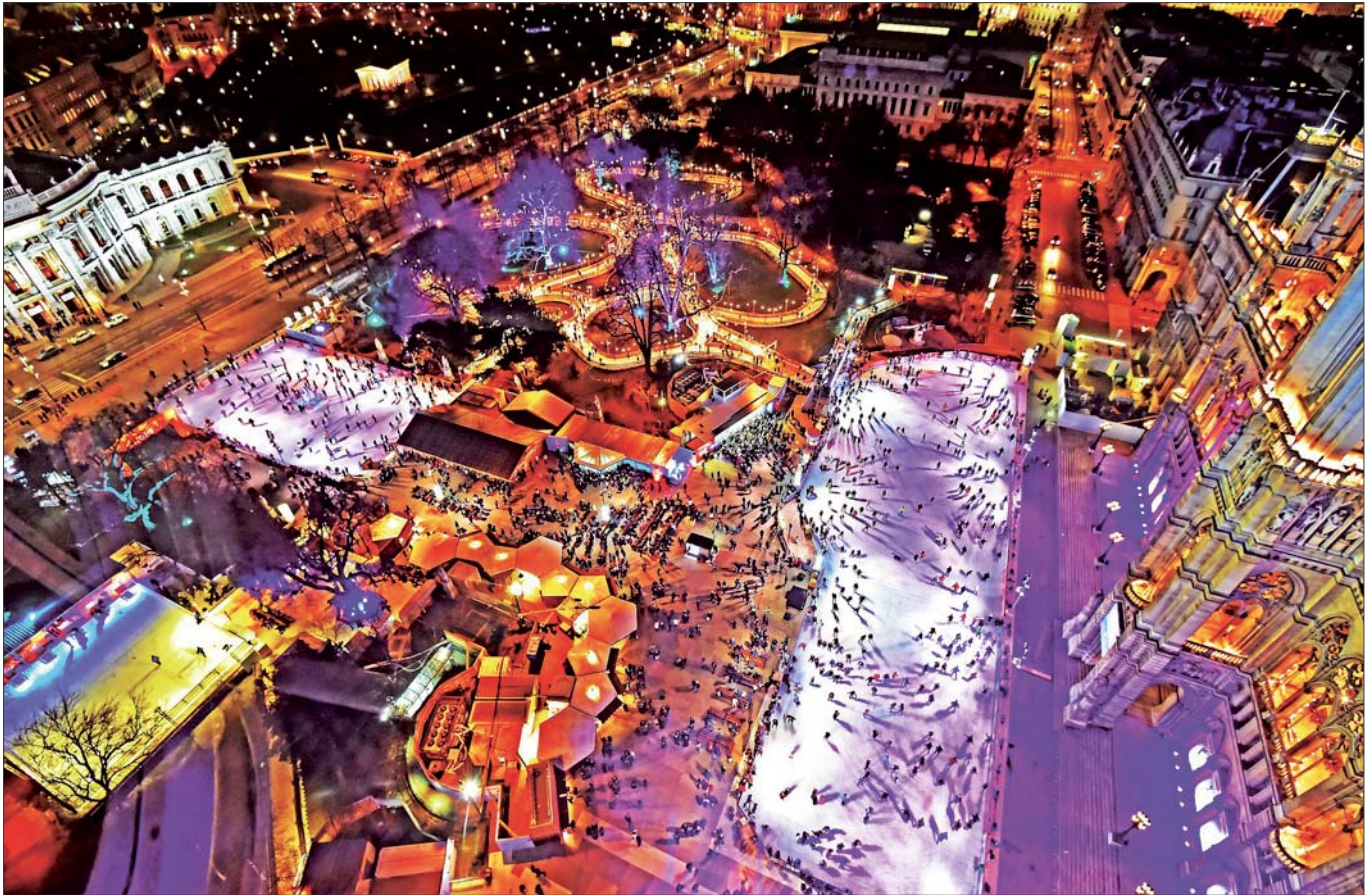
Entflechtung der Zuständigkeiten unverzichtbar

Zum anderen wünscht sich der Gemeindebund-Chef eine Entflechtung der Zuständigkeiten. „Die Gemeinden können die Kinderbetreuung ausgezeichnet selbst organisieren. Der Bund soll einige Rahmenrichtlinien vorgeben, die den Gemeinden Flexibilität ermöglichen. Den Rest machen wir alleine. Dann würde auch das Hin- und Herschieben der Geldmittel ein Ende haben. Die Gemeinden sollen das machen und dafür auch direkt das Geld bekommen.“ ■

<http://www.gemeindebund.at>

20. Wiener Eistraum

Grenzenloses Vergnügen vom Rathaus bis zum Ring – Romantische Almhütte – Vielfältige regionale und biologische Gastronomie – Wintersport mitten in der Stadt



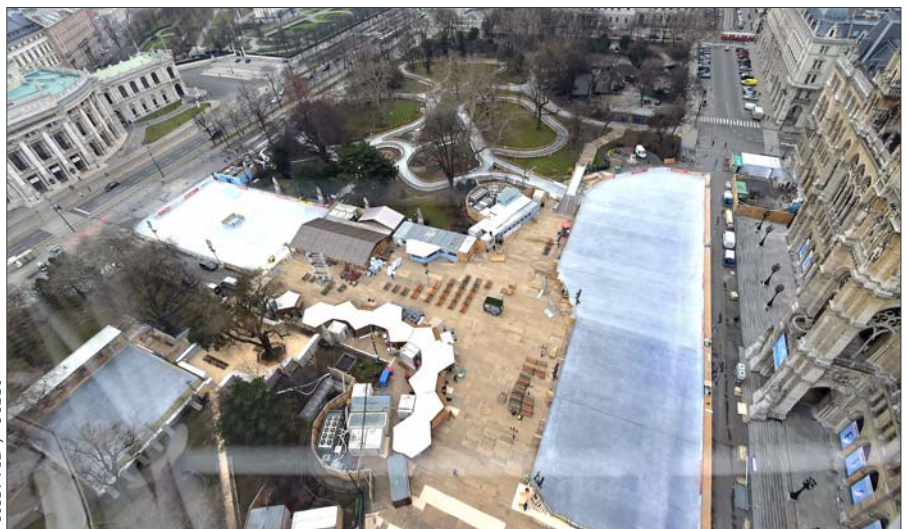
Die Eröffnung des 20. Wiener Eistraums startete mit einer wunderschönen Show unter dem Motto: »Der Ring, eine Allegorie«.

Seit mittlerweile 20 Jahren bietet die Stadt Wien mit dem Eistraum allen großen und kleinen WienerInnen sowie Gästen der Stadt ein Eislauserlebnis der besonderen Art. Im Laufe der Jahre ist dieses Wintervergnügen zu einem der Aushängeschilder weltweit avanciert. Zahlreiche internationale Medien heben diesen Event der Stadt Wien alljährlich als „schönstes Eislauserlebnis“ hervor. Vom 23. Jänner bis 8. März heißt es wieder „Schlittschuhe anschnallen“ und die Stadt Wien freut sich, alle WienerInnen und Gäste aus dem In- und Ausland auf die zauberhafte Eislauflandschaft am Rathausplatz einzuladen.

Mit einer Eisfläche von über 7000 m² und einem Traumpfad, der sich rund 750 Meter mit reicher Kurvenvielfalt durch verschiedene Wegvarianten schlängelt und einer 450 m² großen Eisfläche, die den kleinen EisprinzessInnen gratis als Übungsfläche – an den Wochenenden ganztags und von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr – dient.

Ab 17 Uhr während der Woche verwandelt sich die Übungsfläche in sechs Eisstockbahnen, wo die BesucherInnen ihr Können beweisen können. „Der Wiener Eistraum

ist seit 20 Jahren ein einzigartiger Event für die ganze Familie und auch bei unseren Gästen aus dem In- und Ausland ein beliebtes Ausflugsziel“, freut sich Stadtrat Christian



So zeigte sich der Rathausplatz während der Vorarbeiten zum Wiener Eistraum – ein Blick aus dem 82 Meter hohen, neu errichteten »City Skyliner«.

Chronik

Oxonitsch. „Auch heuer dürfen die BesucherInnen wieder auf neue Highlights gespannt sein“.

Sagenhaftes Eislaufvergnügen inmitten der Stadt

Seit schon drei Jahren bei gleichbleibenden Preisen bietet der Wiener Eistraum 2015 allen großen und kleinen WienerInnen sowie Gästen der Stadt ein Eislaulerlebnis der besonderen Art. Allein im Vorjahr genossen über 650.000 BesucherInnen die winterliche Schlittschuhfahrt auf der über 7000 m² grossen Eisfläche vor der Kulisse des Wiener Rathauses. Auch für 2015 wurde die Streckenführung des Traumpfades wieder leicht adaptiert, um den BesucherInnen Vielfalt und Abwechslung zu bieten. Die beliebte Brücke über den Traumpfad bietet Gelegenheit, dem bunten Treiben von oben zuzusehen, entspannte Pausen einzulegen und das einzigartige Ambiente zu genießen, denn die farbenreiche LED-Beleuchtung taucht den gesamten Wiener Eistraum in eine unglaublich romantische Winterlandschaft.

Bester Service im Eis-Eldorado

Nicht benützte Gebrauchsgegenstände oder Kleidungsstücke können in einem der rd. 600 Schließfächer deponiert werden und wer den Eistraum ohne adäquate Ausrüstung besucht, kann sich aus 1800 Paar mit Warmluft vorgewärmte Schlittschuhe in den Größen 23 bis 52 ausleihen. Den kleinen Gästen stehen neben rund 300 kostenlosen Schutzhelmen auch verstellbare Doppelkufen in den Größen 21-25 gratis zur Verfügung.

Auf der 450 m² Übungsfläche können sich die kleinen AnfängerInnen wieder gratis an einem der beliebten Eislaufhilfen, dem „Pinguin“, festhalten und so lernen, bald sicher über das Eis zu gleiten. Rund 50 MitarbeiterInnen kümmern sich täglich um den reibungslosen Ablauf, die Sicherheit und das Wohl der Gäste.

Auch heuer wird die bereits erfolgserprobte Radio Wien Disko wieder für beste Stimmung sorgen und den „richtigen Ton“ am Eis angeben. Eröffnet wurde das Eislauf-Event am 22. Jänner um 19:00 Uhr. Am Eröffnungsabend waren alle Gäste zum Gratis-Eislaufen auf den Wiener Rathausplatz eingeladen.

Uriges Ambiente in der gemütlichen Almhütte

Die schon seit Jahren beliebte Almhütte bietet auch in diesem Jahr wieder eine urige,



Foto: PID / Jobst

Ausschnitt aus der beeindruckenden Eröffnungsshow »Der Ring, eine Allegorie«. Unter der Regie von Christian Weißkircher wurde eine Geschichte über die Wiener Ringstraße, deren 150. Jubiläum wir in diesem Jahr feiern, auf der märchenhaft beleuchteten Eisfläche dargeboten.

gemütliche und warme Atmosphäre und erwartet die Gäste mit bester Stimmung und tollem Sound. Für das leibliche Wohl ist selbstverständlich auch gesorgt, die heimische Kulinarik gepaart mit internationalen Speisen und einer reichhaltigen Getränkekarte lassen keine Wünsche offen. Durch das große Panoramafenster kann man die SchlittschuhläuferInnen auf der Eisfläche bewundern.

Kinder und Schulen werden ganz groß geschrieben

Wie schon Beginn des Eistraums sind auch 2015 im Namen der Stadt Wien und Stadtrat Christian Oxonitsch alle Wiener Kindergärten, Horte und alle Schulen in Begleitung von Betreuungspersonen (Tagesmütter mit Ausweis) herzlich zum kostenlosen Eislaufen beim Wiener Eistraum eingeladen. Alle Kinder und Jugendliche können im Klassenverband das Angebot wahrnehmen – auch SchülerInnen aus dem Sekundärbereich. Diese „Schulaktion“ gilt jeweils an Schultagen von Montag bis Freitag von 9:00 bis 16:00 Uhr. Eine gesonderte Anmeldung ist nicht erforderlich. Die für das Betreten der Eisfläche erforderlichen Tickets erhalten die Gäste direkt und ohne Voranmeldung bei der Kassa nach Ausfüllen einer Empfangsbestätigung. Im Rahmen dieser Schulaktion besteht zudem die Möglichkeit, Schlittschuhe zu einem ermäßigten Preis von drei Euro pro Paar auszuleihen. „Sport und Bewegung an der frischen Luft sind auch in der kalten Jahreszeit wichtig und ich würde

mich freuen, wenn möglichst viele Schulen dieses Angebot annehmen“, so Oxonitsch.

Eisstockschießen inmitten des Rathausparks

Das Eisstockschießen ist trotz jahrhundertalter Tradition eine beliebte und moderne Sportart, was der Wiener Eistraum immer wieder beweist. Von Montag- bis Freitagabend zwischen 17:00 und 22:00 Uhr verwandelt sich die 450 m² große Gratis-Eisfläche für AnfängerInnen in sechs Eisstockbahnen. Hier wird um jeden einzelnen Punkt eisern gekämpft. EisstockschützInnen sind auch dieses Jahr wieder eingeladen, ihr Können unter Beweis zu stellen und um den Sieg zu kämpfen. So wie auch schon im vergangenen Jahr befinden sich die Bahnen im lauschigen und stimmungsvollen Ambiente des Rathausparks – mit Blick auf das Wiener Rathaus. Reservierungen der Bahnen sind online möglich; die Zahlung erfolgt per Handy und Kreditkarte.

„In Wien können wir stolz auf so einzigartige und international renommierte Veranstaltung wie den Wiener Eistraum sein“, so Oxonitsch. „Er stellt nunmehr seit 20 Jahren einen jährlichen Fixpunkt im Wiener Veranstaltungskalender dar. Ein großer Erfolg, der auf ständiger Innovation basiert, denn nicht nur die Größe der Eisfläche hat sich seit 1996 beinahe vervierfacht, auch Technik, Komfort, Service und gastronomisches Angebot werden stets erweitert und an neueste Standards angepasst.“

<http://www.wienereistraum.com>

Transatlantische Weinverbindung

Weingut Esterházy-Geschäftsführer Stefan Tscheppe zeigt beim AmCham Talk Parallelen zwischen den Weinmärkten auf. Herkunft ist wesentlicher Qualitätsfaktor auf Exportmärkten.

Die Landschaft, Menschen, Qualität, Kultur und der Lifestyle prägen die Exportstrategie kalifornischer und österreichischer Boutique Weingüter“, faßt Weingut Esterházy-Geschäftsführer Stefan Tscheppe am Freitag zusammen. Beim AmCham Talk der American Chamber of Commerce zeigte er im Hilton Vienna Plaza Parallelen zwischen den Märkten auf und erklärt Chancen für Exporterfolge. Mit 6000 Weingütern im Vergleich zu 3400 im Sunshine State verfügt Österreich über eine kleinteilige Struktur, wobei sich auch hierzulande eine Konsolidierung am Weinmarkt abzeichnet, die von großen Herstellern getrieben wird und für Boutique Weingüter Chancen bietet. „Die Herkunft ist der entscheidende Faktor und Nachhaltigkeit gewinnt an Bedeutung“, betonte Tscheppe. Qualitätsweine profitieren auf beiden Seiten des Atlantiks von der zunehmenden Bedeutung im modernen Lifestyle und erfreuen sich auch in den Heimatmärkten großer Beliebtheit: 76 Prozent der heimischen Weinproduktion werden in Österreich konsumiert, während 61 Prozent der kalifornischen Weine in den USA getrunken werden.

Export-Chancen und Herausforderungen

Boutique Wineries sind auf internationalen Vertriebsmärkten mit einer Konsolidierung auf marktdominierende Händler wie Sams Club, Hawesko oder Costco konfrontiert. Zudem verlange der Markt laufend nach Innovationen und aufwendiger Betreuung alternativer Vertriebswege, die Tscheppe als große Herausforderung für kleinere Hersteller sieht. Große Chancen ortet er insbesondere aufgrund der hohen internationalen Wertschätzung für Qualitätsweine aus Österreich und Kalifornien in den Nischenmärkten, wo sich das Qualitätsbewußtsein weiter entwickelt. Signifikant sei die hohe Bindung der Konsumenten sowohl in der Alpenrepublik als auch in Kalifornien an die handelnden Menschen in den Weingütern: „Persönliche Weiterempfehlung ist das wichtigste Marketingtool im Qualitätssegment, das



Andrea Fennesz-Berka, Regional Marketing-Spezialistin der Amerikanischen Botschaft in Wien, und Weingut Esterházy-Geschäftsführer Stefan Tscheppe

zum wirtschaftlichen Erfolg führt“, spricht Tscheppe abschließend aus langjähriger Erfahrung, davon acht Jahre in den USA.

Jede zehnte Weinflasche aus Österreich überquert den Atlantik

Über zehn Prozent des österreichischen Weinexports gehen zu einem Durchschnittspreis von vier Euro pro Liter in die Vereinigten Staaten. Nach den Nachbarländern

Deutschland und Schweiz sind die USA damit der drittgrößte Exportmarkt für edle Tropfen aus Österreich. 2012 konnten in den Vereinigten Staaten erstmals wieder die Umsatzniveaus der Jahre vor der Wirtschaftskrise von 2008/2009 erreicht werden. Das österreichische Exportvolumen beläuft sich auf 131 Millionen US Dollar, während Weinexporte aus Kalifornien einen Umsatz von 1,14 Milliarden Euro generieren.



Fotos: AmCham

Esterházy Weine

Über AmCham

AmCham Austria setzt sich für den Ausbau und die Verstärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und den USA ein und spielt dabei eine Doppelrolle. Zum einen übernimmt AmCham Austria die Aufgaben einer aktiven Interessensvertretung von US-Unternehmen mit Niederlassungen in Österreich sowie österreichischen Unternehmen mit wirtschaftlichen Geschäftsbeziehungen und Interessen in den USA. Zum anderen fördert die Kammer neue Geschäftsverbindungen amerikanischer Unternehmen in Österreich und umgekehrt.

<http://www.amcham.at>

<http://esterhazy.at/de/weingut/>

Kammerschauspielerin Regina Fritsch

Der Burgschauspielerin wurde der Berufstitel »Kammerschauspielerin« und der Alma-Seidler-Ring verliehen



Die Ehrung fand im Anschluß an die Festaufführung von Raimunds »Der Alpenkönig und der Menschenfeind« im Burgtheater statt.

Es ist mir eine große Ehre und Freude, Regina Fritsch die Urkunde zur Verleihung des Titels »Kammerschauspielerin« überreichen zu dürfen. Sie hat in ihrer langjährigen Zugehörigkeit zum Ensemble des Wiener Burgtheaters eine außerordentlich hohe künstlerische Leistung bewiesen“, sagte Kulturminister Josef Ostermayer am Abend des 16. Jänner anlässlich der Verleihung des Berufstitels an die österreichische Burgschauspielerin Regina Fritsch. Die Ehrung fand im Anschluß an die Festaufführung »Der Alpenkönig und der Menschenfeind« von Ferdinand Raimund im Burgtheater statt, in welcher Fritsch als Rappelkopfs Frau Sophie auf der Bühne stand.

Im Rahmen des Festaktes erhielt Regina Fritsch zudem den »Alma-Seidler-Ring« überreicht, der 1978 von der österreichischen Bundesregierung als weibliches Gegenstück zum Iffland-Rind gestiftet wurde und »die bedeutendste und würdigste Bühnenkünstlerin des deutschsprachigen Theaters« auf Lebenszeit auszeichnet.

Die im November 2014 verstorbene Kammerschauspielerin Annemarie Düringer, Doyenne und Ehrenmitglied des Burgtheaters, hatte testamentarisch Regina Fritsch



Fotos: BKA / Georg Stefanik

Kammerschauspielerin Regina Fritsch erhält die Urkunde aus den Händen von Kulturminister Josef Ostermayer.

als die ihr nachfolgende Ringträgerin verfügt.

Regina Fritsch wurde 1964 in Hollabrunn, Niederösterreich, geboren. Nach ihrer Ausbildung an der Schauspielschule Krauss in Wien wurde sie 1985 von Direktor Achim Benning ans Burgtheater engagiert, dem sie seither angehört.

Ihre bisherige Bühnenbilanz umfaßt rund 70 verschiedene Rollen, darunter die Sonja in »Onkel Wanja« von Anton Tschechow, die Salome Pockerl in Johann Nestroys »Der Talisman« und die Genia in Arthur Schnitzlers »Das weite Land« – alle unter der Regie von Achim Benning; die Solveig in Ibsens »Peer Gynt«, inszeniert von Claus Peymann, die junge Frau im »Reigen« von Schnitzler, inszeniert von Sven-Eric Bechtolf, oder die Valerie in »Geschichten aus dem Wiener Wald« von Ödön von Horváth, inszeniert von Stefan Bachmann. Neben ihrem Theaterengagement ist Regina Fritsch auch für Film und Fernsehen tätig.

Schon 1992 wurde die Burgschauspielerin mit dem O.E.-Hasse-Preis ausgezeichnet, 2007 erhielt sie den Nestroy-Theaterpreis für die Beste Nebenrolle, 2008 den Nestroy-Theaterpreis als Beste Schauspielerin. Darüber hinaus erhielt Regina Fritsch den Fernando-Rey-Preis als Beste europäische Darstellerin im Film »Schlafes Bruder« beim Filmfestival San Sebastián sowie den Preis als Beste Schauspielerin in »God Save America« beim Theaterfestival Sterijino Pozorje in Novi Sad. Im Jahr 2009 wurde sie mit dem Wiener Schauspielerring ausgezeichnet. ■

Personalia

LH Pröll zum Ableben von Vinzenz Höfner

Vinzenz Höfner gehörte jener Aufbau- generation an, die Niederösterreich zu dem gemacht hat, was es heute ist. Seine Generation hat nach den schrecklichen Ereignissen des Zweiten Weltkrieges jene Grundlagen geschaffen, auf denen wir heute weiter- bauen dürfen. Der Name Vinzenz Höfner steht für ein arbeitsreiches und engagiertes Leben im Dienste der niederösterreichischen Wirtschaft und das Landes Niederösterreich“, sagte Landeshauptmann Erwin Pröll am 20. Jänner zum Ableben seines langjähri- gen Regierungskollegen, des ehemaligen Wirtschaftslandrates und Präsidenten der Niederösterreichischen Handelskammer, Vin- zenzen Höfner.

„Höfner startete den Aufbau des Win- tersports in Niederösterreich zu einem erfol- greichen Tourismuszweig durch Ausbau der Liftanlagen v. a. am Semmering, er setzte Li- beralisierungsakzente im Bereich des NÖ



Foto: VPNO

Vinzenz Höfner
(* 6. 11. 1928, † 20. 10. 2015)

Gewerbes und legte den Grundstein für eine moderne niederösterreichische Wirtschafts- agentur, aus der sich die heutige ecoplus ent- wickelte“, so Pröll.

„Er war ein harter Verhandler, aber dabei

immer auch konsensorientiert und zielge- richtet“, betonte Pröll: „Er war ein aufrechter Kämpfer unserer Gesinnungsgemeinschaft auf der Basis seiner christlich-sozialen Über- zeugung.“ Höfner habe sich durch seine Authentizität und Unverwechselbarkeit, aber auch durch seine Offenheit und seinen Hu- mor ausgezeichnet. „Unsere tiefe Anteil- nahme gilt seiner Gattin und der gesamten Familie“, betont der Landeshauptmann.

Der am 6. November 1928 in St. Pölten geborene Vinzenz Höfner war zwischen 1980 und 1986 Präsident der Niederöster- reichischen Handelskammer. Von 1990 bis 1995 war er Vizepräsident der Niederöster- reichischen Handelskammer.

1975 wurde er Abgeordneter zum NÖ Landtag, dem er bis 1988 angehörte. Von 1986 bis 1992 war er als Wirtschaftslandes- rat in der Niederösterreichischen Landesre- gierung tätig. ■

Wegbereiter sozialer Nachhaltigkeit im geförderten Wohnbau

Architekt Harry Glück, der Doyen des Asozialen Wohnbaus in Wien, beging am 20. Februar seinen 90. Geburtstag. Stadt- planer Reinhard Seiß hat aus diesem Anlaß das Buch „Harry Glück. Wohnbauten“ her- ausgegeben. Am 21. Jänner fand die Präsen- tation des Buchs im Wien Museum statt. Wiens Wohnbaustadtrat Michael Ludwig würdigte dabei Harry Glück als Wegbereiter der sozialen Nachhaltigkeit im geförderten Wohnbau der Stadt.

„Architekt Harry Glück nahm bereits heutige Zielsetzungen des sozialen Wohn- baus vorweg. Charakteristisch für seine Bauten sind durchdachte Grundrisse, vielfäl- tige Gemeinschaftseinrichtungen, die das Miteinander fördern, sowie Freiraumbezug mit großzügigen Balkonen und Terrassen. Im geförderten Wohnbau realisieren wir nicht nur Wohnungen sondern Gemein- schaften und Lebensumfelder von Menschen. Harry Glück ist ein hervorragender Planer, der den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt. Mit seinem wohl be- kanntesten Projekt, dem Wohnpark Alt-Er- laa, stellt er unter Beweis, daß menschenge- rechter Wohnbau mit höchster Lebensqua- lität und Wohnzufriedenheit auch im großen Maßstab möglich ist“, hielt Ludwig fest.

Glück setzte Wohnbauten mit rd. 18.000 Wohnungen um, davon ca. 16.000 in Wien. Der Wohnpark Alt-Erlaa bietet allein etwa 3100 Wohnungen. Die Typologie entspricht



Foto: PID / Schaub-Walzer

Harry Glück (l.) mit Wohnbaustadtrat Michael Ludwig bei der Präsentation des ihm und seinem Werk gewidmeten Buches »Harry Glück. Wohnbauten«

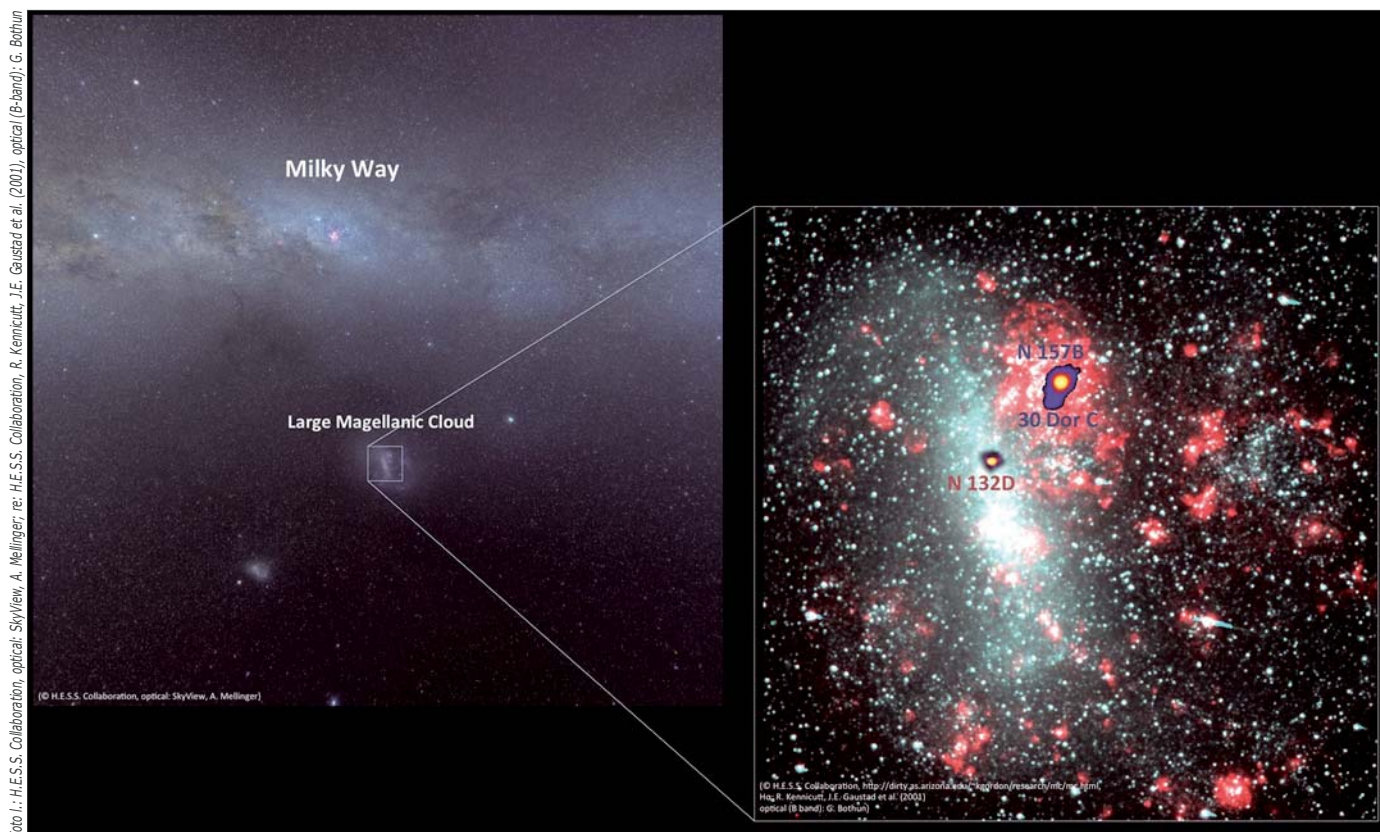
dem Terrassenhochhaus verbunden mit dem Konzept des „gestapelten Einfamilienhauses und großzügigen privaten Freibereichen (Balkone und Loggien). Typisch für Glück'sche Planungen sind Schwimmbäder am Dach. Diese sollen die „bandbildende Funktion“ einnehmen, wie es früher der Ki- rchenplatz oder das Wirtshaus getan haben. Vielfältige Gemeinschaftsräume und ein mitgeplanter Kaufpark runden das Angebot

für die BewohnerInnen ab. Die Terrassen- hochhäuser werden von ihren BewohnerIn- nen in Hinblick auf Lebensqualität, Sicher- heit und Nutzungsvielfalt nach wie vor mit Höchstnoten bewertet. Harry Glück studier- te Architektur an der Technischen Universi- tät Wien und machte das Doktorat an der Universität Innsbruck. Darüberhinaus war er zwölf Jahre als Bühnenbildner tätig. ■

<http://www.architekt-glueck.at>

Extreme Himmelsobjekte in Nachbargalaxie entdeckt

In der Fachzeitschrift »Science« berichtet das internationale Forscherteam – unter ihnen Innsbrucker Astroteilchenphysiker um Olaf Reimer – über die erstmalige Entdeckung solcher extremen Objekte in einer anderen Galaxie als unserer Milchstraße.



Im Bild links ist die Milchstraße und rechts die Große Magellansche Wolke mit den von H.E.S.S. entdeckten Gammastrahlenquellen zu sehen.

Die Große Magellansche Wolke ist eine Zwerggalaxie in nächster Nachbarschaft zur Milchstraße, in ungefähr 170.000 Lichtjahren Entfernung von der Erde. Dort werden in sehr rascher Folge neue, massereiche Sterne gebildet, Supernovae treten im Vergleich zur Milchstraße fünfmal so häufig auf. Die H.E.S.S.-Forscher haben daher viel Zeit in die Suche nach den sehr energiereichen Gammastrahlen aus dieser Himmelsregion investiert. Das größte Sternentstehungsgebiet in der Großen Magellanschen Wolke, der Tarantel-Nebel, wurde insgesamt 210 Stunden lang beobachtet. Zum ersten Mal gelang es dabei, Objekte bei höchsten Energien in einer unserer Nachbargalaxien zu finden: einen extrem hellen Pulsarwind-Nebel, den hellen Überrest einer Supernova und eine sogenannte Superblase.



Foto: Universität Innsbruck

Univ.-Prof. Olaf Reimer

Die sogenannte Superblase 30 Dor C ist das größte bekannte, Röntgenstrahlen emittierende Objekt dieser Art. Da Superblasen als mögliche Quellen der galaktischen kosmischen Strahlung, alternativ oder ergänzend zu einzelnen Supernovae-Überresten, diskutiert werden, bekräftigen die aktuellen Ergebnisse eine derartige Verbindung. „Eine Superblase stellt eine neue Quellklasse für die Astrophysik bei höchsten Energien dar“, bestätigt Olaf Reimer vom Institut für Astro- und Teilchenphysik der Universität Innsbruck.

Der Pulsarwind-Nebel N 157B, den das H.E.S.S. Teleskop in der Großen Magellanschen Wolke ebenfalls nachweisen konnte, ist in vielerlei Hinsicht dem bekannten Krebsnebel in unserer Milchstraße sehr ähnlich, leuchtet allerdings um eine Größen-

ordnung heller als dieser. Gründe dafür sind wohl das vergleichsweise niedrigere Magnetfeld und das intensive Sternenlicht aus benachbarten Sternentstehungsgebieten.

Der Supernova-Überrest N 132D hingegen ist den Radio- und Infrarotastronomen bereits gut bekannt. Allerdings sendet er trotz seines Alters zwischen 2500 und 6000 Jahren immer noch sehr energiereiche Strahlung aus. Während Modelle für alte Supernova-Überreste eigentlich keine Teilchenbeschleunigung in den Energiebereich der H.E.S.S. Teleskope mehr erwarten lassen, ist N 132 D heller als die stärksten Supernova-Überreste in unserer eigenen Galaxie. „Dieser Befund bestätigt Indizien aus früheren H.E.S.S.-Beobachtungen in unserer Milchstraße, nachdem Supernova-Überreste offenbar Teilchen über längere Zeiträume als bisher erwartet zu höchsten Energien beschleunigen können“, sagt Olaf Reimer.

Die Entfernung zu den Objekten in der Großen Magellanschen Wolke stellt jedoch eine außerordentliche experimentelle Herausforderung dar: Nur durch lange Beobachtungszeiten und die Entwicklung neuer, fortgeschrittener Methoden für die Analyse des Cherenkov-Lichts waren die Entdeckungen an der Empfindlichkeitsschwelle des H.E.S.S. Experiments schließlich möglich.

Überraschend ist auch ein weiteres Ergebnis dieser Beobachtungen: Der Supernova-Überrest SN 1987A, Relikt der in der Großen Magellanschen Wolke vor knapp 28 Jahren stattgefundenen Supernova, ist im Gammalicht noch immer nicht sichtbar. „Hier sind die Modelle wohl zu optimistisch, aber wir werden mit den H.E.S.S.-Teleskopen weiter nach Signalen von SN 1987A suchen“, sagt Olaf Reimer.

Sehr energiereiche Gammastrahlen entstammen natürlichen kosmischen Teilchenbeschleunigern wie Neutronensternen und deren Teilchenwinden, Supernovae und aktiven Galaxienkernen. Die H.E.S.S.-Teleskope beobachten schwache bläuliche und extrem kurze Lichtblitze – sogenanntes Cherenkov-Licht. Es entsteht Teilchenschauern, die entstehen, wenn kosmische Teilchen in der Erdatmosphäre mit Luftmolekülen kollidieren. Die Teleskope werden seit 2002 von einem internationalen Konsortium in Namibia betrieben. Vor sechs Jahren wurde Österreich mit Unterstützung des BMWFW Kollaborationspartner. Im Herbst 2012 wurde das nunmehr fünfte und zugleich größte Teleskop eingeweiht und in den Beobachtungsbetrieb einbezogen. ■

<http://www.mpi-hd.mpg.de/HESS/>

Laserpuls wird ganz von selbst kürzer und intensiver

Eine neue Technologie ermöglicht es, auf einfache und billige Weise Infrarot-Laserpulse zu erzeugen.

Bei einem Marathonlauf startet jeder ungefähr zur selben Zeit ungefähr am selben Ort. Doch wer schneller läuft wird sich im Lauf der Zeit vom Rest absetzen und am Ende gibt es eine sehr breite Verteilung von Läufern auf einem langen Abschnitt der Strecke. Etwas Ähnliches passiert, wenn man einen Lichtpuls durch ein Medium schickt. Der Puls ist eine Kombination aus unterschiedlichen Farben (bzw. unterschiedlichen Wellenlängen), und wenn sie durch ein Medium wie Glas geschickt werden, bewegen sie sich mit geringfügig unterschiedlichen Geschwindigkeiten fort. Das führt zu einem Dispersions-Effekt: Der Puls wird immer länger.

Doch es gibt Möglichkeiten, diesen Effekt umzukehren: Man kann ein optisches Medium auch nutzen, um den Puls kürzer zu machen. Ein Forschungsteam der TU Wien hat nun einen Weg gefunden, aus einem sehr intensiven Laserpuls mit einer Dauer von 80 Femtosekunden einen Puls von bloß 4.5 Femtosekunden zu machen – einfach indem man ihn durch eine speziell konstruierte hohle Faser schickt. Diese Technologie ist kompakter, einfacher und billiger als die Verfahren, die man dafür bisher verwendet hat. Publiziert wurde die neue Methode nun im Journal „Nature Communications“.

Hohle Faser, gefüllt mit Gas

Der Infrarot-Laserpuls wird durch eine hohle Faser geschickt, die mit Gas gefüllt ist. „Die nichtlineare Wechselwirkung zwischen dem Licht und den Gasatomen bewirkt, daß unterschiedliche Wellenlängen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit unterwegs sind“, sagt Tadas Balciunas von der TU Wien. Die Komponenten mit größerer Wellenlänge sind schneller als die kurzen Wellenlängen. Innerhalb der Glasfaser allerdings befindet sich eine komplexe Nanostruktur, die kurze Wellenlängen schneller vorankommen läßt als längere.

„Die Kombination dieser beiden einander widersprechenden Effekte führt dazu, daß der Laserpuls komprimiert wird“, sagt Tadas Balciunas. Es ist als würde man eine lange Reihe von Marathonläufern starten lassen, und am Ende kommen sie alle gleichzeitig am

Ziel an. Der resultierende Lichtpuls ist nicht nur kurz, sondern auch extrem intensiv: Er erreicht eine Leistung von einem Gigawatt.

Die Nanostruktur in der Faser heißt „Kagome“ – ein japanisches Wort für ein Korbgeflecht. Diese spezielle Struktur, die eine ungestörte Transmission der extrem kurzen Pulse erlaubt, wurde von der Forschungsgruppe von Frederic Gerome in Limoges (Frankreich) entwickelt und hergestellt.

Seit Jahren werden extrem kurze Laserpulse verwendet, um den Geheimnissen der Quanten-Welt auf die Spur zu kommen. Sie können Elektronen aus ihren Atomen herausreißen, Elektronen beschleunigen oder die Dynamik chemischer Reaktionen abbilden. Bis heute benötigte man aber sehr komplizierte Versuchsaufbauten um solche Femtosekunden-Laser zu erzeugen. „Normalerweise müssen die unterschiedlichen Wellenlängen des Pulses mit einem aufwändigen Spiegelsystem manipuliert werden, um den Puls zu komprimieren“, sagt Tadas Balciunas. „Unser einfaches Tischgerät soll es nun Forschungslabors auf der ganzen Welt viel einfacher und billiger machen, Femtosekunden-Infrarotpulse herzustellen.“

Neues Werkzeug für neue Forschung

In der neuen Publikation konnte das Team bereits zeigen, daß der Laserpuls für höchst komplexe Experimente bestens geeignet ist: Er wurde auf ein Xenon-Gas-Target abgefeuert, sodaß die Xenon-Atome ionisiert wurden. Abhängig von der genauen Form des Pulses können die Elektronen, die den Xenon-Atomen entzogen werden, in unterschiedliche Richtungen geschickt werden. „Es ist ein ultraschneller Elektronen-Schalter“, erklärt Tadas Balciunas.

Das Photonik-Team der TU Wien plant, diese Technologie für viele weitere Experimente zu nutzen und geht davon aus, daß auch viele andere Forschungsgruppen die neue Idee aufgreifen werden. „Ein Femtosekunden-Lasersystem, das billig, klein und einfach zu benutzen ist, könnte der ultraschnellen Laserforschung einen Auftrieb geben“, sagt Tadas Balciunas. ■

<http://www.photonik.tuwien.ac.at/DE/>

Aufschluß zur Entstehung chemischer Elemente

Kosmischer Staub am Grund des Pazifischen Ozeans hat zu überraschenden Erkenntnissen über Supernovae – das sind massereiche explodierende Sterne außerhalb unseres Sonnensystems – geführt.

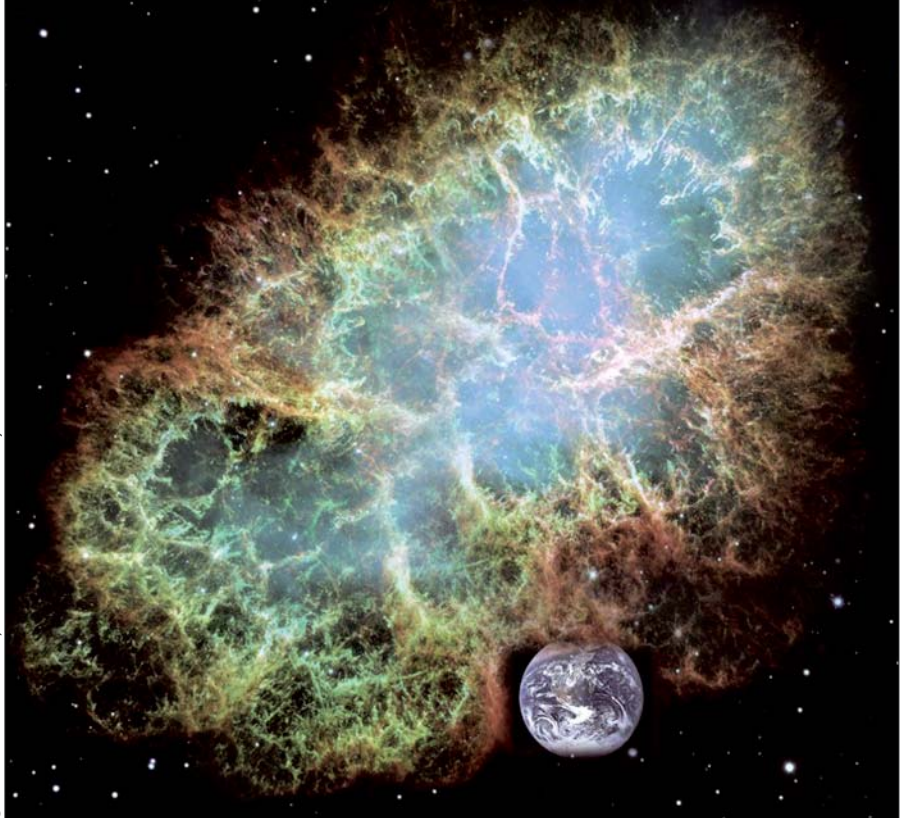
Kosmischer Staub am Grund des Pazifischen Ozeans hat zu überraschenden Erkenntnissen über Supernovae – das sind massereiche explodierende Sterne außerhalb unseres Sonnensystems – geführt. Ein Team von ForscherInnen der Universität Wien, der ANU (Australian National University) in Canberra, der TU München und der Hebrew University Israel hat nun mit Hilfe der Beschleunigeranlage VERA (Vienna Environmental Research Accelerator) der Universität Wien einen wichtigen Baustein für das Verständnis der Elemententstehung geliefert. Die Ergebnisse sind jüngst im renommierten Fachmagazin „Nature Communications“ erschienen.

Am Ende der Lebenszeit eines großen Sterns steht die Supernova. Bei diesem Prozeß zerstört sich der Stern selbst und leuchtet dabei kurzzeitig so hell wie eine ganze Galaxie, erzeugt aber auch die schwereren chemischen Elemente wie Silber, Zinn, oder Iod. „Winzige Überbleibsel von diesen entfernten Explosionen werden von der Erde auf ihrem Weg durch die Milchstraße eingefangen“, erklärt Anton Wallner, der die Messungen an der Fakultät für Physik der Universität Wien geleitet hat und jetzt als Gruppenleiter an der australischen Nationaluniversität in Canberra forscht. Ein internationales ForscherInnenteam hat nun ebensolchen interstellaren Staub analysiert und dabei einen wichtigen Baustein für das Verständnis der Elemententstehung entdeckt.

Auf der Suche nach schweren Elementen

„Wir haben galaktischen Staub untersucht, der sich während der letzten 25 Millionen Jahre am Meeresboden abgesetzt hat. Überraschend war, daß wir von besonders schweren und seltenen Elementen wie zum Beispiel Plutonium viel weniger fanden, als wir erwartet haben“, erklärt Wallner. Diese Ergebnisse widersprechen Theorien, daß diese schweren Elemente am Ende ihres Sternzyklus in Supernova-Explosionen gebildet und dann im interstellaren Raum verteilt werden. Solche Explosionen sind auf

NASA/ESA/HUBBLE



Die Fotocollage illustriert, wie kosmischer Staub aus Supernova-Explosionen auf die Erde gelangt ist. Der Krebsnebel ist ein Supernova-Überrest aus dem Jahr 1054 A.D. in 6300 Lichtjahren Entfernung, aufgenommen mit dem Hubble Space Telescope. Die Erde eine Aufnahme der Apollo 17 Crew. Die Originalbilder sind NASA und ESA-Aufnahmen.

kosmischen Zeitskalen ziemlich häufig. Supernova-Explosionen produzieren beispielsweise auch Blei, Gold und Quecksilber. Diese Elemente sind auf der Erde jedoch reichlich vorhanden und eignen sich daher nicht als Erkennungszeichen für kosmischen Staub.

Isotopenforschung der Universität Wien: Plutonium-244 nachgewiesen

Die ForscherInnen untersuchten Tiefseesedimente, darunter auch eine 10 cm dicke Eisen-Mangan-Kruste aus 5000 m Tiefe. Diese über 25 Millionen Jahre alten Ablagerungen enthielten neben Spurenelementen aus dem Ozean auch interstellare Partikel. „Mittels Messungen an unserer Beschleuni-

geranlage Vienna Environmental Research Accelerator – kurz VERA genannt – gelang es, die wenigen Plutoniumatome mit einer Sensitivität nachzuweisen, die etwa ein Salzkorn aus der Wassermenge von 20 Bodenseen herausfiltern könnte“, erklärt Peter Steier, Isotopenforscher an der Universität Wien, die sprichwörtliche Suche im Heuhaufen. VERA ist eine der weltweit sensitivsten Anlagen um winzigste Spuren von seltenen Elementen in unserer Umwelt nachzuweisen.

Kosmische Uhr als natürliches Archiv

Die ForscherInnen suchten nach Spuren von Plutonium-244, ein radioaktives Isotop, das nicht natürlich auf der Erde vorkommt.

Wissenschaft & Technik

Plutonium-244 zerfällt mit einer Halbwertszeit von 81 Millionen Jahren. Es kann daher als kosmische Uhr über ihren radioaktiven Zerfall betrachtet werden und eignet sich als sensibler Zeitmarker explosiver Elemententstehung. „Plutonium-244, das zu der Zeit existierte, als sich die Erde und unser Sonnensystem vor über vier Milliarden Jahren bildeten, ist in der langen Zeit seither zerfallen“, erläutert Kernphysiker Wallner. Findet man es trotzdem, so muß es aus kosmischen Explosionen jüngerer Zeit stammen, genauer aus den letzten paar hundert Millionen Jahren. Anschließend muß es dann in die Tiefseesedimente eingelagert worden sein, die als „natürliche Archive“ dienen.

Seltene kosmische Explosionen als Lösung?

„Es scheint also, daß zumindest während der letzten paar hundert Millionen Jahre die schwersten Elemente in der Tat nicht in ‚normalen‘ Supernovae gebildet wurden“, erklärt Wallner. Die Ergebnisse favorisieren nun sehr seltene kosmische Explosionen, möglicherweise die Verschmelzung von zwei Neutronensternen, als Entstehungsort des chemischen Elements. Diese, obwohl hundert- bis tausendmal seltener, können durch ihre ge-



Foto: Universität Wien

Anton Wallner leitete die Messungen am Teilchenbeschleuniger VERA der Universität Wien und forscht jetzt als Gruppenleiter an der australischen Nationaluniversität.

waltige Detonation ebenfalls alle schweren Elemente im beobachteten Ausmaß produzieren.

Schwere Elemente, wie Plutonium-244, waren bei der Bildung des Sonnensystems vorhanden. Dies konnte durch stabile Xenon-Isotope, die bei der Spontanspaltung von Plutonium-244 entstehen, in Meteoriten nachgewiesen werden. Thorium und Uran gibt es

aufgrund ihrer deutlich längeren Halbwertszeit immer noch, daher muß eine derartige, offenbar sehr seltene, Explosion zeitnah zur Entstehung des Sonnensystems stattgefunden haben. Natürliche radioaktive Elemente wie Uran und Thorium erzeugen einen Großteil der Wärme im Erdinneren. Diese ist ein wesentlicher Antrieb für Vulkanismus und die Bewegung der Kontinente. ■



Foto: Universität Wien

Der Teilchenbeschleuniger VERA an der Fakultät für Physik ist eine der weltweit sensitivsten Anlagen, um winzigste Spuren von seltenen Elementen in unserer Umwelt nachzuweisen.

Verbesserte Schnittstelle für Quanten-Internet

Ein Quantennetzwerk benötigt effiziente Schnittstellen, über die Information von Materie auf Licht und umgekehrt übertragen werden kann.

Wie dieser Informationstransfer unter Ausnutzung eines kollektiven Quantenphänomens optimiert werden kann, zeigen Innsbrucker Physiker um Rainer Blatt und Tracy Northup nun in der Fachzeitschrift *Physical Review Letters*.

Seit einigen Jahren sind Quantencomputer keine reine Theorie mehr. Im Labor haben Forscher die ersten Bausteine eines zukünftigen Quantenrechners bereits realisiert und erfolgreich getestet. Über ein Dutzend unterschiedliche Technologien kommen dabei zum Einsatz. Der am weitesten fortgeschrittene Ansatz sind Ionenfallen, in denen einzelne geladene Atome mit Hilfe von Lasern sehr gut kontrolliert werden können. Diese Idee wurde von Ignacio Cirac und Peter Zoller entwickelt und von einem Team um den Innsbrucker Experimentalphysiker Rainer Blatt federführend in die Realität umgesetzt.

Die Gruppe am Institut für Experimentalphysik der Universität Innsbruck hat 2013 auch erstmals die Quanteninformation eines in einer Ionenfalle gespeicherten Atoms gezielt auf ein Photon übertragen und damit den Grundbaustein für eine Schnittstelle zwischen Quantenprozessoren und Lichtleitern geschaffen. Nun haben die Physiker um Blatt dieses Interface noch einmal verbessert, indem sie sogenannte superradiante Zustände ausnutzen.

Zuverlässige Schnittstelle

„Will man ein Quantennetzwerk mit gefangenen Ionen realisieren, benötigt man ein effizientes Interface, über das die Quanteninformation von Teilchen auf Photonen übertragen werden kann“, erklärt Projektleiterin Tracy Northup aus dem Team von Rainer Blatt. „In unserer Schnittstelle positionieren wir zwei Ionen zwischen zwei stark reflektierenden Spiegeln. Dann verschränken wir die Teilchen und koppeln sie beide an den optischen Resonator.“ Die kollektive Wechselwirkung zwischen den Teilchen und dem Resonator kann nun so eingestellt werden, da0 die Erzeugung von Photonen verstärkt wird. „Diesen Zustand nennt man superradiant“, erläutert Bernardo Casabone,

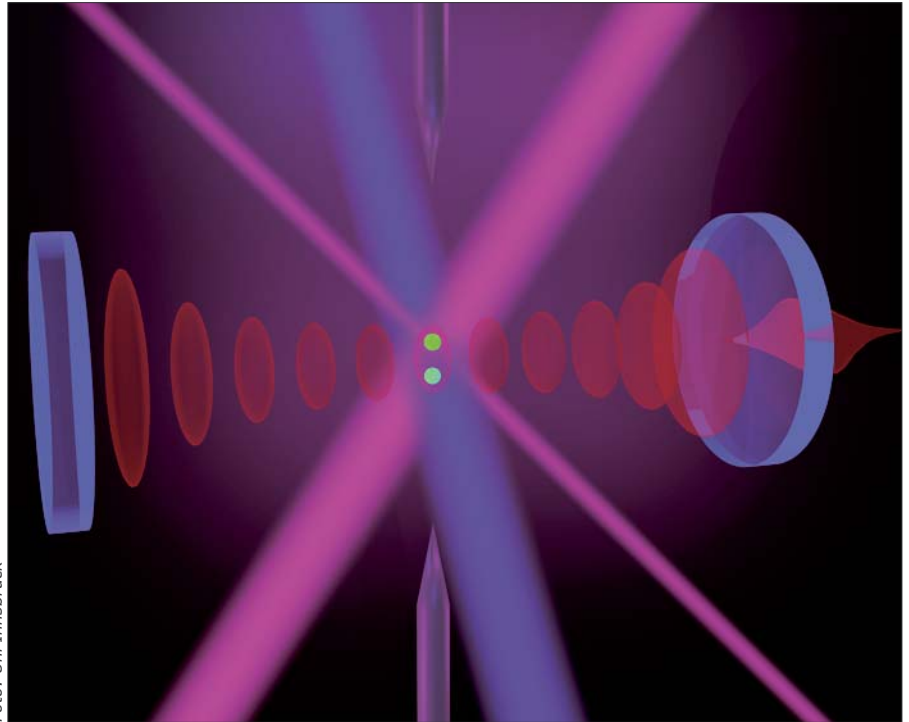


Foto: Uni Innsbruck

Zwischen zwei stark reflektierenden Spiegeln werden zwei Teilchen positioniert und mit einem Laser verschränkt. Mit einem weiteren Laser wird die Quanteninformation in die Ionen eingeschrieben und auf das Photon übertragen.

der Erstautor der aktuellen Arbeit. Um die Eignung für die Quanteninformationsverarbeitung zu demonstrieren, schreiben die Forscher einen Quantenzustand in die verschränkten Teilchen ein und übertragen diesen auf das Photon. Aufgrund der superradianten Wechselwirkung wird das Photon fast doppelt so rasch erzeugt wie im früheren Experiment. „Durch die Ausnutzung der Superradianz wird der Informationstransfer von den Teilchen auf das Photon wesentlich zuverlässiger“, freut sich Casabone über das gelungene Experiment. Damit verringern sich auch die technischen Voraussetzungen für den Bau solcher Schnittstellen.

Schreib-Lese-Einheit für Quantenspeicher

In ihrem Experiment konnten die Innsbrucker Physiker über die Wechselwirkung zwischen den Teilchen und dem optischen Resonator auch subradiante Zustände erzeugen. Dabei wird die Emission von Photonen unterdrückt statt verstärkt. „Auch diese Zu-

stände sind interessant, weil die Quanteninformation dadurch für den Resonator unsichtbar wird und so geschützt werden kann“, sagt Tracy Northup. Damit ist es sogar denkbar, durch ein Hin- und Herschalten zwischen sub- und superradianten Zuständen die Quanteninformation in den Teilchen gezielt abzufragen. In einem zukünftigen Quantencomputer könnten so adressierbare Lese- und Schreib-Operationen an einem Quantenregister realisiert werden.

Unterstützt werden die Physikerinnen und Physiker der Universität Innsbruck und des Instituts für Quantenoptik und Quanteninformation der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bei ihren Forschungen zu einer Quanten-Schnittstelle vom österreichischen Wissenschaftsfonds FWF, der europäischen Union und der Tiroler Industrie. ■

<http://www.uibk.ac.at>

Publikation: Enhanced quantum interface with collective ion-cavity coupling. B. Casabone, K. Friebe, B. Brändstatter, K. Schüppert, R. Blatt, and T. E. Northup. *Phys. Rev. Lett.* 114, 023602
DOI: 10.1103/PhysRevLett.114.023602

Supermikroskop ermöglicht Einblick in Energiehaushalt der Zelle

Mit technischen Tricks lassen sich an der TU Wien Details im Inneren von Zellen beobachten, die der Lichtmikroskopie lange Zeit unzugänglich waren.

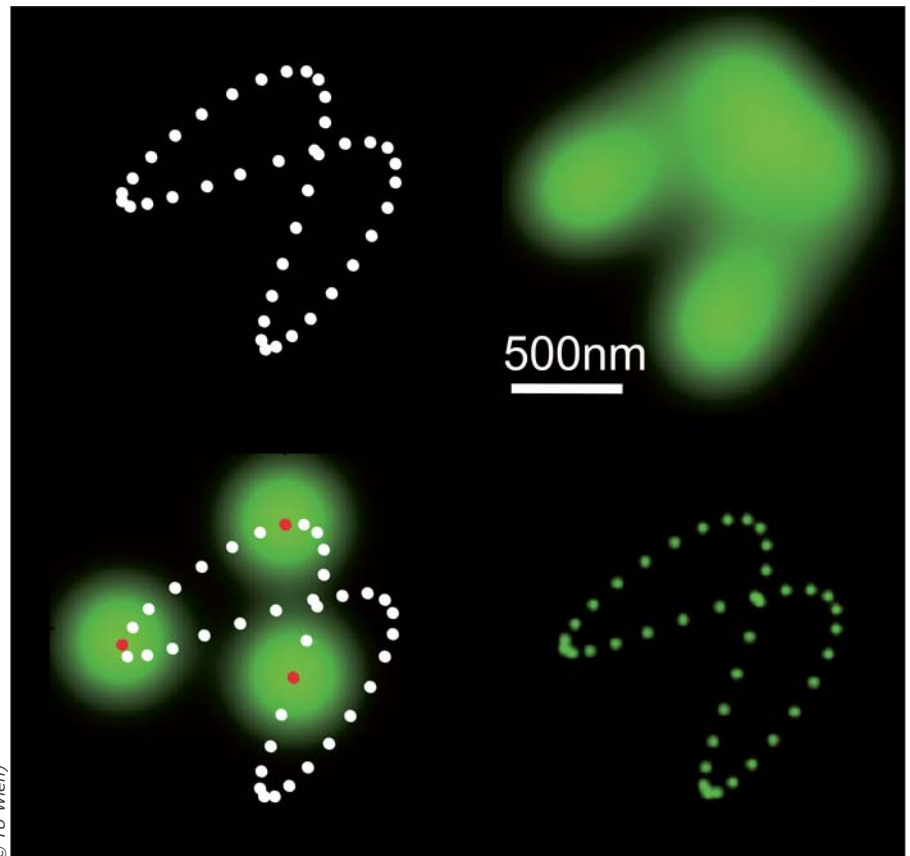
Objekte, die kleiner sind als die Wellenlänge des Lichts, kann man mit Lichtmikroskopen nicht sehen – zumindest dachte man das lange. Mittlerweile wurden aber besondere Tricks entwickelt, um diese Regel zu umgehen. An der TU Wien gelang es mit Hilfe eines Superauflösungs-Mikroskops, die Anordnung von Proteinen mit einer Genauigkeit im Bereich von etwa 30 Nanometern zu untersuchen. Gemeinsam mit der Universität für Veterinärmedizin in Wien konnten damit wichtige Details über das Arbeitsweise von Mitochondrien entschlüsselt werden, die in unseren Zellen für die nötige Energie sorgen.

Viele Lichtpunkte ergeben ein Bild

„Proteine lassen sich mit fluoreszierenden Molekülen spezifisch markieren. Mit Hilfe von Laserlicht kann man sie dann zum Leuchten bringen“, erklärt Prof. Gerhard Schütz vom Institut für angewandte Physik der TU Wien. Würden alle Proteine gleichzeitig fluoreszieren, würden sich die jeweiligen Flecken überlagern und ein verschwommenes, undeutliches Bild ergeben.

Der Trick besteht nun darin, daß die Farbstoffmoleküle zwischen zwei Zuständen hin und her wechseln: Meistens befinden sie sich im Dunkelnzustand, doch manchmal wechseln sie ganz zufällig in einen aktiven Zustand und fluoreszieren. Nimmt man nun Bilder einer winzigen biologischen Struktur auf, so sieht man auf jedem Foto bloß einzelne helle Flecken – die meisten Moleküle senden gerade kein Licht aus. In einem Film hingegen sieht man die einzelnen Moleküle nacheinander aufleuchten und wieder verschwinden. Man kann also mit der Zeit alle markierten Proteine getrennt voneinander beobachten.

Jedes fluoreszierende Protein wird als heller Fleck sichtbar. Am Computer kann man das genaue Zentrum dieses Flecks ermitteln und daraus sehr exakt den Aufenthaltsort des jeweiligen Proteins bestimmen. Aus tausenden Bildern wird dann die Gesamtstruktur zusammengesetzt, und so entsteht ein Bild mit einer Auflösung von ungefähr 30 Nano-



© TU Wien

Die Grundidee: Wenn viele einzelne Punkte gleichzeitig leuchten (oben) dann ist bloß eine diffuse Wolke zu erkennen (oben rechts). Blitzen die einzelnen Punkte aber nacheinander auf (unten), dann kann man jeweils den Mittelpunkt berechnen und alle Punkte sauber abbilden (unten rechts).

metern – obwohl das verwendete Licht eine Wellenlänge von etwa 500-700 Nanometern aufweist.

Mit diesem Trick untersuchte das Team von Gerhard Schütz an der TU Wien gemeinsam mit der Forschungsgruppe von Prof. Elena Pohl (Veterinärmedizinische Universität Wien) die Proteinverteilung in Mitochondrien. Mitochondrien sind für jede Zelle lebenswichtig. Sie sorgen dafür, daß Adenosintriphosphat (ATP) hergestellt wird – der universelle Energieträger in unseren Zellen.

Konkurrenz um Energie

Das Mitochondrium hat eine glatte Außenmembran, unter der sich eine schlingenartig aufgefächerte Innenmembran verbirgt. „An den Einstülpungen der verschlungenen

Membran findet ein ganz wichtiger Prozeß der zellulären Energiegewinnung statt, die sogenannte Atmungskette“, erklärt Gerhard Schütz. „Dabei transportieren mehrere Proteinkomplexe Protonen über die Innenmembran und bauen damit eine elektrische Spannung auf. Diese elektrische Spannung nutzen bestimmte Proteine, um ATP zu erzeugen.“ Allerdings haben die ATP-erzeugenden Proteine dabei einige Gegenspieler: Uncoupling Proteine können durch eine Art Kurzschluß die elektrischen Ladungsunterschiede ausgleichen.

Nach so einem Kurzschluß kann die Energie, die in der elektrischen Ladungsverteilung gespeichert war, nicht mehr zur Produktion von ATP verwendet werden. Stattdessen entsteht Wärme. Auch dieser Effekt

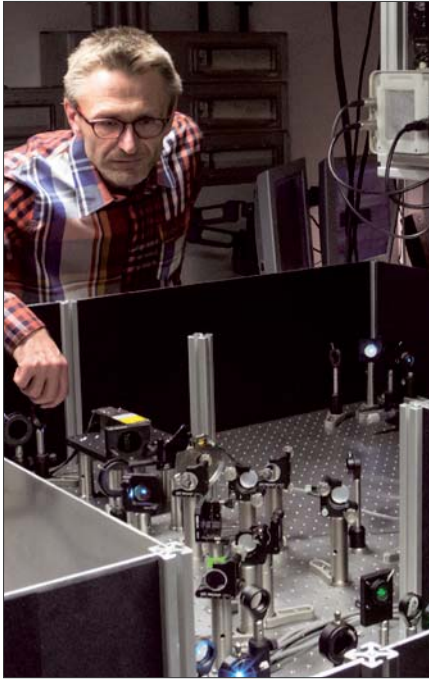


Foto: TU Wien

Prof. Gerhard Schütz mit Laser-Strahlengang und Mikroskop

hat eine wichtige biologische Funktion: Zum Beispiel bei Tieren, die Winterschlaf halten, kann dadurch die zelluläre Wärmeproduktion reguliert werden.

„Wir haben uns die Frage gestellt, wie die Balance zwischen diesen beiden Effekten – der ATP-Produktion und der Wärmeerzeugung – überhaupt funktionieren kann“, sagt Gerhard Schütz. „Über die Details dieser Abläufe wußte man bisher recht wenig.“

Die Supermikroskopie allerdings konnte nun endlich Licht in diese Angelegenheit bringen: Man fand heraus, daß beide Proteine (die ATP-erzeugende Synthase und das Kurzschluß-verursachende UCP4) an unterschiedlichen Stellen im Mitochondrium aktiv sind. Im Inneren der Schlingen der Mitochondrien-Wand entsteht ATP, weiter außen ist UCP4 aktiv. So läßt sich nun verstehen, warum die Konkurrenz der beiden Effekte für unsere Zellen kein Problem ist.

„Noch gibt es hier viel zu forschen. Wir können noch nicht genau sagen, wozu das Mitochondrium UCP4 an der Membran benötigt“, sagt Gerhard Schütz. „Eine mögliche Erklärung wäre, daß es Protonen davon abhält, aus dem Mitochondrium auszutreten und andere Teile der Zelle zu schädigen.“ Solchen Fragen will das Forschungsteam mit Hilfe der Supermikroskopie noch weiter nachgehen. ■

Die wissenschaftliche Publikation ist am 22.12.2014 im Journal PNAS (Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America.) erschienen.

Das Gehirn denkt, das Rückenmark lenkt

MedUni Wien-Forscherteam identifiziert wichtige Kontrollmechanismen für das Gehen – Multizentrale, internationale Kooperation

Das menschliche Rückenmark kann nach kompletter Querschnittslähmung durch elektrische Impulse eines implantierten Stimulators Aktivitäten in der Beinmuskulatur auslösen. Das wurde bereits in früheren Arbeiten in Wien gezeigt. Nun ist es einem jungen Team von ForscherInnen am Zentrum für Medizinische Physik und Biomedizinische Technik der MedUni Wien im Rahmen einer internationalen Kooperation gelungen, jene Kontrollmechanismen zu identifizieren, über die das Rückenmark diese Muskelaktivitäten steuert. Das funktioniert auch, wenn durch eine Querschnittslähmung die vom Gehirn ausgehenden Leitungsbahnen eigentlich unterbrochen sind. Damit wurde weltweit erstmals entschlüsselt, welche Aktivierungsmuster auf Rückenmarksebene dem Gehen zugrunde liegen.

Menschen mit Querschnittslähmung besitzen im Rückenmark unterhalb der Verletzung noch immer Nervenverbände (sogenannte Lokomotionszentren), die rhythmische Bewegungen in den Beinen auslösen können. „Mittels statistischer Verfahren konnten wir eine kleine Zahl von Grundmustern identifizieren, die bewegungsbezogenen Muskelaktivitäten in den Beinen zugrunde liegen und die eine periodische Aktivierung bzw. Inaktivierung der Muskeln steuern, wodurch zyklische Bewegungen wie beim Gehen erfolgen. Ähnlich einem Baukastensystem kombiniert das Nervenetzwerk im Rückenmark diese Grundmuster flexibel je nach Bewegungsanforderung“, erklärt Studienautor Simon Danner vom Zentrum für Medizinische Physik und Biomedizinische Technik der MedUni Wien. Die Ergebnisse wurden nun im Top-Journal „Brain“ veröffentlicht.

Das Gehirn bzw. der Hirnstamm fungiert zwar als Kommandozentrale, aber Nervenetzwerke im Rückenmark generieren die komplexen motorischen Erregungsmuster selbst. Diese Lokomotionszentren gibt es in den meisten Wirbeltieren. Ein bekanntes Beispiel dafür, daß das Rückenmark auch noch Signale aussendet, wenn das Gehirn nicht mehr beteiligt ist, ist das im Hof herumlaufende, kopflose Huhn. Das Rückenmark sen-

det auch nach Verlust der Steuerung durch das Gehirn noch motorische Signale aus, die in Lauf- und Flügelbewegungen umgesetzt werden.

Neue Möglichkeiten in der Rehabilitation nach Querschnittslähmung

Die neuen Erkenntnisse zu diesen Grundmustern für das Auslösen und die Koordination von Muskelbewegungen in den Beinen sollen auch in neue Rehabilitationsansätze einfließen, die darauf abzielen, jene Nervenverbände, die nach einem Unfall und folgender Querschnittslähmung noch funktionieren, weiterhin über elektrische Stimulation nutzbar zu machen. Das eröffnet künftig vor allem neue Möglichkeiten in der Therapie von querschnittgelähmten Menschen, etwa um verlorene rhythmische Bewegungsmöglichkeiten wenigstens teilweise zu reaktivieren.

Wie die Nervenverbände dafür exakt stimuliert werden müssen, hängt auch vom individuellen Verletzungsprofil ab und ist Gegenstand weiterer Studien. Dazu haben die WissenschaftlerInnen der MedUni Wien auch eine nicht-invasive Methode zur Stimulation des Rückenmarks entwickelt, die weltweit einzigartig ist und über an der Haut angebrachten Oberflächenelektroden funktioniert. „Diese Methode erlaubt einen vereinfachten Zugang zu den Nervenverbänden im Rückenmark unterhalb einer Querschnittverletzung und kann somit ohne besondere medizinische Risiken und Belastungen Querschnittgelähmten zur Verfügung gestellt werden“, so Karen Minassian, Seniorautor der aktuellen Veröffentlichung.

Multizentrale, internationale Kooperation

Die vorliegende Publikation ist aus einer Kooperation der Medizinischen Universität Wien, des Otto-Wagner-Spitals, der Technischen Universität Wien und des Baylor College of Medicine, Houston, TX entstanden und wird vom Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds WWTF und von der „Wings for Life – Stiftung für Rückenmarksforschung“ finanziell unterstützt. ■

Gründungsakt des Kepler Universitätsklinikums in Linz

Landeshauptmann Pühringer: Meilenstein für die medizinische Infrastruktur, medizinische Ausbildung und Versorgung in Oberösterreich



Foto: Land Oö / Grünberger

v.l. BM Klaus Luger, Geschäftsführung des Kepler Universitätsklinikums Elgin Drda und Heinz Brock mit LH Josef Pühringer

Am 20. Jänner fand im Steinernen Saal des Linzer Landhauses um 16 Uhr der feierliche Gründungsakt für das Kepler Universitätsklinikum statt. „Mit der Gründung des Kepler Universitätsklinikums setzen wir einen weiteren wesentlichen Meilenstein für die medizinische Infrastruktur, medizinische Ausbildung und Versorgung in Oberösterreich“, betonte Landeshauptmann Josef Pühringer.

„Aus einer Bündelung der Kompetenzen der Landesfrauen- und Kinderklinik, der Landesnervenklinik Wagner Jauregg und des AKh Linz entsteht in unserem Bundesland ein neues Zentrum für Spitzenmedizin. Das neue Zentrum für Spitzenmedizin wird das zweitgrößte Krankenhaus der Republik sein und bedeutet den größten Veränderungsprozeß in der österreichischen Spitalslandschaft. Im Mittelpunkt steht dabei ein Miteinander von Forschung und Lehre auf höchstem Niveau, sowie kompetenter und wertschätzender Betreuung und Begleitung von Patientinnen und Patienten.“

Für den Linzer Bürgermeister Klaus Luger „bereichert die Kepler Universitätsklinik den Bildungsstandort Linz. Als Ergänzung zu den bereits bestehenden Universitäten und Fachhochschulen in der Landeshauptstadt schließt sie eine wesentliche Lücke im Bildungsbereich. Die neuen Schwerpunkte

Klinische Altersforschung sowie Versorgungsforschung bieten eine große Chance und eine wertvolle Ergänzung zu den bereits bestehenden Studienangeboten. Darüber hinaus unterstreicht das Kepler Universitätsklinikum mit seinem zukünftigen Campus am Areal des Linzer AKh die wirtschaftliche Bedeutung von Linz.“

Die Kepler Universitätsklinikum GmbH

Die Medizinische Fakultät an der Johannes Kepler Universität ist ein Meilenstein für Oberösterreich. Als weiterer Schritt der Umsetzung wurde nach intensiver Vorbereitung wenige Tage zuvor, am 16. Jänner, die Kepler Universitätsklinikum GmbH offiziell gegründet. Im Rahmen eines Notariatsakts wurde der Gesellschaftsvertrag unterzeichnet und in weiterer Folge nach Bestellung der Geschäftsführung und der Entsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Antrag auf Eintragung in das Firmenbuch gestellt.

Gegenstand und Zweck des Unternehmens sind: „Die Errichtung und der Betrieb einer aus dem Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Linz, der Landes-Frauen- und Kinderklinik sowie der Landes-Nervenklinik Wagner-Jauregg bestehenden einheitlichen Krankenanstalt mit deren wesentlichen Tätigkeiten und deren Mittelpunkt in Linz, die neben dem zentralen Versorgungsauftrag nach dem

Oö. KAG 1997 auch der Forschung und Lehre im klinischen Bereich dient und als Universitätsklinikum für die Medizinische Fakultät an der Johannes Kepler Universität Linz fungiert, ...“

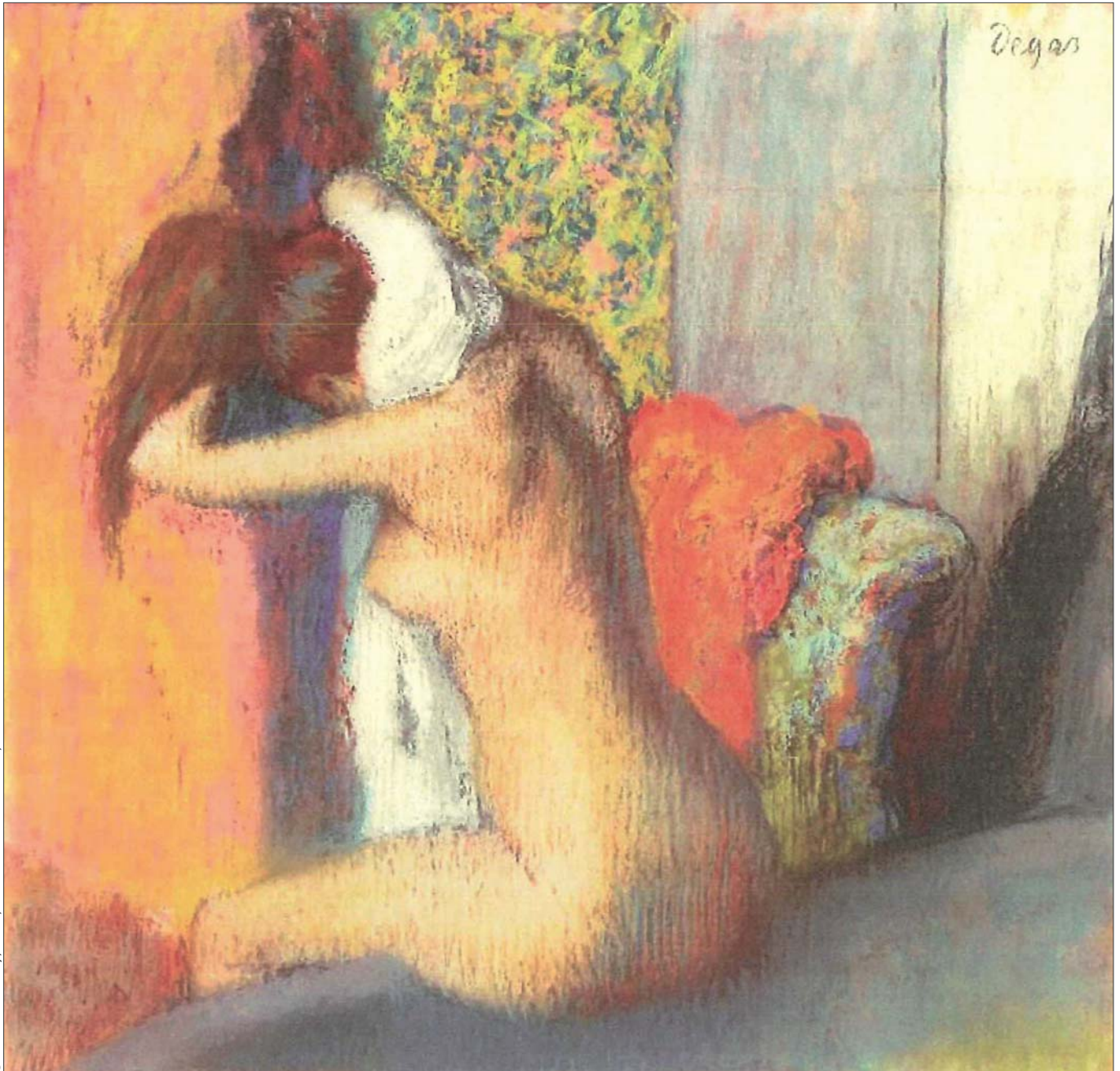
Die Genehmigung der Gesellschaftsgründung und die dazu erforderlichen Organbestellungen durch den Gemeinderat der Stadt Linz und den Aufsichtsrat der Oö Landesholding GmbH erfolgten bereits am 20. November bzw. 15. Dezember 2014.

Gesellschafter der Kepler Universitätsklinikum GmbH sind das Land Oberösterreich im Wege der Oö Landesholding GmbH (74,9 %) und die Stadt Linz (25,1 %). Mit 1. Jänner 2016 werden das Allgemeine Krankenhaus der Stadt Linz (AKh Linz), die Landes-Frauen- und Kinderklinik (LFKK) und die Landesnervenklinik Wagner Jauregg (LNK WJ) in die neue Trägergesellschaft eingebracht und wird damit das Kepler Universitätsklinikum geschaffen.

Mit der Gründung der Kepler Universitätsklinikum GmbH entspricht das Land Oberösterreich gegenüber dem Bund gemeinsam mit der Stadt Linz der in der Art. 15a B-VG-Vereinbarung enthaltenen Verpflichtung, ein eigenes Universitätskrankenhaus für die Funktionen der Lehre und der Forschung im Rahmen der Medizinischen Fakultät Linz zur Verfügung zu stellen. ■

Degas, Cézanne, Seurat

Das Archiv der Träume aus dem Musée d'Orsay –
von 30. Jänner bis 3. Mai 2015 in der Albertina



© Musée d'Orsay, Paris, Dist. RMN-Grand Palais, Hervé Lewandowski

Edgar Degas, *Nach dem Bad (Frau, sich den Nacken trocknend)*, 1885 - 1886

Für wenige Wochen ermöglicht die Albertina ihren BesucherInnen den Blick in ein Traumarchiv: Vom 30. Jänner bis zum 3. Mai 2015 öffnet das Musée d'Orsay seine Tresore und verleiht die grafischen Kostbarkeiten seiner Sammlung erstmalig an ein Museum außerhalb Frankreichs. 130 Werke sind in der großen Schau französischer Kunst des 19. Jahrhunderts zu sehen.

Delikate Pastelle von Edgar Degas, Georges Seurat und Odilon Redon, malerische Gouachen von Honoré Daumier und Gustave Moreau, feine Aquarelle von Paul Cézanne sowie Arbeiten von in ihrer Zeit hoch geschätzten Salonkünstlern bilden ein weites Panorama französischer Zeichenkunst ab: Der politisch orientierte Realismus ist mit seinen prominentesten Protagonisten vertre-

ten: Honoré Daumier verzerrt gesellschaftliche Konflikte der Zeit in den Gerichtssälen ins Karikaturhafte während Gustave Courbet und Ernest Meissonier Barrikadenkämpfe und bedeutende politische Wendepunkte auf Skizzenblättern dokumentieren. Giovanni Segantini und Jean-François Millet hingegen hüllen monumental anmutende Bauern und Fischer in mystisches Licht, frieren die

© Musée d'Orsay, Paris, Dist. RMN-Grand Palais, Hervé Lewandowski



Jean-François Millet, *Erntearbeiter bei der Rast oder Rut und Boas*, Skizze zum gleichnamigen Gemälde, 1850-1853

© Musée d'Orsay, Paris, Dist. RMN-Grand Palais, Tony Querrec



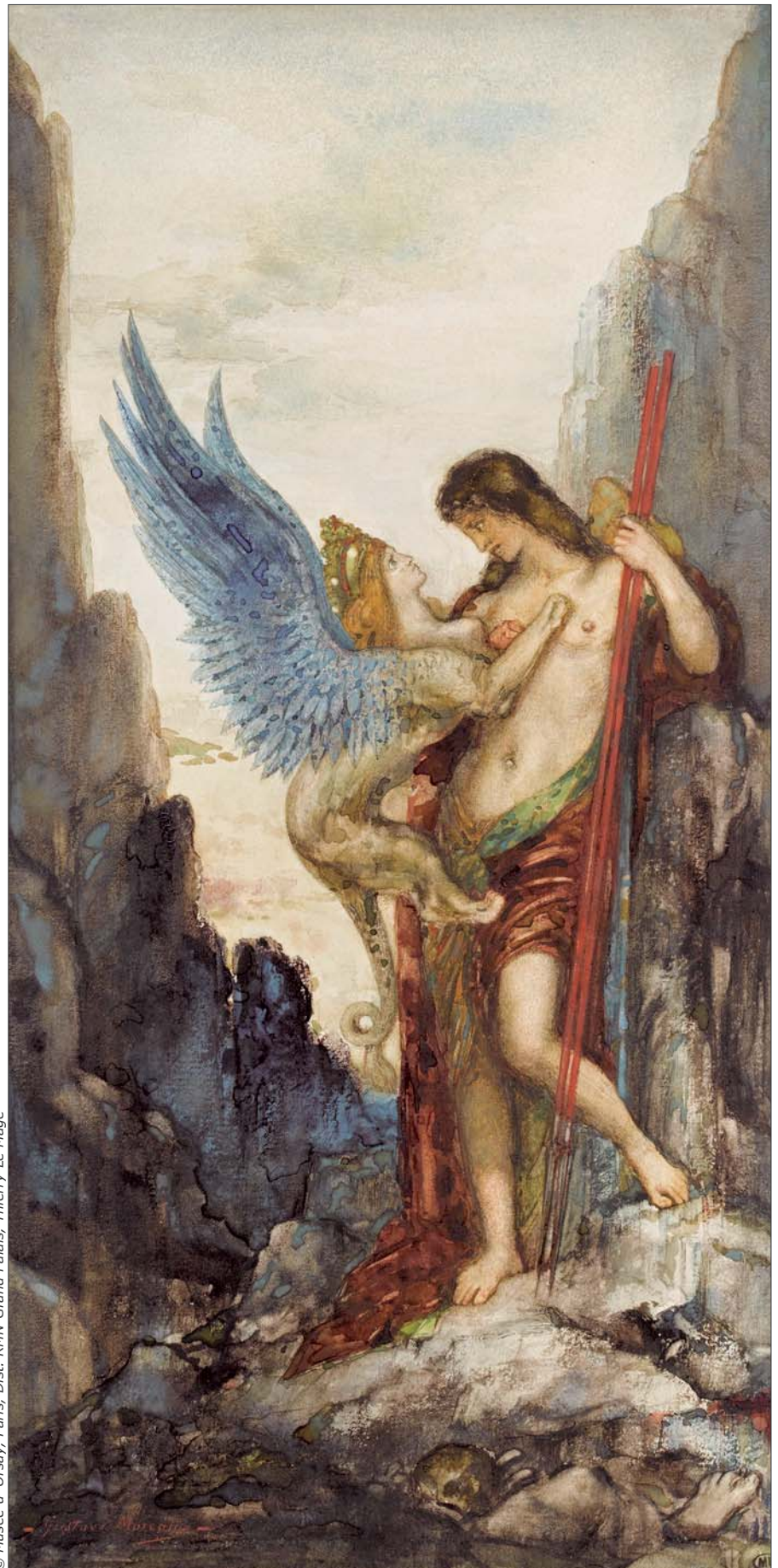
Paul Cézanne, *Der Gipssofen*, 1890-1894, Graftit und Aquarell

Posen der Arbeiter ein und ästhetisieren so ihre repetitiven Gesten.

Diese sozial motivierten Werke finden ihren Platz neben Arbeiten des malerischen Impressionismus und bilden einen provokanten Kontrast zu den sonnendurchfluteten Landschaften aus dem Süden Frankreichs von Paul Cézanne und den leichten, atmosphärischen Markt-Darstellungen von Eugène Boudin. Beide Künstler setzen auf die Leuchtkraft des hellen Papiers, das sie stellenweise durchscheinen lassen und bauen ihre Motive mit versierter Leichtigkeit durch nahezu geometrische Flächen auf. Licht spielt auch bei Edgar Degas eine tragende Rolle: aus verborgenem Winkel betrachtete Tänzerinnen werden von ihm bei privaten Übungen und in intimen Szenen dargestellt. Degas widmet sich, wie Aristide Maillol, ebenso dem klassischen Genre des Aktes, ergänzt ihn mit scheinbar profanen Tätigkeiten des Alltags und entwickelt so eine moderne Venus bzw. Göttin.

Alexandre Cabanel und Pierre-Auguste Renoir zeigen, daß die 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts trotz aller modernen Bestrebungen auch an den Traditionen der *academie française* festhielt: Cabanel's „Geburt der Venus“ zelebriert das klassische Schönheitsideal sowie die Regeln und den Geschmack des Salons und repräsentiert den Höhepunkt des Klassizismus nach Ingres oder Raffael. Die Meisterwerke von Edward Burne-Jones, Jean Léon Gérôme und Frantisek Kupka haben narrative Züge und setzen literarische Figuren in Szene. Ihnen gegenüber stehen Zeichnungen, die als Buchillustrationen geschaffen wurden. Dazu gehören Jean-Paul Laurens' *Grisaillen* zu Goethes „Faust“, ein Entwurf des Präraffaeliten William Holman Hunt zu John Keats' „Basilikumtopf“ und schließlich Maurice Denis' Zeichnungen zu den „Fioretti“ des heiligen Franz von Assisi.

Odilon Redon schafft geheimnisvolle, rätselhafte Darstellungen, indem er die Technik der Kohlezeichnung belebt: Seine „Noirs“ setzen eine suggestive, spirituelle Welt in Szene und gesellen sich so zu den nicht minder dunklen, aber pointillistischen Kreidezeichnungen von Georges Seurat. Seine mit schwarzer Conté-Kreide geschaffenen Zeichnungen werden nicht durch Linien definiert, sondern durch den Kontrast zwischen den subtilen Nuancen des schwarzen Zeichenmittels und der Weiße des Papiers. So entstehen diesige und geheimnisvolle Silhouetten. Felicien Rops und Gustave Moreau lassen in die Abgründe der menschlichen Seele blicken: Ihre Werke zeigen



Gustave Moreau, *Ödipus und die Sphinx*, 1882

Kultur

Monster und Chimären, erfinden Salomé, Medea und Medusa neu und illustrieren somit die Vorstellungen, die um die femine fatale der Jahrhundertwende kreisen.

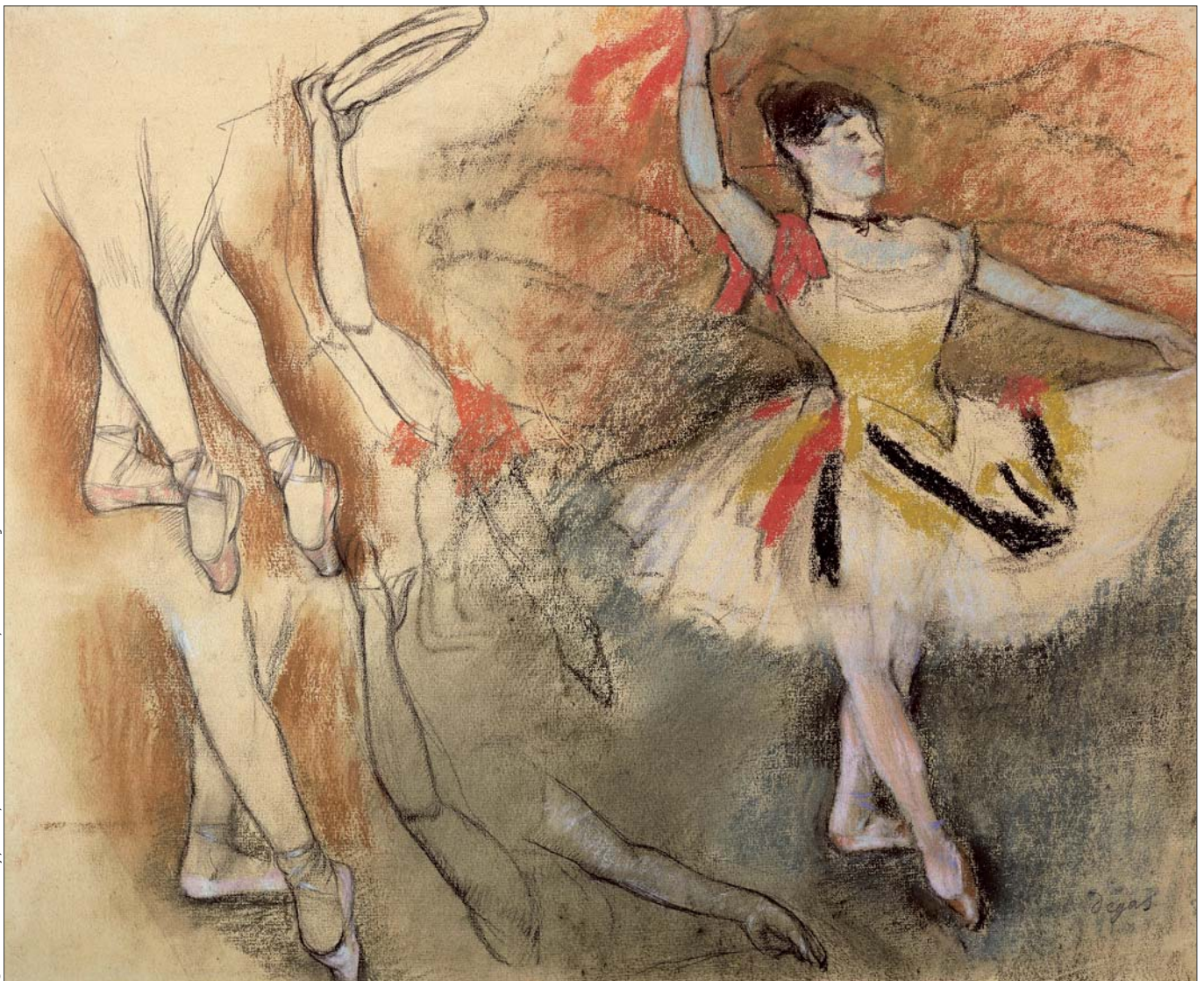
Durch das scheinbar undurchschaubare Labyrinth von Stilen, Themen und Motiven, die im 19. Jahrhundert neben einander herrschen, führt der ehemalige Direktor des Musée National d'Art Moderne im Centre Pompidou, Werner Spies. Er hat die Schau für die Albertina zusammengestellt.

In dem die Ausstellung begleitenden Katalog widmen ihm zahlreiche Künstler, Schriftsteller, Filmemacher und Architekten persönliche Beiträge und Interpretationen zu einzelnen in der Schau vertretenen Arbeiten, um damit ihre freundschaftliche Verbundenheit mit dem geschätzten Kurator auszudrücken. ■

Degas, Cézanne, Seurat
von 30. Jänner bis 3. Mai 2015
<http://www.albertina.at>



Paul Cézanne, *Stillleben mit Granatäpfeln, Karaffe, Zuckerdose, Flasche und Wassermelone*, 1896-1906



Edgar Degas, *Spanische Tänzerin und Beinstudien*, Vorstudie für das Pastell *Tanzende mit Tamburin*, um 1882, Kreide u. Pastell

MAK zeigt EOOS

Erste große Werkschau des österreichischen Designstudios im MAK – von 28. Januar bis 17. Mai 2015



© HGEsch

EOOS, adidas Originals Store New York, 2002

Unter dem Titel „EOOS“ zeigt das MAK – Österreichisches Museum für angewandte Kunst / Gegenwartskunst – anlässlich des 20jährigen Bestehens die erste große Werkschau des gleichnamigen österreichischen Designstudios und gibt Einblick in dessen poetisch-analytischen Entwurfsprozeß. Das von EOOS im Jahr 2014 gestaltete MAK Design Labor bildet den Rahmen für einen Ausstellungsparcours, der die vielschichtige Entwurfspraxis der Studiogründer Martin Bergmann, Gernot Bohmann und Harald Gruendl veranschaulicht. Interventionen in allen Laborbereichen und zahlreiche Produkt- und Raumentwürfe spüren ihrer konsequent reduzierten, zwischen Archaik und Hightech verorteten Designsprache nach.

Als sich Bergmann (geb. 1963, Lienz/Osttirol), Bohmann (geb. 1968, Krieglach/Steiermark) und Gruendl (geb. 1967, Wien) im Jahr 1988 beim Studium an der heutigen Universität für angewandte Kunst

Wien kennenlernten, lautete ihr erklärtes Ziel, nicht Starkarrieren wie etwa jener von Philippe Starck nachzueifern, sondern kreative Synergien gezielt als Trio zu nutzen.

„Wie eine Rockband arbeiten“ wollten die drei Designer, deren Interaktion zum Dynamo für ein erfolgreiches Langzeitprojekt wurde. EOOS steht für Design jenseits belie-



Foto: Udo Titz

EOOS (v.l.): Martin Bergmann, Harald Gruendl und Gernot Bohmann, 2014



Foto: Paul Prader

MAK-Ausstellungsansicht, 2015: EOOS, MAK Design Labor, Entwurfsprozeß für Bürostuhl Sguig für Keilhauer, 2006

biger Massenware oder modischen Luxusguts, für Objekte und Konzepte, angereichert mit genuinen Werten. KonsumentInnen werden als autarke Wesen verstanden, die ihre Umwelt auch im Zeitalter der Digitalen Moderne unbewußt nach archaischen Mustern nutzen.

Ihr 1995 gegründetes Studio nannten Bergmann, Bohmann und Gruendl bewußt EOOS, nach einem der Zugpferde des in Ovids poetischem Meisterwerk „Metamorphosen“ am Firmament rasenden Sonnenwagens. EOOS zählt mit über 130 internationalen Designpreisen, darunter der renommierte Industrie-Designpreis Compasso d'Oro für das mit Matteo Grassi entwickelte Sitzsystem „Kube“ (2004), zu den weltweit erfolgreichsten Designstudios. Besonderen Wert legen die Designer von EOOS auf eine

Vielzahl technischer Patente, die verdeutlichen, daß sich das Studio nicht mit Standardlösungen zufrieden gibt. „Zwischen verbrennen und verloren gehen spielt sich alles ab“, beschreiben sie ihr Entwurfspathos, das teilweise langjährige Kunden wie Alessi, Armani, adidas, bulthaup, Dedon, Duravit, Lamy, Hermann Miller, Keilhauer, Walter Knoll oder Zumtobel schätzen.

Für EOOS ist die „Poetische Analyse“ das Originäre an ihrem Designansatz, worunter sie keine Ideologie verstehen, sondern ein Werkzeug für den Entwurf. „Rituale, intuitive Bilder und Geschichten dienen als Ausgangspunkt oder Referenz für unsere Arbeits- und Denkweise“, so EOOS. Der auf jeden Auftrag abgestimmte theoretisch-philosophische Diskurs ist ihnen im Designprozess ebenso wichtig wie der funktional-

ergonomische, materialtechnologische und formalästhetische Feinschliff.

Patent und Poesie verbindet etwa das im Auftrag des italienischen Design-Fabrikanten und Weinliebhabers Alberto Alessi entworfene asymmetrische Universal-Weinglas „Alberto's Vineyard“ (2009), aus dem sich rote und weiße Weinsorten unter Berücksichtigung unterschiedlicher geschmacklicher Entfaltungen gleichermaßen trinken lassen.

„EOOS in dem von ihm gestalteten MAK Design Labor zu präsentieren, ist naheliegend: Der Ausstellungsort ist damit Display und Exponat in einem. Zudem lässt sich das von EOOS intendierte Konzept eines dynamischen Präsentationsorts nochmals testen“, beschreibt Thomas Geisler, Ausstellungskurator und Kustode der MAK-Sammlung

Kultur

Design, eine der Grundideen zur Ausstellung. EOOS positioniert in allen zwölf Bereichen des MAK Design Labor EOOS-Projekte oder Statements, vom autarken, für die Bill & Melinda Gates Foundation gemeinsam mit dem Schweizer Institut für Wasser- und Gewässerforschung Eawag entwickelten Toilettensystem „Blue Diversion Toilet“ (seit 2011) über Shop-Gestaltungen etwa für adidas oder Armani bis hin zum Lippenstift-Set "Bite" (2011).

Einige Objekte, darunter die auf das Wesentliche reduzierte und in Teilen ausgestellte Werkstattküche „b2“ (2008) für bulthaup, sind bereits Teil der Präsentation im MAK Design Labor und werden in Zusammenarbeit mit der Grafikerin Maria-Anna Friedl als markierter Parcours für die Ausstellung kontextualisiert. Der zentrale vormalige „Hoffmann Geometrisch“-Raum erhält den neuen Titel „EOOS transformiert“ und zeigt ein langsames, mechanisch anmutendes Ballett von Möbeln. Das Sofa „Threesixty“ (2008) für Walter Knoll oder die Duschkabine „Open Space“ (2011) für Duravit bespielen den Raum als Akteure in Bewegung und veranschaulichen in ungewöhnlicher Weise die für EOOS essenzielle Auffassung von Design als transformierender Kraft, sowohl räumlich als auch in der Subjekt-Objekt-Beziehung.

Im ebenfalls neubetitelten Raum „Entwerfen“ (ehemals „Dekorieren“) legen Skizzen, Fotografien, Funktionsmodelle und Prototypen, darunter der auf aktives Sitzen ausgelegte Drehstuhl „Sguig“ (2006) für den kanadischen Büromöbelhersteller Keilhauer, beispielhaft den oftmals langwierigen Entwicklungsprozeß offen. Dieser Ausstellungsteil ermöglicht einen Einblick in die „Poetische Analyse“ von EOOS sowie die verschiedenen Arbeitsschritte im Designprozeß, wie das Überarbeiten, das Modellieren, das Entwickeln von Techniken und Patenten oder das aktionistische Erfassen von Dingen.

Unter dem Gesichtspunkt des interdisziplinären Austauschs mit anderen Kunstsparten, einer weiteren Maxime von EOOS, widmet sich eine Intervention der Ausstellung „EOOS“ der langjährigen Zusammenarbeit mit dem Studio grafisches Büro – Günter Eder, Roman Breier, Marcel Neundörfer. Mit den Grafikdesignern wurden zahlreiche gemeinsame Projekte bestritten, darunter das visionäre Shop-Design der „A1 Lounge“ (2004-2008) in der Mariahilfer Straße in Wien. Auch die reduzierte visuelle Identität von EOOS entstand aus dieser Zusammenarbeit. Elke Krystufeks Interpretation eines



oben und unten: MAK-Ausstellungsansicht, 2015: EOOS, MAK Design Labor



Fotos: MAK/Georg Mayer

EOOS-Erstlingswerks, des „Breakfast Service“ (1995), das die Künstlerin für ihre große Personale „LIQUID LOGIC. The Height of Knowledge and the Speed of Thought“ (MAK-Ausstellungshalle, 6. Dezember 2006 bis 1. April 2007) fotografierte, ist ebenfalls Teil der Ausstellung.

Neu für „EOOS“ entstand eine Fotoarbeit von Elfie Semotan, die EOOS in ihrem Studio in der Zelinkagasse (Wien 1) besuchte. Das EOOS-Büro befindet sich in jenen Räumlichkeiten, in denen bereits Helmut Lang und auch COOP HIMMELB(L)AU Weltruhm erlangten. Helmut Langs Archiv zu seiner Arbeit als Modeschöpfer wurde im MAK Design Labor öffentlich zugänglich gemacht: Semotan spürt in ihrer Fotoarbeit dem von EOOS – basierend auf einer „Urban Legend“ – für das MAK Design Labor

abstrahierten, meterlangen Arbeitstisch von Helmut Lang nach.

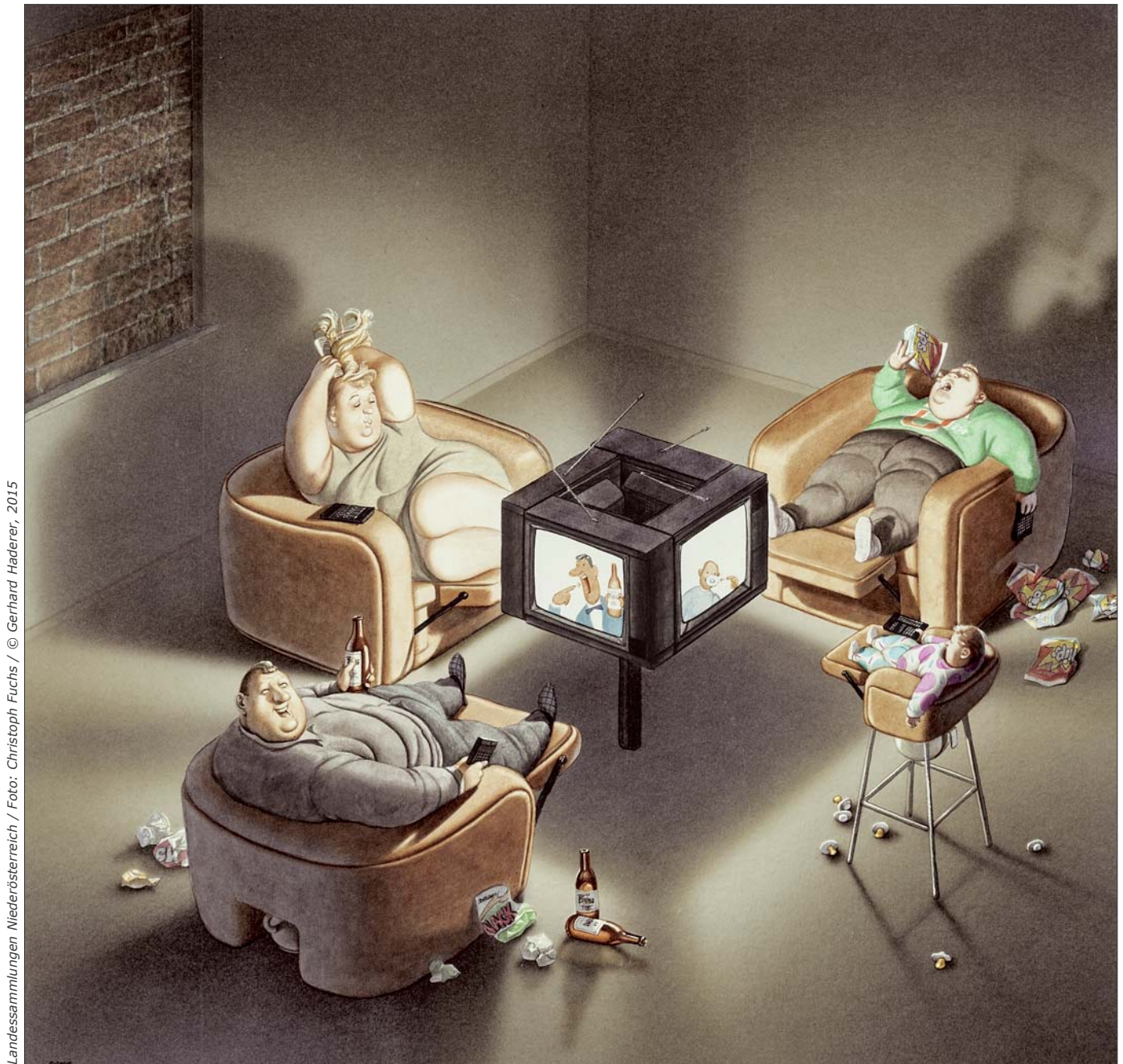
Die Ausstellung EOOS wird im ersten Monat von einem gemeinsam mit EOOS kuratierten Programm im MAK FORUM begleitet, das Referenzpersonen und WegbegleiterInnen der Studiogeschiede zu Wort kommen läßt. Das Setting bildet die Rekonstruktion einer Installation, die einem Wahrnehmungsspiel in puncto Maßstab nachempfunden ist und ursprünglich für die Ausstellung „eins zu zwei – zwei zu eins“ (2013) im aut.architektur und tirol, Innsbruck, entstanden ist.

Anlaßlich der Ausstellung EOOS erscheint im Frühjahr 2015 die erste Monografie zum Designstudio, herausgegeben von MAK und EOOS.

<http://www.mak.at>

Das Fenster zur Welt

Fernsehen in der Karikatur aus den letzten 60 Jahren – von 25. Jänner 2015 bis 10. Jänner 2016 im Karikaturmuseum Krems



Landessammlungen Niederösterreich / Foto: Christoph Fuchs / © Gerhard Haderer, 2015

Gerhard Haderer, *Die Fernsehfamilie*, 1990

Das Karikaturmuseum Krems, einziges Haus für Karikatur, Satire, Comic und Cartoon in Österreich, präsentiert unter dem Motto der Internationalen Funkausstellung in Düsseldorf 1953, „Fenster zur Welt“, im Ironimus-Kabinett das Phänomen Fernsehen anhand von Karikaturen der letzten 60 Jahre. Die Zeichnungen aus 60 Jahren österreichischer und internationaler Fernsehgeschichte

beleuchten Aspekte des Mediums „Fernsehen“, das das familiäre und soziale Leben der letzten Jahrzehnte maßgeblich beeinflusste und bis heute stark prägt.

Das Fernsehen kann auf eine enorme Erfolgsgeschichte zurückblicken und stellt trotz zahlreicher neuer Medien nach wie vor das meistgenutzte und beliebteste Medium dar. Seit seinem Beginn in den 1950er-Jah-

ren bescherte das Fernsehen seinem Publikum zahlreiche unvergeßliche Momente, die von der Mondumkreisung 1968 über zahlreiche sportliche Großereignisse, die die Menschen fesselten, wie etwa der österreichische Sieg über die deutsche Fußballmannschaft in Córdoba, bis hin zu Conchita Wurst's Sieg beim letztjährigen Eurovision Song Contest oder entsetzenserregende Berichte über die

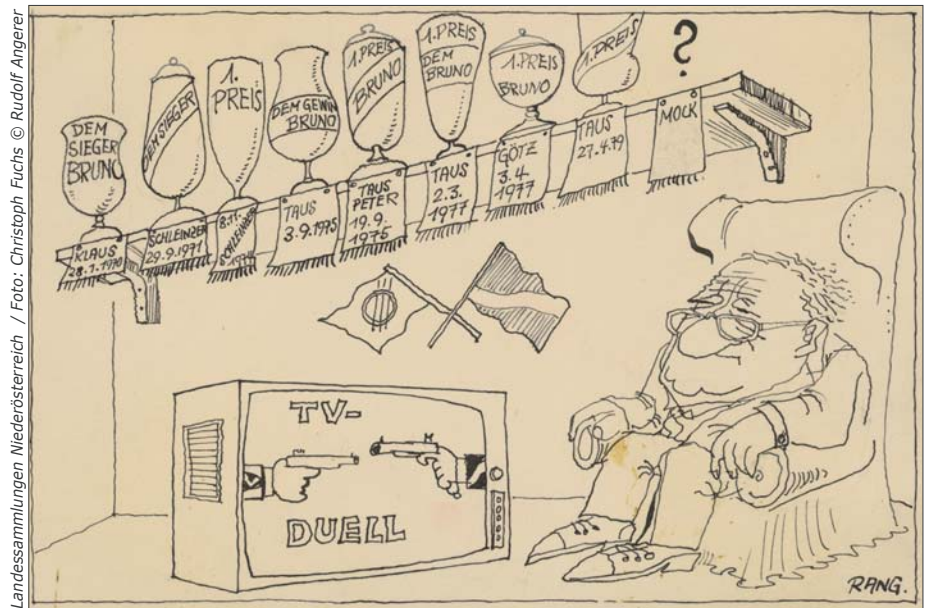
Kultur

Kriegsschauplätze dieser Welt, dem Einsturz des World Trade Centers oder der Ermordung Osama Bin Ladens.

In Österreich startete das Fernsehen offiziell am 1. August 1955, gesendet wurde aus einem Schulzimmer in Meidling. In den Anfangsjahren dieses neuen Mediums besaßen nur wenige Familien ein eigenes Fernsehgerät und daher trafen sich die Menschen im Wirtshaus oder beim Nachbarn, um das Weltgeschehen in bewegten Bildern zu verfolgen.

„Das war die Zeit, wo wir alle nicht geglaubt haben, daß sich dieses Medium durchsetzt.“ Otto Schenk über die Pioniertage des österreichischen Fernsehens (im Interview bei „Willkommen Österreich“, 9. 12. 2014)

Im Zeitalter nach dem 2. Weltkrieg konnte sich das Medium Fernsehen bei der breiten Masse sehr schnell etablieren. Durch das Wirtschaftswunder nach den Kriegsjahren stiegen die Löhne und die soziale Lage ver-



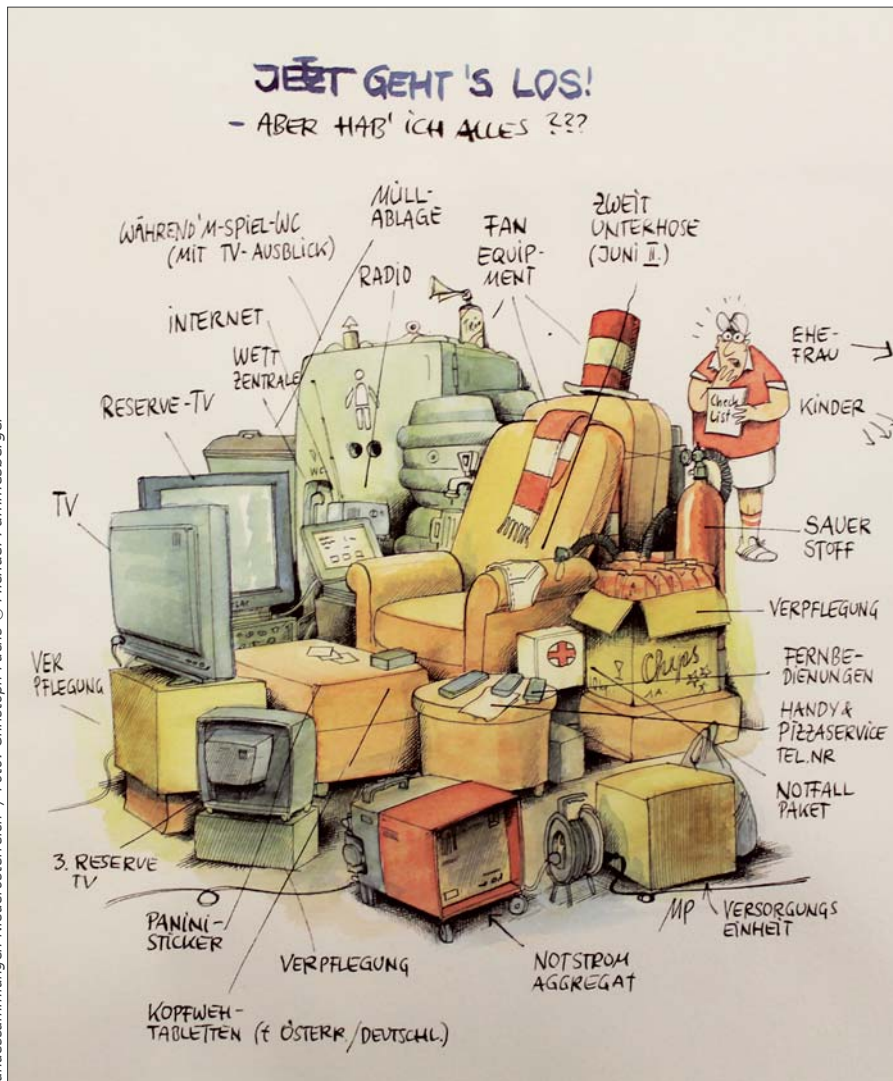
Rudolf Angerer, TV-Duell, 1983

besserte sich zunehmend, soda0 sich in den 1960er-Jahren viele Menschen ein eigenes

Gerät leisten konnten und das Fernsehen neben dem Radio zum einflußreichsten Massenmedium und in den 1970er-Jahren zum alltäglichen Begleiter mutierte, der ganz selbstverständlich in das Familienleben integriert wurde. Zu Beginn wurden am Vormittag ausschließlich Schulfernsehen und Wiederholungen ausgestrahlt, mittwochs gab es ab 16.00 Uhr Kindersendungen und das reguläre Programm startete immer erst um 18.00 Uhr. Mit dem Erfolg des neuen Mediums entdeckten auch die regierenden Parteien das Fernsehen für ihre Zwecke. Die Gesellschaft konnte bequem von zu Hause am politischen Zeitgeschehen teilnehmen und die Berichterstattung hatte immer größeren Anteil an der politischen Meinungsbildung.

Mitte der 1980er-Jahre erfuhr das Fernsehen mit dem Beginn der deutschen Privatsender, die auch in Österreich empfangen wurden, eine gewaltige Zäsur: Da die neuen privaten Sender ihr Programm über Werbeeinnahmen finanzierten, bestimmten Einschaltquoten und Marktanteil die ausgestrahlten Sendungen. In Österreich bestand das Fernsehmonopol außergewöhnlich lange und selbst nach dem EU-Beitritt 1995 wurde es nur langsam im Sinne einer dualen Lösung wie etwa in Deutschland aufgeweicht.

Die duale Rundfunkordnung sieht gebührenfinanzierte öffentliche Rundfunkanstalten neben privatrechtlichen Sendern vor, die sich durch Werbeeinnahmen finanzieren. 1995 strahlte das ORF-Fernsehen auch zum ersten Mal in seiner Geschichte 24-Stunden Programm aus. Erst 2001 trat das Privatfernsehgesezt in Kraft, das bundesweite private Fernsehprogramme zuließ. 2009 ging schließlich



Michael Pammesberger, Jetzt gehts los o.J.

Kultur



Rudolf Angerer, Das war Weihnachten 1968

unter dem Namen „ORF-TVthek“ eine haus-eigene ORF Mediathek ans Netz und seit 2011 ist der Spartensender ORF III in Betrieb, der sich besonders kulturellen Themen widmet.

Durch das Privatfernsehen veränderte sich auch zunehmend das Fernsehverhalten. Die neue Programmvietalt führte zum „Zappen“ – somit konnte sich jeder sein Programm selbst zusammenstellen und war in der Lage, aus einem großen Sendeangebot frei zu wählen. Den Ereignischarakter, der dem Fernsehen jahrzehntelang innewohnte, ging allmählich verloren und es wurde zu etwas Alltäglichem.

Seit den 1990er-Jahren gab es darüber hinaus im analogen Bereich einen gewaltigen Umbruch: der Einzug des Normalbürgers ins Fernsehprogramm. Den Anfang läuteten die täglichen Talkshows ein, die erstmals Normalbürger in den Mittelpunkt der Unterhaltung stellten. Diverse Sendungsformate im Bereich des Reality-TV entstanden, die sich darüber definierten, die Realität möglichst genau abzubilden. Etliche Sendungen zeigen seitdem Normalbürger in ihren wirklichen Lebenswelten. Waren früher Informations-, Kultur- und Nachrichtensendungen die meist ausgestrahlten Sendungsformate, liefern sich heute Programm-macher Schlachten um die besten Real-Life-TVFormate, angefangen von „Big Brother“, ein Format, das in den 1990er-Jahren Furore machte und Normalbürger rund um die Uhr in einem Container zeigte, bis hin zu den unterschiedlichsten Castingshows.

„Die Wertigkeiten haben sich geändert. Am Anfang war Fernsehen ein Kulturmedium, danach ein Informationsmedium, später ein Unterhaltungsmedium – und jetzt ist es ein Ablenkungsmedium.“ Teddy Podgorski, Fernsehlegende und früherer ORF-General-intendant (aus: Doris Priesching, „Ein bis-

schen sehr aufdringlich“, in: „Der Standard“, 25. 11. 2005)

Neben der programmatischen Ausrichtung kam es natürlich auch im technischen Bereich zu etlichen Neuerungen. Flachbildschirme haben mittlerweile die früheren



Rudi Klein, Irrtum, 2012

Michael Pammesberger, *Die Welt blickt auf unser Land*, 2008

kastenförmigen Geräte abgelöst und die technologische Entwicklung schritt rasch voran, so finden sich etwa auch schon 3D-Formate in den heimischen Haushalten wieder.

Das audio-visuelle bunte Medium ist jedoch auch heute noch ein fester Bestandteil in jedem Haushalt und bestimmt teilweise den Rhythmus ihrer Nutzer. Kein Medium wird so intensiv genutzt und läßt seine Konkurrenten im Print- und Hörfunkbereich weit zurück. Auch wenn bei jungen Menschen das Internet hoch im Kurs steht und Video- und Filmangebote im Netz jederzeit abrufbar sind, erfreut sich das Medium Fernsehen weiterhin größter Beliebtheit. Fernsehen beschränkt sich jedoch heutzutage nicht mehr auf den klassischen Fernsehapparat, sondern es wird auch auf dem sogenannten Second Screen, auf Notebooks, Smartphones und Tablets geschaut. Über diesen zusätzlichen Bildschirm kann der User über das Fernsehprogramm hinausgehende Informationen aus dem Internet abrufen, selbst aktiv mit Moderatoren in Kontakt treten oder sich mit anderen online austauschen. Das Medium Fernsehen mit all seinen Auswüchsen – umstrittene Sendungsformate, politische In-

terventionsversuche – war schon immer ein beliebtes Sujet für Zeichnerinnen und Zeichner. Karikaturisten sind gewohnt komplexe Sachverhalte zu simplifizieren und Themen zu persiflieren. Mit scharfem Strich pointieren sie Sternstunden und Schreckensnachrichten, die das Fernsehen ausstrahlte. Die gezeigten Karikaturen geben Einblick in die Entwicklung des österreichischen Fernsehens, die wechselseitige Beeinflussung von Politik und Fernsehen sowie einen Überblick über die wichtigsten Intendanten und Generaldirektoren des ORF. Aufgrund des Anschlages auf das französische Satiremagazin „Charlie Hebdo“ Anfang Jänner wird im Rahmen der Schau auch eine Arbeit von Ruben L. Oppenheimer auf einem digitalen Monitor zu dem Terrorakt zu sehen sein, um der Aktualität Rechnung zu tragen und ein solidarisches Zeichen zu setzen.

„Als Museum muß die Agitation in Bezug auf den Terroranschlag in Paris wohlüberlegt, nachhaltig und vor allem wissenschaftlich fundiert aufgearbeitet sein. Wir müssen stets verantwortungsvoll mit allen Bereichen und Feldern der Karikatur umgehen und werden uns genau anschauen, wie die Karikaturisten auf diesen Terrorakt reagieren

und uns damit eingehend beschäftigen.“
Gottfried Gusenbauer, Direktor Karikaturmuseum Krems

26 KarikaturistInnen thematisieren in über 40 Arbeiten, die zum einen aus den Landessammlungen Niederösterreich und zum anderen direkt von den Künstlern stammen, die anfänglichen Vorbehalte, Erwartungen und die politische Einflußnahme bis zum heutigen Überangebot und ausufernden Konsum des Massenmediums.

Künstlerliste

Wolfgang Ammer, Gernot Budweiser, Manfred Deix, Jean Genie – Christian Feichtinger, Alfred Gerstenbrand, Bruno Habertzettl, Gerhard Haderer, Ironimus – Gustav Peichl, Michael Jesenko, Rudi Klein, Ralf König, Mac – Hellmuth Macheck, Nicolas Mahler, Ruben L. Oppenheimer, Michael Pammesberger, Petar Pismestrovic, Sinisa Pismestrovic, Chlodwig Poth, Rang – Rudolf Angerer, Tex Rubinowitz, Oliver Schopf, Erich Sokol, Jean Veenenbos, WIN – Winifred V. Jakob, Thomas Wizany und Wolfgang Zöhner. ■

<http://www.karikaturmuseum.at>

Universität Wien

... das Hauptgebäude an der Ringstraße –
Ausstellung anlässlich »150-Jahre-Ringstraße«



© privat

Die Ausstellung ist gleichzeitig ein Beitrag zum 150-Jahr-Jubiläum der Gründung der Wiener Ringstraße. Etwa aus dieser Zeit stammt auch die Perspektivansicht des Hauptgebäudes.

Am 29. Jänner fand die Eröffnung der Ausstellung „Universität Wien – das Hauptgebäude an der Ringstraße“ statt. Die Ausstellung zeigt die Baugeschichte des Hauses an einem der prominentesten Bauplätze Wiens und versteht sich als Beitrag der Universität Wien zum 150-Jahr-Jubiläum der Gründung der Wiener Ringstraße. Sie ist Auftakt zu einem ganzen Reigen an Veranstaltungen, die die Universität Wien anlässlich ihres 650-Jahr-Jubiläums dieses Jahr begeht.

Vor 150 Jahren, am 1. Mai 1865, wurde die Wiener Ringstraße feierlich eröffnet. Die Entscheidung, das bis dahin unverbaute Glacis als Ringstraßenallee architektonisch zu gestalten, bot den Stadtplanern gänzlich neue Perspektiven. Ab 1869 entstanden erste Entwürfe für ein Bürgerforum im Ringstraßenkontext, das neben Rathaus und Parlament auch die Universität umfassen sollte. Der Wiener Architekt Heinrich von Ferstel plante für das neue Universitätsgebäude



Foto: Universität Wien

1871 entwickelte Heinrich von Ferstel den Innenhof des Hauptgebäudes nach dem Vorbild des Palazzo Farnese in Rom.

nach technisch modernsten Maßstäben einen Monumentalbau, der stilistisch an die Renaissance erinnern sollte. Architektonische Planungen, Archivnotizen und Zeitungsausschnitte eröffnen einen Blick in die gemeinsame Geschichte der Ringstraßenanlage und in den Bau der Universität Wien – vom Skandal um die Fakultätsbilder von Gustav Klimt bis zum heutigen Erscheinungsbild.

In einzelnen Stationen zeigt die Ausstellung die Baugeschichte dieses „Tempels der Wissenschaften“ an dem Wiener Prachtboulevard und eröffnet – im Dialog mit architekturhistorischen Aspekten – Perspektiven auf zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten von „Shared Space“ und „Public Science“. Die Ausstellung wird das ganze Jubiläumsjahr im Hauptgebäude zu sehen sein.

Führungen an der Universität Wien

Die Universität Wien bietet zahlreiche interessante Führungen im Hauptgebäude und

an anderen Standorten wie am Campus der Universität Wien oder der Universitätssternwarte an. Mit den Führungen will die Universität Wien TouristInnen und anderen Interessierten das geschichtsträchtige Ringstraßengebäude näherbringen. Der rund einstündige Rundgang im Hauptgebäude bietet einen Überblick über die Geschichte der Universität Wien. Ausgehend von der Aula umfaßt die Führung den Arkadenhof, den großen Lesesaal der Universitätsbibliothek und auch den Großen Festsaal (nach Verfügbarkeit) mit den Kopien der Deckengemälde von Gustav Klimt.

Führungen finden jeden Samstag und Donnerstag statt.

Donnerstag:

18:00 Uhr - Deutsch

Samstag:

10:30 Uhr - Deutsch

11:30 Uhr - Englisch

Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Die Kosten für die Führung betragen 5 Euro pro Person. Die Karten sind beim Portier erhältlich. Treffpunkt für die Führungen ist die Aula des Hauptgebäudes der Universität Wien, 1010 Wien, Universitätsring 1.

Die Universität Wien

ist eine der ältesten und größten Universitäten Europas: An 19 Fakultäten und Zentren arbeiten rund 9700 MitarbeiterInnen, davon 6900 WissenschaftlerInnen. Die Universität Wien ist damit die größte Forschungsinstitution Österreichs sowie die größte Bildungsstätte: An der Universität Wien sind derzeit rund 92.000 nationale und internationale Studierende inskribiert. Mit



Die Führungen zeigen natürlich auch den berühmten Festsaal mit den Kopien der Deckengemälde von Gustav Klimt (Bild oben) und die Aula – eine dreischiffige Halle mit zwölf toskanischen Granitsäulen, stuckierten Flachkuppeln im Mittelschiff und Stichkappenquertönen in den beiden Seitenschiffen.

über 180 Studien verfügt sie über das vielfältigste Studienangebot des Landes.

1365 gegründet, feiert die Alma Mater Rudolphina Vindobonensis 650-jähriges Gründungsjubiläum mit einem vielfältigen Jahresprogramm – unterstützt von zahlreichen Sponsoren und Kooperationspartnern. ■

<http://www.univie.ac.at>

Lesen Sie hier einen mehrseitigen Bericht über die Universität Wien in der „Österreich Journal“-Ausgabe 117 vom 1. April 2013:

http://www.oesterreichjournal.at/Ausgaben/index_117.htm



Fotos: Universität Wien

Die Zauberflöte. Eine Oper mit zwei Gesichtern

Sonderausstellung im Mozarthaus Vienna von 30. Jänner 2015 bis 3. Jänner 2016

Die Zauberflöte, so befand der Literaturwissenschaftler Peter von Matt, sei „neben Shakespeares Hamlet und Leonardos Mona Lisa das dritte große Rätselwerk unserer Kultur“. Worin besteht dieses Rätsel? Da ist zunächst die Symbolik: drei Akkorde, drei Damen, drei Knaben, Nacht und Tag, Aberglaube und Weisheit, Verdammnis und Erlösung. Doch obwohl sich die Symbolik leicht auf dem Hintergrund der Freimaurerei entschlüsseln läßt, bleiben große Fragen offen: Was hat eine Geheimgesellschaft auf der Opernbühne zu suchen, wie hängt das alles mit dem Feenreich der Königin der Nacht und dem Märchen von der entführten Prinzessin zusammen und wie kommt schließlich das alte Ägypten in die Zauberwelt des Wiener Vorstadttheaters?

Die neue Sonderausstellung im Mozarthaus Vienna geht ab 30. Jänner 2015 diesen Fragen auf den Grund. „Die Zauberflöte. Eine Oper mit zwei Gesichtern“, kuratiert vom deutschen Kulturwissenschaftler, Ägyptologen und Zauberflöte-Experten Prof. Jan Assmann, zeigt anhand von frühen Bühnenbildern, wie sich der Schauplatz der Oper ab etwa 1815 von einem Freimaurergarten mit antikisierenden Bauten ins alte Ägypten verlagerte. Dadurch ging freilich eines der beiden „Gesichter“ verloren, nämlich die



Kurator Jan Assmann (l.) mit Mozarthaus Vienna-Direktor Gerhart Vitek

Märchen- und Zauberwelt des Wiener Volkstheaters, und der Handlungszusammenhang verdunkelte sich.

Erfolgreiches Jahr 2014 für das Mozarthaus Vienna

„Mit dieser Sonderausstellung gehen wir den erfolgreichen Weg weiter, der 2014 auf eine sehr gute Resonanz stieß“, ist Mozart-

haus Vienna-Direktor Gerhard Vitek überzeugt. 2014 konnten die Veranstaltungserlöse um 30 Prozent gesteigert werden, genau wie die Angebote im Rahmen der Kulturvermittlung. Insbesondere bewährt haben sich die Themensetzungen zu A. Salieri und C.W. Gluck in Kooperation mit dem Archiv der Gesellschaft der Musikfreunde. 2014 besuchten rund 140.000 Personen das Mozarthaus Vienna und es wurde eine Steigerung um rund 1,9 Prozent im Vergleich zum Jahr 2013 erreicht – die meisten davon aus Deutschland, USA und Japan. Und gerade beim kenntnisreichen japanischen Publikum erzielte das Mozarthaus Vienna im November 2014 durch aufwendige Gastspiele in Tokyo und Osaka wertvolle Aufmerksamkeit, „die das Mozarthaus Vienna für die zahlreichen Musikfreunde aus Japan noch attraktiver gemacht hat“, so Vitek.

Publikation zur Sonderausstellung

In der Reihe der Wiener Vorlesungen erscheint eine Publikation des Kurators der heurigen Ausstellung im Mozarthaus Vienna, Prof. Jan Assmann, der darin vertiefend auf das Thema der diesjährigen Sonderausstellung „Die Zauberflöte. Eine Oper mit zwei Gesichtern.“ eingeht.

<http://www.mozarthausvienna.at>



Fotos: Mozarthaus Vienna / Eva Kelety

Blick in die Sonderausstellung »Die Zauberflöte. Eine Oper mit zwei Gesichtern«

Int. Akkordeonfestival 2015

»Akkordeonistinnen 2015« und »Achse Berlin« sind zwei Programmschwerpunkte, die das Festival 2015 von 21. Feber bis 22. März (mit)prägen werden.



Foto: Klaus Tauber

»Der Teufel ist mein bester Terapoit« überschreibt Otto Lechner launig den dritten Teil der heurigen ersten Eröffnungsgala. Er macht damit nicht nur einen zukunftsweisenden Vorschlag zur Schreibweise eines ehrwürdigen und wichtigen Berufsstandes, sondern formuliert auch inhaltlich klar wie immer.

Akkordeonistinnen 2015“ ist ein bewußt pragmatisch betiteltes Spotlight auf herausragende Künstlerinnen und deren essentielle Beiträge zur vielfältigen globalen Akkordeonkultur.

Die „Achse Berlin“ zieht sich als zweite Konstante durch das Akkordeonfestival 2015, als Tribute an die von Akkordeonfestival-Gestalter Friedl Preisl so geschätzte (Musik-)Stadt.

Die Belgierin Sophie Cavez wird mit ihrem Partner Baltazar Montanaro am 21. Feber die erste Eröffnungsgala bestreiten, gemeinsam mit dem Duo Otto Lechner & Stefan Heckel; die künstlerische Galionsfigur des Festivals, Otto Lechner, wird an diesem Abend auch mit Band in Erscheinung treten und als Vorstand von Das Ziehhar-

monische Orchester Wien am 22. März im Metropol die zweite Abschlußgala zum Ereignis werden lassen.

Mehr Akkordeonistinnen 2015: AnniKa von Trier mit ihrem Programm „Berlin, es ist Zeit“ (nicht nur hier werden die beiden Programmschwerpunkte zusammengeführt) am 23. Feber im Vindobona, Sher On A Shier mit Franka Lampe am 26. Feber in der Kirche Gaußplatz.

Die Quetschenweiber am 2. März im Kosmos Theater, Sanne Möricke mit Tulipane und das Balcony Players Girls Duo am 3. März im Schutzhaus Zukunft und Christina Zurbrugg am 8. März im Schwarzberg. Am 16. März gibt sich im Stadtsaal die finnische Akkordeonistin Maria Kalaniemi mit dem Pianisten Timo Alakotila die Ehre –

berühmt nicht nur als Musikerin des legendären Accordion Tribe. Den ersten Teil des Abends bestreiten Atanas Dinovski & Paul Schuberth.

Im Kosmos Theater widmen sich am 4. März die Damen von Karat Apart dem „Frauengold“, während Cathrin Pfeifer mit dem Perkussionisten Topo Gioia weltmusikalische „Südwärme“ verbreiten wird. Pfeifer operiert von Berlin aus – unter anderem dürfen wir uns diesbezüglich noch auf die unpackbaren ?Shmaltz! freuen, am 12. März im Reigen, eröffnet wird der Abend von Whiskey-Rabbi Geoff Berner.

?Shmaltz!‘ phonetische Verwandte Cafe Schmalz werden da ihr Revival im Rahmen von „A Tribute To Hannes Thanheiser“ schon hinter sich haben.

Kultur

Am 22. Feber steht das Porgy & Bess ganz im Zeichen des im Juni 2014 verstorbenen Musikers, Schauspielers und Betreibers des 1. Akkordeon-Museums, dazu spielen noch Stephanie Nilles & Patrick Harison aus den USA auf.

Weitere Highlights

Am 10. März hat das Wiener Publikum Gelegenheit sich im Metropol von den Weltmusikgiganten Bratsch in deren 41. Dienstjahr (!) auf ihrer Abschiedstournee zu verabschieden ... Tags darauf akustische Leckerbissen im Porgy & Bess: Klaus Paier solo und das deutsch-italienische Trio Angelika Niescier/Simone Zanchini/Stefano Senni.

Dobrek Bistro spielen am 18. März ihr traditionelles Konzert im Rahmen des Festivals im Orpheum, Dobrek Bistros Krzysztof Dobrek und Aliosha Biz begleiten davor am 27. Feber im Theater Akzent den Schauspieler Karl Markovics bei einer literarisch-musikalischen „Winterreise“. Vielversprechend auch der „Gstanzl Abend“ am 24. Feber im Schutzhaus Zukunft, wenn Attwengers Alter Ego Die Goas auf Sebastian Daller & Band trifft.

Zwei schöne Termine gibt's in der Sargfabrik: Am 25. Feber laden Radio Europa zu einer Musikrundreise durch unseren Kontinent und am 19. März konzertiert das außergewöhnliche Renaud Garcia Fons Trio mit dem Akkordeonisten David Ventucci.

Karten sichern gilt es für das Herbert Pixner Project, am 20. März. im Metropol.

Erstmals öffnet heuer die Akkordeon Festival Lounge im Cafe Mocca im 18. Bezirk, von Franziska Hatz (Großmütterchen Hatz Salon Orkestar) ausgewählte KünstlerInnen werden dabei an drei Festival-Samstagen bei freiem Eintritt (es geht der Hut!) ab 21 Uhr auftreten: 28. Feber: Artig.Impro, 7. März: Querpfeifer, 14. März: Kugler/Härtel/Solce.

Dazu sorgen weiters bewährte Programmreihen für den „gesamtheitlichen“ und umfassenden Akkordeongenuß: Die beliebte Stummfilm Matinee – jeweils sonntags um 13 Uhr – werden dabei im Filmcasino Filme live vertont. Und der Magic Afternoon für Kinder. Mittwochs bringen die Swing Nights einen etwas anderen Akkordeon-Einsatz – und laden vor allem zum Tanzen ein! Abgerundet wird das pralle Angebot des Akkordeonfestivals 2015 von Workshops für angehende und praktizierenden AkkordeonistInnen, in Kooperation mit dem Österreichischen Volksliedwerk.

<http://akkordeonfestival.at/>



Foto: Hatz

Karat Apart



Foto: Joseph Gallauer

Akkordeonistinnen 2015: Christina Zurbrugg



Foto: Arne Reimer

Das deutsch-italienische Trio Angelika Niescier/Simone Zanchini/Stefano Senni

Österreichischer Filmpreis

13 Auszeichnungen für fünf Kinofilme mit ORF-Beteiligung – Für »Das finstere Tal«, »Amour fou«, »Risse im Beton«, »We Come As Friends« und »Der letzte Tanz«



Fotos: ORF / Günther Pichlkostner

Die Preisträger Filmpreises 2015 nach der feierlichen Verleihung, die heuer im Festsaal des Wiener Rathauses stattgefunden hat.

39 Nominierungen, 14 Kategorien und 13 Auszeichnungen für vom ORF kofinanzierte Kinofilme. Bei der Verleihung des Österreichischen Filmpreises am 28. Jänner im Wiener Rathaus versammelte sich ein Großteil der österreichischen Filmbranche, um in 14 Kategorien österreichische Kinoproduktionen zu würdigen. Im Rahmen einer festlichen Gala, moderiert von Karl Markovics, wurden die Preisträgerinnen und Preisträger gekürt.

In 13 Kategorien gewannen österreichische Kinoproduktionen, an denen der ORF im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens maßgeblich beteiligt war:

Mit insgesamt acht Auszeichnungen wurde Andreas Prochaskas »Das finstere Tal« zum Abräumer des Abends. Der Alpen-Western wurde in den Kategorien »Bester Spielfilm«, »Beste Regie«, »Beste Kamera«, »Bestes Kostümbild«, »Beste Maske«, »Beste Musik«, »Bestes Szenenbild« und »Beste



Erni Mangold als Beste weibliche Darstellerin in »Der letzte Tanz«

Tongestaltung« ausgezeichnet. In zwei Kategorien wurde Jessica Hausners »Amour fou« (»Bestes Drehbuch«, »Bester Schnitt«) geehrt. Jeweils eine Auszeichnung ging an »We Come As Friends« (»Bester Dokumentarfilm«), »Der letzte Tanz« (Erni Mangold – »Beste weibliche Darstellerin«) und »Risse im Beton« (Murathan Muslu – »Bester männlicher Darsteller«).

ORF-Generaldirektor Alexander Wrabetz: »An einem Abend wie heute zeigt sich auf beeindruckende Weise, wie lebendig die österreichische Filmwirtschaft und wie vielfältig der kreative Output jedes Jahr ist, und ich gratuliere den Preisträgern und Preisträgerinnen. Besonders stolz macht mich, daß sich die verlässliche Partnerschaft des ORF als größter Auftragsproduzent des Landes an der Vielzahl der nominierten und ausgezeichneten Filme veranschaulichen läßt. Es gab nicht weniger als 39 Nominierungen für 13 Kinofilme mit ORF-Beteiligung. Davon

Film



Helmut Grasser und Andreas Prochaska: Bester Spielfilm »Das finstere Tal«

wurden fünf Filme in 13 Kategorien ausgezeichnet. Auch die umfassende ORF-Berichterstattung über den Filmpreis ist Ausdruck dieses Bekenntnisses zur Entwicklung des Filmstandorts Österreich.“

ORF-Fernsehdirektorin Kathrin Zechner: „Film ist österreichische DNA. Aus ihr entstehen unterschiedlichste Geschichten, die von Menschen und ihre Welten erzählen. Diese Filme sind somit Botschafter von unseren Werten und Visionen und geben die Möglichkeit zur Reflexion – für uns selber

und Menschen, die in anderen Kulturen leben. International ist das österreichische Filmschaffen anerkannt und erfolgreich. Wir können mit gutem Recht stolz auf diese Anerkennung sein und sollten diesen Stolz auch mit gutem Recht im eigenen Land leben. Der österreichische Filmpreis schafft eine größere Öffentlichkeit und damit hoffentlich auch die wichtige Aufmerksamkeit, die das österreichische Filmschaffen im eigenen Land auch braucht. Ich gratuliere allen Preisträgerinnen und Preisträgern sehr herzlich.“

Die Gewinner im Überblick

- Bester Spielfilm: „Das finstere Tal“ / Produktion: Helmut Grasser, Stefan Arndt, Andreas Prochaska (Regie)
- Bester Dokumentarfilm: „We Come As Friends“ / Produktion: Hubert Sauper (Regie) und Gabriele Kranzelbinder
- Bester Kurzfilm: „Rote Flecken“ / Magdalena Lauritsch
- Beste weibliche Darstellerin: „Der letzte Tanz“ / Erni Mangold
- Bester männlicher Darsteller: „Risse im Beton“ / Murathan Muslu
- Beste Regie: „Das finstere Tal“ / Andreas Prochaska
- Bestes Drehbuch: „Amour fou“ / Jessica Hausner
- Beste Kamera: „Das finstere Tal“ / Thomas W. Kiennast
- Bestes Kostümbild: „Das finstere Tal“ / Natascha Curtius-Noss
- Beste Maske: „Das finstere Tal“ / Helene Lang, Roman Braunhofer
- Beste Musik: „Das finstere Tal“ / Matthias Weber
- Bester Schnitt: „Amour fou“ / Karina Ressler
- Bestes Szenenbild: „Das finstere Tal“ / Claus Rudolf Amler
- Beste Tongestaltung: „Das finstere Tal“ / Dietmar Zuson, Christof Ebhardt, Tschangis Chahrokh

<http://www.oesterreichische-filmakademie.at>



Fotos: ORF / Günther Pichlkostner

Karl Markovits, Schauspieler, Regisseur, Drehbuchautor und Oscar-Preisträger (»Die Fälscher«) moderierte den Abend

Serie »Österreicher in Hollywood«

Der Wiener Autor Rudolf Ulrich dokumentiert in seinem Buch »Österreicher in Hollywood« 400 Einzelbiografien mit beigeschlossenen Filmografien und über 12.000 Film- und Fernsehproduktionen aus Hollywood mit österreichischer Beteiligung. In der **85. Folge** portraitiert er

Ilse Lahn-Weitzenkorn

Literaturagentin/Story Editor/Produzentin



Foto: Archiv Rudolf Ulrich

Ilse Lahn-Weitzenkorn

Ilse Lahn, Tochter von Julius Lichtblau und dessen Gattin Paula (geb. Polbammer) wurde am 1. Februar 1902 in Wien geboren. Sie studierte an der Universität Chemie und besuchte gleichzeitig die Akademie für Musik und darstellende Kunst, um Schauspielerin zu werden. Sie trat mehrere Jahre an Bühnen in Mannheim und Darmstadt auf, reiste viel und wanderte 1928, die kommende politische Tragödie voraussehend, nach Amerika aus.

Ihr Ziel war die Filmbranche. Die polyglotte Wienerin begann in New York als Reader bei Columbia Pictures und ging anschließend nach Hollywood, um die technische Seite der Filmarbeit zu erlernen, Schnitt, Umschreiben von Drehbüchern und Produktion. In den 30er-Jahren arbeitete sie als Assistentin des Deutschen Paul Leni und anderer europäischer Regisseure in den Universal Studios. Ilse Lahn trat in die bekannte Agency Paul Kohners am Sunset Boulevard ein, erwarb aber eine eigene Lizenz als Literaturagentin. 1937 heiratete sie den Autor Louis Weitzenkorn, der vor allem mit dem erfolgreichen, auf seinen Erfahrungen als Zeitungsreporter großer Ostküstenzeitungen beruhenden, 1931 von First National-Warner Bros. ver-

filmten Broadwaystück „Five Star Final“ Bekanntheit erreichte. Das Ehepaar lebte in New York.

Nach dem Tod ihres Mannes am 7. Februar 1943 und der Rückkehr nach Hollywood übertrug ihr Paul Kohner nach dem Wiederbeginn im folgenden Jahr das Literature Department und den Bereich Story Editing. Unter den von ihr betreuten Persönlichkeiten, weitgehend Autoren, befanden sich die langjährige Freundin Salka Viertel, Dalton Trumbo, Jack Lewis, Alfred Neumann, der postume Pulitzer-Preisträger James Agee („The African Queen“) und der Produzent Adrian Scott. In der McCarthy-Ära gehörte Kohners Deputy Agent zu den wenigen, die helfen konnten und dafür sorgten, daß boykottierte Autoren wie George Wilson (später „The Bridge on the River Kwai“ und „Lawrence of Arabia“) unter Decknamen weiterhin Beschäftigung fanden.

Lahn arrangierte in den 50er-Jahren als „associate producer“ unabhängig von größeren Studios die Finanzierung, Produktion und Distribution für eine Reihe von B-Pictures im Science-Fiction-, Mystery- und Horror-Genre, die in Zusammenarbeit mit den „writer-producers“ Jack Pollexfen und Aubrey Wisberg meist unter der Regie des mit ihr befreundeten Landsmannes und Klienten Edgar G. Ulmer entstanden. Darunter „The Man from Planet X“ (1951), „The Neanderthal Man“ der United Artists (1953) und bei Allied Artists Pictures „Murder Is My Beat“ (1955) und „Daughter of Dr. Jekyll“ (1957). Als Autorin schrieb sie 1950-1951 (nicht verwendete) Treatments und Storys für den exilierten, in Hollywood glücklosen Wiener Produzenten und Regisseur Joe May, 1951 sorgte sie für eine englische Übersetzung des Theaterstücks „Joseph in Ägypten“ („Yosef be-Mitsrayim“) der deutsch-israelischen Autorin Margot Klausner, blieb aber beim Versuch Produzenten für eine Verfilmung zu gewinnen erfolglos, 1953 verlor sie einen Prozess gegen die Sol Lesser Productions Inc., der sie vorwarf, ihre Story „Tarzan and the Land of Eternal Youth“ als Basis für den Film „Tarzan's Magic Fountain“ verwendet zu haben.

Sie verließ 1990 Paul Kohners Büro und eröffnete ein eigenes Office, mußte aber im Sommer 1992 ihre Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen beenden. Ilse Lahn-Weitzenkorn starb am 18. November 1992 im Community Hospital in Sherman Oaks, im County Los Angeles. Ihre Asche wurde gemäß Certificate of Death bei Point Fermin, Los Angeles im Meer verstreut.

Neben einem nur kurzen Nachruf im Branchenblatt „Variety“ ist Ilse Lahn in der amerikanischen Filmliteratur kaum beschrieben. Ich danke ihrem Bruder Kurt Leeds aus Van Nuys, Kalifornien, für die mit Brief vom 10. März 1998 übermittelten biografischen Begebenheiten und Fakten, außerdem dem Registrar Recorder des County of Los Angeles für die Überlassung einer Kopie des Certificate of Death 39219049674 vom 23. November 1992, das „Ilse L. Weitzenkorn“ auch als US-Bürgerin ausweist. Ausschließlich die beiden Unterlagen ermöglichten die Kurzbiografie in der Buchdokumentation „Österreicher in Hollywood“ von 2004 und damit auch diese Arbeit im Rahmen der gleichnamigen Serie im „Österreich Journal“. R.U.

Urlaub am Bauernhof für Groß und Klein

Wenn beispielsweise am Plonerhof der Familie Grimm in Hopfgarten die Gäste ins Heubad springen, dann erleben sie das, was Urlaub am Bauernhof in Tirol ausmacht: Man ist Teil des bäuerlichen Lebens, genießt die Natur und lernt das Leben der Bauern hautnah kennen, ohne auf Urlaubskomfort verzichten zu müssen.



Foto: Tirol Werbung/ Laurin Moser

Während Eltern die Ruhe genießen, entdecken Kinder, wie aufregend das Landleben sein kann...

Urlaub am Bauernhof – das ist nichts anderes als das Eintauchen in die ländliche Lebenswelt Tirols. Nirgendwo sonst können Feriengäste so intensiv am Leben der bäuerlichen Bevölkerung teilnehmen wie auf den fast 400 Urlaubsbauernhöfen in Tirol. Viele Tiroler Bauern geben Urlaubsgästen die Möglichkeit, direkt am Hof hautnah mit dabei zu sein. Es ist ein Abenteuer – besonders für Familien mit Kindern. Die Hofkatze streicheln, einmal am Traktor mitfahren oder auch im Stall helfen, das sind die besonderen Urlaubserlebnisse, die Kindern nur ein Bauernhof bieten kann.

Für viele Tiroler Bauern ist die Vermietung von Appartements oder Pensionszimmern ein wichtiger Nebenverdienst zur

Landwirtschaft. Viele Höfe vermieten im Sommer Appartements oder Zimmer. Als Gast ist man dort nicht einer von vielen, sondern wird ganz individuell betreut.

Gäste müßten den Bauernhof gar nicht verlassen – so groß ist das Angebot vor Ort. Wer mag, kann schon am frühen Morgen dabei helfen, die Kühe auf die Weide zu treiben und die Eier einzusammeln. Weiter geht's mit einer kleinen Exkursion ins Bauerngartl, wo man die Wirkungen und Heilkräfte der Blüten und Kräuter von der Bäuerin höchstpersönlich erklärt bekommt. Beim gemeinsamen Marmelade-Einkochen oder Apfelstrudelbacken erfährt man nebenher wertvolle Tipps, zum Beispiel für die Herstellung von Salben oder Seifen. Die Kinder sind in-

zwischen aufs Beste versorgt: gemeinsam mit den anderen Kindern gibt es viel zu erkunden. Haben die Hasen schon frisches Wasser bekommen? Sollen den Ponys Zöpfe geflochten werden? Hat der kleine Staudamm am Bach die Nacht überlebt und wer hilft beim Reparieren des Traktors?

Von Bio bis Wellness – spezialisierte Bauernhöfe

Viele der Urlaubsbauernhöfe haben in ihrem Angebot Schwerpunkte gesetzt und können so die Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen noch besser erfüllen: so etwa die Baby- und Kinderbauernhöfe mit vielen Annehmlichkeiten für die ganze Familie, die Bio-, Gesundheits- und Kräuterbauernhöfe

ÖJ-Reisetip

mit einem großen Wellness- und Entspannungsangebot, die barrierefreien Bauernhöfe für RollstuhlfahrerInnen oder bewegungseingeschränkten Menschen und die Reiterbauernhöfe mit einem großen Angebot rund ums Pferd.

Haflinger: Liebling der Kinder

Besonders beliebt bei Kindern sind jene Bauernhöfe, die auch die Möglichkeit bieten, den Urlaub auf dem Rücken der Pferde zu erleben. Sehr oft steht dabei in Tirol der Haflinger im Mittelpunkt. Dieses klassische Tiroler Pferd mit seiner langen blonden Mähne ist ideal für Kinder – ruhig und gelassen, gutmütig und dennoch agil. Ein Beispiel für einen Reiterbauernhof in Tirol ist der Haflingerhof in Westendorf. Karin und Roland Treichl bieten ihren Gästen nicht nur neun Appartements an, sondern vom Ponyreiten bis hin zur eigenen Reithalle alles, was vor allem Mädels begeistert. „Bei uns kommen Anfänger wie Profis auf ihre Rechnung und können Reiturlaub direkt am Bauernhof erleben“, meint das Ehepaar Treichl. „Wie eng die Bindung von Kindern ist, sehen wir immer wieder. Kaum ein Kind, das nicht sein Pferd malt und richtig ins Herz schließt.“

Kindersicheres Erlebnis

Auf 21 Baby- und Kinderbauernhöfen in Tirol wissen die Gastgeberfamilien genau, was die kleinen Urlauber wollen: durchs Heu hüpfen, Tiere streicheln, mit dem Traktor mitfahren, melken, barfuß laufen, einen Staudamm bauen, ein Lagerfeuer machen und vieles mehr. Kinder lernen und erleben mit allen Sinnen. Ausprobieren, angreifen und schmutzig werden gehören da einfach dazu. Damit nichts passiert, erfüllen die Höfe besondere Kriterien und sind auf Kindersicherheit geprüft. Sie liegen in verkehrssicherer, ruhiger Lage, bieten viel Platz zum Herumtollen sowie Kleintiere zum Streicheln und Kuscheln. Mit Gitterbetten, Hochstühlen, kindersicheren Steckdosen und vielem mehr sind die speziellen Bauernhöfe bestens ausgerüstet.

Urlaub am Bauernhof: 400 Mal in Tirol

Den besten Überblick über die Möglichkeiten seinen Urlaub am Bauernhof zu verbringen, erhält man bei der Plattform „Urlaub am Bauernhof“. In dieser Angebotsgruppe sind österreichweit rund 2600 Bauernhöfe mit Urlaubsmöglichkeit zusammengefaßt, 400 davon liegen alleine in Tirol.

<http://www.tirol.at/urlaub-am-bauernhof>

Foto: Tirol Werbung / Alexander Ziegler



Es ist ein Abenteuer – besonders für Familien mit Kindern.

Foto: Tirol Werbung



Auch Reitstunden werden an vielen Bauernhöfen angeboten.

Foto: Tirol Werbung / Frank Bauer



Die Hofkatze streicheln, einmal am Traktor mitfahren oder auch im Stall helfen, das sind die besonderen Urlaubserlebnisse...